



## **Eurasische Integration als Herausforderung und Chance:**

„Rückkehr“ zur Sowjetzeit oder pragmatische Wirtschaftsunion?

### **DISSERTATION**

zur Erlangung des akademischen Doktorgrades –  
Doctor rerum Politicarum (Dr. rer. pol.)  
am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft  
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften  
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von

**Alexandra Okhrimenko, M.A.**

aus Rudny (Kasachstan)

Berlin

2017

Erstgutachter: **PD Dr. Lutz Mez**

Zweitgutachter: **Prof. Dr. Udo Steinbach**

**Gefördert von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Mitteln des Auswärtigen Amtes**

Tag der Disputation: **19. Juli 2017**

*meiner Mutter*



# VORWORT

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei meinen Kollegen, meinen Freunden und meiner Familie für die Unterstützung während der Abfassung vorliegender Dissertation bedanken.

Vor allem bedanke ich mich bei meinem Doktorvater, PD Dr. Lutz Mez, für die Betreuung meiner Dissertation. Darüber hinaus danke ich Prof. Dr. Udo Steinbach für seine Bereitschaft, das Zweitgutachten zu übernehmen.

Besonders gedankt sei Prof. Dr. Mara Gubaidullina, Direktorin des „Centre for German Studies“ an der al-Farabi Universität Almaty, für den motivierenden Beistand, hilfreiche fachliche Anweisungen und die langjährige Freundschaft.

Überdies möchte ich der „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ für die finanzielle Unterstützung und ideelle Förderung im Rahmen des Promotionsstipendiums danken.

Ganz besonders danke ich auch allen Teilnehmern des CREES-Doktorandenkolloquiums für viele spannende Diskussionen und die gute Zusammenarbeit.

Ferner danke ich dem Team der „Dahlem-Research-School“ für nützliche Workshops, Seminare, Coaching, das DRS Pro Business- und DREAM-Mentoring-Programm. Danken möchte ich außerdem Dr. Maria Davydchyk, die mich als Mentorin im DREAM-Programm unterstützt hat.

Des Weiteren möchte ich mich bei Dr. Dagmar Enkelmann für den tiefen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages und der deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe bedanken. Mein Dank gebührt außerdem Herrn Jörg Staude für wertvolle Ratschläge bei der Ausarbeitung des Dissertationskonzeptes.

Der größte und herzlichste Dank gilt meiner Mutter, meinen Großeltern und meinem Ehemann, die mich in allen Arbeitsphasen der Dissertation mit viel Liebe und Geduld motiviert und unterstützt haben. Благодарю вас от всего сердца, мои дорогие!

Alexandra Okhrimenko



# INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT .....	5
INHALTSVERZEICHNIS.....	7
TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	11
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	15
CHRONOLOGIE: MEILENSTEINE DER EURASISCHEN INTEGRATION .....	17
EINLEITUNG .....	19
Politische und wissenschaftliche Relevanz der Thematik.....	19
Ziel, Fragestellung und Aufbau der Arbeit .....	20
Methoden und Vorgehensweise.....	22
1 THEORETISCHE GRUNDLAGEN DES EURASISMUS .....	27
1.1 Eurasismus deskriptiv.....	27
1.1.1 Eurasismus/Neoeurasismus in den Forschungen westlicher und russischer Wissenschaftler.....	27
1.1.2 Entstehung des Eurasismus im Kontext der russischen Geschichte.....	44
1.1.3 Abgrenzung des Eurasismus-Begriffes.....	46
1.1.4 Theoretische Ansätze des klassischen Eurasismus.....	48
1.2 Die Ideologie des Neoeurasismus und ihre Auswirkung auf die Entwicklung der eurasischen Integration .....	53
1.2.1 Die Radikalisierung des Eurasismus-Konzeptes/Der Neoeurasismus Dugins.....	53
1.2.2 Theoretische Aspekte der neoeurasischen Ideologie.....	57
1.2.3 Der Eurasismus in den offiziellen außenpolitischen Einstellungen von Russland .....	60
1.2.4 Pragmatischer Eurasismus als Teil der außenpolitischen Konzeption Kasachstans.....	67
2 HERAUSBILDUNG DER EURASISCHEN INTEGRATION: FORMEN UND INHALTE.....	71
2.1.1 Historische Voraussetzungen für die Integration in der Region .....	71
2.1.2 Verbote der sowjetischen Krise.....	71

2.1.3	Die Perestroika-Politik von Mikhail Gorbačev .....	72
2.1.4	Wirtschaftlicher Kollaps der UdSSR.....	75
2.1.5	Bewegungen in den Unionsrepubliken für den Austritt aus der UdSSR.....	78
2.2	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).....	81
2.2.1	Objektive Notwendigkeit der wirtschaftlichen Integration nach dem Zerfall der UdSSR und Entstehung der GUS .....	81
2.2.2	Regionale Probleme der Gemeinschaft.....	83
2.2.3	Faktoren der wirtschaftlichen Integration in die GUS.....	89
2.2.4	Erfolge und Misserfolge der GUS .....	94
2.3	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurasWG) .....	97
2.3.1	Vertragsrechtliche Basis für die Entstehung der EurasWG .....	97
2.3.2	Strukturelle Probleme der EurasWG .....	99
2.3.3	Wirtschaftliche Beziehungen innerhalb der EurasWG.....	103
2.3.4	Schwachstellen der EurasWG.....	106
2.4	Sicherheitspolitische Integration.....	111
2.4.1	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit.....	111
2.4.2	Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung – GU(U)AM .....	114
3	INTEGRATION IM POSTSOWJETISCHEN RAUM HEUTE: DIE EURASISCHE WIRTSCHAFTSUNION (EAWU) .....	119
3.1	Institutionelle Rahmenbedingungen der EAWU .....	119
3.1.1	Ziele, Prinzipien und Rechtsstatus der EAWU.....	119
3.1.2	Organisationsstruktur und institutionelle Schwachstellen der EAWU .....	127
3.1.3	Zollunion und Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR) .....	131
3.2	Zielkohärenz zwischen den Partnern der eurasischen Integration.....	136
3.2.1	Abgrenzung des Begriffs „nationale Interessen“ .....	136
3.2.2	Nationale Interessen Russlands im postsowjetischen Raum.....	137
3.2.3	Außenpolitische und außenwirtschaftliche Prioritäten von Belarus .....	145
3.2.4	Multivektorielle Außenpolitik von Nursultan Nazarbajev .....	152
3.2.5	Vor- und Nachteile der eurasischen Integration für Armenien .....	161
3.2.6	Interessen der Kirgisischen Republik beim Beitritt zur EAWU .....	167
3.3	Zweckmäßigkeit der EAWU-Erweiterung.....	173
3.3.1	Ukrainisches Dilemma: eurasische vs. europäische Integration .....	173
3.3.2	Tadschikistan als potenzielles Mitglied der EAWU.....	177

3.4	Entwicklungsperspektiven der EAWU: zwischen Politik und Wirtschaft .....	181
3.4.1	Vertiefung der politischen Integration innerhalb der EAWU.....	181
3.4.2	Wirtschaftliche Aussichten der EAWU .....	184
FAZIT UND AUSBLICK.....		189
	Zusammenfassung und Interpretation der Untersuchungsergebnisse .....	189
	Politische Hindernisse und wirtschaftspolitische Beschränkungen für die Entwicklung der eurasischen Integration.....	195
SACH- UND PERSONENREGISTER .....		199
	Sachregister.....	199
	Personenregister .....	205
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS.....		207
	Monographien, (Lehr-)Bücher, Aufsätze .....	207
	Presseartikel und Nachrichtenagenturmeldungen.....	218
	Internetquellen.....	220
	Reden, Vorträge, Interviews .....	224
	Abkommen, Verträge, Gesetze .....	225
ANHANG I.....		231
	Vertragsrechtliche Basis des Einheitlichen Wirtschaftsraums der EAWU.....	231
	SWOT-Analyse: Struktur der nationalen Interessen Russlands .....	233
	Zeitleiste: Stationen der eurasischen Integration .....	235
ANHANG II .....		237
	Eigenständigkeitserklärung.....	237
	Curriculum Vitae.....	239
	Publikationsliste .....	241
	Kurzfassung.....	243
	Abstract.....	245



## TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Tabelle 1: Modell der SWOT-Analyse .....	23
Tabelle 2: Konzeptionen des Eurasismus .....	23
Tabelle 3: Etappen der Radikalisierung des Eurasismus-Konzeptes am Anfang des 21. Jahrhunderts.....	54
Tabelle 4: Hauptkenndaten der Auslandsschulden der UdSSR von 1985 bis 1991, in Mrd. USD .....	76
Tabelle 5: Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten .....	81
Tabelle 6: Mitgliedsstaaten der GUS und des Vertrags über die Freihandelszone .....	90
Tabelle 7: Export und Import der GUS, in Mrd. USD .....	92
Tabelle 8: Handelsdynamik zwischen Russland und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD .....	93
Tabelle 9: Handelsdynamik zwischen Belarus und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD .....	93
Tabelle 10: Handelsdynamik zwischen Kasachstan und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD .....	94
Tabelle 11: Volumen der gegenseitigen Direktinvestitionen innerhalb der GUS (2014), in Mrd. USD .....	95
Tabelle 12: Chronologische Ereignisse bis zum Abschluss des Vertrags zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums .....	98
Tabelle 13: Wachstumsraten der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren der EurasWG-Mitgliedsstaaten 2010, im Vergleich zu 2001, in konstanten Preisen, in %.....	104
Tabelle 14: Wachstumsraten des BIP in den EurasWG-Staaten 2001–2010, in konstanten Preisen, in % zum vorherigen Jahr .....	104
Tabelle 15: Außenhandelsumsatz der EurasWG-Mitgliedsstaaten, in Mio. USD .....	105
Tabelle 16: Warenumsatz innerhalb der EurasWG 2001–2010.....	106
Tabelle 17: Mitglieder der OVKS.....	111
Tabelle 18: Unterzeichnung des Vertrags über die EAWU.....	119
Tabelle 19: Statistische Angaben zu den EAWU-Mitgliedsstaaten.....	121
Tabelle 20: Ablauf der Bildung von einheitlichen Märkten für Energieträger .....	122
Tabelle 21: Gegenseitiger Warenhandel innerhalb der Zollunion/EAWU 2010–2015, in Mrd. USD .....	133
Tabelle 22: Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen den Mitgliedern der Zollunion/EAWU 2010–2015, in Mrd. USD .....	134
Tabelle 23: Russland, Kasachstan, Belarus: nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2010 bis 2015, in Mrd. USD .....	135

Tabelle 24: Bestätigte Erdöl- und Erdgasreserven in den Ländern der Kaspischen Region Ende 2014.....	138
Tabelle 25: 15 der größten Investitionsprojekte Russlands in den EAWU-Ländern.....	142
Tabelle 26: Anzahl der russischen Bevölkerung in den GUS-Ländern, Vergleich 1989–2013 .....	144
Tabelle 27: Import der Republik Belarus aus der Russischen Föderation, Januar–Juni 2015 .....	147
Tabelle 28: Export der Republik Belarus in die Russische Föderation, Januar–Juni 2015 ..	148
Tabelle 29: Export/Import der Republik Belarus mit den westlichen Ländern 2014 .....	149
Tabelle 30: Ausländische Direktinvestitionen in Belarus und seine Nachbarländer, in Mio. USD.....	150
Tabelle 31: Russische Emigration aus Kasachstan in 1992–1998.....	156
Tabelle 32: Die größten kasachischen Investitionsprojekte in der Region der EAWU, Ende 2014.....	159
Tabelle 33: Teilnahme Armeniens an europäischen und eurasischen Integrationsprojekten .....	162
Tabelle 34: Finanzierung Armeniens im ENPI-Rahmen, 2007–2013, in Mio. EUR.....	164
Tabelle 35: SWOT-Analyse: Mitgliedschaft Armeniens in der EAWU .....	166
Tabelle 36: Nationale Programme und Strategien Kirgisiens .....	167
Tabelle 37: SWOT-Analyse: Mitgliedschaft der Kirgisischen Republik in der EAWU .....	168
Tabelle 38: Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen Kirgisien und den EAWU-Mitgliedern, Januar–November 2015.....	169
Tabelle 39: SWOT-Analyse: Geoökonomische Strategie der Ukraine.....	176
Tabelle 40: SWOT-Analyse: Mögliche Mitgliedschaft Tadschikistans in der EAWU .....	178
Tabelle 41: Dynamik des Export-/Importumsatzes von Zollunion/EAWU-Staaten und Ukraine, in Tsd. USD und % zum Vorjahr .....	185
Tabelle 42: Handelsdynamik der Zollunion/EAWU-Mitglieder und EU, in Mio. USD.....	186
Tabelle 43: Verträge innerhalb des EWR (eng.).....	231
Tabelle 44: Struktur der nationalen Interessen Russlands .....	233
Abbildung 1: Entwicklung der wirtschaftlichen Integration .....	25
Abbildung 2: Der geographische Angelpunkt der Geschichte, H. J. Mackinder .....	31
Abbildung 3: Spykmans Weltmodell mit Heartland-Rimland .....	33
Abbildung 4: Das Modell der Weltordnung mit den Pan-Regionen von Haushofer .....	34
Abbildung 5: Theoretische Ansätze des klassischen Eurasismus.....	49
Abbildung 6: Russland als Eurasisches Imperium nach A. Dugin.....	58
Abbildung 7: Russland-Eurasien und Länder der Dritten Welt gegen den „Reichen Westen“ nach A. Dugin.....	59
Abbildung 8: Mandatsverteilung nach außenpolitischen Grundorientierungen .....	62
Abbildung 9: Kulturelle Orientierung der Krim-Bevölkerung .....	86
Abbildung 10: Die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung von 1939 bis zum letzten Zensus 2001, in % .....	87
Abbildung 11: Warenstruktur des russischen Exports auf die GUS-Märkte, Januar–Juni 2015, in % .....	91
Abbildung 12: Struktur der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft.....	100

Abbildung 13: Zahl der Arbeitsmigranten in Russland, in Tsd. Menschen .....	108
Abbildung 14: Struktur der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit.....	113
Abbildung 15: Struktur der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung – GUAM.....	117
Abbildung 16: Industrieanteil am BIP der EAWU-Mitglieder, in %.....	125
Abbildung 17: Institutionen der EAWU.....	128
Abbildung 18: Das ordentliche Entscheidungsverfahren in der EAWU.....	129
Abbildung 19: Politische und wirtschaftliche Aspekte der EAWU .....	131
Abbildung 20: Kaspische Erdöl- und Erdgasexportroute .....	139
Abbildung 21: Aktieninhaber des Kaspischen Pipeline-Konsortiums.....	141
Abbildung 22: Prinzip der „konzentrischen Kreise“ kasachischer Außenpolitik.....	153
Abbildung 23: Ausländische Direktinvestitionen in Kasachstan in den 1990er-Jahren, in Mio. USD .....	157
Abbildung 24: Geld-Transfers aus Russland nach Armenien, in % zu BIP.....	165
Abbildung 25: Der Weg zum Aufbau von supranationalen Organen der EAWU .....	183



## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>AHK</b>	Deutsche Auslandshandelskammern
<b>APEC</b>	Asia-Pacific Economic Cooperation (Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft)
<b>CDIS</b>	Coordinated Direct Investment Survey
<b>CICA</b>	Conference on Interaction and Confidence-Building Measures in Asia (Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien)
<b>CPI</b>	Corruption Perceptions Index
<b>DCFTA</b>	Deep and Comprehensive Free Trade Areas
<b>EADRCC</b>	Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre
<b>EaPIC</b>	Eastern Partnership Integration and Cooperation
<b>EAPR</b>	Euro-Atlantische Partnerschaftsrat
<b>EAWK</b>	Eurasische Wirtschaftskommission
<b>EAWU</b>	Eurasische Wirtschaftsunion
<b>EEAS</b>	European External Action Service
<b>EDB</b>	Eurasian Development Bank
<b>ENI</b>	Europäische Nachbarschaftsinstrument
<b>ENP</b>	Europäische Nachbarschaftspolitik
<b>ENPI</b>	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EurasWG</b>	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft
<b>EWR</b>	Einheitlicher Wirtschaftsraum
<b>FSI</b>	Failed/Fragile States Index
<b>GATT</b>	General Agreement for Trade and Tariffs
<b>GUAM/GU(U)AM</b>	Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung
<b>GUS</b>	Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten
<b>HDI</b>	Human Development Index
<b>IMF</b>	International Monetary Fond
<b>InvG</b>	Investitionsgesetz
<b>IPAP</b>	Individual Partnership Action Plan (PfP-Program)
<b>ISIS</b>	Islamischer Staat im Irak und in Syrien
<b>KPdSU</b>	Kommunistische Partei der Sowjetunion
<b>KPK</b>	Kaspisches Pipeline-Konsortium

<b>KSZE</b>	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
<b>LDPR</b>	Liberal-Demokratische Partei Russlands
<b>NAKR</b>	Nordatlantischer Kooperationsrat
<b>OPEC</b>	Organization of the Petroleum Exporting Countries
<b>OSZE</b>	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
<b>OVKS</b>	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit
<b>PARP</b>	Planning and Review Process (PfP-Program)
<b>PAP-T</b>	Partnership Action Plan against Terrorism
<b>PfP</b>	Partnership for Peace
<b>PKA</b>	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
<b>RSFSR</b>	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
<b>SOZ</b>	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
<b>TNU</b>	Transnationale Unternehmen
<b>UdSSR</b>	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
<b>UN</b>	United Nations
<b>UNCTAD</b>	United Nations Conference on Trade and Development
<b>UNDP</b>	United Nations Development Programme
<b>USA</b>	United States of America
<b>WMD</b>	Massenvernichtungswaffen
<b>WTO</b>	World Trade Organization

# CHRONOLOGIE: MEILENSTEINE DER EURASISCHEN INTEGRATION

Jahr	Ereignisse
1991	Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch Aserbaidshjan, Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Russland, Turkmenistan, Tadschikistan, Ukraine und Usbekistan. Gründung des Rats der Verteidigungsminister der GUS.
1992	Gründung des wirtschaftlichen Gerichts der GUS. Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Interparlamentarischen Versammlung der GUS. Unterzeichnung des Vertrags über kollektive Sicherheit (Armenien, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan, Usbekistan).
1993	Verabschiedung der GUS-Satzung. Gründung der Zwischenstaatlichen Bank der GUS. Gründung des Rats der GUS-Außenminister. Beitritt Georgiens zur GUS. Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Zentralasiatischen Union (Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan).
1995	Die Interparlamentarische Versammlung der GUS bekommt den Status einer internationalen Organisation. Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung einer Zollunion (Russland, Belarus, Kasachstan). Gründung des Rates der Verteidigungsminister der Zentralasiatischen Union.
1996	Unterzeichnung des Vertrags über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich (Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisien). Unterzeichnung der Vereinbarung über den Beitritt Kirgisiens zum Vertrag über die Zollunion (1995).
1997	Verabschiedung des Vertrags über die Union zwischen Russland und Belarus. Gründung der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung GU(U)AM.
1998	Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Transportunion (Russland, Kasachstan, Belarus, Kirgisien). Die Zentralasiatische Union wird in Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft umbenannt. Tadschikistan tritt der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft bei. Kirgisien tritt der World Trade Organization (WTO) bei.
1999	Gründung des Wirtschaftsrats und des Exekutivkomitees der GUS. Verabschiedung der Vereinbarung über den Beitritt Tadschikistans zum Vertrag über die Zollunion (1995). Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums (Russland, Kasachstan, Belarus, Tadschikistan, Kirgisien). Unterzeichnung des Vertrags über den Unionsstaat Russland-Belarus.
2000	Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasWG) durch Russland, Belarus, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisien.
2001	Die Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft wird in Organisation der Zentralasiatischen Zusammenarbeit umbenannt.
2002	Die Ukraine und Moldau erhalten Beobachterstatus bei der EurasWG.

- Gründung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan).
- 2003** Armenien bekommt Beobachterstatus bei der EurasWG.  
Die EurasWG erhält Beobachterstatus bei der UN-Generalversammlung.  
Unterzeichnung des Vertrags zur Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraums (EWR) durch Russland, Kasachstan, die Ukraine und Belarus.
- 2004** Entscheidung für eine strukturelle Reform der GUS.  
Gründung des Sicherheitsrates der GUS zur Bekämpfung des Terrorismus.
- 2005** Turkmenistan tritt aus der GUS aus und erhält den Status eines assoziierten Mitglieds.  
Die Organisation der Zentralasiatischen Zusammenarbeit schließt sich mit der EurasWG zusammen.  
Der Rat für finanzwirtschaftliche Politik der EurasWG nimmt seine Arbeit auf.
- 2006** Unterzeichnung des Protokolls über den Beitritt Usbekistans zur EurasWG.  
Entscheidung zur Gründung einer Zollunion (Russland, Kasachstan, Belarus).
- 2007** Unterzeichnung des Vertrags über einen einheitlichen Zollraum und Gründung einer Zollunion (Russland, Kasachstan, Belarus).  
Verabschiedung der Konzeption für die weitere Entwicklung der GUS sowie des Maßnahmenplans für die Umsetzung.
- 2008** Beschluss über die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung der GUS bis 2020.  
Usbekistan tritt aus der EurasWG aus.
- 2009** Beschluss über die Gründung eines einheitlichen Zollraums (Russland, Kasachstan, Belarus) ab 1. Januar 2010.  
Verabschiedung des Zollkodex der Zollunion sowie des Maßnahmenplans zur Gründung des EWR.  
Georgien tritt aus der GUS aus.
- 2010** Der Zollkodex der Zollunion trifft in Kraft.
- 2011** Abschaffung der Zollkontrollen an den russischen, belarussischen und kasachischen Grenzen.  
Abschluss des Vertrags über die Freihandelszone der GUS-Staaten.
- 2012** Unterzeichnung des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftskommission (EAWK).  
Gründung des Einheitlichen Wirtschaftsraums (EWR) und der EAWK.  
Russland tritt der WTO bei.  
Die GUS-Mitglieder unterzeichnen eine Erklärung „über die weitere Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit“.
- 2013** Tadschikistan tritt der WTO bei.
- 2014** Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).  
Unterzeichnung des Beitrittsvertrags zur EAWU durch Armenien.  
Unterzeichnung des Beitrittsvertrags zur EAWU durch Kirgisien.
- 2015** Der Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion trifft am 1. Januar in Kraft.  
Unterzeichnung des Vertrags über die Freihandelszone mit der Sozialistischen Republik Vietnam.  
Kasachstan tritt der WTO bei.
-

Das Interessante dieser Welt liegt nicht darin zu wissen, wo wir gerade stehen, sondern in welche Richtung wir uns bewegen.

Oliver Wendell Holmes, Sr.  
(1809-1894)

## **EINLEITUNG**

### **Politische und wissenschaftliche Relevanz der Thematik**

Als Ergebnis globaler politischer und sozialwirtschaftlicher Transformationen am Ende des 20. Jahrhunderts stand der postsowjetische Raum vor neuen Herausforderungen. Der Zerfall der Sowjetunion und die darauffolgende Gründung von fünfzehn unabhängigen Republiken bildeten die Grundlage einer neuen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich. Die heutige Integration im postsowjetischen Raum lässt sich als ein konsequenter wirtschaftlicher, von historischen, politischen und geographischen Faktoren bedingter Prozess der Vereinigung von ehemaligen sowjetischen Staaten betrachten. Da dieser Integrationsprozess die den europäischen und asiatischen Teil des Kontinents Eurasien bewohnenden Völker vereinigt und die Ideen des Eurasismus-Konzeptes vertritt, wird er in Fachliteratur<sup>1</sup> als „*eurasische Integration*“ bezeichnet.

Eine wissenschaftliche Neuheit der Dissertation besteht in der Analyse des Eurasismus-Konzeptes nicht aus historisch-philosophischer, sondern aus politikwissenschaftlicher Sicht. Bis dato liegt in der deutschsprachigen Fachliteratur keine Studie vor, die die eurasischen Ideen als bedeutenden Bestandteil des innen- und außenpolitischen Diskurses im postsowjetischen Raum im Kontext von modernen Integrationsprozessen betrachtet. Die Idee des Eurasismus entstand Anfang des 20. Jahrhunderts und wurde in den 1970er- und 1990er-Jahren eingehend untersucht. Gegenwärtig ziehen sich die eurasischen Gedanken wie ein roter Faden durch die außenpolitischen Dokumente der Russischen Föderation. Die Renaissance des Eurasismus ist als Versuch zu werten, dieses Konzept zur Verhinderung von zwischenethnischen Konflikten, zum Erhalt der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität sowie zur Einigung der Zivilgesellschaft einzusetzen. Eurasische Ansätze finden sich in den Konzepten der Außenpolitik, in politischen Manifesten und Parteiprogram-

---

<sup>1</sup> Dutkiewicz, P./Sakwa, R. (2015): *Eurasian Integration – The View from Within*, New York: Routledge; Vinokurov, E. (2013): *Pragmatic Eurasianism: prospects for Eurasian integration*, in: *Russia in global affairs*, Heft 2/11; Fedorenko, V. (2015): *Eurasian Integration: Effects on Central Asia*, Rethink Paper 23, Washington.

men nicht nur in Russland<sup>2</sup>, sondern auch in den anderen postsowjetischen Ländern und haben dadurch einen Einfluss auf die Beziehungen zwischen den Partnern der eurasischen Integration.

Eine gelungene Verkörperung der eurasischen Integration ist die 2015 von Kasachstan, Russland und Belarus gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU). Ihr sind zwei weitere Staaten beigetreten: Armenien und Kirgisien<sup>3</sup>. Ausgehend davon, dass die EAWU in historisch kurzer Zeit einen langen Weg hinter sich hat – von der Gründungsidee Nursultan Nazarbajevs<sup>4</sup> bis zur Unterzeichnung des Gründungsvertrags – ist die EAWU als ein dynamisches Integrationsgebilde zu bezeichnen. Diese Dynamik ist mit der Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen den Republiken während der sowjetischen Zeit sowie mit Vorgänger-Organisationen wie der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasWG), der Zentralasiatischen Union, der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), der Zollunion u. a. zu erklären.

Die Eurasische Wirtschaftsunion befindet sich als neugegründete Organisation erst am Anfang des Integrationsweges und hat vielfältige Möglichkeiten zur Weiterentwicklung. Dabei wirken verschiedene Faktoren. In erster Linie sind in diesem Kontext die politischen und wirtschaftlichen Differenzen zwischen den EAWU-Mitgliedsstaaten zu nennen. Seit dem Zerfall der UdSSR versucht Russland eine dominierende Rolle in der Region zu übernehmen und als Garant der politischen und wirtschaftlichen Stabilität aufzutreten. Allerdings stößt Russland auf einen gewissen Widerstand seitens der Integrationspartner. Dieser Widerstand bildet den Anlass und den Ausgangspunkt für vorliegende Dissertation.

## **Ziel, Fragestellung und Aufbau der Arbeit**

Das Ziel der Untersuchung besteht in der Analyse der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Aspekte des Integrationsprozesses im postsowjetischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der 2015 von Belarus, Russland und Kasachstan gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion, sowie in der Darstellung der Ideen des Eurasismus und ihrem Einfluss auf die Entwicklung des Integrationsprozesses im postsowjetischen Raum. Die vorliegende Arbeit umfasst die Periode vom Ende der 1980er-Jahre, genauer dem Zerfall der Sowjetunion, bis Anfang 2016, ein Jahr nach Gründung der EAWU.

Im Mittelpunkt der Analyse steht die Frage, welche Ziele und Interessen Russland bei der eurasischen Integration und bei der Schaffung der Eurasischen Wirtschaftsunion verfolgt und inwieweit die russischen Interessen mit den Interessen der anderen EAWU-Mitgliedsstaaten übereinstimmen, sich von diesen unterscheiden bzw. ihnen widerspre-

---

<sup>2</sup> Der Begriff „Russland“ steht in der Dissertation identisch für „Russländische/Russische Föderation“. Das Gleiche gilt für Adjektive.

<sup>3</sup> Der Begriff „Kirgisien“ wird hier gleichbedeutend mit „Kirgisische Republik/Kirgistan“ verwendet.

<sup>4</sup> Da es verschiedene Möglichkeiten der Umschrift für die russischen und zentralasiatischen Eigen- und Ortsnamen gibt (wie z. B. Gorbachev, Gorbatschow, Gorbačev), sind die im laufenden Text erwähnten Namen in Übereinstimmung mit dem wissenschaftlichen Transliterationssystem zur Verbesserung der Lesbarkeit übertragen worden. Die Namen von Institutionen, Organisationen sowie Parteien wurden in der Regel ins Deutsche übersetzt.

chen. In dieser Hinsicht ist es maßgeblich zu untersuchen, ob die seit der UdSSR-Zeit bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verbindungen in der Region für die Integrationsentwicklung relevant sind, und wie effektiv die Arbeit von regionalen Organisationen ist, die den Rahmen der eurasischen Integration bilden.

Die in der Dissertation vertretene These lautet, dass Russland die eurasische Integration und die bestehenden regionalen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Organisationen sowie den Aufbau der Eurasischen Wirtschaftsunion als politisches Projekt betrachtet, das durch die Erhaltung des strategischen Einflusses im postsowjetischen Raum, die Kontrolle der regionalen Sicherheit sowie die Unterstützung der autoritären Regime in den Nachbarstaaten zum Tragen kommt.

Folgende sekundäre Fragen sollen in diesem Zusammenhang einen Beitrag zur Klärung der Forschungsfrage leisten:

- Welchen Einfluss hat das Konzept des Eurasismus auf die außenpolitischen Einstellungen Russlands und Kasachstans? Inwieweit unterscheidet sich der russische vom kasachischen Ansatz?
- Welche Rolle spielt der historische Hintergrund für die Entwicklung der heutigen Zusammenarbeit in der Region?
- Welche Probleme und Schwachstellen haben/hatten die regionalen Organisationen wie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurasWG)?
- Welche Perspektive hat die regionale Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich?
- Welche Interessen verfolgt Russland im postsowjetischen Raum?
- Was sind die außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Prioritäten von Belarus?
- Was stellt die multivektorielle Außenpolitik von Nursultan Nazarbajev dar?
- Welche Vor- und Nachteile ergeben sich für Armenien seit dem Beitritt zur EAWU?
- Welche Interessen verfolgte Kirgisien mit dem Beitritt zur EAWU?
- Ist eine Erweiterung der EAWU zweckmäßig? Ist die eurasische Integration eine gute Alternative für die Ukraine? Welche Vorteile hat der EAWU-Beitritt für Tadschikistan?
- Was stellt die Integration in Eurasien heute dar? Welche Schwachstellen weist die Eurasische Wirtschaftsunion auf?
- Welche wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsperspektiven hat die Eurasische Wirtschaftsunion?

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in drei Hauptkapitel. Das erste Kapitel befasst sich mit der Darstellung der theoretischen Grundlagen des Eurasismus. Zuerst wird das Eurasismus-Konzept deskriptiv anhand der Forschungen von europäischen, amerikanischen und russischen Wissenschaftlern untersucht. In der Folge wird das Auftauchen des Eurasismus-Begriffs im Kontext der russischen Geschichte und seine detaillierte Abgrenzung behandelt. Hierbei werden außerdem die theoretischen Ansätze des klassischen Eurasismus erläutert. Der Schwerpunkt des Kapitels liegt auf der Ideologie des Neoeurasismus und ihren Auswirkungen auf die Entwicklung der Integration in Eurasien heute. Dafür wird neben der Darstellung der neoeurasischen theoretischen Ansätze und den Unterschieden

zum klassischen Eurasismus auch der Radikalisierungsprozess des Eurasismus-Konzeptes analysiert. Ferner wird aus dieser Betrachtungsweise die Entstehung des Neoeurasismus-Konzeptes des russischen Ideologen Alexander Dugin erklärt. Danach steht der Eurasismus in den offiziellen außenpolitischen Einstellungen wie Konzeptionen der Außenpolitik und der Nationalen Sicherheit sowie den Marine- und Militärdoktrinen der Russischen Föderation im Mittelpunkt der Betrachtung. Schließlich wird der pragmatische (wirtschaftliche) Eurasismus als Teil der außenpolitischen Haltung Kasachstans ergründet.

Im zweiten Kapitel geht es um den Istzustand der eurasischen Integration. Zunächst schildert das erste Unterkapitel die historischen Voraussetzungen für die Herausbildung von Integrationsprozessen in der Region, die einen bedeutenden Einfluss auf die heutigen Integrationsinitiativen in Eurasien haben. In den folgenden Unterkapiteln werden vier Organisationen, nämlich die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit sowie die Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung (GUAM), aus der Perspektive der Zweckmäßigkeit, der wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Relevanz und der institutionellen Kohärenz analysiert, indem die Schwachstellen, Erfolge und Misserfolge dieser Einrichtungen eingehend untersucht werden.

Das dritte Kapitel stellt den aktuellen Stand der eurasischen Integration am Beispiel der Eurasischen Wirtschaftsunion dar. Dabei werden im ersten Unterkapitel die institutionellen Rahmenbedingungen der EAWU ins Auge gefasst, wobei Ziele, Prinzipien, der Rechtsstatus und die Organisationsstruktur der EAWU bei der Analyse Berücksichtigung finden. Zudem erfolgt eine Bestandsaufnahme der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums der EAWU. Der Schwerpunkt des Kapitels liegt auf der Zielkohärenz zwischen den Partnern der eurasischen Integration – Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Russland. Ferner wird die Frage der Zweckmäßigkeit der Erweiterung der EAWU gestellt, wobei die Vor- und Nachteile des EAWU-Beitritts für die Ukraine und Tadschikistan erforscht werden. Anschließend werden die Entwicklungsperspektiven der EAWU aus wirtschaftlicher und politischer Sicht aufgezeigt, insbesondere eine mögliche Vertiefung der politischen Integration innerhalb der EAWU sowie wirtschaftliche Aussichten der EAWU auf dem Weltmarkt.

## **Methoden und Vorgehensweise**

In methodischer Hinsicht liegt der Studie eine systematische politische Analyse zugrunde. Zur Beantwortung der Forschungsfrage findet außerdem die Methode der Inhalts- und Ereignisanalyse (engl. *content and event analysis*) Anwendung. Die Inhaltsanalyse wird bei der Sammlung von quantitativen Angaben zur Ergebnisinterpretation zwecks Beurteilung und Prognostizierung von politischen Handlungen eingesetzt. Eine Ereignisanalyse findet Beachtung bei der Anordnung und Strukturierung von politischen Prozessen im post-sowjetischen Raum.

Als eine methodische Erweiterung wird in der Studie bei den Untersuchungen der geoökonomischen Strategien des EAWU-Beitritts der Ukraine, von Armenien, Tadschikistan und Kirgisien die Methode der SWOT-Analyse angewendet. Die SWOT-Analyse (engl. *SWOT*

matrix) unterscheidet externe und interne Faktoren und hat vier Untersuchungsrichtungen: *Strengths* (Stärken), *Weaknesses* (Schwächen), *Opportunities* (Chancen) und *Threats* (Gefahren/Risiken) – s. Tabelle 1: Modell der SWOT-Analyse. Der Ansatz stammt von Albert S. Humphrey<sup>5</sup>, kommt aus dem Marketing und wird in letzter Zeit im strategischen Management<sup>6</sup> und vielen weiteren Bereichen, darunter der Politikwissenschaft, angewendet.

**Tabelle 1: Modell der SWOT-Analyse**

	Positiver Einfluss	Negativer Einfluss
Interne Faktoren	Stärken	Schwächen
Externe Faktoren	Chancen	Gefahren/Risiken

Der eurasische Integrationsprozess wird in der Dissertation aus dem Blickwinkel von vier Integrationsparadigmen/Sichtweisen – ideologischen, historischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen – betrachtet:

– **Ideologisches Integrationsparadigma:**

Das ideologische Integrationsparadigma wird in der Dissertation durch die Eurasismus-Konzeption dargestellt. Das Konzept entstand als politisch-gesellschaftliche Bewegung in der russischen Emigration am Anfang der 1920er-Jahre und geriet dann für lange Zeit in Vergessenheit. Eine Wiederentdeckung des Eurasismus begann in den 1980er-Jahren und wurde später auf verschiedene Weisen interpretiert. Man unterscheidet vier große Konzeptionen des Eurasismus (s. Tabelle 2: Konzeptionen des Eurasismus), die eine ideologische Basis der Integration in Eurasien bilden.

**Tabelle 2: Konzeptionen des Eurasismus<sup>7</sup>**

	Klassischer Eurasismus	Neoeurasismus		
		Eurasien als postsowjetischer Raum / Akademischer Eurasismus	Radikaler Neoeurasismus	Pragmatischer (wirtschaftlicher) Eurasismus
<b>Charakter des Begriffs</b>	Geographischer Begriff, Wissenschaft	Geographischer Begriff, politisch-wirtschaftliche Einstellung	Ideologie	Komplex der wirtschaftlichen und außenpolitischen Ideen ohne ideologische Begründung
<b>Ursachen der Bildung von Eurasien</b>	Kulturelle und historische Menschengemeinschaft	Historische Menschengemeinschaft	Kulturelle, historische und politische Menschengemeinschaft	Wirtschaftliche und soziokulturelle Beziehungen
<b>Wahrnehmung Europas als Teil Eurasiens</b>	Negativ: Abgrenzung von Europa	Negativ: als Teil werden nur die europäischen Staaten des postsowjetischen Raumes anerkannt	Negativ: Abgrenzung von Europa; Europa ist feindliche Region; Russland-Eurasien ist berufen, um Europa zu widerstehen	Positiv
<b>Wahrnehmung Asiens als Teil Eurasiens</b>	Teilweise: „Große Steppe“ (Zentralasien)	Negativ: mit Ausnahme der Mongolei	Teilweise: China, Japan, „Große Steppe“ (Zentralasien)	Positiv
<b>Wahrnehmung der Westernisierung und der Modernisierung Eurasiens</b>	Ablehnung der Modernisierung durch Westernisierung; Westernisierung wird als geistige und materielle Kolonisierung durch den Westen verstanden	Sehr unwahrscheinlich, dass der postsowjetische Raum sich dem Westen anschließt	Ablehnung der Modernisierung durch Westernisierung; Suche nach dem „eigenen Weg“	Westernisierung als einzige Strategie der Modernisierung unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten; Fokus auf wirtschaftliche Aspekte der Westernisierung

<sup>5</sup> Humphrey, A. (2005): SWOT Analysis for Management Consulting, SRI Alumni Newsletter (SRI International).

<sup>6</sup> Schumann, H. (2012): Die SWOT Analyse. Ein Instrument des strategischen Managements, GRIN Verlag, München; Wehrich, H. (1982): The TOWS Matrix – a Tool for Situational Analysis, Long Range Planning (LRP), Bd. 82/2.

<sup>7</sup> Vgl. Vinokurov, E./Libman, A. (2012), S. 20, mit Ergänzungen von A. O.

In der vorliegenden Arbeit werden die Entstehung des klassischen Eurasismus, seine theoretischen Ansätze, ihre weitere Radikalisierung sowie die Rolle des Eurasismus/Neoeurasismus in den Forschungen von europäischen, amerikanischen und russischen Autoren untersucht. In methodischer Hinsicht wird Eurasien in der Dissertation als postsowjetischer Raum betrachtet, indem bei der Untersuchung von bestimmten Ländern andere Ansätze, wie zum Beispiel im Fall von Kasachstan der pragmatische (wirtschaftliche) Eurasismus oder bei Russland der Neoeurasismus herangezogen werden.

Dieser Zugang ist wichtig, da die eurasische Thematik immer häufiger in den innen- und außenpolitischen Einstellungen der jeweiligen Länder auftritt und somit zu einem wesentlichen Bestandteil des politischen Diskurses wird. Aus diesem Grund zieht sich das Eurasismus-Konzept wie ein roter Faden als Theorie, Ideologie sowie politische Einstellung durch die vorliegende Arbeit.

– **Historisches Integrationsparadigma:**

In historischer Hinsicht ist die wirtschaftliche Integration als alternativloser Prozess zu sehen, da aufgrund der globalisierten Weltwirtschaft die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaften von externen Faktoren immer größer wird. Der Aufbau einer wirtschaftlichen Union im postsowjetischen Raum war dabei keine Ausnahme. Im Gegenteil, die Situation in der Region befand sich in voller Übereinstimmung mit der Entwicklung der Weltgemeinschaft. Die tiefe Wirtschaftskrise der 1980er-Jahre in der UdSSR ist als Wendepunkt auf dem Weg zur heutigen Integration im postsowjetischen Raum zu bezeichnen. Eine objektive Notwendigkeit zur Zusammenarbeit entstand im Kontext des Zerfalls der Sowjetunion, jedoch war sie auch schon vorher in der Perestroika-Politik von Mikhail Gorbachev und den Bestrebungen der Unionsrepubliken für den Austritt aus der UdSSR greifbar. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden im postsowjetischen Raum zahlreiche Integrationsinitiativen unternommen, die heute eine Basis für Kooperationen bilden. Organisationen wie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, die Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung liefern und lieferten notwendige Erfahrungen im Prozess der regionalen Integration im postsowjetischen Raum, ungeachtet der manchmal auftretenden Früh-Institutionalisierung.

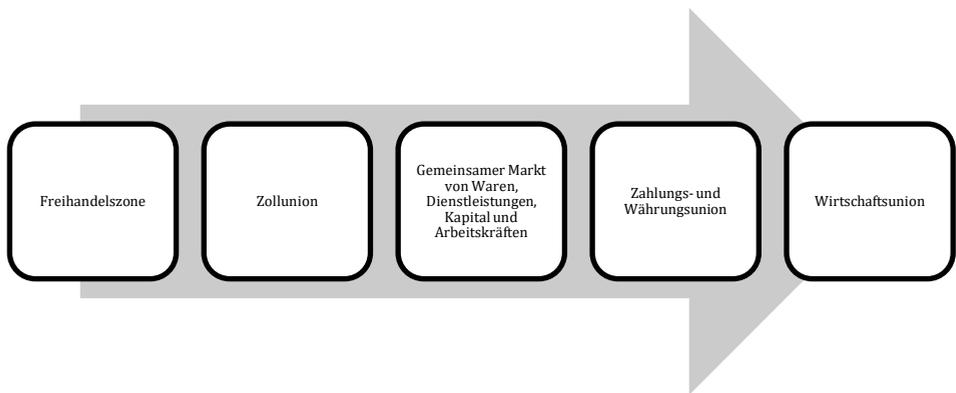
– **Wirtschaftliches Integrationsparadigma:**

Nach der Abschaffung der sowjetischen Planwirtschaft begannen die Mitgliedsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) eine Reihe von Maßnahmen für den Übergang zur Marktwirtschaft und die stufenweise Vereinigung der nationalen Wirtschaften zu setzen (s. Abbildung 1: Entwicklung der wirtschaftlichen Integration).

In der ersten Etappe sollte eine Freihandelszone aufgebaut werden. Eine Freihandelszone gilt als die einfachste Form der wirtschaftlichen Integration und dient der Erweiterung von Waren-, Kapital- und Arbeitskraftmärkten mithilfe der Liberalisierung des Transportbereichs (Abschaffung von Zollgebühren, Erleichterung der Zollbürokratie). Dies gilt allerdings nur für Waren, die auf dem Territorium der Freihandelszone produziert wurden. Gegenüber Drittstaaten führen die Länder der Freihandelszone eine eigene Handelspolitik durch.

Als zweite Etappe sollte eine Zollunion gebildet werden. In einer Zollunion führen Länder eine gemeinsame Außenhandelspolitik gegenüber Drittländern durch, was eine Abschaffung von internen Zollgrenzen innerhalb der Zollunion bedeutet. Als Ergebnis entsteht somit ein Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR), der einen freien Wettbewerb sowie eine bessere territoriale und fachbezogene Arbeitsteilung erlaubt. Ein gemeinsamer Zollltarif tritt in Kraft. Die Partner der Zollunion können auf dem Weltmarkt als einheitlicher Block auftreten sowie Warenströme und Preise kollektiv reglementieren. Erst in dieser Integrationsstufe entsteht eine Notwendigkeit zum Aufbau von supranationalen Organen, die einen Teil der außenpolitischen Souveränität der Mitgliedsstaaten in Fragen der Außenhandelspolitik übernehmen.

**Abbildung 1: Entwicklung der wirtschaftlichen Integration**



Als nächster Schritt sollte ein gemeinsamer Markt von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften aufgebaut werden. Das Ziel des gemeinsamen Marktes ist die Vereinheitlichung des Marktes, die Harmonisierung von Standards im Erzeugungsprozess, die Schaffung von Regeln zur Marktkontrolle sowie die Ausarbeitung einer gemeinsamen Industrie- und Steuerpolitik.

In der vierten Etappe sollten die Divergenzen zwischen den nationalen Währungen der Mitgliedsstaaten nivelliert und eine gemeinsame Währung eingeführt werden. Dies bildet die Grundlage für den Aufbau einer Zahlungs- und Währungsunion. Die Etablierung einer solchen Union ist ein nicht unumstrittener Prozess, da sie direkt in die Souveränität der Mitgliedsstaaten eingreift.

Die abschließende Etappe des wirtschaftlichen Integrationsprozesses ist die Schaffung einer Wirtschaftsunion. Hier sind Widersprüche innerhalb der Union noch größer und vielfältiger, bspw. in Bereichen der nationalen und internationalen Interessen, der Interessen der Bevölkerung und des Nationalstaats, der nationalstaatlichen Interessen und der Interessen von Transnationalen Unternehmen (TNU). Die Beilegung von Differenzen ist die Aufgabe von supranationalen Organen. Durch Übergabe von nationalstaatlichen wirtschaftlichen Funktionen an supranationale Organe ziehen die Mitgliedsstaaten wirtschaftliche Gewinne aus der Integration.

– **Sicherheitspolitisches Integrationsparadigma:**

In puncto Sicherheit und politischer Zusammenarbeit besteht im postsowjetischen Raum ständiges Konfliktpotenzial. Der Zerfall der UdSSR bestimmte stark die Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse, den Aufbau von Mehrparteiensystemen sowie die Umgestaltung und Reorganisation des Staatsapparats in der Region. Diese politische Transformation fand im Laufe des Kampfes zwischen verschiedenen politischen Akteuren statt. Die Kommunistische Partei war kein Element des politischen Systems mehr und verlor ihre Macht in allen Unionsrepubliken. Die neugegründeten Staaten entwickelten neue politische Institute und forderten gleichzeitig eine enge Kooperation in der sicherheitspolitischen Sphäre, um Beziehungen neuer Qualität untereinander aufzubauen und eine russische Einmischung in innere Angelegenheiten zu verhindern. Als Konfliktprävention wurde 1992 bei einer GUS-Sitzung ein Vertrag über die kollektive Sicherheit von Armenien, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan und Usbekistan unterfertigt. Dennoch aktivierten zahlreiche Konflikte in den 1990er-Jahren, wie z. B. in Transnistrien, Tadschikistan, Südossetien, Abchasien und Berg Karabach, die Suche nach neuen sicherheitspolitischen Strukturen ohne Teilnahme Russlands. So entstand 1997 die Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung (GU(U)AM), mit den Gründungsmitgliedern Georgien, Ukraine, Aserbaidshan und Moldau.

Wegen des russisch-georgischen Konflikts 2008, des aktuellen russisch-ukrainischen Konflikts und der erneuten Unruhen in Berg Karabach bleibt der weitere Ausbau von sicherheitspolitischen Strukturen im postsowjetischen Raum eine unbedingte Notwendigkeit.

Der in der vorliegenden Studie oft benutzte Begriff „postsowjetischer Raum“ wurde von Algis Prazauskas 1992 mit der Veröffentlichung eines Artikels in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht.<sup>8</sup> Bis zum Austritt von Georgien aus der GUS im Jahr 2009 war der Begriff „postsowjetischer Raum“ mit der Wortverbindung „GUS und Baltikum“ identisch. Die postsowjetischen Staaten werden nach geographischen Kriterien in fünf Gruppen geteilt:

1. Gruppe „Osteuropa“: die Ukraine, Belarus und Moldau;
2. Gruppe „Zentralasien“: Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan;
3. Gruppe „Transkaukasien“: Armenien, Aserbaidshan und Georgien;
4. Gruppe „Baltikum“: Lettland, Litauen und Estland.
5. Gruppe „Russland“: Russland wird aufgrund der dominierenden Rolle in der Region als eigene Gruppe betrachtet.

Dieser Einteilung entsprechend werden die genannten Begriffe in der Dissertation verwendet.

---

<sup>8</sup> Vgl. Petrov, A. (2012), S. 12.

# 1 THEORETISCHE GRUNDLAGEN DES EURASISMUS

## 1.1 Eurasismus deskriptiv

### 1.1.1 Eurasismus/Neoeurasismus in den Forschungen westlicher und russischer Wissenschaftler

Der Eurasismus ist eine der wichtigsten Richtungen des russischen wissenschaftlichen und sozialen Denkens des 20. Jahrhunderts. Der Eurasismus entstand im Milieu der russischen Emigration in den 1920er-Jahren. In dieser Zeit wurden zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten über die Geografie und Natur Russlands sowie die ethnische Geschichte der Völker Russlands geschrieben. Außerdem beschäftigten sich die Vertreter des Eurasismus mit der Schaffung und Begründung von qualitativ neuen Prinzipien einer russischen Nationalideologie. Von Anfang an zeichnete sich der Eurasismus durch einen bestimmten Isolationalismus sowie den Wunsch aus, sich politisch zwischen „rechts“ und „links“ zu positionieren.

Als neue Weltanschauung und in der politischen Praxis hat sich der Eurasismus ständig weiterentwickelt und immer neue Vertreter und Nachfolger gewonnen. Der Eurasismus war oft Objekt der Kritik und löste emotionale Debatten und Diskussionen aus. Die Erfinder des eurasischen Konzeptes waren eine Gruppe von Wissenschaftlern, russische Auswanderer, die sich 1920 in Sofia trafen. Diese Gelehrte waren:

- Fürst Nikolaj S. Trubeckoj (1890–1938), Sprachwissenschaftler und späterer Professor für Slawistik an der Universität Wien;
- Peter N. Savickij (1895–1968), Wirtschaftswissenschaftler und Geograf;
- Georgij V. Florovskij (1893–1979), Priester und später ein bekannter orthodoxer Theologe;
- Peter P. Suvčinskij (1892–1985), Kritiker und Musikphilosoph, Publizist und Organisator der eurasischen Bewegung.

**Analyse der Primärliteratur.** Ein Werk, in dem der Eurasismus zum ersten Mal auftauchte, war das Buch von Trubeckoj „Europa und die Menschheit“<sup>9</sup>, das in Sofia im Jahr 1920 veröffentlicht wurde. Gleichzeitig erschien in Sofia die erste Essay-Sammlung der

---

<sup>9</sup> Trubeckoj, N. (1920/1922): Europa und die Menschheit. Aus d. Russ. übers. v. S. O. Jacobsohn, München: Drei Masken Verlag.

Vertreter des Eurasismus (*Eurasier*), „Vorahnungen und Erfüllungen“<sup>10</sup>, die in der Literatur als Manifest der Eurasischen Bewegung betrachtet wird. In den Jahren 1921–1922 haben die Eurasier in verschiedenen Städten Europas aktiv an der ideologischen und organisatorischen Gestaltung der neuen Bewegung gearbeitet. Zwischen 1922 und 1931 erschienen die Aufsatzsammlungen: „Auf dem Weg. Die Behauptung der Eurasier“ (Berlin, 1922), „Russland und Latinismus“ (Berlin, 1923), „Eurasische Chronik“ (Berlin, Paris, 1923–1927, Ausgaben 1–3), „Eurasische Sammlung“ (Prag, 1929) sowie „Die dreißiger Jahre“ (Paris, 1931). Gleichzeitig publizierten die Eurasier eine Reihe von Zeitschriften: „Eurasische Chronik“ (Prag, Paris, Berlin, 1925–1937, Ausgaben 1–12), „Eurasische Hefte“ (Paris, 1934–1936, Ausgaben 1–6), „Eurasier“ (Brüssel, 1929–1935, Ausgaben 1–25) sowie eine Wochenschrift für die kulturellen und politischen Fragen „Eurasien“ (Paris, 1928–1929, Ausgaben 1–35).

Während der sowjetischen Zeit waren im russischsprachigen Raum die Werke der Eurasier kaum bekannt. Der Nachdruck dieser Werke war verboten. In den seltenen Fällen, in denen Publikationen die Sowjetunion erreichten, führte es zur Entstehung von Arbeitskreisen, die den Eurasismus aus der Sicht der russischen Geschichte zur Diskussion brachten. Diese Arbeitskreise existierten jedoch nicht lange und wurden von den Organen des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten (NKWD) zerschlagen.

Erste Wiederveröffentlichungen von eurasischen Werken fanden in der späten Perestroika-Zeit statt. Zu den bedeutendsten neupublizierten Werken zählen die Artikel von Trubeckoj „Gemeinsames slawisches Element in der russischen Kultur“ (Paris, 1927), „Zur ukrainischen Problematik“ (Paris, 1927), „Über turanisches Element in der russischen Kultur“ (Berlin, 1925), „Über den wahren und falschen Nationalismus“ (Sofia, 1921), „Dschingis Khans Erbe. Sicht auf russische Geschichte nicht vom Westen, sondern vom Osten“ (Berlin, 1925), „Religionen Indiens und Christentum“ (Prag, 1921) sowie ein Artikel von Suvčinskij „Arten der Kunst“ (1922). 1991 erschien in der Zeitschrift „*Novyj Mir*“<sup>11</sup> einen Artikel von Lew Karsavin „Staat und die Krise der Demokratie“ (1929) und das Werk von Georgij Florovskij „Eurasische Versuchung“ (Prag, 1928). Gleichzeitig veröffentlichte die Zeitschrift „*Filosovskie nauki*“<sup>12</sup> einen Programmartikel von Savickij, „Eurasismus“ (Berlin, 1925), sowie viele weitere Werke von ihm.

Seit 1995 publiziert man erste Bücher von einzelnen Eurasiern, zunächst „Geschichte. Sprache. Kultur“<sup>13</sup> von Trubeckoj mit sprachwissenschaftlichen, literarischen und kritischen Ergänzungen des Autors. Dieses Buch enthält nahezu alle Werke von Trubeckoj, die historisch-politischen und kulturellen Charakter haben und mit seinen eurasischen Aktivitäten verbunden waren. In diesem Buch wurden solche Werke neupubliziert, die bisher im postsowjetischen Raum nie erschienen: „Über die kaukasischen Völker“, „Über das Staatssystem und die Regierungsform“, „Ideokratie und die Armee“, „Gedanken über Autarkie“,

---

<sup>10</sup> Suvčinskij, P./Trubeckoj, N./Florovskij, G. (1959): Vorahnungen und Erfüllungen (Auszug), in: Tschishewski, D./Groh, D. (Hrsg.)(1959): *Europa und Russland*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 519-520.

<sup>11</sup> Deutsch: Neue Welt.

<sup>12</sup> Deutsch: Philosophie.

<sup>13</sup> Trubeckoj, N. (1995): *История, язык, культура* (Geschichte, Sprache, Kultur), Moskau: Verlag Progress.

„Über Rassismus“ sowie „Europa und die Menschheit“ (bisher wurden nur Ausschnitte als Anhang zu der Monographie von Irina Orlova „Eurasische Zivilisation“<sup>14</sup> veröffentlicht).

Im Jahr 2004 wurden einzelne Briefe aus dem Briefwechsel zwischen Savickij und Gumiljov sowie ein Ausschnitt aus der Monographie von Nikolaj Klepin „Der Heilige und Selige Großfürst Alexander Nevskij“ (Paris, 1927) im Anhang zum Buch von Gumiljov „Schwarze Sage. Freunde und Feinde der Steppe“<sup>15</sup> zusammen mit den bereits veröffentlichten Artikeln von Trubeckoj und Savickij neu publiziert.

Feststeht, dass aktuell nur ein kleiner Teil der Werke der Eurasiern der 1920er- und 1930er-Jahre vorliegt. In erster Linie handelt es sich um die Programmtexte und Artikel aus den ersten Sammlungen „Überzeugungen“. Mehr oder weniger vollständig wurden die Werke von Trubeckoj und Florovskij herausgegeben. Viele Werke von Savickij sind bis jetzt nicht erschienen, wie z. B.: „Russland – eine besondere geografische Welt“ (Prag, 1927), „Raumentwicklung der russischen Industrie“ (Berlin, 1932), „Schauplatz in der russischen Literatur. Geographische Sicht auf die russische Literatur“ (Prag, 1931), die Artikel aus dem Buch „Die dreißiger Jahre“ (Paris, 1931) sowie viele weitere Werke aus den späteren eurasischen Ausgaben.

Auch die Bücher von Roman Jacobson, wie „Zur Charakteristik der eurasischen Sprachunion“ (Paris, 1930) und die Sammlung „Eurasien aus der Sicht der Sprachwissenschaft“ (Prag, 1931), erschienen weder in russischer noch in deutscher Sprache, obwohl die einzelnen Werke zur Sprachwissenschaft (vor allem zum Strukturalismus) im deutschen Sprachraum in den 1970er-Jahren wieder herausgegeben wurden<sup>16</sup>.

Einzelne Publikationen, wie „Historische Dialektik“ (Paris, 1931) von Polovnikov, „Weg und Schicksal des Marxismus. Von Marx und Engels zu Lenin und Stalin“ (Berlin, 1936) von Nikolaj Alexeev sowie viele Artikel von Suvčinskij und fast alle Publikationen von linken Eurasiern aus der Zeitung „Eurasien“, sind bis jetzt nur in den Archiven zu finden. Kaum greifbar sind die Artikel aus dem zentralen eurasischen Periodikum wie „*Evrasijskie hroniki*“<sup>17</sup>, „*Evrasijskie tetradi*“<sup>18</sup>, „*Evrasiac*“<sup>19</sup> (Brüssel), „*Svoi put*“<sup>20</sup> (Narva), „*Novaya era*“<sup>21</sup> (Narva).

Im Internet gibt es einige Websites und digitale Bibliotheken der eurasischen und neoeurasischen Orientierung, wo die Werke der Vertreter des Eurasismus präsent sind. Eine umfassende Sammlung eurasischer Werke befindet sich auf der Website „*Gumilevi-*

---

<sup>14</sup> Orlova, I. (1998): Евразийская цивилизация: Социально-историческая ретроспектива и перспектива (Eurasische Zivilisation: der sozial-historische Rückblick und die Perspektive), Moskau: Norma-Verlag.

<sup>15</sup> Gumiljov, L. (2004): Черная легенда. Друзья и недруги Великой Степи (Schwarze Sage. Freunde und Feinde der Steppe), Moskau: Airis-press.

<sup>16</sup> Jakobson, R. (1974): Form und Sinn. Sprachwissenschaftliche Betrachtungen, München: Wilhelm Fink Verlag.

<sup>17</sup> Deutsch: Eurasische Chronik.

<sup>18</sup> Deutsch: Eurasische Hefte.

<sup>19</sup> Deutsch: Eurasier.

<sup>20</sup> Deutsch: Eigener Weg.

<sup>21</sup> Deutsch: Die neue Ära.

ca“<sup>22</sup>, die von Anhängern von Gumiljovs Ideen geführt wird. Hier finden sich die zahlreichen Werke von Savickij, Trubeckoj und Vernadskij:

- von Savickij „Steppe und die Sesshaftigkeit“ (Berlin, 1922), „Geopolitische Anmerkungen zur russischen Geschichte“ (1928), „Geographische und geopolitische Grundlagen des Eurasismus“, „Eurasismus“, „Eurasisches Konzept der russischen Geschichte“ (1938–1939), „Russen zwischen den Völkern Eurasiens“ (1938–1939), „Grundlagen der Geopolitik Russlands“ (1938–1939), „Im Kampf für Eurasismus“;
- von Trubeckoj „Europa und die Menschlichkeit“ (Sofia, 1920), „Unsere Antwort: Eurasismus und Weiße Bewegung“ (Paris, 1925), „Zum ukrainischen Problem“ (Paris, 1927), „Russisches Problem“ (1922), „Wir und die Anderen“ (Berlin, 1925);
- von Vernadskij „Russische Geschichte“ (1943–1969), „Mongolisches Joch in der russischen Geschichte“ (Paris, 1927), „Zwei Heldentaten des Heiligen Alexander Nevskij“ (Prag, 1925) sowie eine Einleitung zum Buch „Gestalt der russischen Geschichte“ mit dem Titel „Russisches Volk und seine Rolle in der Geschichte“ (Prag, 1927).

Eine weitere große Sammlung des Schrifttums des klassischen Eurasismus befindet sich auf der Website der digitalen Bibliothek der eurasischen Literatur<sup>23</sup>. Die meisten Werke überschneiden sich mit den Werken der „Gumilevica“-Website. Die Bibliothek enthält aber einige seltene Werke, wie die Artikel „Kraft der Schwachen“ (1921) von Suvčinskij, „Ost’ und ‚West‘ in der Geschichte der alten Welt“ (1922) von Peter Bizilli, „Eurasien als geographische Entwicklungsgrundlage des russischen Volkes“ von Vernadskij sowie „Aus dem Gebiet der russischen Geopolitik“ (1927) von Konstantin Chkheidze.

**Kritik des Eurasismus am Anfang des 20. Jahrhunderts.** Seit der Gründung der eurasischen Bewegung durch russische Emigranten wurde der Eurasismus zum Studienobjekt. Die Komplexität der eurasischen Fragen wurde in sozial-philosophischen, soziologischen, historischen, politischen und kulturellen Werken beleuchtet. Die Vertreter des Eurasismus haben dabei sofort die Aufmerksamkeit der Forscher geweckt. Die ersten Forscher und Kritiker des Eurasismus waren ihre Zeitgenossen, Vertreter der russischen postrevolutionären Emigration. Zunächst waren die Artikel über die Bewegung meistens sehr positiv, aber das blieb nicht lange so. Nikolaj A. Berdjaev<sup>24</sup>, Ivan A. Iljin<sup>25</sup> und Fedor A. Stepun<sup>26</sup> betrachteten das Eurasismus-Konzept als ein anti-westliches System, das vom Ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution inspiriert wurde. Sie sahen den Eurasismus als eine Art des russischen Utopismus an. Ihre Kritik betraf fast alle Aspekte der eurasischen Lehre: politische, religiöse, historische, kulturelle und andere. Den Eurasiern wurde eine Gottsu-

---

<sup>22</sup> Digitale Bibliothek „Gumilevica“, in: <http://gumilevica.kulichki.net/start.html>, Zugriff am 03.02.2015.

<sup>23</sup> Bibliothek der eurasischen Literatur, in: <http://www.evraz-info.narod.ru/induk.htm>, Zugriff am 03.02.2015.

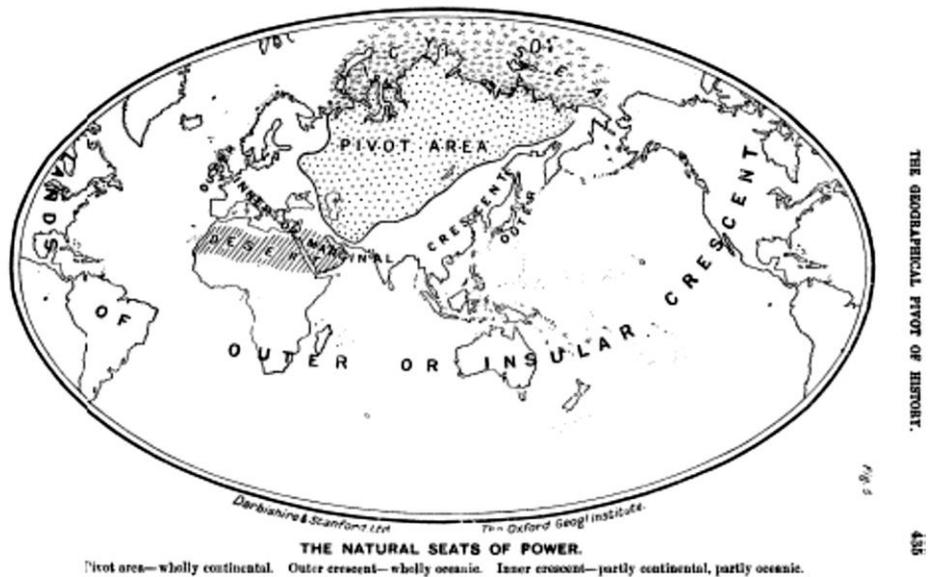
<sup>24</sup> Berdjaev, N. (1992): Евразийцы (Eurasier), in: Евразия: Исторические взгляды русских эмигрантов (Eurasien: Historische Ansichten der russischen Emigranten), Moskau; Berdjaev, N. (1993): Утопический этатизм евразийцев (Utopischer Etatismus der Eurasier), in: *Rossia mezhdou Evropoi i Asiei: evraziiskii soblazn*, Moskau.

<sup>25</sup> Iljin, I. (1995): Самобытность или оригинальничание? (Eigenart oder Originalität?), in: *Mir Rossii – Evrazia: Antologia*, Moskau.

<sup>26</sup> Vgl. Stepun, F. (1917/1954), S. 4.

che, unwissenschaftliche historische Ansätze und der Nationalbolschewismus vorgeworfen<sup>27</sup>.

**Abbildung 2: Der geographische Angelpunkt der Geschichte, H. J. Mackinder<sup>28</sup>**



Im Buch von Christian Hufen „Fedor Stepun: ein politischer Intellektueller aus Russland in Europa. Die Jahre 1884–1945“ werden die eurasischen Ansichten von Fedor Stepun dargestellt. Als kritischer Beobachter der Emigrationspolitik fragte Stepun nach dem praktischen Wert der neuen Lehre als „Bauplan für den gesellschaftlich-politischen Aufbau“, dabei sei er auf den „vollkommen fiktiven“ Charakter der eurasischen Lehre, die hochgradige Ästhetisierung und die mangelnde Konkretheit gestoßen. Stepun war der Auffassung, dass die eurasischen Autoren keine geistigen Grundlagen der eigenen Weltansicht und deren Beschränktheit begreifen konnten. Die Eurasier erwarteten einen Übergang von der „kritizistischen“ zur „organischen“ Epoche: vom Atomismus der Moderne westlicher Prägung – einem „Zeitalter der vollendeten Sündhaftigkeit“ – zu einer religiösen Einheit der russischen Kultur. Ein solches Epochenbild besaß Nähe, nach Einschätzung von Stepun, zur antiwestlichen Haltung der Slawophilen und gleichzeitig Parallelen im zeitgenössischen westeuropäischen, insbesondere deutschen Geistesleben (Spengler und Tillich). Für Stepun war somit die eurasische Lehre Teil einer antikritizistischen europäischen Philosophiefront.<sup>29</sup>

<sup>27</sup> Vgl. Savickij, P. (1931).

<sup>28</sup> Mackinder, H. J. (1919/1942), S. 435.

<sup>29</sup> Vgl. Hufen, C. (2001), S. 359.

Die damaligen liberalen Forscher wie Alexander A. Kiesewetter<sup>30</sup> und Pavel N. Miljukov<sup>31</sup> kritisierten in erster Linie die eurasische These, dass Russland zu Asien gehört, und sahen diese These als Versuch an, Russland von Europa abzugrenzen.

**Eurasische Gedanken in den westlichen geopolitischen Forschungen am Anfang des 20. Jahrhunderts.** Die Ursprünge des Eurasismus sind in den Schriften der europäischen und amerikanischen Geopolitiker des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu finden. So stellte Halford Mackinder (1861–1947), britischer Gelehrter und Politiker, am 25. Januar 1904 bei einer Sitzung der Royal Geographical Society seine „Heartland-Theorie“<sup>32</sup> vor. Mackinder skizzierte ein geopolitisches Konzept, in dem das entscheidende Moment des Schicksals von Völkern und Nationen die geographische Lage des Landes ist.

Die Kernaussage Mackinders war, dass der große Innenraum Eurasiens eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik und der Weltgeschichte spielt, und dass der Staat, der sich in diesem Raum befindet, eine Basis für die Weltherrschaft darstellt (s. Abbildung 2: Der geographische Angelpunkt der Geschichte, H. J. Mackinder). „Is not the pivot region of the world’s politics that vast area of Euro-Asia which is inaccessible to ships, but in antiquity lay open to the horse-riding nomads, and is to-day about to be covered with a network of railways? [...] Russia replaces the Mongol Empire. Her pressure on Finland, on Scandinavia, on Poland, on Turkey, on Persia, on India, and on China, replaces the centrifugal raids of the steppemen. In the world at large she occupies the central strategical position held by Germany in Europe.“<sup>33</sup>, so Mackinder.<sup>34</sup> In seinem Buch „Democratic Ideals and Reality“<sup>35</sup> entwickelte Mackinder seine Theorie weiter und behauptete, dass Russland in Eurasien eine führende Rolle spielen sollte:

„Who rules East Europe commands the Heartland;  
Who rules the Heartland commands the World-Island;  
Who rules the World-Island commands the World“.<sup>36</sup>

Dieses Zitat übt nach wie vor eine große Wirkung auf die Entwicklung des Eurasismus-Konzeptes im postsowjetischen Raum aus, und wird häufig als Bestätigung der amerikanischen „Eroberungspolitik“ gesehen, um die aggressive Außenpolitik Russlands im nahen Ausland zu rechtfertigen.

Der amerikanische Forscher und Soziologe, Nicholas John Spykman (1893–1943), lässt sich als Nachfolger der Ideen Mackinders nennen. Er einwickelte einen neuen Begriff, „Rimland“, der ein Territorium rund um „Heartland“ beschreibt. Dazu gehören die sog. asia-

---

<sup>30</sup> Kiesewetter, A. (1991): Евразийство (Eurasismus), in: *Filosofskie nauki*, Nr. 12.

<sup>31</sup> Miljukov, P. (1997): Третий максимализм (Der dritte Maximalismus), in: Vandalkovskaya, M. (Hrgr.): *Историческая наука российской эмиграции: евразийский соблазн (Geschichtswissenschaft der russischen Emigration: Eurasische Versuchung)*, Moskau.

<sup>32</sup> Mackinder, H. J. (1904): The geographical pivot of history, in: *The Geographical Journal*, Heft 23/4, S. 421-437.

<sup>33</sup> Englischsprachige Zitate wurden im Original wiedergegeben. Die Übersetzung der Zitate aus dem Russischen stammt von Autor selbst.

<sup>34</sup> Mackinder, H. J. (1904), S. 434-436.

<sup>35</sup> Mackinder, H. J. (1919/1942): *Democratic Ideals and Reality*, National Defense University Press Washington, DC.

<sup>36</sup> Ebd., S. 106.

tischen Monsoon-Länder, die europäischen Küstenländer und die Länder des Nahen und Mittleren Ostens (s. Abbildung 3: Spykmans Weltmodell mit Heartland-Rimland). Die Aussage Mackinders über die Bedeutung Eurasiens in der Heartland-Theorie ergänzt er durch Folgendes: „Who controls the Rimland rules Eurasia, who rules Eurasia controls the destinies of the world“.<sup>37</sup>

**Abbildung 3: Spykmans Weltmodell mit Heartland-Rimland<sup>38</sup>**



Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bekamen die Theorien von Mackinder und Spykman große Aufmerksamkeit in der Wissenschaft und Politik. Spykmans Modell „Heartland-Rimland“ wird als Begründung für die Konfrontation zwischen der Landmacht von „Heartland“ (die UdSSR) und der Seemacht des „äußeren Halbmonds“ (die USA), die durch „Rimland“ getrennt sind, genannt. Spykmans Theorie über die Welthegeemonie der Vereinigten Staaten basierte auf der Notwendigkeit, die Küstengebiete Eurasiens, die Europa, die arabischen Länder und China zu kontrollieren.

Der deutsche Geopolitiker Karl Haushofer (1869–1946) sah unter dem Einfluss von Mackinders Theorien die instabile Welt als Arena des Kampfes zwischen Seemächten und Landmächten.<sup>39</sup> In seiner Forschung formuliert Haushofer ein Konzept der Pan-Regionen. In seinem Aufsatz „Die Geopolitik der Pan-Ideen“ (1931) entwickelte er ein Weltmodell, in dem die Welt in drei Pan-Regionen von Norden nach Süden entlang der Meridiane eingeteilt wird. Jede Pan-Region besteht aus einem Kern und der Peripherie: Pan-Amerika (Kern – die USA), Euroafrika (Kern – Deutschland) und Pan-Asien (Kern – Japan) – s. Abbildung 4: Das Modell der Weltordnung mit den Pan-Regionen von Haushofer.

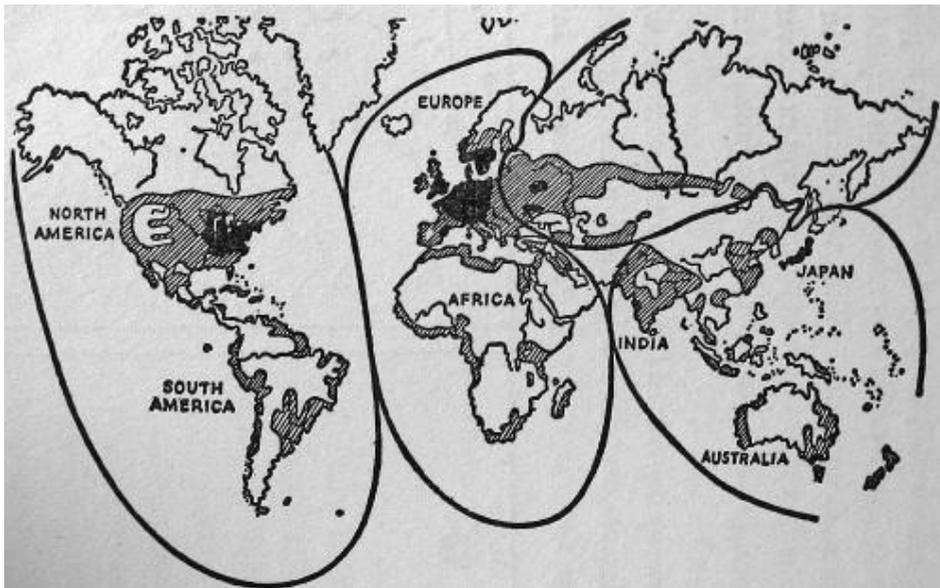
<sup>37</sup> Spykman N. J. (1944), S. 43.

<sup>38</sup> Layman Geopolitics.

<sup>39</sup> Jacobsen, H. (1979), S. 622.

Das Weltmodell von Haushofer orientierte sich auf eine Vorbeugung von Konflikte zwischen den Großmächten, dennoch funktionierte dieses Modell vor allem deswegen nicht, da die geopolitischen Interessen der Sowjetunion unklar dargestellt wurden. Außerdem diskreditierten sich die Ideen von Haushofer und die Geopolitik als Wissenschaft aufgrund seiner Zusammenarbeit mit Nationalsozialisten. Ende der 1930er-Jahre überprüft Haushofer sein Konzept der Weltordnung, die auf den „Pan-Ideen“ basiert, und schlägt ein neues Konzept vor, das er im Aufsatz „Der Kontinentalblock: Mitteleuropa, Eurasien, Japan“ darstellt. Das neue Modell orientierte sich an einer strategischen Union der drei Landmächte Deutschland, Japan und die UdSSR, und richtete sich gegen die Seemächte, in erster Linie die USA und Großbritannien.

**Abbildung 4: Das Modell der Weltordnung mit den Pan-Regionen von Haushofer<sup>40</sup>**



**Die eurasische Forschung im postsowjetischen Raum (1990er- bis Anfang der 2000er-Jahre).** In der russischen Sozialwissenschaft gibt es eine Reihe von Werken, die dem Problem sowohl des klassischen als auch modernen Eurasismus gewidmet sind. Ein größerer Teil davon hat nicht politischen, sondern historischen oder philosophischen Charakter. Eine Wiederentdeckung des Eurasismus beginnt in den 1990er-Jahren in Russland. Zu dieser Zeit waren viele eurasische Werke schwer zugänglich und nur selten Forschungsobjekt<sup>41</sup>. Eine erste Reihe von analytischen Artikeln zum Eurasismus erschien als Sammlung „*Russkaja ideja*“<sup>42</sup>. Die Sammlung gab den Auftakt zu Diskussionen über die gegensätzliche Bewertung von politischen und ideologischen Grundlagen des eurasischen Konzeptes.

<sup>40</sup> Rix, E. (2011).

<sup>41</sup> Tulaev, P. (Hrsg.)(1992): *Россия и Европа: опыт соборного анализа* (Russland und Europa), Moskau: Nasledie.

<sup>42</sup> Deutsch: Russische Idee.

Die Literatur, die der eurasischen Problematik gewidmet ist, lässt sich auf einige Forschungsgruppen reduzieren. Zur ersten Gruppe gehören jene Werke, die den Gründern des Eurasismus (wie Toporov<sup>44</sup>, Savkin<sup>45</sup>, Khorudzhij<sup>46</sup> und Sobolev<sup>47</sup>) und der Analyse des klassischen Eurasismus gewidmet sind. Mit den Ansichten von Lew Gumiljov beschäftigte sich außerdem Lavrov<sup>48</sup>.

Autoren wie Vandalkovskaja<sup>49</sup>, Ponomareva<sup>50</sup>, Omelchenko<sup>51</sup>, Novikova und Sizemskaja<sup>52</sup> betrachten den Eurasismus als eine eigenartige politische Strömung im Milieu von russischen Emigranten, die sich unter dem Einfluss der Ereignisse am Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte. Nach Meinung dieser Autoren hat die eurasische Bewegung ihre Existenz Ende der 1930er-Jahre beendet. Nachdrücklich lehnen sie den Neoeurasismus als Nachfolger des klassischen Eurasismus ab. Sie bewerten die Rolle der Eurasismus im russischen sozialen und philosophischen Denken eher zweideutig. Aus Sicht dieser Autoren ist der Eurasismus eine originelle, umstrittene Strömung des russischen Denkens, die nur zum Teil unter dem Einfluss der Revolution von 1917 entstanden ist. Die Gegenüberstellung von Ost und West, Russland und Europa in den frühen Werken der Eurasier wird von diesen Autoren als schwaches Glied im philosophischen und soziokulturellen Konzept des Eurasismus betrachtet. In den Arbeiten von Novikova und Sizemskaja wurden das Grundkonzept des Eurasismus sowie die Bedeutung der wichtigsten Thesen der eurasischen Lehre analysiert. In den von diesen Autorinnen zusammengestellten Anthologien „Russland zwischen

---

<sup>43</sup> Maslina, M. (1992): *Русская идея* (Die russische Idee), Moskau: Respublika Verlag.

<sup>44</sup> Toporov, V. (1990): Николай Сергеевич Трубецкой - ученый, мыслитель, человек (Nikolaj Sergeevich Trubeckoj - Wissenschaftler, Denker, Mensch), in: *Sovetskoe slavjanovedenie*, Moskau, Nr. 6.

<sup>45</sup> Savkin, I. (1992): Л. П. Карсавин (L. P. Karsavin), in: *Евразийство. Мысли о России* (Eurasismus. Gedanken über Russland), Moskau.

<sup>46</sup> Khoruzhij, S. (1992): Карсавин, евразийство и ВКП (Karsavin, Eurasismus und die VKP), in: *Voprosy filosofii*, Nr. 2; Khoruzhij, S. (1991): Россия, Евразия и отец Георгий Флоровский (Russland, Eurasien und der Priester Georgij Florovskij), in: *Nachala*, Moskau, Nr. 3.

<sup>47</sup> Sobolev, A. (1991): Князь Трубецкой и евразийство (Fürst Trubeckoj und der Eurasismus), in: *Literaturnaya ucheba*, Moskau, Nr. 6; Sobolev, A. (1992): Полюса евразийства: Л. П. Карсавин (1882 - 1952), Г. В. Флоровский (1893 - 1979) (Polen des Eurasismus: L. P. Karsavin, G. V. Florovskij), in: *Novyi mir*, Moskau, Nr. 1.

<sup>48</sup> Lavrov, S. (1993): Л. Н. Гумилев и евразийство (L. N. Gumiljov und der Eurasismus), in: *Ritmy Evrazii: epohi civilizacii*, Moskau, S. 7-19.

<sup>49</sup> Vandalkovskaja, M. (1997): Историческая наука российской эмиграции: евразийский соблазн (Geschichtswissenschaft der russischen Emigration: Eurasische Versuchung), Moskau.

<sup>50</sup> Ponomareva, L. (1992): Евразийство: его место в русской и западноевропейской историко-философской традиции (Eurasismus: Sein Platz in der russischen und westeuropäischen philosophischen Tradition), in: *Evrasia: Istoricheskie vzglyady russkih immigrantov*, Moskau; Ponomareva, L. (2002): Вокруг евразийства: споры в русской эмиграции (Um den Eurasismus: Diskussionen in der russischen Emigration), in: *Evrazijskaja ideja i sovremennost*, Moskau.

<sup>51</sup> Omelchenko, N. (1992): Споры о евразийстве: Опыт исторической реконструкции (Diskussionen um den Eurasismus: Die Erfahrung der historischen Rekonstruktion), in: *Polis*, Nr. 3; Omelchenko, N. (2002): Исход к Востоку: евразийство и его критики (Der Exodus in den Osten: Eurasismus und seine Kritiker), in: *Evrazijskaja ideja i sovremennost*, Moskau.

<sup>52</sup> Novikova, L./Sizemskaja, I. (1993): Евразийский искус (Eurasische Versuchung), in: *Filosofskie nauki*, Nr. 12; Novikova, L./Sizemskaja, I. (1992): Два лика евразийства (Zwei Antlitze des Eurasismus), in: *Svobodnaya mysl*, Nr. 7; Novikova, L./Sizemskaja, I. (1992): Политическая программа евразийцев: реальность или утопия (Politisches Programm der Eurasier: Realität oder Utopie), in: *Obshestvennye nauki i sovremennost*, Nr. 1.

Europa und Asien: Eurasische Versuchung<sup>53</sup> und „Welt Russland-Eurasien“<sup>54</sup> haben die wichtigsten Werke der eurasischen Bewegung Berücksichtigung gefunden.

Die zweite Gruppe besteht aus jenen Forschern, die die einzelnen Aspekte des klassischen Eurasismus, wie z. B. die geopolitische Doktrin und die Machtphilosophie der Eurasier, analysieren. Eine besondere Rolle für die eurasische Forschung spielten in den 1990er-Jahren Bücher und Artikel von Cymburskij<sup>55</sup>, Isaev<sup>56</sup>, Ochirova<sup>57</sup> und Osipov<sup>58</sup>. Es muss betont werden, dass diese Autoren sich auf die Ideen des Eurasismus in unterschiedlichen Zusammenhängen beziehen. Die Vielfalt der eurasischen Ideen zeigt sich in der Tatsache, dass einige Autoren den Eurasismus sowohl als ein ideologisch-philosophisches Phänomen als auch ein politisches Konzept betrachten. Eine Entwicklung der eurasischen Idee im politischen Kontext brachten Autoren wie Sterligov<sup>59</sup> und Kurginjan<sup>60</sup> zur Diskussion.

Vertreter der dritten Forschungsgruppe analysierten den Eurasismus als eine ganzheitliche politische Lehre. Zu dieser Gruppe gehören Kozhinov<sup>61</sup>, Troickij<sup>62</sup> sowie Kluchnikov<sup>63</sup>. Die Autoren dieser Gruppe unternehmen einen Versuch, den Eurasismus als eine Ideologie zu bestimmen, dieses Phänomen klar zu definieren und die Rolle des Eurasismus in der Vielfalt der politischen Ideologien in Russland nachzuweisen. Man unterscheidet zwei Hauptrichtungen dieser Gruppe. Die Autoren der ersten Richtung bezeichnen den Eurasismus als eine totalitäre Lehre. Autoren wie z. B. Senderov<sup>64</sup> zählen zu den totalitären Aspekten des Eurasismus solche Faktoren wie Etatismus, Doktrin der Ideokratie, Zentralisierung

---

<sup>53</sup> Novikova, L./Sizemskaia, I. (Hrsg.)(1993): Россия между Европой и Азией: Евразийский соблазн (Russland zwischen Europa und Asien: Eurasische Versuchung), Moskau: Nauka.

<sup>54</sup> Novikova, L./Sizemskaia, I. (Hrsg.)(1995): Мир России - Евразия (Welt Russland-Eurasien), Moskau: Vysshaja Shkola.

<sup>55</sup> Cymburskij, V. (1993): Остров Россия: перспективы российской геополитики (Insel Russland: Perspektiven der russischen Geopolitik), in: *Polis*, Moskau, Nr. 5; Cymburskij, V. (2003): Две Евразии: омонимия как ключ к идеологии раннего евразийства (Zwei Eurasien: Homonymie als Schlüssel zur Ideologie des früheren Eurasismus), in: *Evrasia. Ludi i mify*, Moskau.

<sup>56</sup> Isaev, I. (1989): Геополитические аспекты тотальности: евразийство (Geopolitische Aspekte der Universalität: Der Eurasismus), in: Kara-Murza, A. (Hrsg.): *Тоталитаризм как исторический феномен (Totalitarismus als das historische Phänomen)*, Moskau.

<sup>57</sup> Ochirova, T. (1994): Геополитическая концепция евразийства (Geopolitisches Konzept des Eurasismus), in: *Obshchestvennye nauki i sovremennost*, Moskau, Nr. 1.

<sup>58</sup> Osipov, G. (1994): Россия: надежды и прогнозы (Russland: Hoffnungen und Prognosen), in: *Sozialno-politicheskii zhurnal*, Moskau, Nr. 3-B.

<sup>59</sup> Sterligov, A. (1995): Нам нужно чисто русское решение (Wir brauchen eine echt russische Entscheidung), in: *Russkii sobor*, Nr. 2.

<sup>60</sup> Kurginjan, S. (1995): Русская идея, национализм и фашизм (Die russische Idee, Nationalismus und Faschismus), in: *Симпозиум: Куда идет Россия? (Symposium: Wohin geht Russland?)*, Moskau: Aspekt Press, S. 447-458; Kurginjan, S. (1993): Евразия и Россия (Eurasien und Russland), in: *Rossia*, Moskau; Kurginjan, S. (26.07.1991): Судьба коммунизма: От догматизма и конформизма — к осмыслению и реформации (Das Schicksal des Kommunismus: von Dogmatismus und Konformismus zum Verständnis und Reformierung), in: *Moskovskaya pravda*, Moskau.

<sup>61</sup> Kozhinov, V. (1990): Судьба России: Вчера, сегодня, завтра (Das russische Schicksal: Gestern, heute und morgen), Moskau: Voenizdat.

<sup>62</sup> Troickij, E. (1993): Что такое Русская соборность? (Was bedeutet „russische sobornost“), Moskau.

<sup>63</sup> Kluchnikov, S. (1991): Русский узел евразийства (Russisches Knäuel des Eurasismus), in: *Novyi mir*, Moskau, Nr. 1.

<sup>64</sup> Senderov, V. (2001): Евразийство - миф XXI века (Eurasismus. Der Mythos des 21. Jahrhunderts), in: *Voprosy filosofii*, Moskau, Nr. 4; Senderov, V. (1995): Materialien der runden Tisch: Евразийство: за и против, вчера и сегодня (Eurasismus: Dafür und dagegen, gestern und morgen), in: *Voprosy filosofii*, Moskau, Nr. 6.

der staatlichen Wirtschaft. Die Vertreter der zweiten Forschungsrichtung dieser Gruppe (Sobolev<sup>65</sup>, Mjalo<sup>66</sup>, Narochnickaja<sup>67</sup>) sind davon überzeugt, dass der aggressive Neoeurasismus mit dem klassischen Eurasismus nichts Gemeinsames hat. Die Autoren betrachten den Eurasismus als eine politische Ideologie, die heutzutage als ein nachfolgendes Konzept des Panslawismus diskutiert werden kann. Dieser Ansicht ist Yuriy Pashenko, indem er die Forschungsakzente auf den einzigartigen und innovativen Charakter der eurasischen politischen Bewegung setzt und darauf hinweist, dass der Eurasismus in erster Linie eine politische Ideologie sei<sup>68</sup>. Eine Betrachtung von einzelnen Aspekten des Eurasismus lässt sich auch in den Werken von Politikern wie Lukin<sup>69</sup>, Stankevič<sup>70</sup> und Shakhraj<sup>71</sup> finden. Mit eurasischen Ideen begründeten die Autoren eine Notwendigkeit der Reintegration von neuen unabhängigen Staaten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden sind. Unter den Kritikern, die eine Zusammenfassung von politischen Komponenten der klassischen eurasischen Ansichten erstellt haben, sind besonders die Werke von Djakov<sup>72</sup> zu berücksichtigen.

Der Neoeurasismus der 1990er-Jahre ist nicht nur in den Werken von Politik- und Sozialwissenschaftlern, sondern auch in den Publikationen von Politikern und Ideologen vertreten. Eine Analyse von Ideen des Neoeurasismus führen im russischsprachigen Raum eine Reihe von renommierten Autoren wie Panarin<sup>73</sup>, Pastukhov<sup>74</sup>, Agaev<sup>75</sup>, Bagramov<sup>76</sup>,

<sup>65</sup> Sobolev, A. (1991): Уроки евразийства (Lehre des Eurasismus), in: *Евразийская перспектива (Eurasische Perspektive)*, Moskau.

<sup>66</sup> Mjalo, K. (1993): Россия и Европа: Шифр истории: О месте страны в мировой цивилизации (Russland und Europa: Chiffre der Geschichte: Über den Platz des Landes in der Weltzivilisation), in: *Rossija XXI*, Nr. 5; Mjalo, K. (1994): Русский вопрос и евразийская перспектива (Die russische Frage und die eurasische Perspektive), in: *Евразийская перспектива (Eurasische Perspektive)*, Moskau.

<sup>67</sup> Narochnickaja, N. (2003): Россия и русские в мировой истории (Russland und die Russen in der Weltgeschichte), Moskau.

<sup>68</sup> Pashenko, Y. (2000): Идеология евразийства (Ideologie des Eurasismus), Moskau; Pashenko, Y. (2001): Евразийству - 80 лет (Der Eurasismus ist 80 Jahre alt), in: *Vestnik MGU, Filosofia*, Serie 7, Nr. 4; Pashenko, Y. (2002): Европа и человечество - Катеизис евразийства (Europa und die Menschlichkeit - Katechetik des Eurasismus), in: *Евразийская идея и современность (Eurasische Idee und die Moderne)*, Moskau.

<sup>69</sup> Lukin, V. (20.10.1992): Россия и ее интересы: С точки зрения России и с точки зрения США (Russland und seine Interessen: Aus der russischen und amerikanischen Sicht), in: *Nega*.

<sup>70</sup> Stankevich, S. (28.03.1992): Держава в поисках себя. Заметки о российской внешней политике (Eine Macht auf der Suche nach sich selbst. Die Notizen über die russische Außenpolitik), in: *Nega*.

<sup>71</sup> Shakhraj, S. (1994): Евразийская идея и интеграция (Die eurasische Idee und die Integration), in: *Rossiiskoe obozrenie: bulluten ezhenedelnoi informacii RIA*, Nr. 14.

<sup>72</sup> Djakov, V. (1993): О научном содержании и политических интерпретациях историософии евразийства (Über den wissenschaftlichen Inhalt und die politische Interpretation der eurasischen Geschichtsphilosophie), in: *Slavyanovedenie*, Nr. 5, S. 107-115.

<sup>73</sup> Panarin, A./Rjabov, A. (1994): Атлантизм и евразийство: Два сценария для России (Atlantismus und Eurasismus: Zwei Szenario für Russland), in: Iljin, V. (Hrsg.): *Россия: Опыт национально-государственной идеологии (Russland: Die Erfahrung der national-staatlichen Ideologie)*, MGU Verlag, Moskau, S. 113-217; Panarin, A. (1993): Между атлантизмом и евразийством: цивилизационный процесс и вызов Запада (Zwischen dem Atlantismus und dem Eurasismus: zivilisatorisches Prozess und Herausforderung des Westens), in: *Svobodnaya mysl*, Moskau, Nr.11; Panarin, A. (1993): Проекты для России: Фундаментальный либерализм или либеральный фундаментализм (Projekte für Russland: Der fundamentale Liberalismus oder der liberale Fundamentalismus), in: *Znamya*, Moskau, Nr. 9; Panarin, A. (1992): Цивилизационный процесс в России: Опыт поражения и уроки на завтра (Zivilisatorisches Prozess in Russland: Die Niederlageerfahrung und Aufgaben für morgen), in: *Znamya*, Moskau, Nr. 7.

<sup>74</sup> Pastukhov, V. (1995): Культура и государственность в России: эволюция евроазиатской цивилизации (Kultur und Staatlichkeit in Russland: Die Evolution der euroasiatischen Zivilisation), in:

Zadokhin<sup>77</sup>, Chernyshev<sup>78</sup>, Kara-Murza<sup>79</sup> u. a. durch. Malashenko<sup>80</sup> und Zagorskij<sup>81</sup> schlagen eine Analyse der neoeurasischen theoretischen Ansätze im Kontext der außenpolitischen Perspektiven Russlands vor. Ein Teil der modernen Vertreter des Eurasismus wie Panarin<sup>82</sup> und Erasov<sup>83</sup> sind davon überzeugt, dass der moderne Eurasismus eine Überlebensstrategie für Russland in der modernen Welt ist. Das Problem der Akzeptanz des Eurasismus in den anderen GUS-Staaten findet Berücksichtigung in den Artikeln von Evzerov<sup>84</sup>, Arapov und Umanskij<sup>85</sup>.

**Die eurasische Forschung in Europa und den USA von den 1990er-Jahren bis Anfang der 2000er-Jahre.** Die 1990er-Jahre sind als eine Spitze der eurasischen Forschung in den westlichen Ländern zu bezeichnen. Zahlreiche Autoren beschäftigten sich damals mit

---

*Inoe*, Moskau: Argus-Verlag, Bd. 2, S. 149-178; Pastukhov, V. (1994): Посткоммунизм, как логическая фаза развития евразийской цивилизации (Postkommunismus als logische Entwicklungsphase der eurasischen Zivilisation), in: *Симпозиум: Куда идет Россия? (Symposium: Wohin geht Russland?)*, Moskau: Interpress, S. 61-70.

<sup>75</sup> Agaev, E. (1992): Россия: между Севером и Югом (Russland: Zwischen dem Norden und dem Süden), in: *Moskovskie novosti*, Moskau, Nr. 10.

<sup>76</sup> Bagramov, E. (1995): Россия и проект ЕАС (Russland und das Projekt der Eurasischen Union), in: *Evrasia. Narody. Kultury. Religiya*, Moskau, Nr. 2, S. 18-23.

<sup>77</sup> Zadokhin, A. (1998): Россия в Евразии и мировой политике (Russland und Eurasien in der Weltpolitik), in: Romanowsky, S. (Hrsg.) (1998): *Дипломатический ежегодник (Diplomatisches Jahrbuch)*, Moskau: Mezhdunarodnye otnosheniya.

<sup>78</sup> Chernyshev, S. (Hrsg.) (1995): Хрестоматия нового российского самосознания (Lesebuch zum neuen russischen Selbstbewusstsein), Moskau: Argus.

<sup>79</sup> Kara-Murza, A. (1994a): Либерализм против хаоса (Liberalismus gegen Chaos), in: *Polis*, Nr. 3, S. 118-124; Kara-Murza, A. (1995): Россия в треугольнике: Этнократия - империя - нация (Russland in dem Dreieck: Ethnokratie - Imperium - Nation), in: *Inoe*, Moskau: Argus, Buch 2, S. 41-54; Kara-Murza, A. (1994b): Тайная идеология перестройки: О постулатах евроцентризма в России (Geheime Ideologie der Perestroika: Über die Postulate des Europazentrismus in Russland), in: *Nash sovremennik*, Nr.1, S. 123-141, Nr. 2, S. 98-111.

<sup>80</sup> Malashenko, A. (1991): На полпути к Европе: Состоится ли евразийское общество? (Auf halbem Wege zur Europa: Wird die eurasische Gesellschaft etabliert?), in: *Nega*, Moskau.

<sup>81</sup> Zagorskij, A. (1995): Россия и Европа (Russland und Europa), in: Zagorskij, A. (Hrsg.): *От реформы к стабилизации. Внешняя, военная и экономическая политика России (Анализ и прогноз) 1993-1995 (Von Reform zur Stabilisation. Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik Russlands. Analyse und Prognose 1993-1995)*, Moskau: MGIMO-Verlag; Zagorskij, A./ Lukas, M. (1993): Россия перед Европейским вызовом (Russland vor der europäischen Herausforderung), Moskau: Mezhdunarodnye otnosheniya.

<sup>82</sup> Panarin, A. (1993): Западники и евразийцы (Westler und Eurasier), in: *Obshchestvennyye nauki i sovremennost*, Moskau, Nr.6; Panarin, A. (1995): Materialien des runden Tisches: Евразийство: за и против, вчера и сегодня (Eurasismus: Dafür und dagegen, gestern und morgen), in: *Voprosy filosofii*, Moskau, Nr. 6; Panarin, A. (1996): Вторая Европа или Третий Рим? (Das zweite Europa oder der Dritte Rom), Moskau; Panarin, A. (2003): Стратегическая нестабильность в XXI веке (Strategische Instabilität im 21. Jahrhundert), Moskau.

<sup>83</sup> Erasov, B. (2001): Социокультурные и геополитические принципы евразийства (Die soziokulturellen und geopolitischen Prinzipien des Eurasismus), in: *Polis*, Nr. 5; Erasov, B. (2002): Антиевразийство и новое евразийство в канун XXI века (Der Anti-Eurasismus und der neue Eurasismus am Vorabend des 21. Jahrhunderts), in: Jakupov, R. (Hrsg.): *Евразийство: проблемы осмысления (Eurasismus: Verständnisprobleme)*, Ufa.

<sup>84</sup> Evzerov, R. (1993): Евразийская идея в независимых государствах: Обзор по материалам печати. (Euroasiatische Idee in den unabhängigen Staaten), in: *Svobodnaya mysl*, Nr. 14, S. 42-51.

<sup>85</sup> Arapov, A./Umanskij, Y. (1992): Евразийство на постсоветском Востоке (Eurasismus im postsowjetischen Osten), in: *Polis*, Nr. 4.

dieser Problematik. Eine Gruppe von Autoren wie David Chioni Moore<sup>86</sup> und Marlène Laruelle<sup>87</sup> analysierten die Primärquellen des Eurasismus sowie die Visionen der ersten Eurasier. In den Aufsätzen des deutschen Wissenschaftlers Leonid Luks<sup>88</sup> werden die Entwicklung und Vorboten der Entstehung der eurasischen Bewegung aus historischer Perspektive untersucht. Er hebt hervor, dass eine hohe Attraktivität der eurasischen Doktrin in der Kombination von Emotionalität und Wissenschaftlichkeit besteht<sup>89</sup>. In diesem Kontext soll auch das Lesebuch der amerikanischen Autoren W. H. Leatherbarrow und D. C. Offord, „A Documentary History of Russian Thoughts: From the Enlightenment to Marxism“<sup>90</sup>, sowie eine Monographie aus den 1970er-Jahren des englischen Wissenschaftlers A. Walicki, „A History of Russian Thought: From the Eighteenth to Marxism“, <sup>91</sup> Beachtung finden.

Eine zweite große Gruppe von Wissenschaftlern betrachteten die Eurasismus-Doktrin im Kontext des Machtwechsels nach dem Zerfall der UdSSR und der Neuorientierung der russischen Außenpolitik. Dazu zählen Autoren wie Boris Meissner<sup>92</sup>, Margot Light<sup>93</sup>, Arnold Buchholz<sup>94</sup>, Heinz Timmermann<sup>95</sup>, Jens Fischer<sup>96</sup>. Eurasismus als eine zukünftige Ideologie Russlands wird im Aufsatz von Madhavan Palat „Eurasianism as an Ideology for Russia's Future“<sup>97</sup> zur Diskussion gestellt. Der Autor weist darauf hin, dass nach dem Zerfall der Sowjetunion eine große ideologische Lücke entstand, die mit der Eurasismus-Ideologie gefüllt werden konnte. Als eine Alternative sieht Assen Ignatov<sup>98</sup> den Eurasismus bei der Suche nach einer neuen russischen Kulturidentität. Den Eurasismus als autoritären Nationalismus untersucht der amerikanische Forscher James H. Billington in seinem Buch „Russia in search of itself“<sup>99</sup>.

---

<sup>86</sup> Moore, D. C. (1997): Review: Colonialism, Eurasianism, Orientalism: N. S. Trubetzkoy's Russian Vision, in: *The Slavic and East European Journal*, Bd. 41, No. 2, S. 321-326.

<sup>87</sup> Laruelle, M. (2001): Когда присваивается интеллектуальная собственность, или О противоположности Л.Н. Гумилева и П.Н. Савицкого (Wenn den intellektuellen Eigentum angeeignet wird, oder Über die Gegensätzlichkeit von L. N. Gumiljov und P. N. Savickij), in: *Vestnik Evraizii*, Nr. 4.

<sup>88</sup> Luks, L. (1993): Россия между Западом и Востоком (Russland zwischen dem Westen und dem Osten), Moskau: Mir Verlag.

<sup>89</sup> Vgl. Luks, L. (1993a), S. 105.

<sup>90</sup> Leatherbarrow, W. H./Offord, D. C. (Hrsg.) (1987): A Documentary History of Russian Thoughts: From the Enlightenment to Marxism, USA: Ardis.

<sup>91</sup> Walicki, A. (1979): A History of Russian Thought: From the Eighteenth to Marxism, Stanford: Stanford University Press.

<sup>92</sup> Meissner, B. (1995): Vom Sowjetimperium zum eurasischen Staatensystem. Die russische Außenpolitik im Wandel und in der Wechselbeziehung zur Innenpolitik, Berlin: Duncker&Humboldt.

<sup>93</sup> Light, M. (2003): In search of an identity: Russian foreign policy and the end of ideology, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Bd. 19/3, S. 42-59.

<sup>94</sup> Buchholz, A. (1990): Transformationen von Ideologie und Bewusstsein in der Sowjetunion, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 53.

<sup>95</sup> Timmermann, H. (1992): Die Außenpolitik Russlands. Ausdruck der Suche nach einer neuen Identität, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 20.

<sup>96</sup> Fischer, J. (1998): Eurasismus: Eine Option russischer Außenpolitik?, Berlin: Arno Spitz.

<sup>97</sup> Palat, M. K. (1993): Eurasianism as an Ideology for Russia's Future, in: *Economic and Political Weekly*, Bd. 28, Nr. 51, S. 2799-2808.

<sup>98</sup> Ignatov, A. (1992): Der „Eurasismus“ und die Suche nach einer neuen russischen Kulturidentität. Die Neubelebung des „Evrazijisto“-Mythos, in: *Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien*, Köln.

<sup>99</sup> Billington, J. H. (2004): Russia in search of itself, Washington: Woodrow Wilson Center Press with Johns Hopkins University Press.

Eine Untersuchung des Eurasismus aus geopolitischer Perspektive findet sich bei S. Neil McFarlane<sup>100</sup>, David Kerr<sup>101</sup>, Alexander Rahr<sup>102</sup>, Immanuel Wallerstein<sup>103</sup>, Alex Pravda<sup>104</sup>, Mark Bassin<sup>105</sup>, Milan Haunner<sup>106</sup>, deren Aussagen hauptsächlich auf der kurz gefassten These des amerikanischen Wissenschaftlers Zbigniew Brzezinski „Denn wer die Macht über Eurasien hatte, beherrschte auch die Erde“<sup>107</sup> basieren. Das Thema „Eurasien als Raum“ in diesen Werken wird unter Berücksichtigung der geopolitischen Lehren von Nicolas Spykman<sup>108</sup>, Friedrich Ratzel<sup>109</sup> sowie Halford J. Mackinder<sup>110</sup> behandelt. Dabei werden die geopolitischen Grundgedanken von Mackinder zu „Heartland“ sowie die Bedeutung Eurasiens als Spykmans „Rimland“ übernommen. Russland wird in diesem Kontext als Kern des „Heartlands“ angesehen. Außerdem vergleicht Charles Clover in seinem Aufsatz „Dreams of the Eurasian Heartland: The Reemergence of Geopolitics“<sup>111</sup> verschiedene politische Mächte in Russland und stellt fest, welche davon die Elemente der eurasischen Lehre bei der Umsetzung ihrer Politik verwenden.

Einen Zusammenhang zwischen dem Eurasismus und dem Aufstieg der neuen Rechten in Russland findet man in den Werken von Karla Hielscher<sup>112</sup> und Hildegard Kochanek<sup>113</sup>. Die Autoren sahen eine direkte Verbindung zwischen dem Aufkommen des Rechtsextremismus in Russland am Anfang der 1990er-Jahre und der Entwicklung der eurasischen Bewegung.

**Moderne eurasische Forschung weltweit.** Das Thema des Eurasismus wird heute in zahlreichen Beiträgen der europäischen, amerikanischen und russischen Wissenschaft diskutiert. Wie gehabt kann man die Autoren, die sich in ihren Werken mit dem Eurasismus-Konzept beschäftigen, in fünf Gruppen aufteilen. Die erste Gruppe der Autoren, wie z. B.

---

<sup>100</sup> McFarlane, N. (1993): Russia, the West and European Security, in: *Survival*, Bd. 35/3.

<sup>101</sup> Kerr, D. (1995): The new Eurasianism: The rise of geopolitics in Russia's foreign policy, *Europe-Asia Studies*, Bd. 47/6.

<sup>102</sup> Rahr, A. (1992): "Atlanticists" versus "Eurasians" in Russian foreign policy, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 1, Nr. 22.

<sup>103</sup> Wallerstein, I. (1991/1997): Geopolitics and Geoculture: Essays on the Changing World-System, Cambridge: Press Syndicate of the University of Cambridge.

<sup>104</sup> Pravda, A. (1994): The Politics of Foreign Policy, in: White, S./Pravda, A./Gitelman, Z. (Hrsg.): *Developments in Russia and Post-Soviet Politics*, Durham und NC: Duke University Press.

<sup>105</sup> Bassin, M. (2003): Classical Eurasianism and the Geopolitics of Russian Identity, *Ab Imperio*, Bd. 2; Bassin, M. (1991): Russia between Europe and Asia: The Ideological Construction of Geographical Space, in: *Slavic Review*, Bd. 50/2.

<sup>106</sup> Haunner, M. (1990): What is Asia for Us? Russia's Asian Heartland Yesterday and Today, Boston: Unwin Hyman.

<sup>107</sup> Brzezinski, Z. (1989): Planspiel: Das Ringen der Supermächte um die Welt, Straube Verlag, Erlangen, S. 34.

<sup>108</sup> Spykman, N. J. (1944): *The Geography of Peace*, New York: Harcourt & Brace.

<sup>109</sup> Ratzel, F. (1894/2014): *Völkerkunde*, Norderstedt: Vero Verlag.

<sup>110</sup> Mackinder, H. J. (1904): The geographical pivot of history, in: *The Geographical Journal*, Nr. 23; Mackinder, H. J. (1919): Democratic Ideals and Reality, A Study in the Politics of Reconstruction, in: *Nature*, Heft 103/2596.

<sup>111</sup> Clover, C. (1999): Dreams of the Eurasian Heartland: The Reemergence of Geopolitics, in: *Foreign Affairs*, Bd. 78/2, S. 9-13.

<sup>112</sup> Hielscher, K. (1993): Der Eurasismus: Die neoimperiale Ideologie der russischen Neuen Rechten, in: *Die Neue Gesellschaft: Frankfurter Hefte*, Frankfurt.

<sup>113</sup> Kochanek, H. (1999): Die russisch-nationale Rechte von 1968 bis zum Ende der Sowjetunion: eine Diskursanalyse, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Marlène Laruelle<sup>114</sup>, untersucht die Primärquelle des Eurasismus und die Biographien der ersten Eurasier. Weitere Forschungen zur eurasischen Ideengeschichte und der Entwicklung der eurasischen Bewegung führt Vladimir Kozlovsky<sup>115</sup> durch.

Die zweite große Gruppe von Wissenschaftlern beschäftigt sich mit dem Eurasismus aus geopolitischer Sicht. In diesem Kontext sind Autoren wie Natalia Morozova<sup>116</sup>, Mark Bassin<sup>117</sup>, Konstantin Aksenov<sup>118</sup>, Emre İşeri<sup>119</sup> zu nennen. Was die modernen Forschungen besonders von jenen der 1990er-Jahre unterscheidet, ist die bis jetzt unentschiedene Frage der geographischen Grenzen und Bereiche der heutigen und zukünftigen russischen Staatsordnung im Kontext der Geopolitik. Die eurasische Idee findet eine Antwort auf diese Frage, indem sie eine einzigartige geopolitische Doktrin entwickelt. Von den Theoretikern des Eurasismus, den Gründern der eurasischen Bewegung, wurden die Aufgaben der eurasischen Geopolitik formuliert, die durch die besondere geographische Lage und die historischen Besonderheiten bedingt sind. Moderne Autoren versuchen eine Übernahme dieser Aufgaben im Kontext der Zeit, der globalen politischen Situation und der historischen Ereignisse zu erklären. Damit ergibt sich ein großes Spektrum von positiven und negativen Meinungen, Beurteilungen und Einschätzungen in der wissenschaftlichen Gemeinschaft.

Paradorn Rangsimaporn<sup>120</sup>, Markus Kaiser<sup>121</sup>, Leonid Luks<sup>122</sup>, Michael Kleineberg<sup>123</sup> und Marlène Laruelle<sup>124</sup> betrachten den Eurasismus als eine einzigartige innenpolitische Ideologie Russlands. Diese Autoren diskutieren in ihren Aufsätzen, ob der Eurasismus/Neoeurasismus ein Sonderweg für das moderne Russland ist. Sie vergleichen den Eurasismus der 1990er-Jahre und den Neoeurasismus. So unterscheidet sich die westliche Orientierung der russischen Gesellschaft in den 1990er-Jahren wesentlich von den isolationalistischen Stimmungen des heutigen Russlands. Die Autoren betonen, dass die Vorstellun-

---

<sup>114</sup> Laruelle, M. (2007): Die Europäische Ursprünge des Eurasianismus. Russische Emigranten und ihre Kritik am Eurasianismus 1920-1930, in: Aust. M./Schönpflug, D. (Hrsg.): *Von Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts*, Campus Verlag, Frankfurt/New York, S. 157-178.

<sup>115</sup> Kozlovsky, V. (2004): Der Eurasismus Ideengeschichte und Entwicklung einer russischen Bewegung, in: Kaiser, M. (2004): *Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa*, Bielefeld: transcript Verlag, Bd. 1.

<sup>116</sup> Morozova, N. (2009): Geopolitics, Eurasianism and Russian Foreign Policy under Putin, in: *Geopolitics*, Heft 14/4.

<sup>117</sup> Bassin, M./Glebov, S./Laruelle, M. (2015): *Between Europe and Asia: The Origins, Theories, and Legacies of Russian Eurasianism*, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.

<sup>118</sup> Bassin, M./Aksenov, K. (2006): Mackinder and the Heartland Theory in Post-Soviet Geopolitical Discourse, in: *Geopolitics*, Bd. 11/1.

<sup>119</sup> İşeri, E. (2009): The US Grand Strategy and the Eurasian Heartland in the Twenty-First Century, in: *Geopolitics*, Bd. 14/1.

<sup>120</sup> Rangsimaporn, P. (2006): Interpretations of Eurasianism: Justifying Russia's role in East Asia, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 58/03, Oxford.

<sup>121</sup> Kaiser, M. (2004): *Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa*, Bielefeld: transcript Verlag, Bd. 1.

<sup>122</sup> Luks, L. (2005): Der russische „Sonderweg“? Aufsätze zur neuesten Geschichte Russlands im europäischen Kontext, Stuttgart: Ibidem-Verlag.

<sup>123</sup> Kleineberg, M. (2004): „Eurasien“ Phantom oder reales Entwicklungsmodell für Russland, in: Kaiser, M. (2004): *Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa*, Bielefeld: transcript Verlag, Bd. 1.

<sup>124</sup> Laruelle, M. (2004): The two faces of contemporary Eurasianism: an imperial version of Russian nationalism, in: *Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity*, Heft 32/1.

gen über einen besonderen Weg Russlands vor allem in Verbindung mit der Enttäuschung über die innere russische Reformpolitik sowie der Politik der westlichen Länder gegenüber Russland stehen.

Eine weitere große Gruppe besteht aus Wissenschaftlern wie Eric A. Miller<sup>125</sup>, Winfried Schneider-Deters<sup>126</sup>, Alexander Libman<sup>127</sup> und Evgeniy Vinokurov<sup>128</sup>, die das Eurasismus-Konzept aus der außenpolitischen pragmatischen (wirtschaftlichen) Perspektive betrachten. Die Experten befinden, dass die eurasische Strategie auf einer starken Konzentration auf die innere Entwicklung Russlands und einer umfassenden Modernisierung der nationalen Wirtschaft basieren soll. Diese Autorengruppe untersucht den Eurasismus im Kontext der wirtschaftlichen Integration im postsowjetischen Raum, indem spezifische wirtschaftliche Indikatoren zur Messung von Integrationsprozessen Beachtung finden.

Zur fünften Gruppe der Eurasismus-Forscher gehören Autoren wie Alexander Höllwerth<sup>129</sup>, Andreas Umland<sup>130</sup>, Jacob W. Kipp<sup>131</sup>, Anton Shekhovtsov<sup>132</sup> und Mark Bassin<sup>133</sup>, die den Eurasismus und vor allem den Neoeurasismus als nationalistische, faschistische, extrem rechte Bewegung in Russland bewerten. Der eurasische Geopolitiker und der Chef der modernen eurasischen Bewegung, Alexander Dugin, wird in den Aufsätzen dieser Wissenschaftler stark kritisiert. Ihrer Ansicht nach ist eine Verbreitung der Ideen von Alexander Dugin ein schlechtes Zeichen für die innere politische Situation Russlands.<sup>134</sup>

**Zusammenfassung zum Stand der eurasischen Forschung.** Hinsichtlich der Primärquellen des Eurasismus kann man sagen, dass die modernen Forscher aufgrund des fehlenden Zugangs zu Originaltexten eine begrenzte Vorstellung über den Eurasismus haben. Obwohl in den meisten modernen wissenschaftlichen Arbeiten zum Eurasismus argumentiert wird, dass der Eurasismus der 1920er–30er-Jahre gut erforscht sei, ist es doch offensichtlich, dass man ohne vollständige Werksammlung der ersten Eurasier keine ab-

<sup>125</sup> Miller, E. A. (2003): The Changing Face of Eurasia: Russian and Ukrainian Foreign Policy in Transition, in: *Comparative Strategy*, Bd. 22, S. 373-390.

<sup>126</sup> Schneider-Deters, W. (2008): Die Europäische Union, Russland und Eurasien, Berliner Wiss.-Verlag, Berlin.

<sup>127</sup> Vinokurov, E./Libman, A. (2012): Евразийская континентальная интеграция (Eurasische kontinentale Integration), EDB, Sankt-Petersburg.

<sup>128</sup> Vinokurov, E. (2013): Pragmatic Eurasianism: prospects for Eurasian integration, in: *Russia in global affairs*, Heft 2/11.

<sup>129</sup> Höllwerth, A. (2007): Das sakrale eurasische Imperium des Aleksandr Dugin: eine Diskursanalyse zum postsowjetischen russischen Rechtsextremismus, Ibidem-Verlag, Stuttgart.

<sup>130</sup> Umland, A. (2009): Pathological Tendencies in Russian "Neo-Eurasianism": The Significance of the Rise of Aleksandr Dugin for the Interpretation of Public Life in Contemporary Russia, in: *Russian Politics and Law*, Bd. 47(1), S.76-89; Umland, A. (2010): Aleksandr Dugin's transformation from a lunatic fringe figure into a mainstream political publicist, 1980-1998: A case study in the rise of late and post-Soviet Russian fascism, in: *Journal of Eurasian Studies*, Heft 1(2), S. 144-152.

<sup>131</sup> Kipp, J. W. (2007): Aleksandr Dugin and the ideology of national revival: Geopolitics, Eurasianism and the conservative revolution, in: *European Security*, Bd. 11/3, S. 91-125.

<sup>132</sup> Shekhovtsov, A. (2008): The Palingenetic Thrust of Russian Neo-Eurasianism: Ideas of Rebirth in Aleksandr Dugin's Worldview, in: *Totalitarian Movements and Political Religions*, Heft 9/4; Shekhovtsov, A./Umland, A. (2009): Is Aleksandr Dugin a Traditionalist? 'Neo-Eurasianism' and Perennial Philosophy, in: *The Russian Review*, Bd. 68, Nr. 4.

<sup>133</sup> Bassin, M. (2010): Is there Room for Russia in Eurasia? Neo-Eurasianism and the Problem of Russian Nationalism, in: Nowak, A. (2010): *Imperial Victims: Empires as Victims*, Warsaw: IH/PAN.

<sup>134</sup> Umland, A. (2008): Патологические тенденции в русском „неоевразийстве“ (Patologische Tendenzen im russischen Eurasismus), in: *Voprosy filosofii*, Heft 3.

schließende Bewertung des klassischen Eurasismus abgeben kann. In der Tat besteht die Notwendigkeit, den klassischen Eurasismus ernsthaft zu untersuchen, basierend auf einer soliden Textgrundlage der eurasischen Werke.

Nach seiner Entstehung in den 1920er-Jahren wurde der Eurasismus zu einem Forschungsobjekt von verschiedenen Kritikern, deren Sympathie oder Antipathie zur neugegründeten Bewegung sich in einer starken Abhängigkeit von ihren politischen und ideologischen Vorstellungen befand. Man kann sagen, dass eine Analyse des Eurasismus in der sowjetischen Wissenschaft formal nicht existierte. Während der Sowjetzeit wurden die Ideen des Eurasismus aus ideologischen und politischen Gründen entweder ignoriert oder verzerrt dargestellt. In der russischen Literatur dieser Zeit gab es eine ideologische Kritik, die in Verbindung mit einer nicht tiefgehenden tendenziösen Analyse der eurasischen Ideen in erster Linie durch das Prisma seiner Einschätzung als entarteter Panslawismus geprägt war.

Es ist festzustellen, dass einzelne Aspekte und Grundlagen des Neoeurasismus weltweit gut erforscht sind. Zahlreiche publizistische Aufsätze zum Thema „Neoeurasismus“ sind in der letzten Zeit im Hinblick auf die Ereignisse in der Ukraine entstanden. Es lässt sich jedoch ein bestimmter Unterschied in den Meinungen zwischen westlichen und russischen Autoren feststellen. Wenn die russischen Wissenschaftler den Neoeurasismus eher positiv bewerten, üben die westlichen Autoren massive Kritik an den Werken der Neoeurasier und klagen über den zunehmenden Nationalismus in Russland und die Befangenheit von russischen Kollegen. Stephen Wiederkehr behauptet in diesem Zusammenhang, dass die Anwendung konstruktivistischer Nationalismustheorien auf den Eurasismus an dieselben Grenzen wie seine Betrachtung im Lichte von Faschismus- und Totalitarismustheorien stieße. Der eurasische Diskurs sei voll ausgebildet, nicht aber die ihm entsprechenden sozialen Praktiken. Die eurasische Ideologie wies die Struktur einer nationalen Identitätskonstruktion auf und teile – je nach Spielart – mehr oder weniger Charakteristika mit faschistischen und totalitären Ideologien.<sup>135</sup>

Die Analyse der wissenschaftlichen Literatur zeigt, dass es ungeachtet des weltweiten Interesses zu dieser Problematik seitens der Historiker und Politikwissenschaftler einen unerforschten Bereich gibt, der in Verbindung mit der Analyse der Rolle und der Ideologie von Eurasiern für die modernen Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum steht. Die bibliographische Untersuchung zeigt einen Mangel an Monographien, die den Zusammenhang zwischen dem Eurasismus und der Integration untersuchen, besonders im Kontext der neugegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Eurasismus, eine Auswertung seiner Aktualität für die politische Situation innerhalb und außerhalb Russland wird möglich, indem die historischen, ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Herangehensweisen des Eurasismus/Neoeurasismus-Konzeptes analysiert werden. Dem wird diese Forschung gewidmet.

---

<sup>135</sup> Wiederkehr, S. (2007), S. 299.

### 1.1.2 Entstehung des Eurasismus im Kontext der russischen Geschichte

Wenn man über die Entstehung des Eurasismus spricht, äußern viele seiner Gegner, dass diese Bewegung aus ideologischer Sicht nicht neu sei, sondern spontan unter dem Einfluss einer katastrophalen nachrevolutionären Situation entstand.<sup>136</sup> Dies ist nur zum Teil richtig. Der konzeptionelle Rahmen des Eurasismus wurde von Peter N. Savickij und Nikolaj S. Trubeckoj vor dem Ersten Weltkrieg und der Revolution in Russland erarbeitet. Eine nationale Wende konnte man schon seit langem erwarten. Die tragischen Umstände in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beschleunigten nur die Offensive.

Es muss betont werden, dass Vertreter des Eurasismus sich von den Slawophilen trennten und behaupteten, dass ihre Ideen sich nur teilweise überschneiden. Viele Thesen von Slawophilen wurden von den Vertretern des Eurasismus in der Mitte des 19. Jahrhunderts grundlegend überarbeitet.

Der Vorgänger des geographischen Konzeptes von Savickij war der Geograph und soziale Aktivist Vladimir I. Lamanskij (1833–1914). Grundlagen des Eurasismus-Konzeptes sind in seinem Werk „Die drei Welten des asiatisch-europäischen Kontinentes“ (1892) zu finden. Im diesem Buch teilt Lamanskij den Kontinent in die deutsch-römischen, griechischen, slawischen und asiatischen „kulturellen Welten der Menschheit“, die die geographische, ethnographische und kulturelle Basis des eigenständigen Daseins aufweisen. Die griechisch-slawische Welt schließe nicht nur slawische, sondern auch andere östliche christliche Völker ein. Die Grenze dieser Welt gehe von Danzig an der Ostsee bis Triest am Adriatischen Meer, und decke ganz Osteuropa und das Balkan-Gebiet, Istanbul, Kleinasien und teilweise Syrien ab.<sup>137</sup>

Trotz gewisser Unterschiede setzte der Eurasismus bereits etablierte und gut entwickelte Traditionen der Slawophilen (Konstantin N. Leontjev<sup>138</sup>, Nikolaj J. Danilevskij<sup>139</sup>) fort. Das historische Konzept des Eurasismus, in dem die Geschichte der nomadischen Völker Eurasiens sowie das mongolisch-tatarische Joch eine wesentliche Rolle spielten, hatte einen Vorläufer in den Ansichten des konservativen Denkers der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Michail L. Magnickij (1778–1855). In seinem Artikel „Schicksal von Russland“ (1833) sagt Magnickij: „Die Unterdrückung durch Tataren und Entfernung von Westeuropa waren vielleicht der größte Segen für Russland, weil es die Reinheit des christlichen Glaubens bewahrte (...)“.<sup>140</sup> „Um Europa zu übertreffen, hat sich Russland von Europa entfernt, anstatt sich an Europa anzunähern (...)“.<sup>141</sup> Wenn Magnickij über die Reformen von Peter

---

<sup>136</sup> Vgl. Berdjaev, N. (1993): Утопический этатизм евразийцев (Der utopische Etatismus der Eurasier), in: *Россия между Европой и Азией: евразийский соблазн (Russland zwischen Europa und Asien: Eurasische Versuchung)*, Moskau.

<sup>137</sup> Vgl. Lamanskij, V. (1892/2011): Три мира Азийско-Европейского материка (Die drei Welten des asiatisch-europäischen Kontinentes), Sankt-Petersburg.

<sup>138</sup> Vgl. Leontjev, K. (1891/2007): Славянофильство теории и славянофильство жизни (Panslawismus der Theorie und Panslawismus des Lebens), in: Leonjev, K.: *Восток, Россия и Славянство (Osten, Russland und Slawismus)*, Moskau: Ехмо, S. 868-876.

<sup>139</sup> Vgl. Danilevskij, N. (1871/2008): Россия и Европа (Russland und Europa), Moskau: Institut russkoj civilizacii.

<sup>140</sup> Magnickij, M. (1833).

<sup>141</sup> Ebd.

dem Großen spricht, behauptet er, dass „die Annäherung an Europa überhaupt nicht für Russland, sondern für Europa nötig war (...)“.<sup>142</sup>

Zu den wichtigsten Wegbereitern des Eurasismus des 20. Jahrhunderts ist auch der Religionsphilosoph und Publizist Vladimir Ern (1882–1917) zu zählen. Die Hauptthese von Vladimir Ern war, dass die Zeit, das heißt, eine Reihe von neuen Bedingungen des Lebens und eine neue historische Realität, den Panslawismus fördere. Die veraltete ideologische Ausrichtung der Intelligenz auf einen bedingungslosen Europazentrismus, der auf der Vergöttlichung der europäischen Zivilisation beruhe, habe mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs ihr humanistisches Pathos vollständig verloren.<sup>143</sup>

Zu den weiteren Vorwänden für die Entwicklung des Eurasismus gehörte auch die Revolution 1917 und der Bürgerkrieg, der mit der Niederlage der Weißen Bewegung endete, zu deren aktiven Teilnehmern auch die Vertreter des Eurasismus zählten.

Der Eurasismus stellte einige Elemente der bisherigen Konzepte der russischen Nationalideologie zusammen und entwickelte sich in einer völlig neuen nachrevolutionären Situation. Das Eurasismus-Konzept verkörperte eine neue nationale Doktrin Russlands. Es entwickelte sich besonders aktiv im Zeitraum 1925–1928. Gerade in dieser Zeit standen viele Vertreter des Eurasismus in Konfrontation mit der Vereinigten staatlichen politischen Verwaltung (Staatssicherheitsdienst). Der Sicherheitsdienst begann in dieser Zeit die sogenannte Operation „*Trest*“. Diese diente dazu, die weiße Emigration und ihre militärisch-politischen Organisationen durch die Schaffung einer antibolschewistischen Scheinorganisation, die Monarchistische Organisation Zentralrusslands, zu kontrollieren.

Die Eurasier nahmen Kontakt mit den Agenten des Sicherheitsdienstes auf und versuchten, der Scheinorganisation eurasische Bedeutung beizumessen. 1928 wurde die Organisation aufgedeckt. Nach Meinung der Experten gab der *Trest* den Eurasiern in der Emigration die Möglichkeit, nach Russland einzureisen und eurasische Schriften zu verbreiten. Für die Agenten des Sicherheitsdienstes war der *Trest* ein Mechanismus, sich über die Stimmungen der politischen Emigration zu informieren.<sup>144</sup> Aus der Sicht des Geheimdienstes lässt sich die Operation als positiv bewerten, denn der *Trest* hat die eurasische Bewegung gespalten und heftiger Kritik seitens der anderen Emigranten ausgesetzt.

Nach der Aufdeckung des *Trests* wurden einige Eurasier ermordet, die anderen wurden beschuldigt, eine Verbindung zu Kommunisten zu haben. Die Zeitung „Eurasien“ wurde zu dieser Zeit illegal publiziert. Trubeckoj, Savickij und Alexeev erklärten, dass in der Zeitung „Eurasien“ keine Meinungsvielfalt hinsichtlich des eurasischen Konzeptes mehr vorhanden sei. Trubeckoj hat damals darüber geschrieben: „[...] ich kündige meine Mitgliedschaft an der Zeitung „Eurasien“ und der eurasischen Organisation. Meine Überzeugungen lehne ich nicht ab [...], aber ich kann keine Verantwortung für die vorliegende Entwicklung

---

<sup>142</sup> Magnickij, M. (1833).

<sup>143</sup> Fenenko, Y. (2006): Евразийское пространство: управленческо-правовое обеспечение социальной безопасности (Eurasischer Raum: Die administrativ-rechtliche Gewährleistung der sozialen Sicherheit), Moskau: Uniti-Dana, S. 211.

<sup>144</sup> Vgl. Nikitenko, E. (2013): The Activity of the Organization “Trest” in the History of Eurasionism, in: *Глобальные процессы в региональном измерении: опыт истории и современность (Globale Prozesse in der regionalen Dimension)*, SGA, Bd. 2, Novosibirsk, S. 103-108.

des Eurasismus tragen, und das will ich auch nicht“.<sup>145</sup> Im Ergebnis haben fast alle Hauptfiguren des Eurasismus die Eurasische Bewegung verlassen. Im Jahr 1938 wurde eine letzte eurasische Sammlung „*Evrazijskie tetradi*“<sup>146</sup> publiziert, seit dieser Zeit ist der Zerfall der Eurasischen Bewegung festzustellen. Im Gegensatz dazu lebte die Idee des Eurasismus weiter und fand Anerkennung in den Werken von Lew Gumiljov (1912–1992).

1979 entwickelte Lew Gumiljov ein Konzept der Ethnogenese, das ein wichtiger Bestandteil des klassischen Eurasismus ist. In seinem Werk „Ethnogenese und die Biosphäre der Erde“ (1979)<sup>147</sup> erweitert der Autor die Gedanken von Savickij über die Eigenart der verschiedenen Nationen Eurasiens und ihre Unvergleichbarkeit mit den kulturellen Formen Europas. Stephan Wiederkehr fasst Gumiljovs Idee folgend zusammen: „Energetische Impulse aus der Erdatmosphäre führen zu genetischen Mutationen und so zum zielstrebigem Handeln einzelner Individuen auf ein hohes, oft illusorisches Ziel hin, das sie über den Wert des eigenen Lebens stellen“.<sup>148</sup>

Gumiljov entwickelte außerdem das Konzept der Eurasischen kulturhistorischen Typ von Trubeckoj weiter und brachte den Begriff „Superethnie“ in dieses Konzept ein: „Als Superethnie bezeichnen wir eine Gruppe von Ethnien, die in einer bestimmten Region gleichzeitig entstanden und miteinander wirtschaftlich, ideologisch und politisch verbunden sind.“<sup>149</sup> Es muss betont werden, dass Lew Gumiljov sich während seines Lebens nicht zu den Vertretern des Eurasismus zählte, erst in den 1980er-/1990er-Jahren hat er angefangen, über den Eurasismus zu sprechen und bezeichnete sich als den „letzten Eurasier“. In einem Interview vor seinem Tod 1992 sagte er: „Ich werde Ihnen ein Geheimnis verraten, dass Russland nur als eurasische Großmacht und nur durch Eurasismus gerettet werden kann“.<sup>150</sup>

### 1.1.3 Abgrenzung des Eurasismus-Begriffes

Der Begriff „Eurasismus“ (*evrazijstvo*) wird in der wissenschaftlichen Literatur nicht eindeutig interpretiert. Trotz all der Mehrdeutigkeit wird die Bedeutung jedoch auf eine reduziert: Eurasismus ist eine ideologische und gesellschaftspolitische Bewegung der russischen Emigration am Anfang des 20. Jahrhunderts, die die russische Kultur als nicht-europäisches Phänomen betrachtet. Dieses Phänomen verfügt über eine einzigartige Kombination von westlichen und östlichen Zügen und gehört deshalb zum Osten und Westen gleichzeitig. Der Eurasismus vermutet, dass zwischen Europa und Asien noch ein Kontinent liegt, wo „[...] eine Regeneration Russlands, eine Verständigung der russischen Intelligenz mit der russischen Bevölkerung über den russischen zivilisatorischen Auftrag im eurasi-

---

<sup>145</sup> Samokhin, A. (2004).

<sup>146</sup> Deutsch: Eurasische Hefte.

<sup>147</sup> In der UdSSR erschien das Buch erst im 1989.

<sup>148</sup> Wiederkehr, S. (2007), S. 198.

<sup>149</sup> Gumiljov, L. (1979/1990), S. 112.

<sup>150</sup> Interview mit L. Gumiljov, in: *Sozium*, 1992, Nr. 5.

sehen Raum sowie über die moralische und materielle Stärke der vereinten russischen, europäisch-asiatischen Produktivkräfte [...]“<sup>151</sup> stattfindet.

Als einer der ersten Eurasier hat Peter Savickij die Teilnehmer der Eurasischen Bewegung folgend beschrieben: „Eurasier sind die Vertreter eines neuen Anfangs im Denken und Leben. Sie sind eine Gruppe von Aktivisten, die auf Basis einer neuen Beziehung zu den grundlegenden lebensbestimmenden Fragen agieren [...]. Eurasier geben ein neues geographisches und historisches Verständnis von Russland und der ganzen Welt, die sie ‚russisch‘ oder ‚eurasisch‘ nennen“.<sup>152</sup> Ein anderer Vertreter des Eurasismus, Nikolai Trubeckoj, hat in seinem Buch „Allgemeiner Eurasischer Nationalismus“ (1927) Folgendes über das Eurasismus-Konzept geschrieben: „[...] als nationales Substrat des Staates, der früher Russisches Reich und jetzt Sowjetunion heißt, kann nur die Gesamtheit aller Völker dieses Landes gelten, die als besondere multinationale Nation angesehen werden soll... Diese Nation nennen wir ‚eurasische Nation‘, ihre geographische Lage – ‚Eurasien‘, ihren Nationalismus – ‚Eurasismus“.“<sup>153</sup> Somit lässt sich der Eurasismus als eine posttraditionelle Theorie der russischen Eigenart bestimmen, das heißt, als eine Theorie, die sich auf das Verständnis und die Umsetzung der traditionellen Werte in neuen Formen der geistigen und gesellschaftlichen Institutionen orientierte.<sup>154</sup>

Jens Fischer sieht den Eurasismus als eine wissenschaftliche Abstraktion, mit der ein innerethnischer Kompromiss zwischen den Ethnien des eurasischen Raums angedacht wird. Fischer bestätigt, dass nicht nur der Eurasismus als ein ethnisches Synthesekonzept betrachtet wird, sondern auch das Asiatentum (*aziatstvo*). Diese zwei Konzepte stehen in einer engen Verbindung, denn das Asiatentum wie der Eurasismus werden als Sammelbewegung und Denkrichtung von Menschen angesehen, die die zentralasiatischen Nationen in Bezug zum internationalen Staatensystem setzen wollen und die eine Stärkung der internationalen Position der zentralasiatischen Republiken als Statusfortschritt der Region anstreben.<sup>155</sup> Fischer erklärt die Situationsbewertung der Eurasier am Anfang der 1990er-Jahre: Russland ist in seiner eurasischen Identität getroffen und in seiner eurasischen Regionalmachtposition geschwächt. Die Zielsetzung der Eurasier sei ebenso eindeutig: Die eurasische Spezifität Russlands sei als Eigenwert anzuerkennen, die eurasische Identität Russlands sei zu sichern und Russland als Hegemon in GUS-Eurasien zu reinstallieren.<sup>156</sup>

Außerdem ist es wichtig, die Meinungen von Stephen D. Shenfield<sup>157</sup> und Douglas W. Blum<sup>158</sup> anzuführen, die den zentristischen, den statischen, den Überliefertes bewahren wollenden Charakter der mit dem Eurasismusbegriff verknüpften Inhalte nachdrücklich

---

<sup>151</sup> Vgl. Fischer, J. (1998), S. 62.

<sup>152</sup> Savickij, P. (1925).

<sup>153</sup> Trubeckoj, N. (1927).

<sup>154</sup> Vgl. Bulychev, Y. (2001).

<sup>155</sup> Vgl. Fischer, J. (1998), S. 192.

<sup>156</sup> Vgl. ebd., S. 193-194.

<sup>157</sup> Shenfield, S. D. (1994): Post-Soviet Russia in Search of Identity, in: Blum, D. W.: *Russia's Future. Consolidation or Disintegration?*, Boulder, S. 5-16.

<sup>158</sup> Blum, D. (1994): *Russia's Future. Consolidation or Disintegration?*, Boulder, S.127-145.

behaupteten, wobei deutliche Überlappungen mit ortslagebetonten Elementen des Realismus russischer Prägung festzuhalten sind.<sup>159</sup>

Viele weitere Autoren stellen den Eurasismus und den Atlantismus gegenüber. Danach ist unter dem Atlantismus die heutige Außenpolitik der USA zu verstehen, die sich an der Herausbildung einer zivilisatorischen Basis für die NATO-Mitglieder orientiert. In diesem Zusammenhang ist der Eurasismus eine Antithese des Atlantismus, indem sich Russland mit der „Dritten Welt“ gegen die aggressive Außenpolitik der USA zusammenschließt.

#### 1.1.4 Theoretische Ansätze des klassischen Eurasismus

Bei den theoretischen Ansätzen des klassischen Eurasismus-Konzeptes unterscheidet man vier Ansatzgruppen: räumlicher Ansatz, zivilisatorischer Ansatz, nationalstaatlicher Ansatz sowie politischer Ansatz. Der räumliche Ansatz beschäftigt sich mit der Bestimmung der geographischen Lage Eurasiens und mit der Theorie der „*Raumentwicklung*“ (*mestorazvitie*) von Peter Savickij. Der zivilisatorische Ansatz stellt Europa und Eurasien gegenüber und äußert Kritik an der römisch-germanischen Zivilisation. Der nationalstaatliche Ansatz betrachtet den turanischen Faktor als entscheidend in der russischen Geschichte und stellt die Wahrnehmung der russischen Geschichte aus eurasischer Sicht dar. Bei dem politischen Ansatz des klassischen Eurasismus setzt man sich mit den Konzepten von „*Herrschaft der Idee*“ und „*Demotia*“<sup>160</sup> auseinander (s. Abbildung 5: Theoretische Ansätze des klassischen Eurasismus). Der Inhalt der Ansätze ist folgend zusammenzufassen:

– Räumlicher Ansatz: Russland sei eine besondere geografische Welt, die sich sowohl von Europa als auch von Asien unterscheidet. Seine geografischen Merkmale stellten das unter Beweis: Im Gegensatz zu Europa oder Asien sind in Russland klar definierbare Naturgebiete zu sehen.

Landschaft spiegle sich in der Geschichte des Volkes wider und könne nicht beseitigt werden. Geografischer Raum übe ebenso große Wirkung auf die Kultur und die Geschichte der Bevölkerung aus. Jede Nation, die sich in einer bestimmten geografischen Region entwickelt, erarbeite ihre eigenen nationalen, ethischen, rechtlichen, sprachlichen, wirtschaftlichen und politischen Formen. „*Raum*“, wo die „*Entwicklung*“ des Volkes oder des Staates stattfindet, bestimme die Bedeutung und die Richtung dieser „*Entwicklung*“. So entsteht der Begriff „*Raumentwicklung*“ von Savickij, wo „*Raum*“ und „*Entwicklung*“ nicht mehr trennbar sind.<sup>161</sup> Die Geschichte des Volkes solle unter den räumlichen Bedingungen betrachtet werden. Es gebe kein universelles Entwicklungsmodell. Die Vielfalt der Landschaften auf der Erde erzeuge eine große Palette von Kulturen, von denen jede ihre eigenen Zyklen, ihre internen Kriterien und ihre eigene Logik hat. Keine „*Raumentwicklung*“ habe ein Recht, ein Modell für alle andere zu sein. Verschiedene Völker, die keine gemeinsame Abstammung haben, aber für eine lange Zeit innerhalb der gleichen „*Raumentwicklung*“ koexistieren, könnten einander viel näher als die ursprünglich verwandten Völker sein. Daher könnte man sagen, dass

---

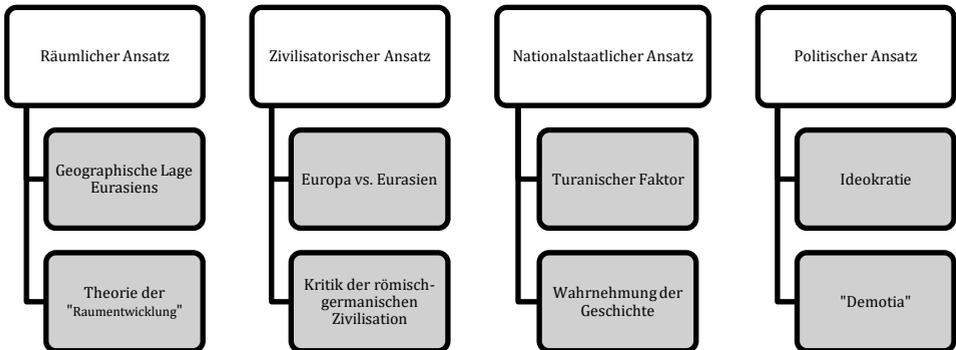
<sup>159</sup> Vgl. Fischer, J. (1998), S.61.

<sup>160</sup> Von „*Demos*“, griechisch „*Volk*“.

<sup>161</sup> Vgl. Böss, O. (1961), S. 25-30.

das russische Volk sich den turksprachigen, finnisch-ugrischen Völker mehr als den Slawen nähert, die an die europäische „Raumentwicklung“ gebunden sind. Genau dieser Punkt macht einen großen Unterschied zwischen dem Eurasismus und dem Panslawismus, obwohl einige deutsche Wissenschaftler, wie z. B. Klaus von Beyme, den Eurasismus dem Panslawismus und dem konservativen Nationalismus zuordnen.<sup>162</sup>

**Abbildung 5: Theoretische Ansätze des klassischen Eurasismus**



– Zivilisatorischer Ansatz: Die römisch-germanische Zivilisation habe ein besonderes universelles System von Prinzipien und Werten entwickelt. Das römisch-germanische System setzte sich bei den anderen Völkern und Kulturen mit Gewalt durch. Dies könnte man als geistige und materielle Kolonisierung durch den Westen bezeichnen. Jedes Volk und jede Kultur habe ein Recht, sich in ihrer eigenen Logik zu entwickeln. Die römisch-germanische Zivilisation habe auf der Grundlage der Säkularisierung des westlichen Christentums (Katholizismus, Protestantismus) ein spezielles „nachchristliches“<sup>163</sup> System gebaut, wo Individualismus, Egoismus, Wettbewerb, Materialismus, der technologische Fortschritt, starke wirtschaftliche Ausbeutung der Schwachen vorrangig sind. Die Vertreter des klassischen Eurasismus meinten, dass die römisch-germanische Zivilisation ihr Recht auf die Globalität durch ihre Macht begründe. Diese Zivilisation sei zutiefst krank und befinde sich in einer internen Krise. Sie sei eine Bedrohung für die Menschheit, die allen anderen kulturellen Modellen durch die Verweigerung des Existenzrechts widerspreche. Russland sei eine einzigartige Zivilisation und berufen, nicht nur dem Westen zu widerstehen und seinen eigenen Weg zu verteidigen, sondern auch die anderen Völker und Nationen bei der Verteidigung ihrer zivilisatorischen Freiheiten zu führen. Solche Ideen haben die Vertreter des klassischen Eurasismus von der philosophischen Schule der Slawophilen übernommen. Die russische Identität sei schutzbedürftig und solle isoliert werden. Ihre Eigenart solle aktiv der römisch-germanischen Zivilisation entgegengesetzt werden. „Eurasier [...] stehen auf der Grundlage von Tradition. [...] Russland-Eurasien nehmen sie als eine Einheit wahr [...]. Es geht darum, in ihm [A. O.: Russland-Eurasien] eine richtige Form des Zusammenlebens der Völker zu finden. Eurasier verstehen Russland als eine ‚Kathedrale der

<sup>162</sup> Beyme, K. von (2001).

<sup>163</sup> Mozhegov, V. (28.08.2009).

Völker' und sie glauben, dass die so genannten nationalen Besonderheiten in einer bestimmten Harmonie entstehen werden.“, so Savickij in seinem Artikel „Eurasismus“.<sup>164</sup>

– Nationalstaatlicher Ansatz: Russland habe sich als eigenständige Zivilisation aus einer Kombination von slawischen und turanischen Eigenschaften entwickelt. Der besondere turanische ethnopsychologische Typ sei für nomadische asiatische Völker charakteristisch. Der Einfluss der Mongolen sei das wichtigste Element der russischen Geschichte. Dieses Element sei bezeichnend, da einige stark fragmentierte ostslawische Fürstentümer die Basis für das Russische Reich bildeten. Die Regionen von der Kiewer Rus, die im 13. Jahrhundert unter europäischen Einfluss gekommen sind, verloren ihre politische und kulturelle Autonomie. Im Gegensatz dazu seien die zur *Orda* (Goldene Horde)<sup>165</sup> gehören, d. h. den Regionen, die ein Kern des Russischen Reichs zusammenbildeten. Die Vertreter der eurasischen Bewegung haben zum ersten Mal den turanischen Faktor positiv uminterpretiert, indem sie die russisch-tatarischen Beziehungen als wichtigen Teil der eurasischen Staatlichkeit anerkannten. Sie vermuteten, dass es neben der genetischen Verwandtschaft von Sprachen noch eine Art von Verwandtschaft von Sprachen gebe, die keine gemeinsame Herkunft, sondern eine langzeitige geografische und historisch-kulturelle Nachbarschaft, Interaktion und parallele Entwicklung aufweise. Roman Jakobson und Nikolaj Trubeckoj behaupteten, dass es eine Reihe von gemeinsamen Zügen in den russischen, finnougri-schen und türkischen Sprachen sowie in den anderen Sprachen Eurasiens gebe. Die beiden Autoren sprachen in ihren Werken über einen besonderen eurasischen Sprachenbund.<sup>166</sup>

Der klassische Eurasismus weist einen dialektischen Ansatz zur Verarbeitung von historischen Ereignissen auf. Seine Vertreter glaubten, dass die Kiewer Rus aufgrund der fehlenden Staatlichkeit lebensunfähig gewesen wäre. Sie lag am westlichen Rand Eurasiens und war auf ein schmales Gebiet beschränkt. In der Realität seien jene Völker, die Steppen besetzt haben, die echten Herrscher Eurasiens. Dies wären die Nomaden gewesen – zuerst die Skythen und dann die Hunnen. Mit dem Untergang der Hunnen blieb die Frage der Dominanz über die Steppe (und somit über Eurasien insgesamt) offen. Das Ziel, Eurasien zu vereinen, wurde von den Mongolen übernommen.

Die Vertreter des Eurasismus betrachten das mongolische Joch als gut für Russland. Man versteht unter dem Einfall der Mongolen nicht grundloses Elend, sondern eine Strafe Gottes für die Sünden. Während des mongolischen Jochs habe sich das Nationalgefühl der Ostslawen entwickelt und gestärkt, und so sei die russische Nation entstanden. Die Russen hätten sich mongolische Elemente der Staatlichkeit, wie z. B. das Nachrichtensystem (Poststationen) und das Finanzsystem, angeeignet. Somit hätten die Grundlagen der Staatlichkeit der Moskauer Rus nicht nur Merkmale byzantinischen Ursprungs, sondern auch mongolischen.<sup>167</sup>

Nach dem Zerfall des mongolischen Reiches wurde Eurasien wieder stark geteilt. Die Moskauer Rus sei eine neue Kraft geworden, die Eurasien vereinen konnte. Es begann eine Kolonisierung des Ostens bis zum Pazifischen Ozean. Peter der Große verwandelte die Mos-

---

<sup>164</sup> Savickij, P. (1925).

<sup>165</sup> Goldene Horde (mong. *Altan Ord*), der mittelalterliche mongolische Staat in Eurasien.

<sup>166</sup> Vgl. Trubeckoj, N. (1923); Vgl. Jakobson, R. (1931), S. 234-240.

<sup>167</sup> Vgl. Savickij, P. (1925).

kauer Rus in das Russische Reich. Die Vertreter des Eurasismus leugneten die positiven Aspekte der Staatlichkeit während der Regierungszeit von Peter dem Großen nicht, meinten jedoch, dass die Europäisierung Russlands übereilt zur Durchführung gelangte. Und das sei einer der Gründe für die Revolution von 1917 gewesen. Die herrschende Klasse verweigerte die nationalen kulturellen Traditionen und kopierte die europäische Kultur, während die breiten Massen des Volkes weiterhin den überlieferten Sitten und Gebräuchen folgten. Infolgedessen entstand eine kulturelle Lücke zwischen dem Volk und der herrschenden Klasse. Diese gesellschaftliche Aufspaltung der Nation führte zum Zusammenbruch des Russischen Reiches.

Der klassische Eurasismus erkennt als eine unbestreitbare Tatsache an, dass die Revolution Russland und die gesamte Welt grundlegend verändert hat, und dass eine Rückkehr in die Vergangenheit, zu den Zeiten von Peter dem Großen, nicht möglich ist. Zu den positiven Auswirkungen zählt man Folgendes: Die Kommunisten, die versucht haben, eine neue europäische Ideologie aufzuzwingen, haben das Gegenteil erreicht; Russland wurde Europa entgegengesetzt und von ihrem Einflussbereich abgegrenzt. Die Kommunisten haben eine gezielte Kampagne gegen die orthodoxe Kirche geführt, aber es kam trotzdem zu einem Bedeutungsgewinn der Religion. Der Eurasismus weist auf die negativen Seiten des Kommunismus hin: Der Kommunismus sei sicherlich eine falsche Ideologie, die die Demokratie unterdrückt und einen kriminellen Kampf mit dem Glauben an Gott führt.

– Politischer Ansatz: Laut den Vertretern des Eurasismus sollen Staat, Gesellschaft, Nation und jede einzelne Person einem höheren spirituellen Zweck dienen. Die materiellen Bedingungen des irdischen Daseins seien kein Selbstzweck. Reichtum und Wohlstand, ein starker Staat, eine effiziente Wirtschaft, eine starke Armee und die industrielle Entwicklung sollten ein Mittel sein, um höhere Ideale zu erreichen. Nur die Herrschaft der Ideokratie gebe dem Staat und der Nation „einen Lebenszweck“. Der Eurasismus nimmt Russland als Heilige Rus, als Macht mit einer besonderen historischen Mission wahr. Die eurasische Ideologie solle eine Basis für die Herrschaft der Ideokratie bauen. Dieser Idee sollten alle Aspekte der Politik, Wirtschaft, Sozialstruktur sowie der industriellen Entwicklung untergeordnet werden. „[...] der ideokratische Staat hat sein eigenes Glaubenssystem, seine eigene herrschende Idee [...]“, so Trubeckoj.<sup>168</sup> Die Natur des Staates werde nicht von der Regierungsform, sondern von der Art bestimmt, wie man die herrschende Klasse auswählt. Das heißt, es ist vor allem wichtig, nach welchem Prinzip die Menschen für höhere Posten ausgewählt werden. Im Zusammenhang mit diesem Prinzip ist die Regierungsform sekundär. Das Problem dieses Prinzips besteht darin, wie man während der Auswahl eine richtige Entscheidung trifft. Das Eurasismus-Konzept vermutet, dass die herrschende Klasse nach dem Grundsatz der Einhaltung der nationalen Idee ausgewählt werden soll. Der Staat könnte nur von jenen Menschen regiert werden, die eine bestimmte Idee teilen und nicht ihre persönlichen Interessen durchsetzen. Wenn dies eingehalten wird, sei es unwichtig, welches Regierungssystem der Staat hat: Für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes wird es kein entscheidender Faktor sein.

Hinsichtlich der Demokratie haben die Vertreter des Eurasismus-Konzeptes einen wichtigen „*Demotia*“-Ansatz entwickelt. Die westliche Demokratie habe sich unter den spe-

---

<sup>168</sup> Trubeckoj, N. (1921), S. 518.

zifischen Bedingungen des antiken Athen im Laufe der Jahrhunderte entwickelt. Diese Demokratie spiegle sich in den Besonderheiten der europäischen „Raumentwicklung“ wider. Die europäische Demokratie sei aber nicht universell. Andere „Raumentwicklungen“ nehmen andere Formen der Bevölkerungsbeteiligung an der politischen Verwaltung an. Für Russland-Eurasien seien die europäischen Normen der liberalen Demokratie sinnlos und schädlich.<sup>169</sup> „Demotia“ solle eine aktive Teilnahme des russischen Volkes an der politischen Verwaltung bezeichnen. Diese Beteiligung lehne keine Hierarchie ab, solle aber durch keine Partei- und Parlamentsstrukturen formalisiert werden. Das „Demotia“-System beinhalte das System der lokalen Verwaltung, das auf dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung basiert. Im Gegensatz zur europäischen Demokratie, die der Autokratie widerspricht, sei die eurasische „Demotia“ mit dem „eurasischen Autoritarismus“ kombinierbar.<sup>170</sup>

---

<sup>169</sup> Vgl. Palkin, A. (2005).

<sup>170</sup> Vgl. ebd.

## 1.2 Die Ideologie des Neoeurasismus und ihre Auswirkung auf die Entwicklung der eurasischen Integration

### 1.2.1 Die Radikalisierung des Eurasismus-Konzeptes/Der Neoeurasismus Dugins

Eine Wiederentdeckung des Eurasismus begann in den 1980er-Jahren, wie in den vorangehenden Kapiteln erläutert, mit den Forschungen und Publikationen von Lew Gumiljov. Aber nicht nur Gumiljov, sondern auch die sogenannten „National-Patrioten“ haben das Eurasismus-Konzept für sich wiederentdeckt. Stefen Wiederkehr schreibt, dass zu Beginn dieses Jahrzehnts eurasische Parolen für kurze Zeit eine Klammer der verschiedenen Strömungen bildeten, die Fundamentalopposition gegen die Reformen Gorbačevs und El'cins betrieben.<sup>171</sup> Man unterscheidet drei Richtungen des modernen Eurasismus-/Neoeurasismus-Konzeptes:

- Der rechts-konservative Neoeurasismus von Alexander Dugin;
- der akademische Neoeurasismus von Panarin/Eurasien als postsowjetischer Raum;
- pragmatischer (wirtschaftlicher) Eurasismus.

In diesem Kapitel wird das Neoeurasismus-Konzept von Alexander Dugin untersucht, da seine Werke und seine Arbeit als Berater für geopolitische Fragen<sup>172</sup> beim russischen Präsidenten Vladimir Putin diese Richtung des modernen Eurasismus/Neoeurasismus für eine Darstellung der politischen Prozesse im postsowjetischen Raum relevant macht.

Das moderne Konzept des Eurasismus basiert auf der Interpretation von eurasischen Ideen vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Das Auftauchen des Neoeurasismus-Konzeptes steht in enger Verbindung mit dem Namen des russischen Ideologen Alexandr Dugin. Die persönliche politische Entwicklung von Dugin spiegelt die Entwicklung des Neoeurasismus als neue ideologisch-politische Strömung wider. Die Radikalisierung des Eurasismus-Konzeptes am Anfang des 21. Jahrhunderts ist in sechs Etappen zu teilen (s. Tabelle 3: Etappen der Radikalisierung des Eurasismus-Konzeptes am Anfang des 21. Jahrhunderts).

Am Ende der 1980er-Jahre bildeten sich im Kontext der national-konservativen Bewegung die ersten neoeurasischen Gruppen heraus. 1989 wurden die ersten neoeurasischen Publikationen von Dugin, „*Konec proletarskoj ery*“<sup>173</sup>, „*Kontinent-Rossija*“<sup>174</sup> und „*Podsoznanie Evrazii*“<sup>175</sup>, veröffentlicht. 1988 begann Dugin die Philosophie von französischen Traditionalisten wie Julius Evola und René Guénon zu propagieren.<sup>176</sup> In seinem Buch „*Puti absoluta*“<sup>177</sup> erklärt Dugin die Grundlagen der traditionalistischen Philosophie<sup>178</sup>. Die soziale

---

<sup>171</sup> Wiederkehr, S. (2007), S. 227-228.

<sup>172</sup> Janzen, C. (9.05.2014).

<sup>173</sup> Dugin, A. (1989): *Конец пролетарской эры* (Das Ende der proletarischen Ära), in: *Sovetskaya literatura*, Moskau.

<sup>174</sup> Dugin, A. (1989): *Континент-Россия* (Kontinent-Russland), in: *Sovetskaya literatura*, Moskau.

<sup>175</sup> Dugin, A. (1989): *Подсознательное Евразии* (Das Unterbewusstsein des Eurasiens), in: *Sovetskaya literatura*, Moskau.

<sup>176</sup> Vgl. Dugin, A. (2002).

<sup>177</sup> Deutsch: Wege des Absoluten.

Grundidee des Traditionalismus ist eine Idealisierung des Kastensystems der Antike. Laut den Traditionalisten ist die Menschheit aufgrund der Vermischung von sozialen Kasten in Verfall geraten.<sup>179</sup> In seinen Werken dieser Zeit fordert Dugin das baldige Ende des sowjetischen Systems. Somit sind die Ansichten von Alexander Dugin kurz vor dem Zerfall der UdSSR als extrem radikal und konservativ zu bezeichnen. In dieser Periode hat das Konzept des Neoeurasismus einen rechts-konservativen Charakter, der sich den Traditionalisten mit orthodox-monarchischen Elementen nähert.

Am Anfang der 1990er-Jahre knüpft Dugin Kontakte zu den konservativen Kommunisten und in erster Linie zu Gennadij Zjuganov, den Vorsitzenden der kommunistischen Partei Russlands (KPRF). So wurde die neoeurasische Ideologie dem Parteiprogramm der KPRF zugrunde gelegt. 1991 schlägt Dugin eine neue Richtung ein, die seine Ansichten radikal änderte. Er beginnt seine Artikel in der Zeitschrift „Elemente“ zu publizieren, knüpft Kontakte mit extrem rechten Intellektuellen im Ausland. Dugin studiert und interpretiert die klassischen Werke des Eurasismus, hält Vorträge und Seminare. Er veröffentlicht erste Bücher, die der Geopolitik und der konservativen Revolution gewidmet sind<sup>180</sup>. In diesen Jahren besuchen Moskau viele europäische rechte Theoretiker, deren Ansichten sich in der neoeurasischen Ideologie Dugins widerspiegeln.

**Tabelle 3: Etappen der Radikalisierung des Eurasismus-Konzeptes am Anfang des 21. Jahrhunderts**

<b>1. Etappe</b>	1985 – 1990er Jahre	„Rechter Neoeurasismus“/National-konservative Strömung
<b>2. Etappe</b>	1991 – 1993	Annäherung des Neoeurasismus an die patriotische Opposition
<b>3. Etappe</b>	1994 – 1998	Theoretische Entwicklung der neoeurasischen Orthodoxie
<b>4. Etappe</b>	1998 – 2001	Zentristische politische Einstellung des Neoeurasismus
<b>5. Etappe</b>	2001 – 2002	Gründung der Allgemein-russischen politischen gesellschaftlichen Bewegung „Eurasien“
<b>6. Etappe</b>	2002	Gründung der politischen Partei „Eurasien“

1992 gründet Dugin ein Politikberatungsinstitut, das „Zentrum für spezielle metastategische Untersuchungen“, und wird als politischer Berater des Präsidenten der Staatsduma für geopolitische Fragen ernannt.<sup>181</sup> Der Selbstdarstellung der Organisation ist zu entnehmen, dass sich das Zentrum die Aufgabe stellte, makrosystemische Modelle zu untersuchen und zu erarbeiten. Die Forschungen sollten nicht nur soziologische, statistische, ökonomische, finanzielle und politische Elemente analysieren, die auf das gesellschaftliche Leben einwirken, sondern auch geopolitische, ideologische, rassische, ethnische, religiöse, geistige, theologische und psychologische Faktoren.<sup>182</sup>

In den Jahren 1994–1998 entwickelt sich das Neoeurasismus-Konzept weiter: Dugin publiziert seine Hauptwerke „Proletarische Templer“ (1994)<sup>183</sup>, „Konservative Revolution“

<sup>178</sup> Vgl. Dugin, A. (1990).

<sup>179</sup> Vgl. Harm, W. (2008).

<sup>180</sup> Vgl. Dugin, A. (1992).

<sup>181</sup> Vgl. Biographie von Alexander Dugin.

<sup>182</sup> Vgl. Wiederkehr, S. (2007), S. 262.

<sup>183</sup> Dugin, A. (1994): Тамплиеры пролетариата (Proletarische Templer).

(1994)<sup>184</sup>, „Mysterien Eurasiens“ (1996)<sup>185</sup>, „Grundlagen der Geopolitik“<sup>186</sup> (1997). In diesen Werken verbindet er den klassischen Eurasismus mit verschiedenen politischen Ideen und Ansichten und konzentriert sich auf die weitere theoretische Entwicklung des Neoeurasismus. 1996 beginnt die aktive Präsenz der Neoeurasier im Internet. Es wurde beispielsweise das eurasische Internetportal „*Arctogaia*“<sup>187</sup> online gestellt.

Gegenwärtig findet man zahlreiche direkte oder indirekte Verweise auf den Eurasismus in den Programmen der politischen Parteien, wie z. B. der Kommunistischen Partei (KPRF), der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR) sowie der NDR-Partei<sup>188</sup>. So wollte die LDPR die alte Sowjetunion in Form des russischen Zarenreiches wiederherstellen. Die Partei ging davon aus, dass die anderen GUS-Staaten allein nicht lebensfähig seien und von sich aus den Anschluss an Russland suchen werden. Innerhalb Russlands wollte die LDPR eine neue Aufteilung in rund zwanzig große Gouvernements nach zaristischem Vorbild vornehmen, die sich an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientieren und keine Rücksicht auf nationale Besonderheiten nehmen.<sup>189</sup> Innerhalb der neoeurasischen Bewegung in Russland sind derzeit drei Positionen in Bezug auf den Eurasismus hervorzuheben: eine Identifikation mit der Ideologie (Dugin); eine partielle Zustimmung zu bestimmten Ansätzen des Neoeurasismus (die Kommunistische Partei, die Liberal-Demokratische Partei) sowie eine Leugnung des Eurasismus/Neoeurasismus.

Ende der 1990er-Jahre publiziert der Universitätsprofessor Alexander Panarin seine ersten Aufsätze zum Eurasismus/Neoeurasismus, somit entsteht der sogenannte „akademische“ Eurasismus. Man muss zugeben, dass Panarin kurz vor seinem Tod im Jahr 2002 am Gründungstreffen der Eurasischen Bewegung Dugins teilnahm und sogar der Eurasischen Partei beigetreten ist.<sup>190</sup>

Ein anderes Modell des Eurasismus schlägt in den 1990er-Jahren der kasachische Präsident, Nursultan Nazarbajev, vor, der sich in erster Linie auf den Eurasismus im Kontext der Integration im postsowjetischen Raum bezieht (s. 1.2.4 Pragmatischer Eurasismus als Teil der außenpolitischen Konzeption Kasachstans).

Anfang der 2000er-Jahre konzentriert sich die neoeurasische Philosophie auf die Entwicklung einer geopolitischen Methodik und ihre Anwendung bei der Analyse bestimmter politischer Phänomene. Gleichzeitig entwickelt sich der Eurasismus als ein Aspekt der orthodoxen Religion, indem die altgläubigen (*stroobradcheskie*) Traditionen eine immer größere Rolle spielen.

In der Politik vertritt der Eurasismus zentristische Positionen, was sich in der Unterstützung des damaligen Außenministers, Evgenij Primakov, zeigt. 1998 nimmt Alexander Dugin das Amt des Beraters von Gennadij Seleznev an, dem damaligen Präsidenten der

---

<sup>184</sup> Dugin, A. (1994): Консервативная революция (Konservative Revolution).

<sup>185</sup> Dugin, A. (1996): Мистерии Евразии (Mysterien des Eurasiens).

<sup>186</sup> Dugin, A. (1997/2000): Основы геополитики (Grundlagen der Geopolitik), Arctogaia-Verlag, Moskau.

<sup>187</sup> Arctogaia, in: www.arctogaia.com, Zugriff am 24.02.2015.

<sup>188</sup> Partei „*Nash dom – Rossija*“ (NDR), deutsch: Unser Haus Russland.

<sup>189</sup> Vgl. Schneider, E. (1994), S. 11.

<sup>190</sup> Vgl. Umland A. (2003).

russischen Staatsduma.<sup>191</sup> Zwei Jahre später versucht Dugin den Eurasismus in ein politisches Projekt einzubringen, indem er an der Erarbeitung des theoretischen Programms der links-zentristischen Bewegung „*Rossija*“<sup>192</sup> unter der Führung von Seleznev teilnimmt.

2001 publiziert Dugin sein Buch „*Russkaja Vesh*“<sup>193</sup>, wo er einen großen Überblick über die verschiedenen Aspekte des Neoeurasismus gibt. Im selben Jahr findet die Gründungsversammlung der „Allgemein-russischen gesellschaftlich-politischen Bewegung Eurasien“ statt. Die Bewegung „Eurasien“ erklärt ihre zentristische Position und wird vom russischen Präsidenten, Vladimir Putin, unterstützt.<sup>194</sup>

Im Jahr 2000 entsteht das moderne Neoeurasismus-Konzept Dugins, das sich durch zwei wichtige neue Faktoren vom klassischen Eurasismus unterscheidet: Anerkennung der Sowjetunion als ein positives Phänomen in der russischen Geschichte und eine radikale Apologie des Eurasismus.

Im Jahr 2002 wurde der Neoeurasismus als politische Bewegung registriert. Die 2001 durch Dugin gegründete gesellschaftspolitische Bewegung „Eurasien“ wird in die politische Partei „Eurasien“ umgewandelt. Wiederkehr schreibt 2007 über die Eurasische Partei Folgendes: „Die Ideologie der Eurasischen Partei ist umso gefährlicher, als es der aggressivsten Form des Neoeurasismus gelingen könnte, die anderen *evrazijskvo*-Konzepte, die zu Beginn der postsowjetischen Zeit kursierten, aufzusaugen. Die Neoeurasier um Dugin verfügen über mehrere professionell gemachte Sites im Internet, auf denen ein umfangreiches Korpus ideologischer Texte – zum Teil mehrsprachig – zugänglich ist. Sie benutzen auch Radio und Fernsehen als Propagandainstrumente. Die Herausgabe von fünf Anthologien, die im Editionsteil zitierfähig, in den Kommentaren jedoch höchst einseitig sind, bildet einen geschickten Schachzug Dugins, um die Deutungsmacht über den klassischen Eurasismus zu gewinnen“.<sup>195</sup>

Die Partei „Eurasien“ erklärte 2002 ihren radikalen Zentrismus und ihre Unterstützung der Politik des russischen Präsidenten, Vladimir Putin. Dies hängt gemäß dem offiziellen Manifest der Partei mit folgenden Faktoren zusammen:

- Mit der Veröffentlichung seines Artikels „Das neue Integrationsprojekt für Eurasien – eine Zukunft, die heute geboren wird“<sup>196</sup> habe Vladimir Putin einen Weg für die Umsetzung des eurasischen politischen Projektes frei gemacht. Er habe eine neue eurasische Ideologie als die zukünftige politische Ideologie der Eurasischen Union legitimiert.
- Die politische Partei „Eurasien“ wurde ursprünglich als eine gesellschaftspolitische Struktur konzipiert, die auf die gesellschaftliche Unterstützung der Initiativen Putins zur eurasischen Integration zielte.<sup>197</sup>

---

<sup>191</sup> Umland, A. (2009b).

<sup>192</sup> Deutsch: Russland.

<sup>193</sup> Dugin, A. (2001): *Русская вещь* (Das russische Ding), Moskau: Arctogaia.

<sup>194</sup> Vgl. Dugin, A. (2001a).

<sup>195</sup> Wiederkehr, S. (2007), S. 268.

<sup>196</sup> Putin V. (3.10.2011): *Новый интеграционный проект для Евразии - будущее, которое рождается сегодня* (Das neue Integrationsprojekt für Eurasien - eine Zukunft, die heute geboren wird).

<sup>197</sup> Vgl. Manifest der politischen Partei „Eurasien“.

Im Jahr 2002 konnte die Partei „Eurasien“ an den Wahlen nicht teilnehmen, seit 26. August 2012 agiert die Partei jedoch wieder.<sup>198</sup> Im Parteiprogramm (2012) werden verschiedene Aspekte der russischen Innen- und Außenpolitik betrachtet, darunter die Integration der GUS-Länder im Rahmen einer eurasischen Union (s. 1.2.3 Der Eurasismus in den offiziellen außenpolitischen Einstellungen von Russland).<sup>199</sup>

### 1.2.2 Theoretische Aspekte der neoeurasischen Ideologie

Das neoeurasische Konzept von Dugin unterscheidet sich massiv von dem klassischen Eurasismus der 1920er-Jahre. Erstens haben die Neoeurasier eine geopolitische Einheit mit seinem klassischen Dualismus von Meer und Land in die ursprüngliche eurasische Lehre integriert. Es sei eine eurasische Meta-Zivilisation, die ein Konglomerat von nicht nur slawisch-türkischen, sondern auch von verschiedenen anderen Kulturen Eurasiens darstellt. Diese Land-Zivilisation wird der Meer-Zivilisation des Westens gegenübergestellt. Die Konfrontation zwischen ihnen sei endlos und vom politischen System der beiden Staaten unabhängig, indem die geopolitische Lage der Zivilisation viel wichtiger als das Staatssystem sei. Der Neoeurasismus basiert auf dem Prinzip der unvermeidlichen Widersprüche zwischen Eurasien und dem Westen. Den liberalen westlichen Werten stellt die eurasische Zivilisation konservativ-traditionelle orthodoxe Werte gegenüber.

Die Neoeurasier haben die Ideen von Mackinder weiterentwickelt, die den russischen Großraum als „The geographical pivot of history“ definieren, und behaupten, dass die Welt-Zivilisation sich um Russland dreht. Sicherheit und Souveränität Russlands seien der Sicherheit und Souveränität des gesamten eurasischen Kontinents identisch. Der Begriff „Eurasien“ hat bei den Vertretern des Neoeurasismus eine neue geopolitische Bedeutung bekommen. Im Gegensatz zum klassischen Eurasismus, wo „Eurasien“ als eine geografische Zone, der Boden, eine Basis für das russische Reich bezeichnet wird, bestimmt der Neoeurasismus „Eurasien“ als eine zukünftige multireligiöse, multiethnische kontinentale Union der Völker und Nationen, ein Superreich (s. Abbildung 6: Russland als Eurasisches Imperium nach A. Dugin). Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die Manifeste, Parteiprogramme, Doktrinen und Publikationen von Alexander Dugin. Der Kern dieses Reiches sollte nach Dugin das russische Volk sein, das vor den aggressiven Globalisierungsprozessen, die der Westen und vor allem die USA unterstützen, gerettet werden soll.

Zweitens konzentriert sich der Neoeurasismus im Unterschied zum klassischen Eurasismus auf das strategische Entwicklungsparadigma Russlands, dessen Träger die konservativen Behörden wie Verteidigungsministerium, Geheimdienste sowie Verteidigungsindustrie sind. Wenn man die politischen oder sozioökonomischen Ansichten des klassischen Eurasismus und des Neoeurasismus vergleicht, findet man gewisse Unterschiede. Der politische Ansatz des klassischen Eurasismus vermutet, dass das gesellschaftliche Leben nicht auf der Basis von äußerem Zwang, sondern auf dem Prinzip der freien öffentlichen Versamm-

---

<sup>198</sup> Vgl. Partei „Eurasien“.

<sup>199</sup> Vgl. Programm der Partei „Eurasien“ (2012).

lungen organisiert werden soll<sup>200</sup>, dass die nationale Elite unabhängig von der Karriere und in erster Linie nach der Loyalität gegenüber dem Vaterland (d. h. Russland-Eurasien) gewählt werden soll (Ideokratie von Trubeckoj)<sup>201</sup> und, dass ungeachtet der Durchsetzung der paternalistischen Rolle des Staates in dem öffentlich-privaten Wirtschaftssystem die wirtschaftliche Freiheit nicht unterbunden werden soll<sup>202</sup>.

**Abbildung 6: Russland als Eurasisches Imperium nach A. Dugin<sup>203</sup>**



Im Gegensatz dazu nimmt Dugin die Ideokratie als eine Art Elite an, die die eurasische Ideologie unterstützt und den Rest der Menschen nach eigenen Vorstellungen regieren wird. Darüber hinaus zeigt sich, wenn man die traditionalistische Philosophie Dugins analysiert, ein Kastensystem, in dem bestimmte Klassen der Gesellschaft sozial isoliert werden. An der Spitze dieses Systems steht „ein einzigartiges Wesen – Zar-Priester, König-Magier oder Zar-Weiser (Heiliger Führer oder Imperator)“, so Dugin.<sup>204</sup> Dies erklärt das Bild der Neoeurasier des russischen Präsidenten, Vladimir Putin, und wird durch die Aussagen von Dugin bestätigt: „Wir Eurasier haben unser eigenes Bild von Putin, ein eurasisches Bild von ihm. In unseren Augen ist Putin ein Anhänger der Großmacht, Patriot, derjenige, der die Machtvertikale stärkt, ein orthodoxer Christ, der den russischen geistigen Wurzeln treu, aber loyal in seiner Haltung gegenüber den anderen traditionellen eurasischen Konfessionen ist“<sup>205</sup>.

<sup>200</sup> Vgl. Kluchnikov, S. (1991), S. 300-305.

<sup>201</sup> Vgl. Trubeckoj, N. (1921), S. 518-523.

<sup>202</sup> Vgl. Savickij, P. (1925); Vgl. Alexeev, N. (1927).

<sup>203</sup> Dugin, A. (1997/2000), S. 415.

<sup>204</sup> Vgl. Dugin, A. (2004).

<sup>205</sup> Wiederkehr, S. (2007), S. 265.

Drittens besteht der Neoeurasismus auf der Gleichberechtigung zwischen allen Religionen, in erster Linie jedoch zwischen russischer Orthodoxie, Islam und Judentum. Wenn es für Trubeckoj und Savickij eine religiöse Hierarchie (das orthodoxe Christentum, traditionelle Religionen, dann alle anderen) gab, meint Dugin, dass alle Religionen außer Katholizismus, Protestantismus und modernes orthodoxes Christentum gleich sind. Dabei zählt Dugin die religiöse Freiheit und das Prinzip der Nichteinmischung in die Religion zu den wichtigsten Staatsprinzipien des Neoeurasismus. Er schlägt vor, dass die Regierung alle großen religiösen Richtungen in Russland unterstützen soll.<sup>206</sup> Die Experten sehen diese Idee skeptisch und behaupten, dass eine solche Unterstützung in der Praxis zum Zerfall Russlands in die konfessionell-ethnischen Gruppen und zu einem Kampf zwischen diesen Gruppen und der neoeurasischen Regierung führen könnte.<sup>207</sup>

**Abbildung 7: Russland-Eurasien und Länder der Dritten Welt gegen den „Reichen Westen“ nach A. Dugin<sup>208</sup>**



Viertens glauben die Neoeurasier, dass die Globalisierung einen „atlantischen“ Charakter hat und auf die Verbreitung der westlichen (vor allem amerikanischen) liberalen Kultur zielt. Der „gemeinsame Feind“ (Atlantismus/reicher Westen) soll ein verbindendes Element zwischen Russland-Eurasien und den Ländern der Dritten Welt (armer Süden) nach Dugin werden (s. Abbildung 7: Russland-Eurasien und Länder der Dritten Welt gegen den „Reichen Westen“ nach A. Dugin).

Nach Meinung der Neoeurasier soll ein neues Russland-Eurasien ohne westliche Ideologie (oder ihre Elemente) aufgebaut werden. Dennoch erweitern sich die neoeurasischen Thesen durch die deutsche politische Philosophie (Oswald Spengler, Werner Sombart, Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Leo Frobenius, Ernst Jünger, Friedrich Georg

<sup>206</sup> Vgl. Dugin A. (31.05.2006).

<sup>207</sup> Vgl. Malysheva, D. (2003).

<sup>208</sup> Dugin, A. (1997/2000), S. 217.

Jünger, Friedrich Hielscher, Ernst Niekisch), durch die Ideen des europäischen Traditionalismus (René Guénon, Julius Evola, Titus Burckhardt, Frithjof Schuon, Guido De Giorgio), durch die „neue linke“ Kritik des westlichen Kapitalismus (Georges Bataille, Jean-Paul Sartre, Guy Debord, Michel Foucault, Gilles Deleuze), durch die marxistische Kritik (Antonio Gramsci, Georg Lukács) sowie durch die Philosophie der europäischen „Neuen Rechten“ (Alain de Benoist, Robert Steuckers).<sup>209</sup> Diese widersprüchlichen Ideen und Lehren führten zu der Erosion der neoeurasischen These über die Unzulässigkeit westlicher Einflüsse.

Fünftens entwickelte Alexander Dugin das Neoeurasismus-Konzept im Zusammenhang mit der nationalbolschewistischen Ideologie, die mit der neuen Wahrnehmung der russischen Geschichte eng verbunden ist. Im Unterschied zum klassischen Eurasismus tritt der Neoeurasismus gegen den Monarchismus der Zarenfamilie Romanovs sowie den sowjetischen Bürokratismus und seine Nachfolger auf. Die Prinzipien des Nationalbolschewismus Dugins wiederholen in erster Linie die anti-westlichen Ideen der Neoeurasier, haben hingegen eine neue Komponente, die eine wirtschaftliche Konsolidierung Eurasiens mittels der Reintegration im postsowjetischen Raum vermutet.<sup>210</sup>

### **1.2.3 Der Eurasismus in den offiziellen außenpolitischen Einstellungen von Russland**

In den 1920er-Jahren entstand der Eurasismus als eine Reaktion auf die Krise 1917 und den Untergang des Russischen Reichs. Man könnte eine Parallele ziehen und behaupten, dass der Neoeurasismus sich als eine Reaktion auf den Zerfall der Sowjetunion entwickelte. In beiden Fällen war dies ein Versuch, eine alternative Staatsideologie und einen neuen außenpolitischen Diskurs zu formulieren.

Die ersten ernststen offiziellen Debatten zur Rolle des Eurasismus in der Außenpolitik Russlands fanden auf der Konferenz an der Moskauer Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen (MGIMO) auf Initiative des Außenministeriums am 26. Februar 1992 statt. An der Konferenz nahmen u. a. der damalige Außenminister, Andrej Kozyrev, und der staatliche Berater für politische Fragen, Sergej Stankevič, teil. Die beiden sahen zwei unterschiedliche Wege für den Neuaufbau der russischen Außenpolitik.

Kozyrev schlug ein Szenario vor, bei dem Russland den Weg einer Einigung mit den westlichen Staaten gehen sollte. Er bestand darauf, dass momentan keine Gefahr für die russischen Interessen und keine militärische Bedrohung bestehe. Russland solle einen Kurs der freundschaftlichen Beziehungen mit den westlichen Partnern einschlagen, da es in Zukunft zu eventuellen Allianzen mit den westlichen Ländern (inklusive westlicher Organisationen wie NATO und UNO) kommen könne. Kozyrev meinte, Russland solle sich dem europäischen Sicherheitssystem anschließen. Optimistisch sah er auch die Perspektiven der Entwicklung der russisch-amerikanischen Beziehungen. Im Gegensatz dazu vertrat Stankevič die Meinung, dass man in der außenpolitischen Praxis Russlands in den letzten Jahren

---

<sup>209</sup> Vgl. Dugin, A. (2004).

<sup>210</sup> Vgl. Dugin A. (1997); Vgl. Dugin A. (2003).

zwei politische Richtungen, den „Atlantismus“ und den „Eurasismus“ hervorheben könne. Der Atlantismus neige sich zu Europa und den USA. Stankevič wies darauf hin, dass der Atlantismus einen pragmatischen außenpolitischen Ansatz im Hinblick auf mögliche finanzielle Hilfe des Westens habe.<sup>211</sup>

Die Ideen, die damals die Basis für die russische Außenpolitik bildeten, spiegelten sich in der Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (1992) wider. Folgende Schwerpunkte wurden formuliert:

- Priorität der russischen Außenpolitik soll das Wiedererlangen des „Großmacht“-Status für Russland sein.
- Die GUS-Länder (die ehemaligen sowjetischen Republiken), und vor allem Kasachstan, die Ukraine und Belarus, gehören zum ersten Kreis der russischen außenpolitischen Interessen. Die Regionen Osteuropa, der Kaukasus, der Ferne, Nahe und Mittlere Osten sollen in den weiteren russischen Interessenkreis einbezogen werden. Die politische und wirtschaftliche Stabilität in diesen Regionen ist strategische Aufgabe der russischen Außenpolitik.
- Die Beziehungen zu den USA und Europa sollen die Basis für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich bilden.
- Die Rechte der russischen Minderheiten im nahen Ausland sollen geschützt werden.
- Die Russische Föderation lehnt ultimativ jede Osterweiterung der NATO ab.
- Im Rahmen der GUS sollen Strukturen für die kollektive Sicherheit geschaffen werden (ohne Ausrichtung gegen den Westen).<sup>212</sup>

Fischer zeigt in seinem Buch die Verteilung der außenpolitischen Einstellungen der Mitglieder der russischen Staatsduma nach den Wahlen in 1995. Nach den Einschätzungen von Fischer betrug die Zahl der Abgeordneten, die eine eurasische Einstellung vertraten, etwa ein Viertel, d.h. 150 von 450 Abgeordneten (s. Abbildung 8: Mandatsverteilung nach außenpolitischen Grundorientierungen). Fischer betont, dass man analytisch zwischen russischer Innen- und Außenpolitik unterscheiden müsse. „Innenpolitisch mag tatsächlich eine Spaltung des Parteienspektrums [...] zu konstatieren sein. In der Außenpolitik hingegen sei empirisch bedeutsam, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt Russlands über den außenpolitischen Schulterchluss gesichert werden soll. Außenpolitisch sind die Gewichte weg von kooperationsorientiertem Republikanismus, weniger weit weg von geopolitischem Realismus, hin zu Imperienbildung und Hegemonialpolitik eurasischer Prägung verschoben.“<sup>213</sup>

Zehn Jahre später erschien eine neue Konzeption der russischen Außenpolitik, in der eurasische Tendenzen eine größere Rolle spielen als zuvor. Wie Großmann schreibt, konnte man die Entwicklungen in der offiziellen russischen Geopolitik am Anfang der 2000er-Jahre auch in Dokumenten wie der „Konzeption der Nationalen Sicherheit der Russischen Föderation“ (Januar 2000), der „Militärdoktrin der Russischen Föderation“ (April 2000), der „Marinedoktrin der Russischen Föderation“ (Juli 2001) sowie der Denkschrift der Führung des

---

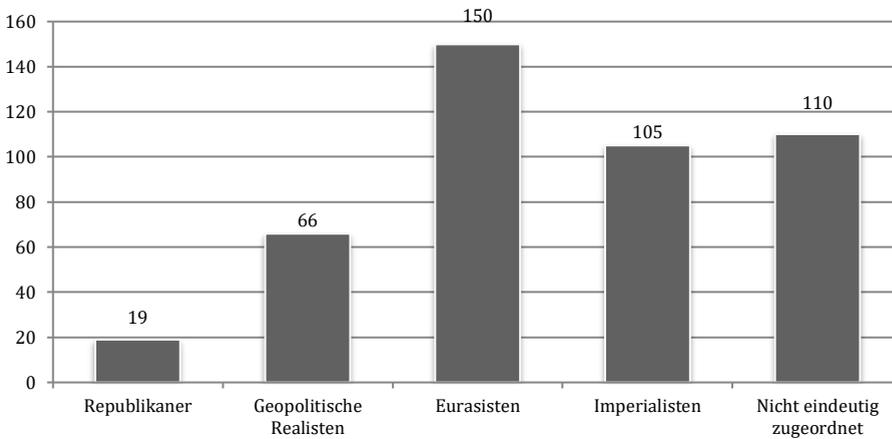
<sup>211</sup> Vgl. Kwon, Li En (1999), S. 46.

<sup>212</sup> Vgl. Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (1992).

<sup>213</sup> Fischer, J. (1998), S. 98.

Verteidigungsministers der Russischen Föderation „Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte der Russischen Föderation“ (Oktober 2003) nachvollziehen.<sup>214</sup>

**Abbildung 8: Mandatsverteilung nach außenpolitischen Grundorientierungen<sup>215</sup>**



Die Konzeption der russischen Außenpolitik aus dem Jahr 2000 unterschied sich von jener des Jahres 1993 dadurch, dass Russland erstmals in offiziellen Dokumenten die Position der Bildung einer neuen Weltordnung vertrat. Der Großmachtanspruch Russlands wurde immer häufiger und klarer formuliert: „Oberste Priorität des außenpolitischen Kurses Russlands hat der Schutz der Interessen der Persönlichkeit, der Gesellschaft und des Staates. Im Rahmen dieses Prozesses müssen die Hauptanstrengungen darauf gerichtet sein, folgende Grundziele zu erreichen:

- Gewährleistung zuverlässiger Sicherheit des Landes;
- Erhaltung und Festigung seiner Souveränität und territorialen Integrität;
- Festigung einer festen und maßgeblichen Position in der Weltgemeinschaft, die im Höchstmaß den Interessen der Russischen Föderation als Großmacht und als eines der Einflusszentren der gegenwärtigen Welt entspricht und für das Anwachsen ihres politischen, wirtschaftlichen, intellektuellen und geistigen Potenzials notwendig ist [...].“<sup>216</sup>

Auch in der Konzeption der Nationalen Sicherheit (2000) findet man bestimmte Verweise auf den Großmachtanspruch Russlands: „Die nationalen Interessen Russlands in der internationalen Sphäre umfassen die Gewährleistung der Souveränität, die Festigung der Position Russlands als Großmacht, als eines der Einflusszentren der multipolaren Welt, die Entwicklung gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit allen Ländern und Integrationsvereinigungen, vor allem mit den GUS-Mitgliedsstaaten und mit

<sup>214</sup> Großmann, H. (2005), S. 67.

<sup>215</sup> Ebd., S. 97.

<sup>216</sup> Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2000).

den traditionellen Partnern Russlands, die allgemeine Achtung der Rechte und Freiheiten des Menschen sowie die Unzulässigkeit, dabei zweierlei Standards anzuwenden.“<sup>217</sup>

Das Neoeurasismus-Konzept Dugins hat aber in dieser Zeit auch einen unmittelbaren Zugang zur politischen Arena Russlands. Die 2002 von Alexander Dugin gegründete Partei „Eurasien“ begann ihre Aktivitäten mit den Neuwahlen des Präsidenten, Vladimir Putin, im Jahr 2012 wieder. Zusammen mit dem Co-Gründer des neuen politischen Klubs „Izbornskij Krug“, Alexander Prokhanov, proklamierte Dugin die Schaffung eines Eurasischen Imperiums als universelles Modell der Staatsordnung.<sup>218</sup>

Das im Jahr 2012 veröffentlichte Parteiprogramm der Partei „Eurasien“ verkörperte die neoeurasischen Ideen im politischen Kontext. Das Ziel der Partei sei die Schaffung (Wiedergeburt) eines starken kontinentalen „Super-Staates“, der eine hohe geopolitische Souveränität besitzt. Die Partei „Eurasien“ versuche die Prinzipien der eurasischen Philosophie durchzusetzen, indem die GUS-Staaten (sowie auch Serbien und die Mongolei) in eine Eurasische Union vereinigt werden sollen. Die Partei „Eurasien“ sei bereit, an den fundamentalen Reformen der russischen Staatsordnung teilzunehmen, um den geopolitischen Status Russlands zu stärken. Die prioritäre Aufgabe der Partei sei die Rettung und die Wiedergeburt aller Völker Eurasiens und vor allem des russischen Volkes.<sup>219</sup>

Solche ambitionierten Ziele wurden durch die antiamerikanistischen geopolitischen Thesen des Neoeurasismus Dugins bekräftigt. Als ein außenpolitisches Ziel formulierte die Partei die Schaffung einer multipolaren Welt, indem Russland in einem System der strategischen Allianzen agiert. Zu den Hauptpartnern der eurasischen Initiative gehören geopolitische Subjekte wie die Europäische Union, Indien, Japan und der Iran. Andere Partner, deren Politik oft einen situativen und pragmatischen Charakter hinsichtlich Russlands hat, seien Länder wie China, die Türkei, Pakistan und die arabischen Länder. Im Parteiprogramm wird ausgeführt, dass die Politik dieser Staaten auf der Bilanz der regionalen Interessen unter besonderer Berücksichtigung der globalen amerikanischen Strategie beruht. Was die Partei „Eurasien“ übersieht, sind die Beziehungen zwischen den Partnern, so z. B. die offenen Konfliktfelder zwischen Japan und China, Indien und Pakistan, der Türkei und dem Iran. In den Beziehungen zu den USA vertritt die Partei eine Unterstützung der isolationistischen Tendenzen innerhalb der USA sowie eine Begrenzung der amerikanischen geopolitischen Interessen weltweit.<sup>220</sup> Es ist auch klar, dass die Vertreter des Neoeurasismus und Dugin selbst eine Möglichkeit für die Realisierung eigener Ideen in der autoritären Politik von Vladimir Putin sehen. Im Unterschied zu Dugin, der ein Eurasisches Imperium schaffen möchte, strebt Präsident Putin nach einer Restauration des Sowjetischen Imperiums<sup>221</sup>, was die beiden im Großen und Ganzen verbindet und in der Langzeitperspektive als Verbündete sieht.

Was die GUS-Länder angeht, so strebt die Partei „Eurasien“ wie auch die gesellschaftspolitische Bewegung „Eurasien“, die Alexander Dugin seit 2001 leitet<sup>222</sup>, eine Integra-

---

<sup>217</sup> Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation (2000).

<sup>218</sup> Vgl. Manifest der Gründer von „Izbornskij Krug“.

<sup>219</sup> Programm der politischen Partei „Eurasien“ (2012), S. 82.

<sup>220</sup> Vgl. Programm der politischen Partei „Eurasien“ (2012), S. 44-45.

<sup>221</sup> Vgl. Umland, A. (19.06.2012).

<sup>222</sup> Bewegung „Eurasien“, Personalien, Dugin.

tion dieser Staaten in eine Eurasische Union an. Die Eurasische Union sollte laut dem Programm ein geopolitisches Konstrukt mit einem einheitlichen Wirtschafts-, Transport-, Zoll-, Währungs- und Sicherheitssystem sowie einheitlichen politischen Vertretungsorganen darstellen.<sup>223</sup> In dem Manifest der Bewegung „Eurasien über alles“ legt Dugin einen Akzent auf den „eurasischen Föderalismus“, der eine Kombination der Einheit in strategischen Fragen und der ethnokulturellen (in Ausnahmefällen auch wirtschaftlichen) Autonomie bedeutet.<sup>224</sup> In diesem Zusammenhang betont Jarosław Ćwiek-Karpowicz in seinem Artikel „Limits to Russian Soft Power in the Post-Soviet Area“: „Russian elites do not appreciate the idea of a true partnership with mutual benefits in the near and long term. Russia’s failed soft power activism in the post-Soviet area is also a result of its neo-imperialist attitude toward neighbouring states. Moscow has been unable to offer them an attractive vision of cooperation without building patterns of strong dependence. Thus its proposal of closer economic integration appears to threaten their sovereignty and long-term development“<sup>225</sup>. Wie die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, entwickelten die GUS-Länder einen pragmatischen Ansatz in der Integrationsfrage: Die Ukraine und Georgien vermeiden jeden Zusammenschluss mit Russland an der Spitze, Kasachstan und Belarus agieren ausschließlich im Rahmen einer wirtschaftlichen Integration. Die Pläne zur Schaffung von supranationalen Organen im Rahmen der EAWU (wie z. B. das Eurasische Parlament) sind bis dato gescheitert.

2013 kam eine neue außenpolitische Konzeption der Russischen Föderation heraus, in der bestimmte Hinweise zum Eurasismus zu finden sind. So geht das Papier von der Schaffung einer multipolaren Welt aus, in der der Westen eine immer kleinere Rolle spielt: „Immer geringer werden die Möglichkeiten des historischen Westens zur Dominanz in der internationalen Wirtschaft und Politik. Das globale Kraft- und Entwicklungspotenzial zerstreut sich und verschiebt sich in den Osten, in erster Linie in den asiatisch-pazifischen Raum. In den Vordergrund der Weltpolitik und -wirtschaft treten neue Kräfte, während die westlichen Staaten ihre traditionellen Positionen verteidigen“.<sup>226</sup>

Bemerkenswert ist, dass Russland für eine Verringerung der Rolle des Machtfaktors in den internationalen Beziehungen bei gleichzeitiger Festigung der strategischen und regionalen Stabilität eine aktive Zusammenarbeit mit der russischen orthodoxen Kirche<sup>227</sup> sowie die zwischenstaatlichen kulturellen und humanitären Verbindungen der slawischen Völker<sup>228</sup> nutzen möchte. Alle drei Konzeptionen der Außenpolitik Russlands (1993, 2000, 2013) zeichnen sich durch eine aktive Instrumentalisierung der russischen Diaspora im Ausland aus. Russland sieht diese Herausforderung in folgender Weise: „Die Konsolidierung der Organisationen der russischen Mitbürger zur effektiveren Sicherung ihrer Rechte in den Aufenthaltsländern sowie die Bewahrung der ethnokulturellen Spezifik der russischen Diaspora und ihrer Verbindungen mit der historischen Heimat sichern, die Bedingungen zur Förderung der freiwilligen Umsiedlung der Mitbürger in die Russische Föderation kontinu-

---

<sup>223</sup> Programm der politischen Partei „Eurasien“ (2012), S. 47.

<sup>224</sup> Vgl. Dugin, A. (2001): Евразия превыше всего. Манифест Евразийского движения (Eurasien über Alles. Manifest der Eurasischen Bewegung).

<sup>225</sup> Ćwiek-Karpowicz, J. (2012), S. 9.

<sup>226</sup> Art. 6, Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2013).

<sup>227</sup> Art. 32, Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2013).

<sup>228</sup> Art. 39, ebd.

ierlich schaffen, die diese Wahl treffen.“<sup>229</sup> Bezeichnend ist, dass die Konzeption für die Erhaltung des Status quo in Fragen der Interpretation der Geschichte plädiert, insbesondere was die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges angeht: „Extremistische, neonazistische Erscheinungen, jede Rassendiskriminierung, aggressiven Nationalismus und Fremdenhass, die Versuche, die Geschichte umzuschreiben, und sie zur Stärkung der Konfrontation und Revanchismus in der Weltpolitik zu nutzen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren drastisch bekämpfen, die Entpolitisierung der historischen Diskussionen, deren Übertragung in eine akademische Richtung fördern“.<sup>230</sup> Wenn man über die jüngsten Ereignisse in der Ukraine spricht, wird die Situation oft als Informationskrieg bezeichnet.<sup>231</sup> In der Konzeption der Außenpolitik (2013) findet die „informationelle Begleitung der außenpolitischen Tätigkeit“ eine konkrete Berücksichtigung: „Eine wichtige Richtung der außenpolitischen Tätigkeit der Russischen Föderation ist die Vermittlung an einen breiten Kreis der Weltgemeinschaft vollständiger und genauer Informationen über ihre Position hinsichtlich grundlegender internationaler Probleme, über die außenpolitischen Initiativen und die Handlungen der Russischen Föderation, die Prozesse und Pläne der inneren sozialwirtschaftlichen Entwicklung, die Errungenschaften der russischen Kultur und Wissenschaft“.<sup>232</sup>

Man findet in der Konzeption deutliche Großmachtansprüche Russlands, die in Form der nationalen Interessen ausgedrückt sind: „Russland tritt konsequent für die Festigung der rechtlichen Grundlage bei den internationalen Beziehungen auf und hält seine Verpflichtungen im Sinne der Völkerrechtsnormen strikt ein. Russland möchte: die völkerrechtliche Bestimmung der Staatsgrenze der Russischen Föderation und der Seegrenzen voranbringen, auf die sich Russlands souveräne Rechte und Jurisdiktion erstrecken, wobei Russlands nationale Interessen, vor allem im Sicherheits- und Wirtschaftsbereich, bedingungslos gesichert werden. Als Ausgangspunkt dient dabei die Vertrauens- und Kooperationsförderung mit den Nachbarstaaten“.<sup>233</sup>

Es wird klar formuliert, dass die Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum zu den nationalen Interessen Russlands gehören und somit seinen Großmachtanspruch verkörpern: „Russlands wichtigste Aufgaben [...] bestehen [...] in der Förderung seiner gleichberechtigten Positionen im internationalen System der Wirtschaftsverbindungen [...]. Für die Lösung dieser Aufgaben unternimmt die Russische Föderation Folgendes: Sie nutzt die Möglichkeiten von regionalen Wirtschafts- bzw. Finanzorganisationen für die Verteidigung der Interessen der Russischen Föderation in den jeweiligen Regionen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Arbeit von Organisationen und Strukturen, die die Integrationsprozesse in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten fördern“.<sup>234</sup> Die Integration wird nicht mehr abstrakt betrachtet, sondern durch das Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion realisiert: „Russland bezeichnet als Priorität die Aufgabe zur Bildung der Eurasischen Wirtschaftsunion, die nicht nur die gegenseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Verbindungen im GUS-Raum maximal einsetzen soll, sondern auch zu einem vereinigenden Modell werden soll, das die Zukunft der GUS-Staaten bestimmt und für andere Staaten offen ist. Die auf

---

<sup>229</sup> Art. 39, Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2013).

<sup>230</sup> Ebd.

<sup>231</sup> Vgl. Vesper, R. (16.04.2014).

<sup>232</sup> Art. 40, Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2013).

<sup>233</sup> Art. 31/e, Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2013).

<sup>234</sup> Art. 34, ebd.

einheitlichen Integrationsprinzipien aufbauende Union soll ein effektives Bindeglied zwischen Europa und der asiatisch-pazifischen Region sein“.<sup>235</sup> Großmann kommt in diesem Zusammenhang zum Schluss, dass kennzeichnend für die russische Geopolitik der Versuch sei, Russland aus seiner als geopolitische „Katastrophe“ empfundenen Misere herauszuführen und seine verlorengegangene alte Größe wiederherzustellen. Die russische Geopolitik knüpfe an eigene geopolitische Traditionen an. Sie übernehme jedoch Anleihen an der westlichen Geopolitik und sei dabei in der Auswahl manchmal ohne Ressentiments in Bezug auf historisch diskreditierte Auffassungen. Grundhaltungen seien der Eurasismus und die Herausstellung russischer Eigenständigkeit, bis hin zur Position, Russland repräsentiere eine eigenständige Zivilisation.<sup>236</sup>

Die russischen Großmachtansprüche begrenzen sich nicht nur auf den postsowjetischen Raum, sondern verbreiten sich auf dem ganzen Kontinent. In der letzten Konzeption der Außenpolitik wird dies offenbar: „Für Russland als einen unabdingbaren, organischen Teil der europäischen Zivilisation ist die Hauptaufgabe bei den Beziehungen mit der Europäischen Union die Förderung zur Schaffung eines einheitlichen und humanitären Raums vom Atlantischen bis zum Pazifischen Ozean“.<sup>237</sup>

Zusammenfassend kann man sagen, dass es keine „eurasische Außenpolitik“ der Russischen Föderation gibt, denn das Eurasismus-/Neoeurasismus-Konzept ist bei der Umsetzung der Außenpolitik sehr begrenzt anwendbar. Der Eurasismus und Dugins Neoeurasismus stellen eine alternative Ideologie dar, die vor allem an die russischen Bürger gerichtet ist und ein Instrument zur Umsetzung der Innenpolitik bietet. Deswegen kann man nicht von einem klaren eurasischen Diskurs der außenpolitischen Einstellungen Russlands sprechen. Die Analyse der Konzeptionen der Außenpolitik Russlands der letzten zwanzig Jahre hat, insbesondere jene des Jahres 2013, die zahlreichen Verweise auf die Elemente der eurasischen Lehre gezeigt. Bei dem Versuch, den Eurasismus als eine Option der russischen Außenpolitik umzusetzen, stößt man bei der Zweckmäßigkeit eines solchen Ansatzes in den wirtschaftlichen Fragen an seine Grenzen. Die Neoeurasier verstehen die Globalisierung als politische und wirtschaftliche Hegemonie der USA und fürchten, dass die ganze Welt zu einem „Umsetzer“ von amerikanischer Kultur wird. Dennoch ist die absolute Ablehnung alles Westlichen offensichtlich unter Bedingungen der fortschreitenden Globalisierung der Wirtschaft nicht möglich. Da die russische Wirtschaft hauptsächlich auf dem Ressourcenexport basiert, besteht eine große Abhängigkeit von den westlichen Ländern im High-Tech-, Chemie- und Maschinenbaubereich sowie von westlichen Investitionen, die teilweise für die notwendige industrielle Modernisierung genutzt werden. Das alles spricht dafür, dass das Konzept des Eurasismus/Neoeurasismus in Russland eher für die eigene Bevölkerung Anwendung als Teil der propagandistischen Maßnahmen findet. Der Neoeurasismus stellt den russischen Politikern ein nützliches Instrument in der Verbreitung von revanchistischen Ideen hinsichtlich der Wiederherstellung des Sowjetischen Imperiums zur Verfügung.

---

<sup>235</sup> Art. 44, Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2013).

<sup>236</sup> Großmann, H. (2005), S. 77.

<sup>237</sup> Art. 56, Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation (2013).

#### 1.2.4 Pragmatischer Eurasismus als Teil der außenpolitischen Konzeption Kasachstans

Als eine andere Art des Eurasismus ist der sogenannte pragmatische (wirtschaftliche) Eurasismus<sup>238</sup> des kasachischen Präsidenten, Nursultan Nazarbajev, zu bezeichnen. Der pragmatische Ansatz zeigt sich vor allem in der praktischen Gestaltung des Eurasismus – als Institutionalisierung der Integration.

Die Integrationsideen wurden in Kasachstan als sicherer Weg aus der Krise der 1990er-Jahre betrachtet. In diesem Sinne wurde die Idee der Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) vom kasachischen Präsidenten bei der 47. Sitzung der UN-Generalversammlung 1992 als erster Schritt zur Integration vorgeschlagen.<sup>239</sup> Diese Organisation funktioniert seit der Unterzeichnung des Almaty-Protokolls<sup>240</sup> am 4. Juni 2002 als Forum für Friedensregelung von Konflikten in Asien.

Als nächste Initiative in der Region schlug Präsident Nazarbajev am 29. März 1994 eine eurasische wirtschaftliche Integration vor und veröffentlichte eine erste Doktrin zur Realisierung dieser Idee.<sup>241</sup> Die regionale Integration sollte in Form einer neuen Vereinigung – einer Eurasischen Union – umgesetzt werden. Aus theoretischem Blickwinkel können die eurasischen Ideen Nazarbajevs sowie die Schaffung einer Eurasischen Union als rein wirtschaftlicher Eurasismus verstanden werden. Dies bestätigt sich dadurch, dass erstens im Rahmen des pragmatischen Eurasismus die Integration der unabhängigen Länder nach dem Prinzip der Freiwilligkeit und der gemeinsamen Interessen durchzuführen ist.<sup>242</sup> Zweitens schlägt Nazarbajev vor, die eurasische Integration als eine Integration ohne jeglichen Druck und Nichtanwendung von Gewalt durchzusetzen.<sup>243</sup> Drittens sieht die eurasische pragmatische Integration vor, dass die Interessen der Mitgliedsstaaten im Rahmen einer Integrationsgemeinschaft nicht vernachlässigt werden, indem zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedsstaaten eine bestimmte Kohärenz bestehen bleibt.<sup>244</sup> Viertens lehnt Nazarbajev den bestehenden Antagonismus zwischen dem postsowjetischen Raum und dem Westen ab und schlägt vor, die Konfrontation durch Verstärkung von Kooperationen auf sozialem und kulturellem Gebiet zu beenden.<sup>245</sup> Fünftens vermutet das Eurasismus-Konzept von Nazarbajev eine friedliche Koexistenz von verschiedenen Kulturen, was unmittelbar zur Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung Eurasiens führen werde.<sup>246</sup>

Eine besondere Bedeutung haben die Integrationsinitiativen Kasachstans für Zentralasien. Nach dem Zerfall der Sowjetunion befand sich die Region auf der Suche nach ihrer Rolle in der Weltarena. Da die politische Bedeutung Zentralasiens noch unbestimmt war, gab es zahlreiche bewaffnete Konflikte und ungelöste Probleme. Am 18. Februar 2005

---

<sup>238</sup> Vinokurov, E. (2013).

<sup>239</sup> Vgl. CICA: About CICA.

<sup>240</sup> CICA Almaty Act vom 4. Juni 2002.

<sup>241</sup> Vgl. Nazarbajev, N. (1994), S. 136-147.

<sup>242</sup> Vgl. ebd., S. 141.

<sup>243</sup> Vgl. Nazarbajev, N. (1997), S. 141.

<sup>244</sup> Vgl. Nazarbajev, N. (1994), S. 142.

<sup>245</sup> Vgl. Nazarbajev, N. (1992), S. 49-51.

<sup>246</sup> Vgl. ebd., S. 51.

schlug Nazarbaev die Schaffung einer Union der Zentralasiatischen Staaten vor.<sup>247</sup> Dieser Organisation ist eine Vereinigung von Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan in der Zentralasiatischen Union vorausgegangen. Als Basis der Zentralasiatischen Union dienten der im September 1993 unterschriebene Vertrag über die Schaffung einer wirtschaftlichen Union sowie die Etablierung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zwischen diesen Staaten im April 1994. Im März 1998 hat sich Tadschikistan der Union angeschlossen. Gleichzeitig wurde die Zentralasiatische Union in Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft umbenannt. Die Integrationsprozesse beschränkten sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern entwickelten sich auch im politischen, rechtlichen und humanitären Bereich. So wurde bei der Sitzung des Zwischenstaatlichen Rates der Zentralasiatischen Union im Dezember 1995 ein Rat der Verteidigungsminister (Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan) gegründet, um konkrete Vorschläge auf militärischem Gebiet zu erarbeiten. Zu dieser Zeit wurde auch eine Vereinbarung über die Bildung eines kollektiven Friedensbataillons unter der Ägide der UNO unterzeichnet.<sup>248</sup> Außerdem zeigte sich die Vertiefung der Integrationsprozesse in der Region durch die Unterzeichnung des Vertrags über ewige Freundschaft zwischen Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan. All das bestätigte eine Normalisierung der Beziehungen in der Region.

Im Herbst 2011 bekam das eurasische Projekt neue Impulse in Form von drei Publikationen: aus der Feder von Nursultan Nazarbaev „Die Eurasische Union: von der Idee zur Geschichte der Zukunft“<sup>249</sup>, von Vladimir Putin „Das neue Integrationsprojekt für Eurasien – Zukunft, die heute entsteht“<sup>250</sup> sowie von Aljaksandr Lukašënka „Über das Schicksal unserer Integration“<sup>251</sup>. In seinem Artikel bestimmt Nazarbaev vier Prinzipien des Eurasismus:

- Integration auf Basis des wirtschaftlichen Pragmatismus, indem die kulturellen und zivilisatorischen Faktoren Berücksichtigung finden. Statt einer abstrakten geopolitischen Idee sollen die wirtschaftlichen Interessen eine Treibkraft der Integrationsprozesse sein.
- Jedes Land und jede Gesellschaft sollen sich zur Erkenntnis durchringen, dass in der globalisierten Welt keine Abschottung im Rahmen der eigenen „Urwüchsigkeit“ möglich ist.
- Die Eurasische Union soll sich nach den Prinzipien der Gleichheit, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Hochachtung der Souveränität sowie Unantastbarkeit der Staatsgrenzen richten.
- Die supranationalen Organe der Eurasischen Union sollen reale Befugnisse haben, auf dem Konsens-Prinzip beruhen und unter Berücksichtigung der Interessen jedes Mit-

---

<sup>247</sup> Nazarbaev, N. (18.02.2005).

<sup>248</sup> Übereinkommen zwischen der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik und der Republik Usbekistan über die Bildung des kollektiven Friedensbataillons unter der Ägide der Organisation der Vereinten Nationen vom 15.12.1995.

<sup>249</sup> Nazarbaev, N. (25.10.2011): Евразийский Союз: от идеи к истории будущего (Die Eurasische Union: Von der Idee zur Geschichte der Zukunft).

<sup>250</sup> Putin, V. (3.10.2011): Новый интеграционный проект для Евразии — будущее, которое рождается сегодня (Das neue Integrationsprojekt für Eurasien – Zukunft, die heute entsteht).

<sup>251</sup> Lukašënka, A. (17.10.2011): О судьбах нашей интеграции (Über die Schicksale unserer Integration).

gliedersstaats aufgebaut werden. Dies schließt keine Übergabe der politischen Souveränität ein.<sup>252</sup>

Eine weitere Anwendung fand das Eurasismus-Konzept in der 2014 in Astana für die Jahre 2014–2020 verabschiedeten Konzeption der Außenpolitik Kasachstans. Gemäß der Konzeption verfolgt Kasachstan folgende außenpolitische Ziele:

- Jede mögliche Förderung der nationalen Sicherheit, Verteidigungsfähigkeit, Souveränität und der territorialen Integrität;
- Förderung des Friedens und der regionalen und globalen Sicherheit;
- Festigung der stabilen Position und Bildung eines positiven Erscheinungsbildes Kasachstans auf der Weltbühne;
- Festigung der gerechten und demokratischen Weltordnung unter der UNO;
- Weitere Integration ins System der regionalen und internationalen wirtschaftlichen Beziehungen;
- Förderung günstiger Bedingungen für die Realisierung der Strategie-2050, Erreichen eines hohen Lebensstandards der Bevölkerung, Stärkung der Einheit der multiethnischen Gesellschaft, des Rechtsstaates und der demokratischen Institutionen, Förderung der Menschenrechte und Freiheiten;
- Diversifizierung, technologische und industrielle Entwicklung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft;
- Stufenweiser Übergang auf einen „grünen“ Entwicklungsweg und Aufnahme in die Top 30 der meistentwickelten Länder;
- Erhalt der national-kulturellen Identität und Einhalten des eigenen Entwicklungsweges;
- Wahrung der Rechte der Bürger und der juristischen Personen Kasachstans sowie ihrer privaten, familiären und geschäftlichen Interessen im Ausland;
- Unterstützung der kasachischen Diaspora und der kasachischen Sprache im Ausland.<sup>253</sup>

Das Programm definiert keine neue außenpolitische Richtung Kasachstans, sondern festigt den bisher beschrittenen Weg. Dieses Papier dient dazu, die Außenpolitik für die Bevölkerung Kasachstans und die kasachischen Handelspartner im Ausland transparenter zu machen.

Es muss betont werden, dass die eurasische Integration im Kontext der Weltwirtschaftskrise effektive Mechanismen zur Krisenüberwältigung darstellt. Der wirtschaftliche Eurasismus Nazarbajevs bietet somit die benötigte Methode zur Vereinigung der regionalen Kräfte. Im Jahr 1994 sah Nazarbajev die potenzielle Gefahr in einem Versuch der Wiederherstellung der UdSSR (vor allem mittels Gewaltanwendung). Nach seiner Meinung führe die Wiederherstellung der Sowjetunion unmittelbar in eine historische Sackgasse. Weitere Gewalteskalation, die Vermehrung von Zonen der Instabilität und Konflikten, die Verzöge-

---

<sup>252</sup> Vgl. Nazarbajev, N. (2011).

<sup>253</sup> Vgl. Konzeption der Außenpolitik Kasachstans für 2014-2020.

rung des Wachstumstempos und die Stilllegung von Reformen – all dies erwarte uns auf diesem Weg, so Nazarbajev.<sup>254</sup>

Ein strategisches Instrument der eurasischen Integration ist die 2015 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion. In der Konzeption der kasachischen Außenpolitik wird das Eurasismus-Konzept und die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion wie folgt bewertet: Die eurasische wirtschaftliche Integration ist eines der wirksamsten Mittel zur Schaffung einer stabilen Position im System der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge.<sup>255</sup> Kasachstan verfolgt das Ziel, die Zollunion und den Einheitlichen Wirtschaftsraum zu stärken, um die Strukturen der Eurasischen Wirtschaftsunion zu festigen.<sup>256</sup>

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die eurasische Integration Nazarbajevs, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, Gleichberechtigung und Kooperation basiert, den weltweiten Integrationstendenzen entspricht. Das Eurasismus-Konzept von Nazarbajev ist eine alternative Form von möglichen Entwicklungsvarianten des klassischen Eurasismus. Der wirtschaftliche Eurasismus wird als eine ideologische Basis der Integration benutzt und hat durch seine praktische Anwendung (Gründung der EAWU) und pragmatisch konzipierte Ansätze wesentlich mehr Zukunftsperspektiven als alle anderen Eurasismus-Varianten.

---

<sup>254</sup> Nazarbajev, N. (20.09.1994), S. 92.

<sup>255</sup> Vgl. Konzeption der Außenpolitik Kasachstans für 2014-2020.

<sup>256</sup> Vgl. ebd.

## **2 HERAUSBILDUNG DER EURASISCHEN INTEGRATION: FORMEN UND INHALTE**

### **2.1.1 Historische Voraussetzungen für die Integration in der Region**

### **2.1.2 Verbote der sowjetischen Krise**

Die Krise in der sowjetischen Wirtschaft begann viel früher als der Zerfall der Sowjetunion selbst. Die Auflösung der UdSSR war eigentlich nur eine der Folgen, denen die wirtschaftliche Systemkrise zugrunde lag. Zu den fundamentalen Zerfallsursachen sind in erster Linie ineffektive politische, ideologische und soziale Systeme sowie im Allgemeinen ein unwirksames sowjetisches Staats- und Wirtschaftssystem zu zählen. Aus diesem Grund waren wirtschaftliche und politische Reformen in der Sowjetunion unvermeidlich, wurden aber schmerzhaft und widersprüchlich verwirklicht. Offensichtlich bedurfte die stalinistische Wirtschaft einer Erneuerung. Die in 1950er-/1960er-Jahren begonnenen Reformen gaben der wirtschaftlichen Entwicklung einen Impuls. Einige Zeit blieb das intensive Tempo des Wirtschaftswachstums erhalten, man konnte sogar eine Steigerung des Wohlstandes der sowjetischen Bevölkerung feststellen. Nichtsdestotrotz erlebten die sowjetische Politik und Wirtschaft Anfang der 1970er-Jahre eine Stagnationsphase. Der Großteil der Industrieproduktion galt dem Militär – die Chance auf wirtschaftliche Entwicklung wurde verpasst.

In den 1970er- und 1980er-Jahren erreichte die Krise ihren Höhepunkt: Die Wirtschaftsproduktion ging zurück, die Wachstumsraten sanken. Mit dem Absturz des Ölpreises Mitte der 1980er-Jahre war der sowjetischen Führung die Reformnotwendigkeit klar. Boris Meissner führt in diesem Zusammenhang aus, dass sich in der Kreml-Führung die Erkenntnis durchsetzte, dass der äußeren Machtentfaltung durch eine Reihe innerer Faktoren, vor allem aber durch die wirtschaftliche Lage, Grenzen gesetzt waren. Hinzu kamen die Auswirkungen der bewaffneten Intervention in Afghanistan, die zu einer fühlbaren weltpolitischen Isolierung und zusammen mit der Polen-Krise zu einer schweren Belastung der Ost-West-Beziehungen führten.<sup>257</sup>

---

<sup>257</sup> Vgl. Meissner, B. (1995), S. 40.

### 2.1.3 Die Perestroika-Politik von Mikhail Gorbačev

Die „Perestroika“<sup>258</sup>-Politik entstand in der Sowjetunion als Reaktion auf den Rückgang des Wirtschaftswachstums sowie auf die wachsende Kluft zu den entwickelten Ländern des Westens. Die Politik hatte als Ziel, das sozialistische System zu erneuern und sich dynamisch und zeitgemäß zu präsentieren. Man hoffte auf einen Personalwechsel in den Verwaltungsstrukturen sowie auf eine Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens nach dem „Glasnost“<sup>259</sup>-Prinzip. Für die Wirtschaft sah man eine Strukturreform vor: Innerhalb von zwei bis drei Jahren (1985–1987) sollten die Investitionen in die Schwerindustrie (besonders in den Maschinenbau) drastisch erhöht werden, um den Technologietransfer zu verbessern. In der Folge sollte das Produktionswachstum steigen und somit Verbesserungen in der Konsumgüterindustrie erzielt werden.

Im politischen Bereich wurden drei Schlagworte – Perestroika, Beschleunigung und Glasnost – zu den Grundsätzen der ersten Reformphase. Die sowjetische Innenpolitik wurde durch das Konzept des „Neuen Denkens“ in der internationalen Politik, dem Kurs auf Abrüstung und Kompromisse ergänzt.

Die Autorschaft des „Neuen Denkens“ erkennt man Mikhail Gorbačev zu, dem damaligen Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). Reform-Ideen, die schon früher in der sowjetischen Gesellschaft Beachtung fanden, unterstützte er aktiv und entwickelte sie mit neuem Inhalt weiter. Die reformistischen Ideen, die Gorbačev unmittelbar in die Staatspolitik der UdSSR einführte, spiegeln sich vor allem in seinem im Jahr 1987 veröffentlichten Buch „Perestroika und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt“ wider. Nach der Veröffentlichung dieses Buches wurde der Begriff „Neues Denken“ in Umlauf gebracht. Das Konzept entwickelte sich ständig weiter. Zwei innovative Prinzipien führte Mikhail Gorbačev ein, die zur Überprüfung der ideologischen Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik geführt haben: Erstens, Priorität der allgemeinmenschlichen Werte über der Klasse, und zweitens, Entideologisierung der Außenpolitik. In einer Rede zum 18. Parteitag der KPdSU beschreibt er die neue politische Konzeption: „Ich bin weit entfernt von der Absicht, die Theorie der Perestroika als irgendetwas Vollendetes in allen Beziehungen darzustellen, als irgendein abgeschlossenes System, als eine Wahrheit in letzter Instanz [...]. Die Konzeption der Perestroika, ich wiederhole, befindet sich in Bewegung, in einer Selbstentwicklung, sie muss sich mit neuen Ideen und Forderungen am Maßstab unserer Vorwärtsentwicklung bereichern [...]“<sup>260</sup>

Die Priorität der allgemeinmenschlichen Werte sollte ihren Vorrang vor den Interessen der einzelnen Staaten, Völker, sozialen Gruppen und Klassen bedeuten. Nach Meinung der Autoren des „Neuen Denkens“ sollte dies zum Verzicht auf die Konfrontationspolitik zwischen Ost und West führen. Gorbačev glaubte, dass die Idee des neuen politischen Denkens, der allgemeinmenschlichen Werte, von anderen Ländern unterstützt werde, und er Einfluss auf die Entstehung einer neuen Weltordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Demokratie und universeller Versöhnung haben werde. Ungeachtet der emotionalen Reak-

---

<sup>258</sup> Deutsch: Umbau.

<sup>259</sup> Deutsch: Transparenz, Offenheit.

<sup>260</sup> Gorbačev, M. (3.07.1990), S. 15.

tionen der ausländischen Öffentlichkeit blieb das Konzept des „Neuen Denkens“ aber weiterhin eine einseitige Ideologie und Politik, die nur die UdSSR unterstützte.

Die zweite wesentliche Komponente des „Neuen Denkens“ war die Entideologisierung der Außenpolitik. Die Entideologisierungsthese führte zum Abbau der Begriffe wie „ideologische Feinde“ und „ideologische Verbündete“. Nichtsdestotrotz erwies sich das neue politische Denken in der Realität als nichts anderes als ein Versuch, die neue sowjetische Außenpolitik ideologisch zu rechtfertigen.

Als eine abschließende Erweiterung des „Neuen politischen Denkens“ gilt eine von Mikhail Gorbatschow bei der Vollversammlung der UNO am 7. Dezember 1988 gehaltene Rede. Zentraler Punkt der Rede war die Frage einer neuen Weltordnung, die auf einem umfassenden System der internationalen Sicherheit und der entscheidenden Rolle der Vereinten Nationen beruhen sollte. Bei der Umsetzung der außenpolitischen Ziele sollten nach Gorbatschow alle Staaten von einem Interessenausgleich ausgehen sowie auf Druckausübung und Kriege verzichten. In den Verteidigungsdoktrinen sollten alle Staaten nach dem Prinzip der Angemessenheit agieren, und der Rüstungswettlauf sollte gestoppt werden. Die Wahlfreiheit eines Volkes erklärte er als souveränes Recht und als Variantenvielfalt des gesellschaftlichen Fortschritts. Gorbatschow war davon überzeugt, dass die ideologischen Unterschiede kein Hindernis für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Staaten sein sollten.<sup>261</sup>

Um seinen Willen zur Veränderung zu zeigen, erklärte Gorbatschow eine einseitige Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte auf 500.000 Soldaten, was etwa 15% der Gesamtzahl ausmachte. 10.000 Panzer, 8.500 Artilleriesysteme und 800 Kampfflugzeuge sollten im Jahr 1991 aus Osteuropa (DDR, Tschechoslowakei, Ungarn) abgezogen werden.<sup>262</sup> Die wichtigsten Adressaten der Rede Gorbatschows waren der Westen und vor allem die USA. Doch Washington reagierte zurückhaltend: Die Rede sei eine neue Propaganda-Erklärung aus Moskau, um die USA zu erpressen.<sup>263</sup> Zu diesem Zeitpunkt war das Weiße Haus der Meinung, der „Kommunismus trete zurück“. Gorbatschows Initiative zur einseitigen Reduktion der sowjetischen Truppen habe die Meinung der amerikanischen Politiker bestätigt.<sup>264</sup>

Ein wichtiger Bestandteil des „Neuen Denkens“ war die Idee der Gründung eines „Europäischen Hauses“. Unter dem „Europäischen Haus“ sollte man ein neues europäisches Sicherheitssystem, die Annäherung zwischen West- und Osteuropa sowie eine Umwandlung der NATO und des Warschauer Paktes zunächst in Verteidigungsverträge und danach in politische Organisationen verstehen. Mikhail Gorbatschow beschrieb das „Neue Denken“ in diesem Kontext wie folgt: „Das ‚Neue Denken‘ ist kein Versuch, ein abstraktes Schema zu erfinden [...]. Dies ist eine Reaktion auf der philosophischen und politischen Ebene auf die Herausforderungen, vor denen die einzelnen Länder und die ganze Welt in dieser kritischen Phase stehen.“<sup>265</sup> Diese globalen Herausforderungen konnten jedoch nicht gelöst werden.

---

<sup>261</sup> Vgl. Rede Gorbatschows bei der UNO-Vollversammlung in New York (7.12.1988).

<sup>262</sup> Vgl. ebd.

<sup>263</sup> Vgl. Bush, G. (2004), S.17-18, 53.

<sup>264</sup> Vgl. Kissinger, H. (1997), S. 172.

<sup>265</sup> Brutunec, K. (2005), S. 131.

Ungeachtet der internationalen Resonanz von Gorbačevs Perestroika-Politik haben die inneren Reformen nur die Hauptstädte und die intellektuelle Elite betroffen. Um diese Situation zu verbessern, bekam das Glasnost-Konzept im Januar 1987 nach dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU eine neue Richtung. In der Zeit wurden viele literarische Werke veröffentlicht, die früher dem allgemeinen Publikum unzugänglich waren, so z. B. „Die Kinder vom Arbat“ von Anatoly Rybakov, „Weiße Gewänder“ von Vladimir Dudinzev, „Zubr“ von Daniel Granin, „Leben und Schicksal“ von Wassili Grossman und andere. Die Werke von Andrei Platonov, Vladimir Nabokov, Mikhail Bulgakov, Ossip Mandelstam kehrten in die sowjetische Literatur zurück. In der Perestroika-Zeit spielte die Presse eine große Rolle bei der Aufarbeitung der Geschichte. Auf den Seiten von Zeitschriften wie „*Nowyi Mir*“, „*Znamya*“, „*Ogonek*“, von Zeitungen wie „*Moskowskie vedomosti*“, „*Argumenty i Fakty*“ sowie in den TV-Sendungen „*Vzglyad*“, „*Pyatoe koleso*“, „*600 sekund*“ wurden Themen zur Diskussion gebracht, die früher verboten waren. Es ging um die Rolle der KPdSU in der Gesellschaft, die Privilegien der Nomenklatura, „weiße Flecken“ in der sowjetischen Geschichte, Wirtschaftsprobleme. So berichtet Heinz Timmermann 1989 über die Glasnost-Politik: „Zwar gibt es für Glasnost noch immer bestimmte Tabuzonen, beispielweise im Hinblick auf die Rolle Lenins, auf die Konflikte zwischen den Nationalitäten, auf die Sicherheitspolitik, auf die sowjetischen Militärinterventionen in Ungarn von 1956 und der Tschechoslowakei von 1968. Im Allgemeinen wird die Situation in der Sowjetunion über das Medium Glasnost heute jedoch schonungslos analysiert. Jedenfalls hat die kritische Öffentlichkeit sowie die Tatsache, dass die kontroversen Debatten des Volksdeputiertenkongresses vom Fernsehen direkt und unzensiert übertragen wurden, die Reform in ihrem Streben nach radikalem Umbau des Sowjetsystems unterstützt und jene in die Defensive gedrängt, die aus Furcht vor einem Verlust ihrer Machtpositionen neue Bremsmechanismen einbauen möchten.“<sup>266</sup>

Der Herbst 1987 war ein Wendepunkt in der Entwicklung der soziopolitischen Situation in der UdSSR. In seinem Vortrag bei der Feier des siebzigjährigen Jubiläums der Oktoberrevolution forderte Gorbačev eine Umdeutung der sowjetischen Vergangenheit, wies auf die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Bewertung des Stalinismus hin und sprach über die Rolle der politischen Gefangenen: „Wenn wir bei der historischen Wahrheit bleiben wollen, müssen wir sowohl den unbestrittenen Beitrag Stalins zum Kampf für den Sozialismus und zur Verteidigung seiner Errungenschaften als auch die groben politischen Fehler und die Willkürakte sehen, die er und die Personen um ihn begangen haben, Fehler, für die unser ganzes Volk einen hohen Preis entrichten musste“.<sup>267</sup> Im Jahr 1988 wurde viele politische Gefangene wie Bukharin, Rykov, Zinoviev, Kamenev und andere Aktivisten der bolschewistischen Partei politisch rehabilitiert. Das zentrale Thema war die Vergangenheitsbewältigung, ein Überdenken des Stalinismus. Als roter Faden zog sich überall der Slogan „zurück zu leninistischen Normen“ (das sogenannte ideale Modell des Sozialismus) durch.

Glasnost hat dazu geführt, dass in den Jahren 1987–1988 eine Spaltung der politischen Ansichten und Positionen hinsichtlich des politischen Kurses im Land begann. Einige waren der Meinung, dass die Reformen zu langsam vorangehen und scheitern. Dies betonte

---

<sup>266</sup> Timmermann, H. (1989), S. 5.

<sup>267</sup> Vgl. Vortrag von M. Gorbačev bei der Parteiversammlung anlässlich des siebzigjährigen Jubiläums der Oktoberrevolution: Октябрь и перестройка: революция продолжается (Oktober und Perestroika: Die Revolution geht weiter).

Boris El'cin auf dem Plenum des Zentralkomitees im Oktober 1987. Teilnehmer des Plenums kritisierten seine Ansichten und schlossen ihn aus dem Politbüro aus. In den folgenden Tagen wurde er von seinem Posten als Erster Sekretär der KPdSU entfernt.

Als das wichtigste politische Ereignis des Jahres 1988 ist der 19. Parteitag zu nennen. Das war der Beginn der Verfassungsreformen in der UdSSR. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gab es auf dem Parteitag unterschiedliche Meinungen zu zentralen Fragen. Gorbačev war der Auffassung, dass der Misserfolg der wirtschaftlichen Reformen direkt auf den Konservatismus des Parteiapparats sowie auf den Bürokratismus des administrativen Kommandosystems zurückzuführen sei. Diese wirtschaftsbremsenden Mechanismen sollten mithilfe einer radikalen Reform des politischen Systems überwunden werden. Es handelte sich dabei in erster Linie um eine neue Kompetenzverteilung zwischen Partei- und Sowjetorganen, um eine Erteilung der Vollmacht von der KPdSU zu den Sowjets sowie um Alternativwahlen. Zudem wurde eine neue Struktur der obersten Machtorgane vorgeschlagen. Die Struktur dieser Organe umfasste eine Abgeordnetenversammlung (2250 Personen) und einen Obersten Sowjet der UdSSR (750 Personen). Im Dezember 1988 wurden diese Maßnahmen als Änderungsanträge zur sowjetischen Verfassung bei der Sitzung des Obersten Rates zum Gesetz gemacht. Heinz Brahm schreibt in diesem Kontext: „Schließlich war die Talfahrt der KPdSU so deutlich, dass die Kommunisten auf ihr Führungsmonopol verzichteten.“<sup>268</sup>

#### **2.1.4 Wirtschaftlicher Kollaps der UdSSR**

Als Fortsetzung von Reformideen des Jahres 1965 wurde in den 1990er-Jahren das Motto der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Unternehmen ausgerufen. Es wurden Gesetze verabschiedet, die unternehmerische Tätigkeit (insbesondere in Form von Genossenschaften) erlaubten, sodass Unternehmen einen unabhängigen Zugang zum Außenmarkt haben durften. Der staatliche Sektor wurde in dieser Zeit erheblich erweitert. Das neue Staatsmanagementsystem befand sich im aktiven Aufbau.

Die von der Ryzhkov<sup>269</sup>-Regierung vorgeschlagenen Wirtschaftsreformfristen (5–7 Jahre) fanden keine Zustimmung bei den Volksdeputierten, die sich für sofortige Reformen aussprachen. Im Juni 1990 fasste der Oberste Rat der UdSSR einen Beschluss über ein „Konzept des Übergangs zur Marktwirtschaft“, und im Oktober 1990 verfasste er einen weiteren Beschluss über die „Hauptrichtungen für die Stabilisierung der Volkswirtschaft und den Übergang zur Marktwirtschaft“.<sup>270</sup> Diese Dokumente enthielten Maßnahmen für eine allmähliche De-Monopolisierung, eine Entstaatlichung des Eigentums, die Gründung von Aktiengesellschaften und Banken, die Entwicklung des Privatunternehmertums u. a. Diese Reformen konnten jedoch aufgrund massiver Streikbewegungen (seit 1989) nicht umgesetzt werden und wurden im Dezember 1990 vollständig gestoppt, als die Regierung zurücktrat.

---

<sup>268</sup> Brahm, H. (1990), S. 2.

<sup>269</sup> Vladimir A. Ryzhkov, geb. 3.09.1966 in Rubzovsk (Russland), russischer liberaler Politiker und Historiker, 1993: Abgeordnete der Staatsduma, 1997–1999: Stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, 1999: Fraktionsvorsitzende „Unser Haus - Russland“.

<sup>270</sup> Gorbačev, M. (1995), S. 234.

Trotz der versuchten Reformen verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der UdSSR. Durch die Reformen wurde der übliche Druck von Partei und Staatsapparat auf die Produktionspläne reduziert, was zu einem Produktionsrückgang im Jahr 1989 führte. Die sowjetische Regierung versuchte, die Probleme durch Auslandskredite zu lösen. Jedoch verschärfte sich seit Ende 1988 die Zahlungsbilanzkrise, die die zunehmenden laufenden Tilgungen der Außenschulden und die Reduzierung des Produktionsumfangs auch in den Exportbranchen heraufbeschwor.<sup>271</sup>

Die Auslandsschulden der UdSSR bis 1985 sind in erster Linie aus der Notwendigkeit entstanden, den Außenhandel zu subventionieren. Am Ende des Jahres 1985 betrug die import-bezogenen gewerblichen Kredite und Darlehen 16 Mrd. USD (der Gesamtbetrag der Auslandsschulden belief sich damals auf rund 28 Mrd. USD) – s. Tabelle 4: Hauptkennzahlen der Auslandsschulden der UdSSR von 1985 bis 1991, in Mrd. USD.

**Tabelle 4: Hauptkennzahlen der Auslandsschulden der UdSSR von 1985 bis 1991, in Mrd. USD<sup>272</sup>**

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
<b>Auslandsschuld</b>	28,3	30,7	38,3	42,2	53,8	59,4	67,2
<b>Kurz- und langfristige Rückstände</b>	21,4	23,3	29,7	31,0	35,6	47,6	54,4
mit Finanzkrediten	5,3	5,9	9,7	13,4	15,1	19,0	20,4
mit Schuldverschreibungen	--	--	--	0,3	1,4	1,8	1,8
<b>mit Bankkrediten</b>	9,9	11,2	12,1	10,9	13,3	17,0	24,2
mit Handelskrediten	6,2	6,2	7,9	6,4	5,8	7,8	6,0
<b>Rückstände außerhalb der Außenwirtschaftsbank</b>	--	--	--	--	--	2,0	2,0
Kurzfristige Rückstände	6,9	7,4	8,6	11,2	18,2	11,8	12,8
<b>Verhältnis der Rückstände zum Export, in %</b>	102,9	114,6	122,4	126,3	152,8	176,8	178,2
<b>Verhältnis der Rückstände zum BIP, in %</b>	3,0	2,8	3,0	3,0	3,7	3,2	2,2
<b>Schuldendienstkoeffizient, in %</b>	20,0	29,1	28,1	25,1	25,3	56,5	43,8

Eine merkliche Schuldensteigerung begann ab 1985–1989, als die Kontrolle des Zentrums im Zuge der Umstrukturierung deutlich geschwächt wurde. Zwischen 1985 und 1988 entfiel die Zunahme der mittel- und langfristigen Rückstände (ca. 85%) auf mittelfristige Finanzkredite. Die Höhe des Schuldendienstes betrug in dieser Zeit rund 5–6 Mrd. USD. Ab 1989 begann eine Periode, in der die Schulden der Sowjetunion besonders rasch stiegen. In diesem Jahr erhielten Hunderte von Unternehmen das Recht, Außenhandel und Außenfinanzierung auf eigene Gefahr durchzuführen. Die Schwächung der zentralen Kontrolle führte zu einem starken Export-Anstieg und zu kurzfristigen Schulden der Staatsunternehmen, die um ca. 6,5 Mrd. USD zunahmen. Infolgedessen machten kurzfristige Rückstände fast 34% aller Auslandsschulden des Landes bis Ende 1989 aus. In den Jahren 1990 und 1991 erwiesen sich die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion als unkontrollierbar und instabil. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)<sup>273</sup> brach zusammen. Die Exporte aus der Sowjetunion in die Mitgliedsstaaten des RGW gingen um zwei Drittel zurück.

<sup>271</sup> Vgl. Korchagin, Y. (2008).

<sup>272</sup> Churakow, Y. (1994).

<sup>273</sup> 1948 gegründete, 1991 aufgelöste Wirtschaftsgemeinschaft osteuropäischer Staaten mit Sitz in Moskau. Nach der Ablehnung der UdSSR-Teilnahme und ihrer Satelliten am Marshall-Plan galt er als Gegenstück zur OECD.

Der Öl-Export wurde größtenteils auf die westlichen Länder verlagert. Auch die Importe aus der Region des RGW sanken stark. Die Sowjetunion verkaufte ihre Goldreserven, um die Situation zu stabilisieren. Dies trug dazu bei, die Außenhandelsbilanz im Jahr 1991 in konvertierbarer Währung mit Sollsaldo vorzulegen. Westliche Geschäftsbanken übten aber weiterhin äußerste Zurückhaltung bei der Gewährung von Krediten an Partner aus der UdSSR.<sup>274</sup>

1990 erreichte die Inflation in der UdSSR eine nie dagewesene Höhe, die Industrieproduktion wurde herabgesetzt. Da die sowjetische Industrie sich mittels extensiver Faktoren entwickelte, stieg die Arbeitsproduktivität immer langsamer. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt brachte in der Sowjetunion viel weniger Nutzeffekte als in den westlichen Ländern. Den Unterschied war in erster Linie im Technologiebereich (Mikroelektronik, Biotechnologie, IT u. a.) erkennbar.

Der Abstand zu den Volkswirtschaften westlicher Länder wurde immer größer. In den 1960er-Jahren betrug die sowjetische Faktorproduktivität (Arbeits- und Kapitalproduktivität) etwa 35% des Niveaus der USA. Einige Forschungen zeigten, dass die Wachstumsrate der sowjetischen Faktorproduktivität zuerst gesunken und dann negativ geworden ist. Die relativ hohen Wachstumsraten des BIP in der UdSSR wurden durch eine Einschränkung des Privatverbrauchs sowie eine Beschleunigung der Investitionen erreicht, d. h. durch Armut der Bevölkerung und extensive Wachstumsfaktoren. Der niedrige Lebensstandard der Bevölkerung bewirkte die Entwicklung einer Schattenwirtschaft, die damals etwa 30% des sowjetischen BIP<sup>275</sup> betrug.

Einer der Hauptfaktoren des sowjetischen Wirtschaftsrückgangs waren die übermäßigen Militärausgaben. Offiziell machten sie Ende der 1980er-Jahre 20,2 Mrd. Rubel (2,3% des BIP) aus. In der Realität betrugen die Militärausgaben mehr als 200 Mrd. Rubel (23% des BIP).<sup>276</sup> Im Ergebnis erzielten die Investitionen in die Schwerindustrie keine Wirkung. Zusätzliche Investitionen wurden zu Lasten des Budgetdefizits finanziert, und somit blieben keine finanziellen Mittel für eine Entwicklung der Konsumgüterindustrie.

Obwohl die Militärausgaben hoch waren, verfielen viele Unternehmen des rüstungsindustriellen Komplexes während der allgemeinen Degradation des sowjetischen Staats- und Wirtschaftssystems. In diesen Unternehmen entwickelten sich Prozesse, die für geschlossene und halb geschlossene Systeme bezeichnend sind: Korruption, gegenseitige Deckung, Unabsetzbarkeit des Personals und der Führung. Gleichzeitig existierte in der UdSSR kein objektives System der Qualitätsbewertung von Militärproduktion. Eine Ausnahme bildete nur die Produktion für den Export.

Zusammenfassend bestand in den 1990er-Jahren ein enger Zusammenhang zwischen der Politik des „Neuen Denkens“ und der wirtschaftlichen Perestroika. Gorbatschow meinte, dass die wirtschaftlichen Reformen ohne Glasnost und eine stabile internationale Situation nicht möglich seien. Dabei unterschätzte er die destabilisierende Wirkung von Reformen, die die Gewährleistung von Freiheiten nach innen und außen zur Folge haben

---

<sup>274</sup> Vgl. Churakow, Y. (1994).

<sup>275</sup> Vgl. Korchagin, Y. (2008).

<sup>276</sup> Ebd.

mussten.<sup>277</sup> Die damals existierenden Staats-, Wirtschafts- und Wissenschaftssysteme waren nicht fähig, neue Technologien zu erfinden und zu erzeugen. Besonders schnell wuchs der Rückstand zu den führenden westlichen Ländern in jenen Branchen, die auf die Bedürfnisse der Konsumenten gerichtet waren. Vor dem Zerfall wurde die UdSSR von einer tiefen Krise erfasst, die alle Bereiche des Gesellschaftslebens betraf. Die KPdSU verlor ihre Fähigkeit, das Land zu führen. Die verlustbringende Militärwirtschaft erzeugte konkurrenzunfähige, minderwertige Produkte. Die Industrie arbeitete hauptsächlich für sich selbst, dabei verbrauchte sie zahlreiche nicht erneuerbare Ressourcen und vernachlässigte die realen Bedürfnisse der Bevölkerung.

### 2.1.5 Bewegungen in den Unionsrepubliken für den Austritt aus der UdSSR

Die Demokratisierung des öffentlichen Lebens brachte neben der ideologischen Entspannung auch Veränderungen im Bereich der zwischenethnischen Beziehungen. In dramatischen Formen offenbarten sich die jahrelang angesammelten Probleme, die die sowjetischen Behörden lange ignoriert und verschwiegen hatten. Anfang 1986 fanden erste Studentendemonstrationen in Jakutsk statt. Gorbachevs Versuche, den Einfluss der nationalen Eliten zu begrenzen, führten zu weiteren Protesten in einigen Republiken.

Im Dezember 1986 löste die Ernennung von Gennadiy Kolbin (ein ethnischer Russe) zum Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei Kasachstans (statt Dinmukhamed Kunaev, ein ethnischer Kasache) gewalttätige Unruhen in Alma-Ata<sup>278</sup> aus. Am 17. Dezember 1986 wurde in einigen Gebieten Kasachstans der Ausnahmezustand verhängt. Bei der Auflösung einer Demonstration wurde eine Gruppe von mehr als 50.000 Soldaten aus den sowjetischen Truppenteilen Zentralasiens, Moskaus, Leningrads und anderen militärischen Regionen sowie der Marine eingesetzt. Nach offiziellen statistischen Angaben wurden im Rahmen der Demonstrationen ca. 8.500 Personen verhaftet, 99 davon wurden zu einer Haftstrafe verurteilt, 900 Menschen erhielten eine Zivilstrafe, 300 Studenten wurden relegiert, 319 Personen wurden entlassen und 52 Menschen verloren ihre Mitgliedschaft bei der KPdSU.<sup>279</sup> Rund 1.700 Schwerverletzte und drei Todesopfer waren zu beklagen. Die inoffiziellen Statistiken zeigen hingegen, dass mehr als 200 Menschen getötet oder später hingerichtet wurden<sup>280</sup>, allerdings konnten diese Zahlen bis dato nicht bestätigt werden.

Ähnliche Unruhen waren in vielen Unionsrepubliken zu beobachten. Noch stärker als in den Vorjahren waren die Forderungen, die Autonomie der Krim-Tataren sowie der Wolga-Deutschen wiederherzustellen. In Usbekistan sorgten die Ergebnisse einer Untersuchung des Machtmissbrauchs durch die sowjetische Oberbehörde für Unmut in der Bevölkerung. Die Transkaukasus-Region ist zur Zone des dauerhaften Konflikts geworden. 1987 haben massive Unruhen der armenischen Bevölkerung in Berg Karabach (Aserbaidschanische SSR) begonnen, wo die sogenannten Volksfronten spontan organisiert wurden. Die Armenier stellten die Mehrheit der Bevölkerung dieser autonomen Region dar. Sie forder-

---

<sup>277</sup> Vgl. Götz, R. (1994), S. 15.

<sup>278</sup> Heute „Almaty“.

<sup>279</sup> Vgl. Sheretov, S. (2003), S. 8-9.

<sup>280</sup> Vgl. Kalishevski, M. (16.12.2011).

ten, dass Karabach der Armenischen SSR angegliedert werden soll. Das Versprechen der sowjetischen Regierung, „diese Angelegenheit zu prüfen“, wurde als Zustimmung zur Erfüllung dieser Anforderungen wahrgenommen. All dies führte zu den Massakern an Armeniern am 27. Februar 1988 in Sumgait (Aserbaidzhanische SSR).<sup>281</sup>

Im Mai 1988 wurden ähnliche Volksfronten in Estland, Lettland und Litauen gegründet. „Die Fähigkeit zur Selbstorganisation in ‚Volksfronten‘ und der Massencharakter der Demonstrationen der Armenier und der baltischen Nationen sollten für ähnliche Aktivitäten der Georgier, Aserbaidzhaner und Rumänen in der Moldau, sowie den Ukrainern und in schwächerem Maße den Weißrussen, als Vorbild dienen“, schreibt Boris Meissner.<sup>282</sup> Die Volksfronten forderten in erster Linie die Einführung und den aktiven Gebrauch der Nationalsprache in Staats- und Bildungseinrichtungen der jeweiligen Unionsrepublik.

In dieser Zeit befanden sich die meisten Unionsrepubliken in einer tiefen politischen Krise. In Jakutien<sup>283</sup>, Baschkirien und Tatarstan<sup>284</sup> sind formierten sich Bewegungen, die autonome Rechte für die Republiken erhalten wollten. Im Kaukasus verschärften sich die ethnischen Konflikte (georgisch-abchasischer sowie georgisch-ossetischer Konflikt). Zentralasien stand seit vielen Jahren erneut vor einer Bedrohung des islamischen Fundamentalismus.

Die Jahre 1989 bis 1990 bezeichnet man als die Jahre des sowjetischen Machtwechsels von den kommunistischen Parteistrukturen zu den nationalen Staatsstrukturen. Damals fanden erste freie Legislativwahlen, Wahlen zu den Vertretungsorganen der Unionsrepubliken sowie zu den Gebietskörperschaften statt. Gleichzeitig wurde die Position eines Präsidenten der Sowjetunion eingeführt.

Der schnelle politische Wandel führte zu einer enormen Konfrontation zwischen den zentralen Machtorganen auf der Ebene der Republiken und auf der Ebene der Gebietskörperschaften. Einige Republiken erklärten ihre Souveränität und die Oberhoheit der örtlichen Gesetzgebung. Gemeinderäte erließen Gesetze über eine Ausscheidung des kommunalen Eigentums aus dem Staatseigentum. Im zweiten Halbjahr 1990 trat die Sowjetunion in eine Periode zunehmender politischer und wirtschaftlicher Anarchie ein, wobei die vertikalen Machtverflechtungen des totalitären Staats schneller abgebaut wurden, als die neuen horizontalen Machtverflechtungen der Zivilgesellschaft sie ersetzen konnten.

Im März 1990 hat die Außerkraftsetzung des Artikels 6 der sowjetischen Verfassung, die die kommunistische Partei als Kern des politischen Systems bestimmte, den Zusammenbruch der Sowjetunion beschleunigt. Es begann ein Prozess des internen Zerfalls der KPdSU. Da die kommunistische Partei nicht mehr so großen Einfluss im Land hatte, konnten im Jahr 1989 verschiedene politische Verbände und Blöcke eine freie Wahlkampagne durchführen. Insgesamt entstanden 1989/1990 etwa zwei Dutzend neuer Parteien und Bewegungen, wie die Demokratische Partei Russlands, die Republikanische Partei, die Liberal-Demokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Konstitutionell-demokratische Partei, die danach der Bewegung „Demokratisches Russland“ beigetreten ist. Die Parteien gewannen nach den

---

<sup>281</sup> Vgl. Spiegel (23.03.1992).

<sup>282</sup> Meissner, B. (1995), S. 90.

<sup>283</sup> Vgl. Antonov, E. (2009).

<sup>284</sup> Vgl. Kasimov, S./Bagautdinov, R. (2012).

Wahlen 1989 eine Mehrheit der Sitze im Obersten Rat der Russischen Föderation, der baltischen Staaten, Moldau, Georgien, Armenien und in den Stadträten von Moskau und Leningrad.<sup>285</sup>

Wichtig ist zu sagen, dass der Begriff „Souveränität“ von vielen Republiken damals unterschiedlich verstanden wurde. Einige deuteten ihn als volle Unabhängigkeit, die anderen als eine begrenzte Souveränität im Rahmen der UdSSR. Aus diesem Grund konnte man die Souveränitätserklärungen der Unionsrepubliken sowie die Ergebnisse des Referendums am 17. März 1991 beliebig interpretieren. Bei dem Referendum stimmten mehr als 77% der Teilnehmer über die „Erhaltung der UdSSR als erneuerte Föderation der gleichberechtigten souveränen Republiken“ ab.<sup>286</sup> In den sechs Unionsrepubliken (Estland, Lettland, Litauen, Moldau, Georgien, Armenien), die die Unabhängigkeit oder den Übergang zur Unabhängigkeit früher angekündigt hatten, fand aber kein Referendum statt.

Nach dem Referendum erwartete man am 20. August 1991 einen Vertragsabschluss über eine Union Souveräner Staaten, die die reorganisierte Sowjetunion als eine Konföderation vorsah. In diesen Tagen geschahen Ereignisse, die unter dem Namen „Augustputsch in Moskau“ bekannt sind: Gorbatschow wurde entlassen, das Staatskomitee verhängte den Ausnahmezustand, eine Gruppe politischer Funktionäre versuchte, die UdSSR unter seine Kontrolle zu bringen. Im Herbst 1990 unternahm Mikhail Gorbatschow noch einen Versuch, einen neuen Vertrag über die Union Souveräner Staaten zu präsentieren und durchzusetzen. Bemerkenswerterweise war der neue Vertrag noch kontroverser als alle vorherigen in dem Sinne, dass der Vertrag eine widersprüchliche föderal-konföderale Staatsform vorsah. Unter diesen besonderen Umständen stellte jedoch der Vertrag die einzige Möglichkeit dar, einen Weg aus der politischen Krise zu finden.

Alle diese Prozesse haben den Zerfall der UdSSR beschleunigt. Am 11. März 1990 ist Lettland, am 4. Mai 1990 Litauen, am 8. Mai 1990 Estland, am 23. August 1990 Armenien, am 9. April 1991 Georgien, am 24. August 1991 die Ukraine, am 27. August 1991 Moldau, 30. August 1991 Aserbaidschan, am 31. August 1991 Usbekistan und Kirgisien, am 9. September 1991 Tadschikistan, am 27. Oktober 1991 Turkmenistan, am 16. Dezember 1991 Kasachstan aus der UdSSR ausgetreten.

---

<sup>285</sup> Vgl. Barabanov, M. (2010), S. 188-191.

<sup>286</sup> Vgl. Nohlen, D./ Stöver, P. (2010), S. 1647.

## 2.2 Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

### 2.2.1 Objektive Notwendigkeit der wirtschaftlichen Integration nach dem Zerfall der UdSSR und Entstehung der GUS

Gorbačev strebte nach einer Umgestaltung der Sowjetunion in einen Bundesstaat, darauf deuten zahlreiche Entwürfe eines Unionsvertrags, der die Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken ersetzen sollte. Der neue Bundesstaat sollte den Anforderungen des Selbstbestimmungsrechtes entsprechen und eine Mischung aus bundesstaatlichen und staatenbündischen Elementen enthalten. Es war ihm auch bewusst, dass die neue Union ohne die Ukraine unvollständig wäre, und überließ die Initiative El'cin, Kravchuk und Shushkevich, die mit dem „slawischen Freundschaftsbund“ die Grundlage für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten schufen.<sup>287</sup>

**Tabelle 5: Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten**

<b>08.12.1991</b>	Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten <sup>288</sup>
<b>21.12.1991</b>	Alma-Ata-Erklärung über den Beitritt von Aserbajdschan, Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan zur GUS <sup>289</sup>
<b>23.01.1993</b>	Verabschiedung der GUS-Satzung <sup>290</sup>
<b>03.12.1993</b>	Beitritt Georgiens zur GUS <sup>291</sup>
<b>26.08.2005</b>	Turkmenistan tritt aus, bekommt eine assoziierte Mitgliedschaft <sup>292</sup>
<b>2008</b>	Der Generalsekretär der Interparlamentarischen Versammlung, Mikhail Krotov, erklärt, Afghanistan könnte eine Mitgliedschaft in der GUS bekommen <sup>293</sup>
<b>18.08.2009</b>	Georgien tritt aus <sup>294</sup>

Am 8. Dezember 1991 wurde ein Vertrag zwischen den Republiken der Sowjetunion geschlossen, der die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie die Auflösung der UdSSR beinhaltete. Dieser Vertrag<sup>295</sup> wurde von drei Staatschefs, El'cin (Russland), Kravchuk (Ukraine) und Shushkevich (Belarus), unterzeichnet, was den Willen nur drei der fünfzehn ehemaligen Sowjetrepubliken ausdrückte. Es blieb den anderen Unionsrepubliken nichts Anderes übrig, als am 21. Dezember 1991 die Alma-Ata-Erklärung und das Protokoll zu unterschreiben und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten beizutreten.

Heute hat die Gemeinschaft elf Mitgliedsstaaten: Usbekistan, Armenien, Belarus, Kasachstan, Russland, Kirgisien, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Aserbajdschan (s. Tabelle 5: Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten).

Am 22. Januar 1993 wurde bei einer Sitzung des Rats der GUS-Staatschefs eine Satzung der Gemeinschaft im Auftrag von Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan verabschiedet. Ein Jahr nach der Annahme trat die Satzung in Kraft. Da sich die neugegründeten Staaten in einer starken gegenseitigen wirtschaftlichen

<sup>287</sup> Vgl. Meissner, B. (1995), S. 173-174.

<sup>288</sup> Vgl. Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten von 8.12.1991.

<sup>289</sup> Vgl. Alma-Ata-Erklärung vom 21.12.1991.

<sup>290</sup> Vgl. Satzung der GUS.

<sup>291</sup> Vgl. Außenministerium der Russischen Föderation: GUS.

<sup>292</sup> Vgl. Beschluss zur assoziierten Mitgliedschaft von Turkmenistan in der GUS vom 26.08.2005.

<sup>293</sup> Vgl. Zaregorodceva, I. (3.04.2008).

<sup>294</sup> Vgl. GUS: Countries.

<sup>295</sup> Auch „Belowescher Abkommen“ genannt.

und sicherheitspolitischen Abhängigkeit befanden, wurden folgende Ziele der Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekte verabschiedet:

- Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen, ökologischen, humanitären, kulturellen Bereich;
- vielseitige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Mitgliedsstaaten im Rahmen des gemeinsamen wirtschaftlichen Raums, der zwischenstaatlichen Kooperation und der Integration;
- Gewährleistung der Grundrechte und Freiheiten von Menschen gemäß den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des internationalen Rechtes;
- Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bereich des internationalen Friedens und der Sicherheit, der Einschränkung der Aufrüstung und der Militärausgaben, der Abschaffung von Nuklearwaffen und anderen Arten der Massenvernichtungswaffen;
- friedliche Beilegung von Streiten und Konflikten zwischen den Mitgliedsstaaten.<sup>296</sup>

Zur Erreichung der Ziele vereinbarten die Mitgliedsstaaten, gemäß Artikel 3 der GUS-Satzung und auf Grundlage der allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts und des Schlussaktes von Helsinki ihre Beziehungen wie folgt aufzubauen:

- Achtung der Souveränität der Mitgliedsstaaten, des unveräußerlichen Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung und des Rechtes auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen;
- Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, Anerkennung der bestehenden Grenzen und Verzicht auf illegale territoriale Gewinne;
- territoriale Integrität der Mitgliedsstaaten und Verzicht auf Maßnahmen, die sich auf eine Teilung des Territoriums der anderen Staaten richten;
- die Nichtanwendung von Gewalt oder Androhung von Gewalt gegen die politische Unabhängigkeit eines Mitgliedsstaats;
- Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln, damit die internationale Gerechtigkeit, der Friede und die Sicherheit nicht gefährdet werden;
- Oberhoheit des Völkerrechts in den Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten.<sup>297</sup>

Diese Vereinbarungen waren nötig, um die in den 1980er-Jahren angefangenen Konflikte zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken zu beenden bzw. zu minimieren. Artikel 3 der GUS-Satzung gewährleistete somit gute nachbarschaftliche Beziehungen und eine gewisse Zeitpause für die nationalen Regierungen, um sich auf die inneren Angelegenheiten statt die äußeren zu konzentrieren.

Es wurden in der Satzung außerdem bestimmte Prinzipien formuliert, die die Achtung der kulturellen Eigenart, den Respekt der nationalen Identität, die enge Zusammenarbeit bei der Erhaltung der kulturellen Werte sowie den kulturellen Austausch berücksichti-

---

<sup>296</sup> Vgl. Art. 2, Satzung der GUS.

<sup>297</sup> Vgl. Art. 3, ebd.

gen.<sup>298</sup> Mit der Unterfertigung der GUS-Satzung wurde somit eine rechtliche Grundlage für eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen den neugegründeten Republiken und ein Fundament für die Entwicklung von weiteren wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum geschaffen.

## 2.2.2 Regionale Probleme der Gemeinschaft

Trotz der vereinbarten Prinzipien der Gleichheit der Staaten, der Nichtanwendung von Gewalt oder Gewaltandrohung, der Unverletzlichkeit der Grenzen, der friedlichen Regelung von Streitigkeiten und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gerieten die GUS-Mitglieder in Konflikte. Zahlreiche separatistische Strömungen in Transnistrien, Abchasien, Südossetien, Tschetschenien, Berg Karabach der Ostukraine sowie Bürgerkriege in Georgien und Tadschikistan übten einen großen Einfluss auf die Beziehungen zwischen den Mitgliedsstaaten aus.

Das allergrößte politische Problem der GUS waren und sind die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Bereits im Januar 1992 begann eine gefährliche Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Kiew über das Atomwaffenproblem, die Schwarzmeerflotte, Sewastopol und die Krim im Allgemeinen. Im Frühjahr 1992 nahm der russisch-ukrainische Konflikt den Charakter und den Umfang eines „Kalten Krieges“ an. Von Anfang an und bis heute distanziert sich die offizielle Ukraine von der Einrichtung von GUS-Organen mit supranationalen Funktionen und dem Recht, verbindliche Entscheidungen zu treffen. Im Mai 1992 hat die Ukraine den Beitritt zum Vertrag über kollektive Sicherheit der GUS sowie die Teilnahme welcher Art auch immer an einer Zone der kollektiven Sicherheit abgelehnt. Diese Position zeigte damals klar, dass die Ukraine sich für eine „europäische“ Strategie entschieden hatte. Das übte eine enorme Wirkung auf die Effektivität der Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft aus. Am 10. Dezember 1991 hat der Oberste Rat der Ukraine bei der Ratifizierung des Minsk-Abkommens in acht von 14 Artikeln des Abkommens verschiedene Vorbehalte gemacht. Bis zum Jahr 1992 wurden von der ukrainischen Regierung erst 34 von 88 GUS-Vereinbarungen unterschrieben. Außerdem hat die Ukraine (sowie auch Turkmenistan) die Satzung der GUS vom 22. Januar 1993 nicht unterschrieben, somit ist sie bis heute kein GUS-Mitglied im vollen Sinne.<sup>299</sup>

Einer der wichtigsten Faktoren in den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine bleibt die Frage des Gastransports. Wichtig ist zu sagen, dass die Erdgaskonflikte zwischen Russland und der Ukraine zwei unterschiedliche Komponenten haben. Einerseits ist da der russische Erdgasexport in die Ukraine (die Ukraine ist einer der wichtigsten Handelspartner von „Gazprom“), andererseits der Gastransit aus Russland nach Europa durch das ukrainische Territorium.

Die ersten Konflikte zwischen „Gazprom“ und der ukrainischen Seite entstanden noch unter der Regierung von Leonid Kuchma. Die damaligen Streitigkeiten betrafen hauptsächlich die Preisberechnungen für den Transit des russischen Gases nach Europa.<sup>300</sup> Alle

---

<sup>298</sup> Vgl. Art. 33, Satzung der GUS.

<sup>299</sup> Krasinec, E. (2002), S. 34.

<sup>300</sup> Vgl. Durkot, Y. (2009).

Auseinandersetzungen zwischen „Gazprom“ und „Naftagaz“ blieben bis zur „Orangen Revolution“ intern und schädigten keine Interessen der europäischen Konsumenten. Der erste ernste Konflikt, der weltweit bekannt wurde, fand Ende 2005/Anfang 2006 statt. Er stand mit der Revision des langfristigen Gas-Liefervertrags für die Ukraine in Verbindung. Der neue Preis betrug 50 USD je 1.000 m<sup>3</sup> Gas. Nach dem Machtwechsel in Kiew Ende 2004 äußerten die ukrainischen Vertreter den Wunsch, die Marktpreisbildung in den Fragen der Gaslieferung in die Ukraine und des Gastransits nach Europa durch das ukrainische Gas-transportsystem anzusetzen. Womit dieser Wunsch der neuen ukrainischen Machthaber in Verbindung stand, ist schwierig zu sagen. Der Gasliefervertrag, der noch unter Kuchma geschlossen worden war, war außerordentlich vorteilhaft für die Ukraine im Kontext des Ölpreisanstieges. Dennoch, je höher die Erdölpreise 2005 stiegen, desto geringer war der Wunsch der ukrainischen Seite, auf die Marktpreisbildung zu setzen. Es kam zu den ersten Unterbrechungen der Gaslieferungen. Im Ergebnis wurden die Lieferverträge 2006 überprüft. Am 4. Januar 2006 wurde der Vertrag zwischen „Gazprom“ und „Naftagaz“ für eine Periode von fünf Jahren (bis zum 1. Januar 2010) unterschrieben. Im Vertrag stand, dass der Gaspreis 95 USD je 1.000 m<sup>3</sup> Gas beträgt. Dieser Kompromisspreis wurde dank „der Vermischung“ des teuren russischen und des billigen<sup>301</sup> turkmenischen Gases möglich. Außerdem versprach „Gazprom“ der Ukraine, 1,60 USD pro 1.000 m<sup>3</sup> und 100 km für den Transit des Gases nach Europa zu zahlen.<sup>302</sup>

Seit Februar 2006 beteiligte sich Turkmenistan am russisch-ukrainischen Gaskonflikt aktiv. Präsident Nijazov erhöhte den Gaspreis, obwohl der Liefervertrag mit der Ukraine nur zwei Monate davor abgeschlossen worden war. Am 18. Februar 2006 fanden in Aschhabad (Turkmenistan) die ukrainisch-turkmenischen Gasverhandlungen statt. Die turkmenische Seite beschuldigte Kiew des Verzuges der Zahlungen und drohte, die Lieferungen einzustellen. Die Position der turkmenischen Seite war teilweise durch Druck von „Gazprom“ bedingt, deren Chef am Vortag in die turkmenische Hauptstadt gekommen war.<sup>303</sup> Die Ukraine wurde gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Turkmenistan entschied sich jedoch, im Juni 2006 den Gaspreis auf bis zu 100 USD pro 1.000 m<sup>3</sup> auch für Russland zu erhöhen. Gegenwärtig gibt es das Projekt der Gasleitung „Nabucco“ aus Turkmenistan nach Europa, das das russische Territorium meidet und der Kontrolle durch „Gazprom“ entgeht.

2008 begann eine neue Etappe im Gaskonflikt. Russland beschuldigte die Ukraine des Diebstahls von russischem Gas, und Kiew wies diese Anschuldigungen zurück. Ab dem 1. Januar 2009 stellte „Gazprom“ die Gaslieferungen in die Ukraine für einige Zeit ein. Schließlich wurden am 7. Januar die Gaslieferungen nach Europa vollständig gestoppt, da die Ukraine die Transitgasleitungen gesperrt hatte. Mit der Unterzeichnung 2009 der Gaslieferverträge in Moskau am 19. Januar wurde der Konflikt für den Moment beigelegt. Der Vertrag über Gaslieferungen in die Ukraine sowie der Vertrag über den Gastransit nach Europa wurden für einen Zeitraum von 10 Jahren (2009–2019) geschlossen.<sup>304</sup> Die Ukraine bekam einen 20%-Rabatt vom mitteleuropäischen Preis für das Gas, der im Jahr 2009 450

---

<sup>301</sup> 65 USD pro 1.000 m<sup>3</sup>.

<sup>302</sup> Vgl. Gazprom (4.01.2006).

<sup>303</sup> Vgl. Gazprom (17.02.2006).

<sup>304</sup> Vgl. Gazprom (22.12.2009).

USD je 1.000 m<sup>3</sup> ausmachte. Die ukrainische Seite hat den Satz für den Transit in Höhe 1,7 USD pro 1.000 m<sup>3</sup> und 100 km wie im Jahr 2008 ihrerseits beibehalten.<sup>305</sup>

Acht Jahre nach der Vertragsunterzeichnung 2009 ist die Preisfrage immer noch an der Tagesordnung. Nach den Aussagen einiger Experten nützt die politische Führung Russlands diesen Konflikt, um der Ukraine angesichts ihrer Westorientierung (symbolisiert durch das Interesse an einer NATO-Mitgliedschaft) ihre Abhängigkeit von Russland zu demonstrieren. Auch hier bestätigte sich, dass Russland seine Interessen in der GUS aggressiv vertritt und immer weniger Rücksicht auf internationale Reaktionen nimmt.<sup>306</sup>

Im Jahr 2013 haben die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine eine neue Richtung genommen. Nach den Maidan-Ereignissen und dem Machtwechsel in der Ukraine fand auf der Krim ein Referendum über den Status der Halbinsel statt. Die Nachrichtendienste berichteten, dass auf den Zufahrtswegen zur Halbinsel Militär die Herrschaft übernommen habe. Russische Soldaten und prorussische Paramilitärs brachten strategische Stellen mit Panzerwagen unter ihre Kontrolle. In den Zügen kontrollierten bewaffnete Bürgerwehren die Reisenden.<sup>307</sup> Im Unterschied zu einem Referendum in der Krim am 20. Januar 1991 stimmten 93% der Referendumsteilnehmer prorussisch. Die Ukraine, die USA und die Länder der EU haben die Ergebnisse des Referendums nicht anerkannt. Noch 1995 wies Boris Meissner darauf hin, dass der Anspruch Russlands auf die Rolle einer Schutzmacht sowohl von Russen als auch von „Russischsprachigen“ in diesem Bereich von den betroffenen GUS-Staaten, insbesondere der Ukraine, Kasachstan und Usbekistan, als ein Anschlag auf ihre Souveränität empfunden wird. Dies war der Grund, warum sie sich gegen eine vertragliche Festlegung einer doppelten Staatsangehörigkeit sträubten und bisher auch nicht bereit waren, eine Konvention über den Schutz der nationalen Minderheiten im Rahmen der GUS abzuschließen.<sup>308</sup>

Die Umfragen zur kulturellen Orientierung der Krim-Bevölkerung zeigen jedoch, dass die Bevölkerung der Halbinsel sich schon seit langem russisch fühlt (s. Abbildung 9: Kulturelle Orientierung der Krim-Bevölkerung). Die Daten stammen aus dem Jahr 2008.

Äußerst wichtig ist zu bemerken, dass sich die politischen Präferenzen der Krimbevölkerung durch die ethnische Zusammensetzung auf der Krim bestimmen lassen. Eine Grafik (s. Abbildung 10: Die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung von 1939 bis zum letzten Zensus 2001, in %) zeigt die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung in der Periode von 1939 bis 2001.<sup>309</sup> Bis zur Abschaffung des Krim-Khanats (1783) kamen die Ukrainer auf die Halbinsel hauptsächlich als „lebende Beute“, die während der Überfälle gemacht wurde. So wurde im Laufe des 17. Jahrhunderts mehr als eine Million Menschen auf Sklavenmärkten verkauft. Nach der Angliederung der Krim an das Russische Imperium kamen viele Bauern aus Kiewer, Chernigower, Poltawer und anderen Gebieten auf die Halbinsel. Vor dem Zweiten Weltkrieg lag der Anteil der ukrainischen Bevölkerung auf der Krim bei 14%. Der aktive Zustrom der russischen Bevölkerung begann nach der

---

<sup>305</sup> Vgl. RIA-Novosti (29.10.2013).

<sup>306</sup> Vgl. Pleines, H. (2009).

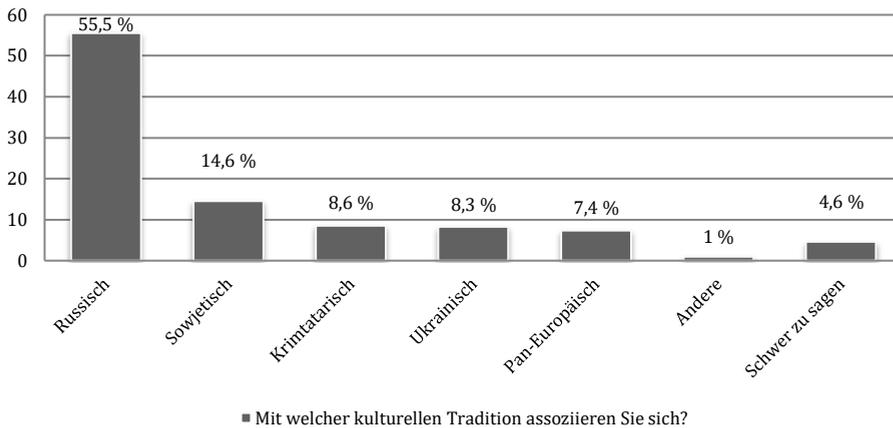
<sup>307</sup> Krökel, U. (16.03.2014).

<sup>308</sup> Vgl. Meissner, B. (1995), S. 254.

<sup>309</sup> Ukraine Analysen (22.01.2013b).

Angliederung im Jahr 1783. Besonders gestärkt wurde dieser Prozess nach der Reform des Jahres 1861<sup>310</sup>. Es wurden vor allem jene Gebiete besiedelt, die nach der Massenemigration von Krimtataren in die Türkei freibleiben. Im Jahr 1939 machten die Russen etwa 50% der Bevölkerung der Halbinsel aus. 1944 wurden fast alle Krimtataren nach Zentralasien und andere Gebiete der UdSSR aufgrund der Beschuldigung der „Zusammenarbeit mit den faschistischen Okkupanten“ deportiert. Seit 1987 begannen sie zurückzukommen, aktuell wohnen auf der Krim etwa 300.000 Krimtataren.<sup>311</sup>

**Abbildung 9: Kulturelle Orientierung der Krim-Bevölkerung<sup>312</sup>**



Die Legitimität des 2013 stattgefundenen Referendums steht trotzdem in Frage. Experten und internationale Beobachter behaupten, dass das Referendum auf der Krim (unter besonderer Berücksichtigung der Besetzung der Halbinsel durch russische Soldaten) völkerrechtswidrig ist. Die Venedig-Kommission des Europarates für Demokratie durch Recht sieht es genauso: „The Constitution of Ukraine, like other constitutions of Council of Europe member states, provides for the indivisibility of the country and does not allow the holding of any local referendum on secession from Ukraine. This results in particular from Articles 1, 2, 73 and 157 of the Constitution. These provisions in conjunction with Chapter X of the Constitution show that this prohibition also applies to the Autonomous Republic of Crimea and the Constitution of Crimea does not allow the Supreme Soviet of Crimea to call such a referendum. Only a consultative referendum on increased autonomy could be permissible under the Ukrainian Constitution. Moreover, circumstances in Crimea did not allow the holding of a referendum in line with European democratic standards. Any referendum on the status of a territory should have been preceded by serious negotiations among all stakeholders. Such negotiations did not take place.“<sup>313</sup>

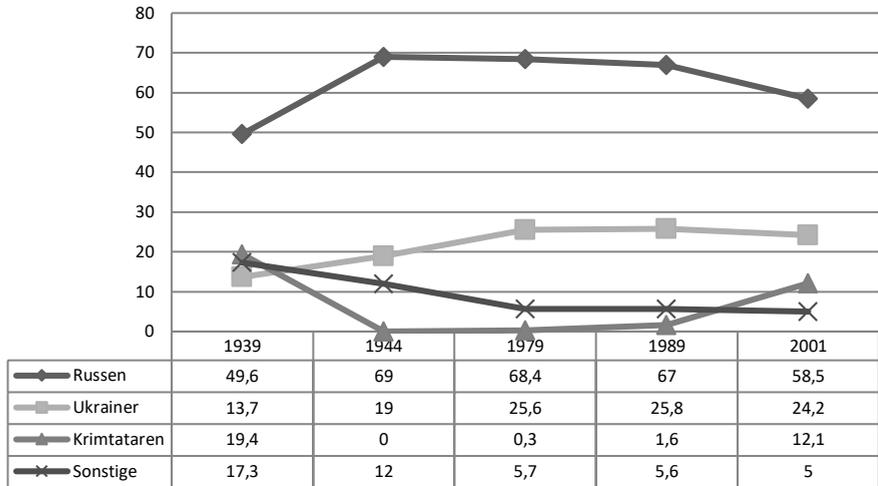
<sup>310</sup> Freilassung aus der Hörigkeit.

<sup>311</sup> Vgl. Krim: Ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung.

<sup>312</sup> Ukraine Analysen (22.01.2013a).

<sup>313</sup> Opinion no. 762/2014, European Commission for Democracy through Law.

**Abbildung 10: Die ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung von 1939 bis zum letzten Zensus 2001, in %<sup>314</sup>**



Die Krim-Regierung akzeptierte die neue Kiewer Machthaber nicht und erklärte ihre Unabhängigkeit von der Ukraine. Vladimir Putin und die Krim- und Sewastopol-Regierung unterzeichneten einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation sowie zur Aufnahme neuer Subjekte in die Russische Föderation. Im Vertrag vom 18. März 2014 steht, dass die Krim-Bevölkerung einen Monat Zeit hat, um die ukrainische Staatsbürgerschaft zu behalten. Wenn kein Einspruch erhoben wird, werden alle Bürger automatisch als Bürger Russlands anerkannt.<sup>315</sup> Die ukrainische Regierung sowie die UN-Generalversammlung bezeichnete die Krim-Eingliederung als eine Annexion.<sup>316</sup>

Am 19. März 2014 erklärte Kiew, den Vorsitz in der GUS niederzulegen<sup>317</sup>, hat aber bis jetzt keine konkreten Handlungen gesetzt. Zusammenfassend kann man sagen, dass Russland versucht, eine Westbindung Kiews zu verhindern. Erstens blockiert Russland mit allen möglichen Mitteln den ukrainischen EU- und NATO-Beitritt, damit die Ukraine blockfrei bleibt. Und zweitens unterstützt Russland die separatistischen Bewegungen im Osten der Ukraine, um einen dauerhaften politischen Einfluss zu gewinnen und die traditionellen Handelskooperationen im industriellen Osten der Ukraine beizubehalten.

Eine weitere bedeutende Rolle in der GUS spielen die russisch-belarussischen Beziehungen. Belarus hat von Anfang an seine Außenpolitik auf den Prinzipien der Reintegration aufgebaut, trotzdem gab es keine vollständige Übereinstimmung mit der GUS-Idee. Im Mai 1992 hat Minsk wie Kiew den Beitritt zu dem Vertrag über kollektive Sicherheit der GUS

<sup>314</sup> Krim: Ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung.

<sup>315</sup> Vgl. Art. 5, Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation sowie zur Aufnahme neuer Subjekte in die Russische Föderation.

<sup>316</sup> Vgl. UN-Generalversammlung: Voting Record on Draft Resolution A/68/L.39, Territorial Integrity of Ukraine.

<sup>317</sup> Vgl. Außenministerium der Ukraine (19.03.2014).

abgelehnt. Es hat ein Jahr gedauert, bis Belarus den doch Vertrag unterschrieb. Allerdings hat Belarus seine begrenzte Teilnahme an diesem Vertrag erklärt. Ein Schwerpunkt der belarussisch-russischen Beziehungen war am Beginn der GUS die Frage der Atomwaffen, als Minsk (wie Kiew und Alma-Ata) erklärt hat, seinen Teil der strategischen Waffen bis zu einer internationalen Regelung der Frage zu behalten.<sup>318</sup> Später wurden die Beziehungen zwischen Minsk und Moskau noch durch die Gas-Konflikte 2006/2007 sowie 2010 gestört. Die ungeklärten Probleme zwischen beiden Staaten üben eine entscheidende Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Gemeinschaft aus, in erster Linie durch den Stopp der Subventionen der belarussischen Wirtschaft durch Russland.

Experten behaupten, dass es zum Jahreswechsel 2011/2012 zu einer grundsätzlichen Wende in den Beziehungen zwischen Belarus und Russland gekommen ist. Ab diesem Zeitpunkt begann Russland die belarussische Wirtschaft erneut zu subventionieren. Zwei Gründe sind dafür zu nennen: Erstens gab Belarus das Einverständnis, in die Zollunion, den Einheitlichen Wirtschaftsraum sowie das Projekt einer Eurasischen Union einzutreten. Da alle diese Projekte für Russland enorm wichtig sind, war die russische Regierung bereit, für den ihren Status als Großmacht zu zahlen. Zweitens stellte die Gefahr, dass die belarussische Wirtschaft in eine Krise rutscht, das gesamte russische Unionsprojekt in Frage. Deswegen hielt man es in Russland für erforderlich, den Verbündeten in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen. Dadurch verzögern die russischen Subventionen allerdings die für Belarus notwendigen Marktformen auf unbestimmte Zeit und zementieren das heutige belarussische Wirtschaftsmodell.<sup>319</sup>

Einer der bedeutendsten Konflikte in der Gemeinschaft war der Konflikt um Südossetien und Abchasien zwischen Russland und Georgien im Jahr 2008. Im Rahmen der Georgischen SSR hatte Südossetien Autonomiestatus. Nach dem Zerfall der Sowjetunion entstand eine separatistische Bewegung, was in einen Krieg von 1990 bis 1992 mündete. Der Krieg endete mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags und dem Einsatz von georgischen, russischen und ossetischen Friedenstruppen. Bei dem 1991 stattgefundenen Referendum in Südossetien stimmte die Bevölkerungsmehrheit für die Unabhängigkeit. Dies wurde jedoch von der georgischen Regierung nicht akzeptiert. Wie Südossetien deklarierte Abchasien seine Unabhängigkeit Anfang der 1990er-Jahre. Im Jahr 2004 erklärte Präsident Saakashvili, dass er die Absicht habe, Südossetien und Abchasien unter georgische Kontrolle zu bringen.<sup>320</sup> Im April 2008 begann Russland eine intensive Zusammenarbeit mit den Regierungen von Abchasien und Südossetien und vergrößerte die Zahl der russischen Friedenstruppen in Abchasien, was Ärger bei der georgischen Seite auslöste. Am 8. Juli 2008 verletzten zwei russische Militärflugzeuge den georgischen Luftraum in der Nähe von Südossetien. Moskau begründete die Verletzung des Luftraums mit der Abwendung eines möglichen Angriffs seitens Georgiens. Das georgische Außenministerium und Präsident Saakashvili nannten es „offene Aggression“.<sup>321</sup> Indessen fanden schwere Kämpfe mit zahlreichen Toten in Südossetien und Abchasien statt.

---

<sup>318</sup> Vgl. Zdravomyslov, A. (1993), S. 92.

<sup>319</sup> Vgl. Karbalewitsch, W. (2012).

<sup>320</sup> Vgl. Regnum (25.05.2004).

<sup>321</sup> Saakashvili, M. (11.08.2008).

Am 14. August 2008 stimmte das georgische Parlament für einen Austritt aus der GUS und am 16. August unterschrieben Russland und Georgien einen Friedensvertrag.<sup>322</sup> Laut dem Vertrag sind Georgien und Russland verpflichtet, ihre Truppen auf die vor dem Krieg bezogenen Stellungen zurückzukehren. Es startete ein Prozess von Verhandlungen in Genf als Plattform zur Friedensschaffung. Bis zum Juni 2013 fanden etwa 24 Verhandlungsrunden statt, aber es wurden keine bedeutenden Erfolge erzielt. Aus diesem Grund wurde von der EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik eine Monitoring Mission<sup>323</sup> nach Georgien entsandt, die in erster Linie in Südossetien im Einsatz ist.

### 2.2.3 Faktoren der wirtschaftlichen Integration in die GUS

Die Trennung der ehemaligen Mitgliedsstaaten von der Sowjetunion hatte große Auswirkungen auf die Wirtschaft der neugegründeten Republiken. Die Ex-Mitglieder der UdSSR verloren ihre traditionellen Absatzmärkte sowie wirtschaftliche Kooperationen. Es entstand die dringende Notwendigkeit, eine Organisation wie die GUS zu schaffen. Mithilfe dieser Organisation gab es wieder eine Möglichkeit, nationale Produkte auf den traditionellen Märkten zu verkaufen. Bis jetzt konnten nicht alle Wirtschaftsbeziehungen, die mit dem Unionszerfall verloren gegangen sind, wiederaufgebaut werden.

Man definiert die Integrationstendenzen der ehemaligen Sowjetrepubliken durch die spezifischen wirtschaftlichen Faktoren, darunter:

- die in der Sowjetunion gebildete Arbeitsteilung. In den meisten Fällen ist dies auch zweckmäßig, weil es geowirtschaftlich bedingt ist;
- enge Beziehungen zwischen den Völkern in verschiedenen Bereichen und Formen (gemischte Bevölkerung, gemeinsame Vergangenheit, Elemente des gemeinsamen Kulturraums);
- technologischer Zusammenhang der Industrieunternehmen, die nach den gleichen Standards aufgebaut wurden.

Gleichzeitig sind auch negative Faktoren hervorzuheben, die auf die Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum wirken:

- politische Ambitionen der Staatschefs der ehemaligen sowjetischen Republiken, die vor kurzem gewonnene Souveränität und Staatlichkeit zu stärken. Dies galt lange Zeit als hohe Priorität. Die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit wurde somit auf den zweiten Platz verwiesen, indem die Integrationsmaßnahmen als eine Einschränkung der Souveränität wahrgenommen wurden;
- mangelnde wirtschaftliche Entwicklung der ehemaligen Sowjetrepubliken. Das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung setzt gewisse Grenzen für Integrationsprozesse. Je mehr eine Wirtschaft entwickelt ist, desto größer ist die Basis für internationale Arbeitsteilung und die Möglichkeiten zur Beziehungsvertiefung. Viele GUS-Staaten nahmen ihre vorherigen Spezialisierungen innerhalb der UdSSR als nachteilig wahr und

---

<sup>322</sup> Vgl. Nichol, J. (2009).

<sup>323</sup> Vgl. European Partnership for Democracy.

suchten einen neuen Platz in der Weltwirtschaft. Dieser Prozess erforderte viel Zeit und Anstrengungen, u. a. Diversifizierung der Außenwirtschaft;

- Unterschiede in den nationalen Systemreformen. Die Unterschiede erschweren den wirtschaftlichen Beziehungsaufbau vor allem durch bestimmte rechtliche Nichtübereinstimmungen (besonders zwischen den privaten Unternehmen);
- Verhältnis der postsowjetischen Republiken zur Integration, das sich weniger durch wirtschaftliche als durch politische und sogar ethnische Ursachen bestimmen lässt.<sup>324</sup>

Der Wert der einzelnen Faktoren (positive und negative) ändert sich im Laufe der Zeit. Darüber hinaus entwickeln sich neue wichtige Wirtschaftsprozesse im postsowjetischen Raum. Insbesondere reduziert sich die von der UdSSR geerbte Arbeitsteilung zwischen den Staaten. Zu den wichtigsten Ereignissen der GUS gehört die Gründung der Freihandelszone, obwohl diese nicht immer einwandfrei funktioniert. Der Vertrag über die Gründung einer Freihandelszone vom 18. April 1994 nahm einen stufenweisen Prozess der Integration auf: Freihandelszone – Zollunion – Zahlungs- und Währungsunion – gemeinsamer Markt für Waren und Dienstleistungen.

Am 18. Oktober 2011 unterzeichneten die Vertreter von Russland, Kasachstan, Armenien, Belarus, Kirgisien, Moldau und der Ukraine einen Vertrag über die Freihandelszone, der am 20. September 2012 in Kraft getreten ist.<sup>325</sup> Der Vertrag wurde von sieben Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft vollständig unterschrieben (s. Tabelle 6: Mitgliedsstaaten der GUS und des Vertrags über die Freihandelszone). Tadschikistan hat den Vertrag unterfertigt, aber bis jetzt nicht ratifiziert. Aserbaidshan und Turkmenistan haben den Vertrag über die Freihandelszone abgelehnt. Für Usbekistan gelten besondere Konditionen, die im Protokoll zur Anwendung des Vertrages über die Freihandelszone der GUS zwischen den Mitgliedsstaaten und der Republik Usbekistan geregelt sind.

**Tabelle 6: Mitgliedsstaaten der GUS und des Vertrags über die Freihandelszone**

Vollständiger Beitritt zum Vertrag	Beitritt zum Vertrag mit besonderen Konditionen	Unterschrieben, aber nicht ratifiziert	Nicht unterschrieben
Armenien Belarus Kasachstan Kirgisien Moldau Russland Ukraine	Usbekistan	Tadschikistan	Aserbaidshan Turkmenistan

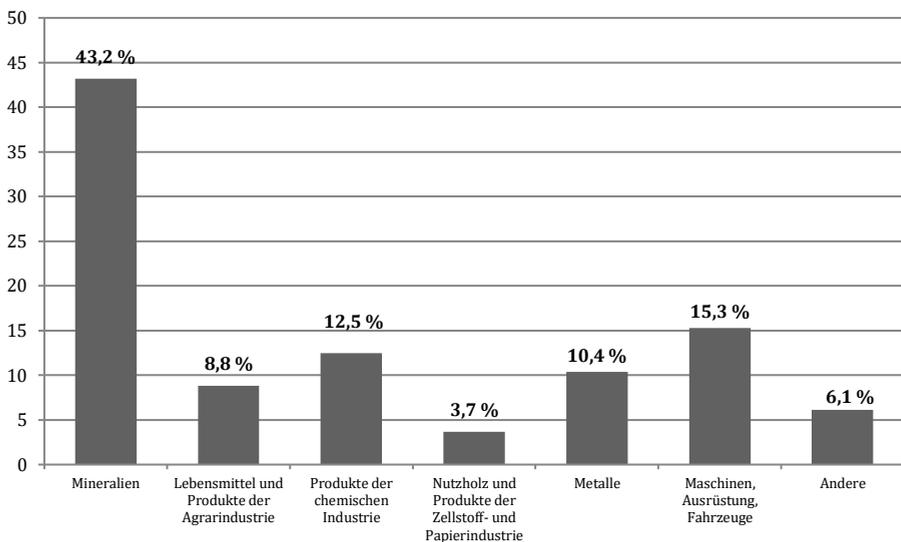
Seit der Unterzeichnung des Vertrags über die Freihandelszone der GUS zeichnen sich zwei Haupttendenzen in der Entwicklung des gegenseitigen Handels innerhalb der GUS ab: Einerseits fordern einige Staaten der Gemeinschaft die Regulierung aller Fragen des gegenseitigen Handels durch den Mechanismus der Freihandelszone, der teilweise fehlerhaft ist und eine Nachbearbeitung braucht; andererseits wollen andere Staaten keine Verpflichtungen durch die multilaterale Freihandelszone auf sich nehmen.

<sup>324</sup> Vgl. Belchuk, A. (2008).

<sup>325</sup> Vgl. GUS: Freihandelszone der GUS.

Usbekistan unterzeichnete den Vertrag mit besonderen Konditionen<sup>326</sup> und behält somit den Status quo. Das bedeutet, dass die usbekischen Exporte in die GUS-Staaten mit keinen Importzöllen wie früher bedeckt sind. Mit der Vertragsunterzeichnung nahm Usbekistan keine neuen Verpflichtungen auf sich. Die anderen Vertragsseiten gingen ihrerseits auf diesem Grund auch keine neuen Verpflichtungen ein. Ausgehend von den besonderen Konditionen des Vertrags hat die Freihandelszone folgende Konsequenzen für Usbekistan: Die Freihandelszone wird keinen Beitrag zur Entwicklung des Exportes der usbekischen Endproduktion leisten, da die zahlreichen nicht-tarifären Barrieren, die Zollformalitäten, administrative Hindernisse sowie die übermäßigen mit ihnen verbundenen Kosten erhalten geblieben sind. So überwiegt in den Handelsbeziehungen zwischen den Vertragsländern und Usbekistan der politische Faktor, was zur bedeutenden Entwicklung des internationalen Handels und der Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum kaum beiträgt.<sup>327</sup>

**Abbildung 11: Warenstruktur des russischen Exports auf die GUS-Märkte, Januar–Juni 2015, in %<sup>328</sup>**



Im Gegensatz zu Usbekistan sehen kleinere Staaten Zentralasiens wie Kirgisien eine große Möglichkeit in der Entwicklung der Freihandelszone. Almazbek Atambayev, der Präsident Kirgisiens, sagte bei der Sitzung der GUS-Staatsoberhäupter am 20. Dezember 2011 in Sankt Petersburg, Russland: „Die GUS-Mitgliedstaaten haben eine Chance, den einheitlichen Wirtschaftsraum vorbehaltlich aller Rechte nach dem Vorbild der Europäischen Union

<sup>326</sup> Verordnung vom Präsidenten der Republik Kasachstan vom 30.05.2013, Protokoll zur Anwendung des Vertrages über die Freihandelszone der GUS zwischen den Mitgliedstaaten und der Republik Usbekistan.

<sup>327</sup> Vgl. Khaknazar, U. (12.04.2014).

<sup>328</sup> Vgl. Bundeszollamt der Russischen Föderation (7.08.2015).

zu schaffen. [...] Ich bin froh, dass Russland, Belarus und Kasachstan diesen Weg geöffnet haben.“<sup>329</sup>

**Tabelle 7: Export und Import der GUS, in Mrd. USD<sup>330</sup>**

		2000	2014	2015*
<b>Export</b>	Gesamt	137,7	695,8	434,3
	GUS-Länder	26,3	114,0	70,6
	andere Länder	111,4	581,8	363,7
<b>Import</b>	Gesamt	65,6	451,9	278,9
	GUS-Länder	30,1	101,7	65,0
	andere Länder	35,5	350,2	213,9
<b>Saldo</b>	Gesamt	72,1	243,9	155,4
	GUS-Länder	-3,8	12,3	5,6
	andere Länder	75,9	231,6	149,8

\*Januar–November

Nichtsdestoweniger tendieren die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den GUS-Mitgliedsländern zu einer Abnahme des gegenseitigen Handels. Hindernisse in den Handelsbeziehungen haben einen großen Einfluss auf den zwischenstaatlichen Warenumsatz.

Die Rohstoff-Struktur des Handels innerhalb der GUS-Mitgliedstaaten zeichnet sich überwiegend durch Kraftstoff-, Rohstoff- und Lebensmittelexporte aus. So z. B. betrug der russische Export von Mineralien auf die Märkte der Gemeinschaft mehr als 43,2% des gesamten Exports 2015 (s. Abbildung 11: Warenstruktur des russischen Exports auf die GUS-Märkte, Januar–Juni 2015, in %). Die wichtigsten Waren auf den GUS-Märkten sind Erdöl (Russland, Kasachstan, Turkmenistan), Erdgas (Russland, Turkmenistan), Kohle (Kasachstan), Metall(waren) (Ukraine, Russland), Getreide (Kasachstan, Ukraine), Baumwolle (Zentralasien) und Wein (Moldawien, Georgien). Aus den statistischen Daten wird ersichtlich, dass in den letzten Jahren keine erheblichen Fortschritte im Handel zwischen den GUS-Ländern gemacht wurden. Der Handel zwischen den GUS-Staaten geht deutlich zurück: Der Anteil des Exports innerhalb der GUS reduzierte sich von 114,0 Mrd. USD 2014 auf 70,6 Mrd. USD 2015. Das Gleiche gilt auch für den Import: Der Anteil des Imports innerhalb der GUS ist 2015 auf 36,7 Mrd. USD gesunken (s. Tabelle 7: Export und Import der GUS, in Mrd. USD).

Angesichts der Tatsache, dass Russland eine wesentliche Rolle bei der Gründung und Strukturierung des postsowjetischen Wirtschaftsraums spielte und spielt, haben seine politischen Beziehungen und der Handel entscheidenden Einfluss auf die Lebensfähigkeit der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (s. Tabelle 8: Handelsdynamik zwischen Russland und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD). Ungeachtet der politischen Auseinandersetzungen hinsichtlich der EU-Assoziierungsabkommen bleibt die Ukraine einer der wichtigsten Handelspartner Russlands; so beträgt der ukrainische Anteil des gesamten russischen Exports in die GUS-Staaten etwa 20%. Es muss betont werden, dass es in manchen

<sup>329</sup> GUS: Aussagen der Staatschefs der GUS-Freizone.

<sup>330</sup> Vgl. GUS-Stat (2015).

Fällen keine positiven Aussichten auf Ausbau der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen GUS-Mitgliedern gibt, wie z. B. zwischen Russland und Tadschikistan.

**Tabelle 8: Handelsdynamik zwischen Russland und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD<sup>331</sup>**

	<b>Export</b> (Anteil des gesamten Exports)	<b>Import</b> (Anteil des gesamten Imports)	<b>Saldo</b>
Armenien	1048,2 (2,3%)	196,6 (0,9%)	851,6
Aserbaidshan	2287,1 (5,1%)	517,2 (2,4%)	1769,9
Belarus	15537,9 (34,3%)	8935,2 (42,2%)	6602,7
Kasachstan	10835,3 (23,9%)	4879,5 (23,0%)	5955,8
Kirgisien	1299,1 (2,9%)	71,2 (0,3%)	1227,9
Moldau	1036,4 (2,3%)	185,8 (0,9%)	850,6
Tadschikistan	762,6 (1,7%)	52,2 (0,2%)	710,4
Turkmenistan	913,7 (2,0%)	73,5 (0,3%)	840,2
Usbekistan	2235,4 (4,9%)	601,8 (2,8%)	1633,6
Ukraine	9294,9 (20,5%)	5671,2 (26,8%)	3623,7
<b>Gesamt</b>	<b>45250,6 (100%)</b>	<b>21184,2 (100%)</b>	<b>24066,4</b>

Die GUS-Mitgliedstaaten befinden sich in einer starken Abhängigkeit von dem Zustand der wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland. So beträgt den russischen Anteil im belarussischen Export und Import entsprechend 73,8% und 93,5%. Dabei spielt die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den restlichen GUS-Staaten fast keine Rolle für die belarussische Außenwirtschaft (s. Tabelle 9: Handelsdynamik zwischen Belarus und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD).

**Tabelle 9: Handelsdynamik zwischen Belarus und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD<sup>332</sup>**

	<b>Export</b> (Anteil des gesamten Exports)	<b>Import</b> (Anteil des gesamten Imports)	<b>Saldo</b>
Armenien	27,8 (0,2%)	7,6 (0,0%)	20,2
Aserbaidshan	285,8 (2,0%)	4,8(0,0%)	281,0
Kasachstan	524,7 (3,7%)	51,6 (0,3%)	473,1
Kirgisien	55,4 (0,4%)	4,0 (0,0%)	51,4
Moldau	119,4 (0,8%)	148,8 (0,8%)	-29,4
Russland	10389,1 (73,8%)	17144,2 (93,5%)	-6755,1
Tadschikistan	20,9 (0,1%)	3,7 (0,0%)	17,2
Turkmenistan	91,6 (0,7%)	2,0 (0,0%)	89,6
Ukraine	2520,8 (17,9%)	950,0 (5,2%)	1570,8
Usbekistan	37,5 (0,3%)	27,8 (0,2%)	9,7
<b>Gesamt</b>	<b>14073,0 (100%)</b>	<b>18344,4 (100%)</b>	<b>-4271,4</b>

Kasachstan (wie Russland und Belarus) ist Teilnehmer an allen Integrationsinitiativen im postsowjetischen Raum. Russland bleibt sein Haupthandelspartner. Kasachstan importiert etwa 80% aller Waren aus Russland (s. Tabelle 10: Handelsdynamik zwischen Kasachstan und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD).

<sup>331</sup> GUS-Stat (2016c).

<sup>332</sup> GUS-Stat (2016a).

**Tabelle 10: Handelsdynamik zwischen Kasachstan und den GUS-Staaten im Jahr 2015, in Mio. USD<sup>333</sup>**

	<b>Export</b> <b>(Anteil des gesamten Exports)</b>	<b>Import</b> <b>(Anteil des gesamten Imports)</b>	<b>Saldo</b>
<b>Armenien</b>	0,7 (0,0%)	3,9 (0,0%)	-3,2
<b>Aserbaidshan</b>	109,8 (1,4%)	15,7(0,1%)	94,1
<b>Belarus</b>	47,7 (0,6%)	472,0 (3,7%)	-424,3
<b>Kirgisien</b>	495,0 (6,5%)	177,1 (1,4%)	317,9
<b>Moldau</b>	28,8 (0,4%)	60,6 (0,5%)	-31,8
<b>Russland</b>	4343,4 (56,6%)	10232,4 (80,3%)	-5889,0
<b>Tadschikistan</b>	415,5 (5,4%)	164,9 (1,3%)	250,6
<b>Turkmenistan</b>	114,5 (1,5%)	63,7 (0,5%)	50,8
<b>Ukraine</b>	1176,4 (15,3%)	827,1 (6,5%)	349,3
<b>Usbekistan</b>	942,2 (12,3%)	725,6 (5,7%)	216,6
<b>Gesamt</b>	<b>7674,0 (100%)</b>	<b>12743,1 (100%)</b>	<b>-5069,1</b>

Diese kurze Analyse der statistischen Daten lässt den Schluss zu, dass die Perspektiven der Integrationsverstärkung im Rahmen der GUS vieldeutig sind. Angesichts der gegenwärtigen Tendenzen kann man nicht von einer tiefen Integration der GUS-Mitgliedsstaaten sprechen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern sind durch verschiedene Faktoren blockiert. Nur Russland kann als Kern und „Treibkraft“ eine Vertiefung der Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum vorantreiben, jedoch haben die außenpolitischen Beziehungen Russlands einen starken Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen. Diese Situation hat sich noch dadurch verschlechtert, dass die GUS-Partner nicht zu den wirtschaftlichen Hauptinteressen Russlands gehören.

#### 2.2.4 Erfolge und Misserfolge der GUS

Die Ergebnisse der GUS-Tätigkeit bewertet man häufig negativ. Das ist teilweise damit zu erklären, dass die Erwartungen bei der Schaffung der Gemeinschaft zu hoch waren und später nicht erfüllt wurden. Die Kritik, dass die GUS ineffizient sei, war schon in den Jahren 1997–1998 zu hören. Einige Kritiker hatten allgemeine Zweifel hinsichtlich der Integrationsidee im Rahmen der GUS.<sup>334</sup> Andere haben als Ursache der Ineffektivität der GUS die Bürokratie und mangelnde Koordinierung genannt.<sup>335</sup> Als größter Misserfolg der Gemeinschaft gilt, dass mehrere Tausend Vereinbarungen in verschiedenen Bereichen verabschiedet wurden, die Mehrheit dieser Dokumente aber nie in Kraft getreten ist. Der Grund dafür war in erster Linie die fehlende Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, eine notwendige Einschränkung ihrer Souveränität zuzulassen. Ohne diese war keine Integration möglich. Außerdem bestand ein weiteres Hindernis für die erfolgreiche Integration in der Abwesenheit eines Integrationsziels und der Nachhaltigkeit in den Integrationshandlungen sowie im schwachen politischen Willen.

Die Destabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Situation in der Ukraine zählt zu den Hauptfaktoren des Rückgangs der gegenseitigen Handelsbeziehungen und vor allem der gegenseitigen Direktinvestitionen in den GUS-Ländern. Den größten Investitionsrückgang in der ukrainischen Wirtschaft zeigten 2013 und 2014 Kasachstan, Georgien und

<sup>333</sup> GUS-Stat (2016b).

<sup>334</sup> Vgl. Gordeychik, A./Snapkovski, V. (1999).

<sup>335</sup> Vgl. Mkhitarjan, A. (1998).

Russland (auf jeweils 50%, 52% und 39%). Eine positive Wachstumsrate zeigten ausschließlich die aserbaidischen Direktinvestitionen in der Ukraine. Ein Massenaustritt von russischen Investoren aus der Ukraine fand bis dato noch nicht statt. Immerhin unternehmen die russischen TNU den Versuch, ihre Nische in der ukrainischen Wirtschaft zu behalten. Was die Perspektiven für die nächsten drei bis vier Jahre angeht, kann man sagen, dass sogar bei einer Normalisierung der russisch-ukrainischen Beziehungen keine Wiederherstellung des russischen Interesses an den ukrainischen Aktiven zu erwarten ist. Die einzige Möglichkeit, die ausländischen Direktinvestitionen zu erhöhen, ist eine Veränderung des Wertes der beibehaltenen Aktiven während des gleichzeitigen Wiederaufbaus der ukrainischen Wirtschaft sowie eine Senkung der Währungsdisparität zwischen Grivna und Dollar.<sup>336</sup>

Ein weiterer Grund für wirtschaftliche Hemmnisse innerhalb der GUS ist die Mangelhaftigkeit des Marktmechanismus und die unterschiedlichen Systemumgestaltungen in den GUS-Staaten. Man bezeichnet diesen Prozess in der Literatur als „Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten“.<sup>337</sup> Große Unterschiede im Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Mitgliedern, Gleichartigkeit ihres Exportes und die ungenügende Konkurrenzfähigkeit der Verarbeitungsindustrie verlangsamen die regionale Integration.

**Tabelle 11: Volumen der gegenseitigen Direktinvestitionen innerhalb der GUS (2014), in Mrd. USD<sup>338</sup>**

	Investor-Land						Alle 12 Länder
	Russland	Kasachstan	Aserbaidisch	Ukraine	Belarus	Georgien	
<b>Aserbaidisch</b>	1,38	-	X	-	0,02	-	<b>1,40</b>
<b>Armenien</b>	3,05	0,01	-	-	0,00	-	<b>3,06</b>
<b>Belarus</b>	8,28	0,03	-	0,01	X	0,01	<b>8,33</b>
<b>Georgien</b>	0,45	0,41	1,35	0,18	0,00	X	<b>2,40</b>
<b>Kasachstan</b>	9,07	X	0,00	-	0,05	-	<b>9,12</b>
<b>Kirgisien</b>	0,66	0,67	-	-	0,00	-	<b>1,33</b>
<b>Moldawien</b>	0,43	-	-	0,07	0,02	-	<b>052</b>
<b>Russland</b>	X	2,86	0,06	0,58	0,38	0,03	<b>3,92</b>
<b>Tadschikistan</b>	1,02	0,07	-	-	-	-	<b>1,09</b>
<b>Turkmenistan</b>	0,02	-	-	0,00	0,00	-	<b>0,02</b>
<b>Usbekistan</b>	3,77	0,08	-	0,00	0,00	-	<b>3,88</b>
<b>Ukraine</b>	9,88	0,10	0,14	X	0,05	0,03	<b>10,20</b>
<b>Gesamt</b>	<b>37,99</b>	<b>4,22</b>	<b>1,56</b>	<b>0,83</b>	<b>0,52</b>	<b>0,07</b>	<b>45,27</b>

Trotz aller Misserfolge ist das Funktionieren der Freihandelszone als Hauptwirtschaftserfolg der GUS zu werten. Die technologische Arbeitsteilung und die einheitlichen Standards, die aus der sowjetischen Zeit geerbt wurden, boten gute Möglichkeiten für einen gegenseitigen Austausch. Die Produktion innerhalb der GUS entspricht hinsichtlich der Qualität und dem technischen Niveau häufig nicht den Anforderungen der Weltmärkte. Der Handel im Rahmen der Gemeinschaft lässt hingegen zu, diese Waren erfolgreich zu vermarkten. Ungeachtet der Situation in der Ukraine zeigen die gegenseitigen Direktinvestitionen

<sup>336</sup> Vgl. Vinokurov, E. (Hrsg.)(2015b), S. 9-10.

<sup>337</sup> Deuber, G. (2004).

<sup>338</sup> Vinokurov, E. (Hrsg.)(2015b), S. 19.

nen innerhalb der GUS eine positive Dynamik. Der gesamte Umfang an ausländischen Direktinvestitionen innerhalb der GUS-Länder und Georgien betrug 2014 etwa 45 Mrd. USD (s. Tabelle 11: Volumen der gegenseitigen Direktinvestitionen innerhalb der GUS (2014), in Mrd. USD). Dabei haben russische Investoren 84% aller gegenseitigen Direktinvestitionen durchgeführt. Kasachstan ist zweitgrößter Investor in der Region: 9% der exportierten und 20% der importierten gegenseitigen Direktinvestitionen. Eine Rolle als Investor spielt auch Aserbaidshon in der Region. Insgesamt teilen sich fast 99,7% aller gegenseitigen Investitionen im Jahr 2014 Russland, Kasachstan, Aserbaidshon, die Ukraine und Belarus. Wichtig ist zu betonen, dass Turkmenistan von den gegenseitigen Direktinvestitionen nahezu ausgeschlossen ist.

Das endgültige Ergebnis der Integrationsprozesse im GUS-Raum wird von vielen Faktoren abhängen: von den Reformergebnissen im politischen und wirtschaftlichen Bereich, dem Zustand der nationalen Wirtschaften, der Politik der führenden Eliten sowie der Politik der Drittländer.

Die Integration im Rahmen der Gemeinschaft wird jedoch in großem Maße von der Politik Russlands abhängen, das den Kern der postsowjetischen Integration darstellt. Man muss die eminent wichtige Rolle der politischen Faktoren in der Entwicklung der GUS berücksichtigen. Eine politische Spaltung innerhalb der GUS zeichnet sich insofern ab, dass die Ukraine und Georgien den Beitritt zur NATO und eine Assoziierung mit der EU anvisieren. Es ist zu erwarten, dass die Ukraine wie Georgien in der näheren Zukunft aus der GUS austreten wird. Gleichzeitig konzentrieren sich die meisten zentralasiatischen Staaten und Belarus auf die Erhaltung der engen Beziehungen mit Russland. Die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Beziehungen mit den GUS-Staaten ist für Russland sehr groß, besonders in längerfristiger Perspektive. Der GUS-Raum ist eine unmittelbare Zone der gegenseitigen (in erster Linie politischen) Interessen. Eine Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen könnte das Gewicht der GUS-Länder in der Weltpolitik wesentlich erhöhen. Eine intensive Erweiterung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen könnte ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden, deswegen legt vor allem Russland immer mehr Wert auf diese Beziehungen.

## 2.3 Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurasWG)

### 2.3.1 Vertragsrechtliche Basis für die Entstehung der EurasWG

Der Weg zur Entstehung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft war nicht einfach. Als vertragsrechtliche Basis betrachtet man die Verträge über die Zollunion (1995-1999) und den Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) (s. Tabelle 12: Chronologische Ereignisse bis zum Abschluss des Vertrags zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums). Ein Meilenstein im Vertragsprozess war eine Vereinbarung über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich, die zwischen Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und die Russische Föderation im März 1996 getroffen wurde.<sup>339</sup> Die Integrationszusammenarbeit wurde konsequent und logisch aufgebaut, obwohl es ernsthafte Probleme und sogar Rückschläge gab. Nach Aussagen der Präsidenten der vier Staaten benötigte man in den Beziehungen zwischen erst kürzlich souverän gewordenen Staaten einen langen Prozess der Harmonisierung und der Abstimmung von gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessen, der nationalen Gesetzgebungen, der internationalen Verpflichtungen usw.<sup>340</sup>

Einem Interview mit Nigmatzhan Isingarın, damaliger Vorsitzender des Integrationsausschusses der 5-Staaten-Zollunion, ist zu entnehmen, dass die Erfahrungen mit der Implementierung des Vertrags vom 29. März 1996 die Notwendigkeit bekräftigte, Ziele der Integration konkret zu definieren. Der Zwischenstaatliche Rat der 5-Staaten-Zollunion traf im Oktober 1997 eine Entscheidung über die Umsetzung des Vertrags vom 29. März 1996 und setzte sich damals folgende Ziele:

- Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte;
- Weiterentwicklung der Zollunion;
- Konsolidierung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen;
- Entwicklung eines rechtlichen Rahmens der Integration durch Harmonisierung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften.

Außerdem zog diese Entscheidung ein Maßnahmenprogramm zur Vertragsimplementierung in Betracht.

Nach einer Analyse der damaligen Situation und des Interaktionsniveaus der nationalen Wirtschaftssysteme hat Kasachstan jedoch vorgeschlagen, einen weiteren Vertrag zur Gründung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums vorzubereiten. Der Zwischenstaatliche Rat stimmte am 22. Januar 1998 dem Vorschlag des kasachischen Präsidenten, Nursultan Nazarbajev, und einer Reihe weiterer organisatorischer Schritte für die Umsetzung zu. Im Laufe des Februars 1998 wurden erste Leitlinien für die Ausarbeitung des Vertragsentwurfs vereinbart, eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe unter der Leitung des Vorsitzenden des

---

<sup>339</sup> Vgl. Vertrag über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich (1996).

<sup>340</sup> Vgl. Erklärung von dem Präsidenten der Republik Belarus, A. Lukaschenko, dem Präsidenten der Republik Kasachstan, N. Nazarbajev, dem Präsidenten der Kirgisischen Republik, A. Akaev, und dem Präsidenten der Russischen Föderation, B. El'cin(1996).

Integrationskomitees eingesetzt sowie einige Experten von führenden akademische Institutionen aus vier Staaten beigezogen. Der Rat der Regierungschefs der GUS genehmigte bei der Sitzung am 24. November 1998 den Vertragsentwurf über die Zollunion und den Einheitlichen Wirtschaftsraum, den Entwurf des Maßnahmenprogramms für die Bildung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums für Jahre 1998–2002 sowie die Bedingungen und Verfahren des Vertragsbeitritts.

Der Vertrag wurde am 26. Februar 1999 von fünf Staatschefs unterschrieben, darunter auch Tadschikistan.<sup>341</sup> Die untenstehende Tabelle veranschaulicht den Weg zum Vertrag zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des EWR in einzelnen Schritten. Der Vertrag war das erste gemeinsame grundlegende internationale Abkommen der fünf Staaten, mit dem das erweiterte Konzept des neuen Beziehungssystems für die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bereiche eingeführt wurde. Der Vertrag definierte das Endziel der Integration und die Möglichkeiten, dieses Ziel zu erreichen. Darüber hinaus schloss er die Basis für eine kohärente Strategie der Integrationsaktivitäten im Hinblick auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten, die gegenseitige Achtung der Souveränität und die Normen des Völkerrechts ein. Im Vertrag spiegelten sich Vorschläge zu einem gemeinsamen Markt für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräfte wider.

**Tabelle 12: Chronologische Ereignisse bis zum Abschluss des Vertrags zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums**

Datum	Name des Vertrags	Staaten
06.01.1995	Vertrag über die Zollunion	Belarus, Russische Föderation <sup>342</sup>
20.01.1995	Vertrag über die Zollunion	Belarus, Kasachstan, Russische Föderation <sup>343</sup>
29.03.1996	Vereinbarung über den Beitritt Kirgisiens zum Vertrag über die Zollunion	Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russische Föderation <sup>344</sup>
29.03.1996	Vertrag über Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich	Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russische Föderation <sup>345</sup>
22.01.1998	Vereinbarung zur Gründung der Transportunion	Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russische Föderation <sup>346</sup>
26.02.1999	Vereinbarung über den Beitritt Tadschikistans zum Vertrag über die Zollunion	Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russische Föderation, Tadschikistan <sup>347</sup>
26.02.1999	Vertrag zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums	Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russische Föderation, Tadschikistan <sup>348</sup>

Man kann sagen, dass der Vertrag zur Gründung der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums die bereits unterzeichneten bi- und trilateralen Abkommen, Verträge und Entscheidungen über die wirtschaftliche Interaktion sowie weitere Bestimmungen systematisierte. Als Vorsetzung des Basisvertrags vom 29. März 1996 stellte der 5-Staaten-Zollunion- und EWR-Vertrag einen weiteren Schritt für die Schaffung des einheitlichen Zollraums sowie eine Vereinigung der tarifären und nicht-tarifären Regulierung der Au-

<sup>341</sup> Interview von Dr. N. Isingarín (2001).

<sup>342</sup> Vertrag über die Zollunion zwischen Belarus und der Russischen Föderation (1995).

<sup>343</sup> Vertrag über die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und der Russischen Föderation (1995).

<sup>344</sup> Vereinbarung über den Beitritt Kirgisiens zum Vertrag über die Zollunion (1996).

<sup>345</sup> Vertrag über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich (1996).

<sup>346</sup> Vereinbarung zur Gründung der Transportunion (1998).

<sup>347</sup> Vereinbarung über den Beitritt Tadschikistans zum Vertrag über die Zollunion (1999).

<sup>348</sup> Vertrag zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums (1999).

ßenwirtschaft dar. Die Artikel des Vertrags berücksichtigten die internationale Praxis. Sie wurden gemäß den Bestimmungen des GATT-94<sup>349</sup> formuliert, was Inkonsistenzen in früheren Vereinbarungen beseitigen und den Beitritt der Vertragsmitgliedsstaaten zur WTO beschleunigen konnte. Der Vertrag vertiefte und erweiterte den grundlegenden Vertrag vom 29. März 1996 im Bereich der Wirtschaftspolitik, Infrastrukturentwicklung, Sozialpolitik, Wissenschaft, Technik und der rechtlichen Grundlagen für den Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten.

Ungeachtet zahlreicher politischer Erklärungen von postsowjetischen Staatschefs und unterschriebener Verträge machten die ehemaligen UdSSR-Staaten keinen bedeutenden Fortschritt im Prozess der Bildung einer Zollunion. Die Weltwirtschaftskrise von 1998 hat die Staaten gezwungen, für die Lösung der innenstaatlichen Wirtschaftsprobleme gegenseitige Schutzbarrieren zu errichten. Die 5-Staaten-Zollunion existierte de facto nur auf dem Papier. Eine weitere Bestätigung der fiktiven Natur der 5-Staaten-Zollunion war der vereinzelt Beitritt Kirgisiens zur WTO im Jahr 1998.

Zwar betonte man im Mai 2000 auf einem Präsidentengipfel der fünf Staaten in Minsk die positiven Integrationsergebnisse, die sich im Rahmen der 5-Staaten-Zollunion und des EWR zeigten, dennoch blieb die Tatsache bestehen, dass es eine Notwendigkeit war, die Bemühungen um einen besonderen Mechanismus für die Umsetzung der getroffenen Entscheidungen zu intensivieren. Es entstand die Idee, eine neue internationale wirtschaftliche Organisation auf Basis der 5-Staaten-Zollunion zu bilden. Die Funktion der neuen Organisation sollte die Unterstützung beim Beitritt zur WTO, die Bildung von externen Zollgrenzen, eine gemeinsame Außenwirtschaftspolitik sowie Hilfe bei der Tarif- und Preisbildung umfassen.

Nach intensiven Vorbereitungen wurde am 10. Oktober 2000 in Astana der Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EurasWG) unterzeichnet.<sup>350</sup> Damit entstand ein organisatorisch-rechtlicher Wirkmechanismus zur Erreichung der Ziele und Aufgaben, die sich auf die Bildung der Zollunion und des einheitlichen Wirtschaftsraums richteten. Die Endziele der EurasWG waren eine kontinuierlich wachsende Wirtschaft, eine stabile Entwicklung und die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung der Mitgliedsstaaten.<sup>351</sup> Die 5-Staaten-Zollunion und der EWR haben sich mit der Gründung der EurasWG aufgelöst.

### **2.3.2 Strukturelle Probleme der EurasWG**

Nach der Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft begann die schwere Phase der Bildung des institutionellen Rahmens der Gemeinschaft (2001–2002). Erst 2010 konnte eine klare institutionelle Struktur der EurasWG verwirklicht werden, unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Europäischen Union. Dies wird von Politikern der EurasWG-Mitgliedsstaaten oft betont. „Ohne Übertreibung kann

---

<sup>349</sup> Vgl. Vertrag zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums (1999).

<sup>350</sup> Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (2000).

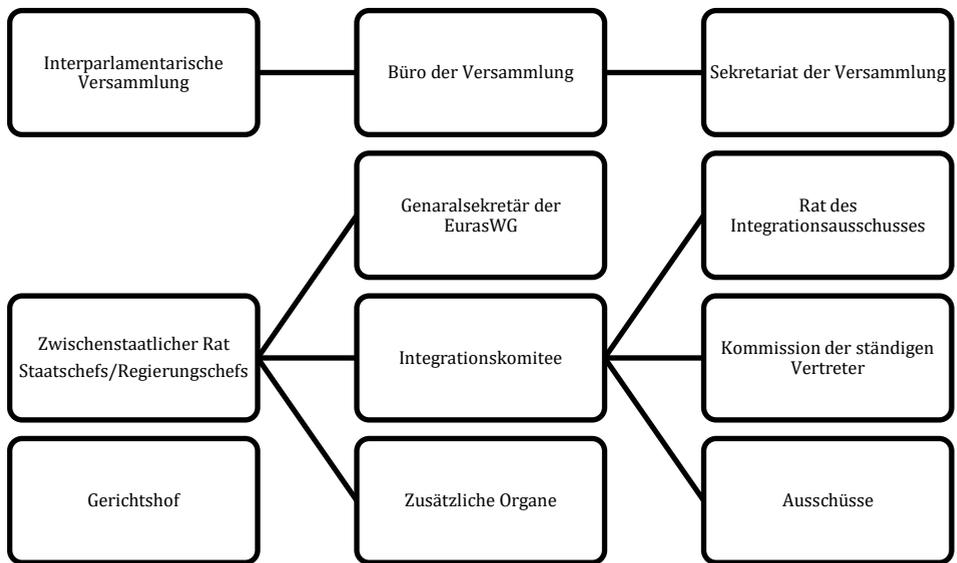
<sup>351</sup> Vgl. Isingarín, N. (2002).

man sagen, dass die in den letzten Jahren weltweit entwickelten rechtlichen Rahmenbedingungen der regionalen Integration in vielerlei Hinsicht ‚ein Spiegelbild‘ der Gründung und Entwicklung der Europäischen Union sind.“<sup>352</sup>, so Vadim Gustov, der Vorsitzende des Ausschusses für GUS-Angelegenheiten beim russischen Föderationsrat.

Zu den Leitungsorganen der EurasWG gehörten der Zwischenstaatliche Rat, das Integrationskomitee, die Interparlamentarische Versammlung sowie der Gerichtshof (s. Abbildung 12: Struktur der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft).<sup>353</sup>

Der Zwischenstaatliche Rat war oberstes Organ der EurasWG. Der Rat beschäftigte sich mit den Fragen der gemeinsamen Interessen der Mitgliedsstaaten, konzipierte eine Integrations- und Entwicklungsstrategie, traf die Entscheidungen. Im Entscheidungsprozess hatten die Mitgliedsstaaten unterschiedliche Stimmenanzahl, nämlich Russland 40%, Belarus und Kasachstan jeweils 20%, Kirgisien und Tadschikistan jeweils 10% der Stimmen. Nach dem Beitritt Usbekistans verteilten sich die Stimmen wie folgt: Russland 40%, Belarus, Kasachstan, Usbekistan 15%, Kirgisien und Tadschikistan 7,5% aller Stimmen.<sup>354</sup>

**Abbildung 12: Struktur der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft**



Das Integrationskomitee war ein Exekutivorgan der Gemeinschaft. Zu seinen Funktionen gehörten die Gewährleistung der Zusammenarbeit aller Organe der EurasWG, die Kontrolle der Umsetzung der vom Zwischenstaatlichen Rat getroffenen Entscheidungen und die Vorbereitung von Vorschlägen im Haushaltsbereich der EurasWG.

<sup>352</sup> Gustov, V. (2008), S. 19.

<sup>353</sup> EurasWG: Struktur.

<sup>354</sup> Art. 13 des Vertrags zur Gründung der EurasWG vom 10.10.2000 (Anpassung vom 25.01.2006 und 6.10.2007).

Der Gerichtshof der EurasWG wurde zur Gewährleistung der einheitlichen Umsetzung des Vertrags zur Gründung der EurasWG sowie der anderen im Rahmen der EurasWG getroffenen Abkommen gebildet. Zu seinen Funktionen gehörten rechtliche Vorgänge zwischen den Mitgliedern in Fragen der Umsetzung der getroffenen Entscheidungen und der Vertragsbestimmungen, die im Rahmen der Gemeinschaft gültig waren. Ab März 2004 wurden die Funktionen des Gerichtshofs der EurasWG vom Wirtschaftsgericht der GUS übernommen, und zwar auf Grund des Beschlusses des Zwischenstaatlichen Rats der EurasWG „Über die Organisation des Gerichtshofs der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft“ vom 27. April 2003<sup>355</sup>, des Beschlusses des Rats der Staatsoberhäupter der GUS „Über die Übernahme der Funktionen des Gerichtshofs der EurasWG durch das Wirtschaftsgericht der GUS“ vom 19. September 2003<sup>356</sup> sowie des Übereinkommens zwischen EurasWG und GUS „Über die Erfüllung der Funktionen des Gerichtshofs der EurasWG durch das Wirtschaftsgericht der GUS“ vom 3. März 2004<sup>357</sup>. Es ist dennoch zu behaupten, dass sich das Gerichtsorgan nur als Gerichtshof der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums (EWR) und nicht als kompletter Gerichtshof der EurasWG etablieren konnte. Tadschikistan und Kirgisien haben ihre Teilnahme am Gerichtshof abgelehnt.

Die Interparlamentarische Versammlung war ein Organ der parlamentarischen Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten. Ihre wichtigsten Aufgaben waren die Bildung einer einheitlichen Rechtspolitik sowie die Koordination zwischen den nationalen Parlamenten. Die Versammlung bestand aus Abgeordneten, die von den nationalen Parlamenten delegiert wurden. Das Sekretariat der Versammlung war ein ständiges Exekutivorgan, das die Tätigkeit der Versammlung und des Büros der Versammlung garantierte.<sup>358</sup>

Die Kommission von ständigen Vertretern gewährleistete die Tätigkeit der EurasWG zwischen den Sitzungen des Integrationskomitees. Zur Kommission gehörten Vertreter der EurasWG-Mitgliedsstaaten, die direkt von den Staatsoberhäuptern entsandt wurden.

Außer den Leitungsorganen wurden auch verschiedene Nichtregierungsforen organisiert, die die Möglichkeit gaben, die Interessen von privaten Unternehmen der Mitgliedsstaaten einzubringen. So wurde 2002 ein Geschäftsrat sowie eine Assoziierung gebildet, die verschiedene Unternehmen in verwandten Bereichen (Sammelgutspediteure, Banken, Bau-, Öl-, Chemie- sowie Metallunternehmen) vereinigte. Im Februar 2003 fand das erste Wirtschaftsforum der EurasWG statt. Man erwartete, dass dieses Forum den Integrationsprozessen neue Impulse geben werde.

Vier Schwachstellen der institutionellen Rahmenbedingungen der EurasWG sind hervorzuheben. Erstens haben die Integrationsprozesse in der EurasWG unterschiedliche Geschwindigkeiten und einen gewissen Niveauunterschied. Da die Ratifizierung der GUS-Abkommen nicht obligatorisch war, stand man am Ende des Jahres 2000 vor der Situation, dass eine Hälfte der GUS-Länder nur 40–70% aller GUS-Abkommen unterzeichnet hatte.

---

<sup>355</sup> Beschluss des Zwischenstaatlichen Rats der EurasWG über die Organisation des Gerichtshofs der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 27.04.2003.

<sup>356</sup> Beschluss des Rats der Staatsoberhäupter der GUS über die Übernahme der Funktionen des Gerichtshofs der EurasWG durch das Wirtschaftsgericht der GUS vom 19.09.2003.

<sup>357</sup> Übereinkommen zwischen der EurasWG und der GUS über die Erfüllung der Funktionen des Gerichtshofs der EurasWG durch das Wirtschaftsgericht der GUS vom 3. März 2004.

<sup>358</sup> Vgl. Zwischenstaatliche Assemblée der EurasWG: Struktur.

Und selbst den ratifizierten Abkommen wurde nicht nachgekommen. Für die EurasWG bedeutete es einen großen Schritt nach vorne, dass die Unterzeichnung aller Verträge obligatorisch für alle Mitgliedstaaten war. In diesem Fall war die vertragsrechtliche Basis der EurasWG eine genaue Kopie des *acquis communautaire* der Europäischen Union.<sup>359</sup>

Zweitens stellt der Integrationsprozess der EurasWG kein klassisches Schema der regionalen Wirtschaftsintegration dar: Freihandelszone, Zollunion, einheitlicher Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion. Mit Ausnahme der EU gibt es bei vielen Integrationsbestrebungen jedoch keine Übereinstimmung von Theorie und Praxis. Die EurasWG hatte de facto eine Freihandelszone, jedoch mit zahlreichen Ausnahmen und der regelmäßigen Anwendung von Maßnahmen wie Quoten und Ausfuhrabgaben, die den Prinzipien der Freihandelszone widersprechen. Die Grundlage des freien Handels war eine vertragsrechtliche Basis der 1990er-Jahre, die sich auf bilaterale Abkommen der EurasWG-Mitgliedsstaaten gründete. Es entstand daher die Notwendigkeit, für die Institutionalisierung in einem multilateralen Format die Beziehungen rechtlich festzulegen. Mehrmals wurde versucht, eine Zollunion<sup>360</sup> im postsowjetischen Raum zu gründen. Dabei war in der EurasWG eine Reihe von Vereinbarungen über die Liberalisierung der Bewegung von Kapital, Dienstleistungen und Personen gültig, was einer Etappe des gemeinsamen Marktes entspricht. Daher ist es schwer zu sagen, in welchem Abschnitt der wirtschaftlichen Integration sich die EurasWG zum Moment der EAWU-Gründung befand.

Drittens war eine Besonderheit der EurasWG, dass eine Beschlussfassung nur im Konsens und ausschließlich auf höchster Ebene funktionierte. Zu beachten ist überdies die Ineffektivität der institutionellen Entscheidungsmechanismen. Auf den ersten Blick schien es, dass das Prinzip der qualifizierten Mehrheit in der EurasWG wirkte. Eine detaillierte Analyse hält dem aber nicht stand. Die Mitgliedsländer erkannten die Notwendigkeit des Überganges zur Stimmenmehrheit an, waren aber dafür nicht bereit. „In particular, it must be noted that in the framework of this organization the system of ‘weighted voting’ was introduced which takes into account the leading role of Russia in the organization but still requires it to have at least two other member states supporting it to win a vote on a major issue.“<sup>361</sup>, bemerkt Kembayev. Die Entscheidungen der Kommission der ständigen Vertreter wurden mit Stimmenmehrheit (zwei Drittel aller Stimmen) getroffen, jedoch wurde im Falle der Meinungsverschiedenheit die Frage dem Integrationskomitee der EurasWG zur Prüfung vorgelegt. Das Integrationskomitee traf die Entscheidungen auch mit Stimmenmehrheit (zwei Drittel aller Stimmen). Dabei erfolgte die Verschiebung der Entscheidung auf ein höheres Niveau (Zwischenstaatlicher Rat) nur dann, wenn der Entscheidung alle fünf Vertragsparteien zugestimmt hatten, aber die Zweidrittel-Mehrheit<sup>362</sup> nicht erreicht wurde.

Nichtsdestoweniger bereiteten das Integrationskomitee und die Kommission der ständigen Vertreter nur Entscheidungen und Vereinbarungen für den Zwischenstaatlichen Rat vor. Wenn diese Organe doch eine Entscheidung selbst trafen, hatte es häufig organisatorischen Charakter. Das einzige Organ der EurasWG, das ermächtigt war, verbindliche

---

<sup>359</sup> Vgl. Kaveshnikov, N. (2010).

<sup>360</sup> Derzeit funktioniert die Zollunion der EurasWG in fünfseitigem Format Russland-Belarus-Kasachstan-Armenien-Kirgisien im Rahmen der EAWU.

<sup>361</sup> Kembayev, Zh. (2009), S. 168.

<sup>362</sup> Vgl. Art. 13 des Vertrages zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 10.10.2000.

Entscheidungen zu treffen, war der Zwischenstaatliche Rat. Der Rat traf Entscheidungen im Konsens, was natürlich Entscheidungsprozesse sehr schwierig machte.

Viertens gab es in der Struktur der EurasWG kein Organ, das dem Interessenschutz aller Mitglieder diene. In der Europäischen Union haben diese Funktion das Europaparlament sowie die Europäische Kommission. Die gesamte institutionelle Struktur der EU basiert auf der Balance der europäischen Institute, die die gemeinsamen Interessen sowie die Interessen der Mitgliedsstaaten vertreten. In der EurasWG vertrat die Interparlamentarische Versammlung keine gemeinsamen Interessen der Mitgliedsländer. Sie hatte aufgrund der verschiedenen politischen Faktoren äußerst beschränkte Zuständigkeiten. Die Abgeordneten der Versammlung waren die Abgeordneten der nationalen Parlamente der EurasWG-Mitgliedsstaaten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich die legislative Gewalt de facto in Abhängigkeit von der exekutiven Gewalt befindet, lässt sich feststellen, dass die Versammlung keine eigenständige Rolle spielen konnte.

### **2.3.3 Wirtschaftliche Beziehungen innerhalb der EurasWG**

Einerseits kennzeichnete die Gründung der EurasWG die konsequente Entwicklung der wirtschaftlichen Integration von der Freihandelszone (zollfreier Handel) über die Zollunion (gleiche Zollsätze aus Ländern außerhalb der Union) bis zum gemeinsamen Markt (freier Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen, Arbeitskräften, gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten, gemeinsame Geldpolitik). Andererseits war die Gründung dieser Organisation zur konsequenten Umsetzung des wirtschaftlichen Abkommens teilweise eine Reaktion auf die internen Probleme der GUS.

Seit Mai 2003 hatte die Wirtschaftsgemeinschaft den Beobachterstatus bei der UNO-Generalversammlung<sup>363</sup> (ohne permanente Vertretung beim UNO-Hauptquartier). Im selben Jahr schlugen der russische Premierminister, Mikhail Kasjanov, und der kasachische Präsident, Nursultan Nazarbajev, die Einführung einer einheitlichen Währung (Rubel) innerhalb der Gemeinschaft vor.<sup>364</sup> Es war jedoch klar, dass diese Währung erst nach der Einrichtung der Freihandelszone, der Zollunion und des gemeinsamen Wirtschaftsraums eingeführt werden konnte. Bis 2014 erfolgten alle Berechnungen zwischen Geschäftsleuten der EurasWG in USD.

Ein wichtiger Integrationsmeilenstein war der im Jahr 2003 abgehaltene Wirtschaftsgipfel der EurasWG in Duschanbe, bei dem die wichtigsten Prioritäten für die Entwicklung der Gemeinschaft für die Periode 2003–2006 angenommen wurden. Darunter die Bildung eines einheitlichen Zollgebiets, die Abstimmung der Fristen und Bedingungen des Beitritts zur WTO, die Entwicklung von Energieressourcen, die Forcierung der Bildung der eurasischen Transportunion, die Schaffung eines gemeinsamen Agrarmarktes, die Migrationspolitik und die Bekämpfung des Drogenhandels.

---

<sup>363</sup> Vgl. UN Resolution A/58/523 (21.10.2003).

<sup>364</sup> Vgl. Open Economy (19.02.2003).

Im Januar 2006 war Usbekistan der Gemeinschaft beigetreten, jedoch trat es 2008 aus innenpolitischen Gründen wieder aus.

**Tabelle 13: Wachstumsraten der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren der EurasWG-Mitgliedsstaaten 2010, im Vergleich zu 2001, in konstanten Preisen, in %<sup>365</sup>**

Staat	BIP	Industr. Produktion	Landwirtsch. Produktion	Umsatz des Einzelhandels	Investitionen ins Anlagevermögen
Belarus	194	211	152	326	428
Kasachstan	195	181	122	228	315
Kirgisien	141	110	116	218	184
Russland	152	143	110	227	204
Tadschikistan	198	173	203	325	keine Angaben
EurasWG	156	151	116	229	220

Gleichzeitig gründeten am 6. Oktober 2007 Russland, Kasachstan und Belarus eine Zollunion. Die Entstehung der Zollunion bedeutete die Bildung des einheitlichen Zollraums, in dessen Rahmen keine Zollgebühren und keine Beschränkungen des Wirtschaftscharakters (mit Ausnahme der speziellen Schutz-, Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen) zum Einsatz kommen. Im Rahmen der Zollunion wurde ein einheitlicher Zollltarif und andere einheitliche Maße für die Regulierung des Warenhandels mit dritten Ländern angewendet. Am 12. Dezember 2008 wurde das supranationale Organ der Zollunion, die Kommission der Zollunion<sup>366</sup>, gegründet. Im Juni 2009 haben die Zollunion-Mitgliedsstaaten einen einheitlichen Zollltarif sowie einen Zeitplan zur Bildung des einheitlichen Zollraums vereinbart: Die Zollunion sollte zum 1. Januar 2010 und das einheitliche Zollgesetzbuch zum 1. Juli 2010 etabliert werden.

Doch zurück zur EurasWG. Trotz der erheblichen Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten der EurasWG die Größe des Territoriums, die Bevölkerungszahl sowie die soziowirtschaftliche Entwicklung betreffend, war eine positive Tendenz des wirtschaftlichen Wachstums in der „aktiven“ Periode der EurasWG (2001–2010) zu beobachten (s. Tabelle 13: Wachstumsraten der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren der EurasWG-Mitgliedsstaaten 2010, im Vergleich zu 2001, in konstanten Preisen, in % und Tabelle 14: Wachstumsraten des BIP in den EurasWG-Staaten 2001–2010, in konstanten Preisen, in % zum vorherigen Jahr).

**Tabelle 14: Wachstumsraten des BIP in den EurasWG-Staaten 2001–2010, in konstanten Preisen, in % zum vorherigen Jahr<sup>367</sup>**

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>In % zum vorherigen Jahr</b>										
Belarus	104,7	105,0	107,0	111,4	109,4	110,0	108,6	110,2	100,2	107,6
Kasachstan	113,5	109,8	109,3	109,6	109,7	110,7	108,9	103,3	101,2	107,0
Kirgisien	105,3	100,0	107,0	107,0	99,8	103,1	108,5	108,4	102,9	98,6
Russland	105,1	104,7	107,3	107,2	106,4	108,2	108,5	105,2	92,2	104,0
Tadschikistan	109,6	110,8	111,0	110,3	106,7	107,0	107,8	107,9	103,4	106,5
<b>In % zum Jahr 2001</b>										
Belarus	100	105	112	125	137	151	164	180	181	194
Kasachstan	100	110	120	132	144	160	174	180	182	195
Kirgisien	100	100	107	115	114	118	128	137	143	141
Russland	100	105	112	120	128	139	150	158	146	152
Tadschikistan	100	111	123	136	145	155	167	180	186	198

Groß waren auch die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten in der Struktur

<sup>365</sup> EurasWG (2010).

<sup>366</sup> Diese Kommission funktioniert derzeit als Wirtschaftskommission im Rahmen der EAWU weiter.

<sup>367</sup> EurasWG (2010).

der Industriezweige. Die überwiegenden Industriebranchen in der tadschikischen und kirgisischen Wirtschaft sind Agrar-, Hydroelektrizität-, Bergbau- und Metallindustrien. Es muss jedoch betont werden, dass Kirgisien und Tadschikistan vor allem landwirtschaftliche Staaten bleiben. Im Gegensatz dazu dominieren in der belarussischen Wirtschaft Industriezweige, die sich auf die Herstellung von Produkten mit einem hohen Veredelungsgrad spezialisieren, so z. B. Maschinenbau, chemische und petrochemische Industrien. Die russische Wirtschaft kennzeichnet sich als Brennstoff- und Energieindustrie. Es gab zu dieser Zeit einige Anzeichen für eine postindustrielle Entwicklung: die Dienstleistungsbranche, die moderne Telekommunikation und die Informationstechnologien wuchsen. In Kasachstan sind Bergbau-, Brennstoff- sowie Metallindustrie vorhanden. Der gesamte Außenhandelsumsatz der EurasWG-Mitgliedsstaaten betrug im Jahr 2010 783.301,7 Mio. USD, davon 95.249,7 USD Umsatz innerhalb der Gemeinschaft (s. Tabelle 15: Außenhandelsumsatz der EurasWG-Mitgliedsstaaten, in Mio. USD).

Im Laufe der Jahre stiegen die bestehenden Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft deutlich an. Aus wirtschaftlicher Sicht entspricht dies einer Steigerung des Anteils von Russland und Kasachstan am gesamten Außenhandelsumsatz der EurasWG-Mitgliedsstaaten (s. Tabelle 15: Außenhandelsumsatz der EurasWG-Mitgliedsstaaten, in Mio. USD und Tabelle 16: Warenumsatz innerhalb der EurasWG 2001–2010). Dies liegt in erster Linie an der Steigerung der Öl- und Gasindustrie.

**Tabelle 15: Außenhandelsumsatz der EurasWG-Mitgliedsstaaten, in Mio. USD<sup>368</sup>**

		Export		Import		Außenhandelsumsatz	
		Insgesamt	davon EurasWG-Mitgliedsstaaten	Insgesamt	davon EurasWG-Mitgliedsstaaten	Insgesamt	davon EurasWG-Mitgliedsstaaten
<b>Belarus</b>	2001	7.451,0	4.017,0	8.286,0	5.472,0	15.737,0	9.489,0
	2008	32.570,8	10.992,4	39.381,3	23.695,4	71.952,1	34.687,8
	2010	25.225,9	10.407,2	34.868,2	18.475,6	60.094,1	28.882,8
<b>Kasachstan</b>	2001	8.639,0	2.063,0	6.446,0	3.055,0	15.085,0	5.118,0
	2008	71.183,5	7.104,6	37.889,0	14.341,6	109.072,5	21.446,2
	2010	59.216,6	5.704,6	29.760,0	11.645,5	88.976,6	17.350,1
<b>Kirgisien</b>	2001	476,0	161,0	467,0	241,0	943,0	402,0
	2008	1.855,6	526,6	4072,4	1.914,8	5.928,0	2.441,4
	2010	1.759,8	731,7	3.223,1	1.525,6	4.982,9	2.257,3
<b>Russland</b>	2001	100.060,0	8.778,0	41.884,0	6.756,0	141.944,0	15.534,0
	2008	467.580,6	38.907,9	267.100,7	17.635,3	734.681,3	56.543,2
	2010	396.441,7	30519,6	228.953,4	14.893,3	625.395,1	45.412,9
<b>Tadschikistan</b>	2001	652,0	198,0	688,0	378,0	1.340,0	576,0
	2008	1.408,7	146,4	3272,6	1.439,1	4.681,3	1.585,5
	2010	1.195,2	135,7	2.657,8	1.210,9	3.853,0	1.346,6
<b>Insgesamt in EurasWG</b>	2001	117.278,0	15.217,0	57.771,0	15.902,0	175.049,0	31.119,0
	2008 inkl. Usbekistan	583.428,0	61.074,3	358.016,9	61.586,6	941.444,9	122.660,9
	2010	483.839,2	47.498,8	299.462,5	47.750,9	783.301,7	95.249,7

Wichtig ist zu sagen, dass die Länder einander in erster Linie auf branchenübergreifendem Niveau ergänzten, was notwendigerweise zu den Schwierigkeiten bei der Handelsentwicklung und Problemen im Wettbewerb und der Bildung des gemeinsamen Zollraums führte.

Tadschikistan und Kirgisien wird heute zur Weltperipherie gezählt. Im Jahr 2005 belegte Kirgisien Platz 65 (FSI – 80,4) und Tadschikistan Platz 49 (FSI – 86,7) im Ranking "The Failed State Index"<sup>369</sup>, heute belegt Kirgisien Platz 62 (FSI – 82,2), Tadschikistan Platz 67

<sup>368</sup> EurasWG (2010).

<sup>369</sup> FSI (2005).

(FSI – 83,4)<sup>370</sup>. Wirtschaftlich gesehen sind Russland, Kasachstan und Belarus ebenfalls nahezu an der Grenze der Weltperipherie. Im Ranking "The Fragiles State Index" belegen sie entsprechend die Plätze 65, 110 und 87<sup>371</sup>. Zu beachten ist, dass die EurasWG von den reichsten und den ärmsten Ländern der GUS gegründet wurde.

**Tabelle 16: Warenumsatz innerhalb der EurasWG 2001–2010<sup>372</sup>**

Jahr	Umsatz		
	In Mrd. USD	In % zum vorherigen Jahr	In % zu 2010
2001	31,1	102	100
2002	30,9	99	99
2003	39,3	128	126
2004	56,0	142	180
2005	56,8	101	183
2006	77,1	136	248
2007	102,3	133	329
2008	122,6	120	396
2009	79,2	65	255
2010	95,2	120	306

In den Jahren 2001–2009 erlebten Russland, Belarus und Kasachstan eine positive Wachstumsdynamik. Die EurasWG-Mitgliedsstaaten waren vor allem Nettoexporteure. Eine Analyse der Struktur der Außenhandelsbeziehungen zeigt, dass Russland der wichtigste Handelspartner aller Mitgliedsstaaten war.

### 2.3.4 Schwachstellen der EurasWG

Zu den wichtigsten Mechanismen der EurasWG sind der partielle Freihandel, die Koordinierung der Außenwirtschaftspolitik (vor allem im Bereich der Zollvorschriften) sowie die Visumfreiheit zwischen den Mitgliedsländern zu zählen. Im Jahr 2002 beschlossen die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten die Prioritäten der EurasWG für 2003–2006 und die darauffolgenden Jahre. Als vorrangig eingestuft wurden unter anderem die Gründung der Zollunion, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, die Zusammenarbeit in der Wasserkraft-, Energie- und Marktentwicklung, die Zusammenarbeit im Bereich der Verkehrspolitik und der Arbeitsmigration, die Schaffung der Transportunion sowie die Entwicklungszusammenarbeit im Agrarbereich.

Beachtenswert ist auch, dass diese Prioritäten mit den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Länder nicht übereinstimmten oder nicht kompatibel waren. So waren Kasachstan und Russland in der Phase des wirtschaftlichen Wachstums nach den durchgeführten Marktreformen. In diesen Ländern wurden Versuche unternommen, den Rohstoff-Export, der ihre wirtschaftliche Dynamik bestimmte, durch innovative Elemente zu erweitern. Ziel war die Erreichung einer nachhaltigen Wirtschaft, die hauptsächlich auf innovativer Entwicklung basiert.

Belarus hatte ähnliche Ziele, aber unter anderen Vorzeichen: Beibehaltung des

<sup>370</sup> FSI (2015).

<sup>371</sup> Ebd.

<sup>372</sup> EurasWG (2010).

Staatseigentums in Schlüsselbereichen der Wirtschaft und weit verbreitete Nutzung von administrativen Management-Methoden. Kirgisien und Tadschikistan waren und bleiben in der Phase der Wiederherstellung der nationalen Wirtschaften. Große Bedeutung für diese Staaten haben die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Überwindung der Armut. Darüber hinaus wird in Kirgisien ein relativ liberales und in Tadschikistan ein zentralisiertes Modell der Wirtschaftssteuerung angewendet.

Unterschiedliche Interessen der EurasWG-Mitgliedsländer spiegeln sich in der Einführung von tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnissen (vor allem im Bereich von Lebensmitteln und Metallen) sowie in den Maßnahmen zum Interessenschutz der nationalen Hersteller und Investoren wider.

Die abgestimmten Prioritäten der EurasWG waren unverbindlich, weil es keine praktischen Umsetzungsinstrumente auf multilateraler Ebene gab. Der Großteil der Projekte implementierte sich bilateral. Auf diese Weise war es einfacher, nationale Interessen in Einklang zu bringen.

Die Freihandelszone konnte den Einstieg der russischen Unternehmen auf die Märkte der EurasWG-Mitgliedsstaaten und die Gründung von transnationalen Konzernen erleichtern. Jedoch spielten die Nachbarländer nicht immer mit: In Belarus wurde dies durch den großen Anteil staatlicher Kontrolle in der nationalen Wirtschaft, in Kasachstan durch einen enormen Einfluss der ausländischen Unternehmen in den nationalen Schlüsselindustrien behindert. Außerdem spielten große politische Risiken und die Schwäche der Wirtschaft in Kirgisien und Tadschikistan eine große Rolle. Eine begrenzte Freihandelszone, wie sie in der Gemeinschaft existierte, konnte die sozioökonomischen Probleme in diesen Ländern nicht lösen. Den wichtigsten Anteil der kirgisischen und tadschikischen Exporte machten Lebensmittel aus, bei denen bestimmte Schutzmaßnahmen (Schutz der einheimischen Produzenten) durch die Einfuhrländer am häufigsten zum Einsatz kamen. Dies reduzierte den Handel innerhalb der Gemeinschaft und behinderte die wirtschaftlichen Beziehungen.<sup>373</sup>

Eine weitere Schwachstelle der EurasWG war, dass Russland sich in einer starken Abhängigkeit von der Nutzung der belarussischen und kasachischen Infrastruktur befand. Durch das Territorium von Belarus führte Russland etwa 70% aller Lieferungen in die EU durch.<sup>374</sup> Das europäische Interesse an einer Zunahme der Gaslieferungen aus Russland und Zentralasien erhöhte den strategischen Wert der Pipeline „Jamal-Westeuropa“, die Belarus quert. Dabei stellte der russisch-belarussische Energiestreit die Zuverlässigkeit des belarussischen Transportwegs immer wieder in Frage.

Damals versuchte Russland von dem Transit durch sein Gebiet zu profitieren. Daher war Russland nicht bereit, den Eisenbahn-Transitverkehr auf der Ebene der Binnenzölle durchzuführen sowie einen einheitlichen Transit-Tarif für EurasWG-Mitgliedsstaaten anzubieten.

Ein weiteres Problem der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft war, dass die Beschaffung von Arbeitskräften einen unkontrollierten Migrantengstrom aus den Ländern der Gemeinschaft nach Russland auslöste. Dies schaffte wiederum Spannungen auf den regiona-

---

<sup>373</sup> Vgl. Vardomsky L./Kuzmina E./Shurubovich A. (2005).

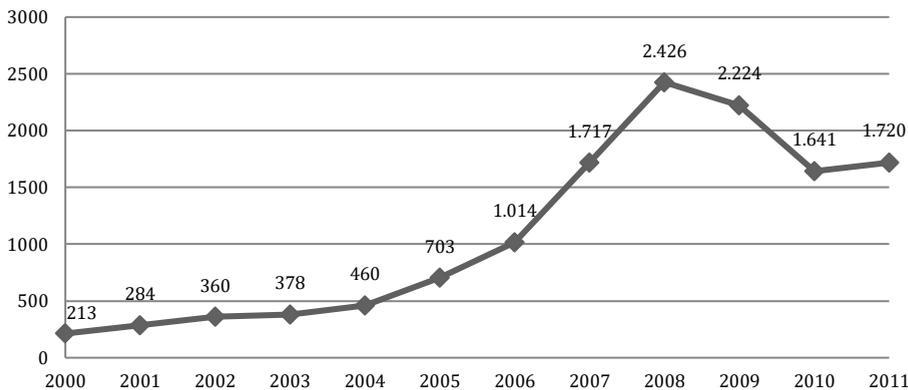
<sup>374</sup> Kazukiewicz M. (2004), S. 256.

len Arbeitsmärkten.

Die Grafik (s. Abbildung 13: Zahl der Arbeitsmigranten in Russland, in Tsd. Menschen) zeigt, dass die Zahl der Arbeitsmigranten zunächst beständig anstieg, dann 2008 den Höchststand erreichte, und anschließend 2010 auf 1.600–1.700 Tsd. Menschen abflachte. Die Grafik zeigt jedoch nur die offizielle Statistik. Laut Experten war die Migrantenzahl, die illegal in Russland arbeitete, mindestens zwei- oder dreimal höher als die offiziellen Statistiken auswies. In der Regel variieren die Experten-Einschätzungen der Gesamtzahl der Arbeitsmigranten in Russland zwischen 1,5 und 15 Mio. Menschen.<sup>375</sup>

Abkommen über die visumfreie Ein- und Ausreise wurden von Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan mit China, Iran, Pakistan, der Türkei und anderen Staaten getroffen. Nach diesen Abkommen stiegen die illegalen Grenzübertritte und die grenzüberschreitende Kriminalität enorm an. Zwei Drittel aller Drogen, die nach Russland importiert werden, passieren die russisch-kasachische Grenze. Die Städte Troizk, Kartaly, Omsk, Samara, Novosibirsk, Barnaul sind wichtige Transitpunkte des Drogenschmuggels aus Zentralasien nach Russland und andere Länder. Die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen zu sichern, beschränkte die wirtschaftlichen und politischen Folgen der russischen Teilnahme an der EurasWG.<sup>376</sup>

**Abbildung 13: Zahl der Arbeitsmigranten in Russland, in Tsd. Menschen**<sup>377</sup>



In diesem Kontext stellte die Armut in einigen zentralasiatischen Ländern eine große Gefahr für die EurasWG-Mitgliedsstaaten dar. Die Armut ist wiederum eine Konsequenz aus ineffizienter Wirtschaftsstruktur und ungünstiger geographischer Lage, fern der Wirtschafts- und Finanzzentren der Welt. Daher war die Wirtschaftshilfe durch die EurasWG für die Kirgisische Republik, Tadschikistan und höchstwahrscheinlich für Usbekistan sehr nötig, sowohl hinsichtlich sicherheitspolitischer Überlegungen als auch der zunehmend wichtigeren politischen Position Russlands in der Region.<sup>378</sup>

<sup>375</sup> Mukomel, W. (2005).

<sup>376</sup> Vgl. Vardomsky, L./Kuzmina, E./Shurubovich, A. (2005).

<sup>377</sup> Florinskaya, Y. (2013).

<sup>378</sup> Vgl. Florinskaya, Y. (2013).

Am 10. Oktober 2014 wurde der Vertrag über die Auflösung der EurasWG zum 1. Januar 2015 durch die Präsidenten Russlands, Kasachstans, Belarus, Kirgisiens sowie Tadschikistans unterschrieben. „Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft hat eine wichtige Mission erfüllt: Sie gewährleistete die nachhaltige Entwicklung der eurasischen Integration, baute eine Basis für die Schaffung der Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums.“, so Vladimir Putin.<sup>379</sup> Laut Putin wurde die Entscheidung über die Auflösung der EurasWG zum 1. Januar 2015 schon im Dezember 2012 getroffen. Diese Entscheidung ist durch die Schaffung der „neuen und besser entwickelten Integrationsvereinigung (A. O.: die Eurasische Wirtschaftsunion)“<sup>380</sup> bedingt.

---

<sup>379</sup> Einführungsvortrag von V. Putin bei der Sitzung des Zwischenstaatlichen Rats der EurasWG (10.10.2014).

<sup>380</sup> Ebd.



## 2.4 Sicherheitspolitische Integration

### 2.4.1 Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit

Als eine Basis für die Bildung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) diente der Vertrag über kollektive Sicherheit (VKS), der am 15. Mai 1992 von Armenien, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan und Usbekistan unterschrieben wurde. 1993 haben sich als Beobachter Aserbaidshan, Moldau und die Ukraine angeschlossen. Vor der Verlängerung des Vertrags 1999 sind einige Länder aus dem Vertrag über kollektive Sicherheit (VKS) ausgetreten, so Aserbaidshan, Georgien und Usbekistan. Die Ukraine und Moldau hatten kein Interesse an einer Militärintegration im Rahmen der GUS. Am 7. Oktober 2002 bildeten Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Russland und Tadschikistan bei der Sitzung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten eine neue Struktur – die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (s. Tabelle 17: Mitglieder der OVKS). Am 26. Dezember 2003 wurde die OVKS als internationale regionale Organisation bei der UNO registriert.

**Tabelle 17: Mitglieder der OVKS**

Mitglieder der OVKS <sup>381</sup>	Länder mit Beobachterstatus bei der Parlamentarischen Versammlung der OVKS <sup>382</sup>	Ex-Mitglieder der OVKS <sup>383384</sup>
<b>Armenien</b> (15.05.1992)	<b>Serbien</b> (11.04.2013)	<b>Aserbaidshan</b> (24.09.1993 – 2.04.1999)
<b>Belarus</b> (31.12.1993)	<b>Afghanistan</b> (11.04.2013)	<b>Georgien</b> (9.12.1993 – 2.04.1994)
<b>Kasachstan</b> (15.05.1992)		<b>Usbekistan</b> (15.05.1992 – 2.04.1999, 16.08.2006 – 19.12.2012)
<b>Kirgisien</b> (15.05.1992)		
<b>Russland</b> (15.05.1992)		
<b>Tadschikistan</b> (15.05.1992)		

Mit der Unterzeichnung des Vertrags über kollektive Sicherheit am 15. Mai 1992 änderten sich die Formen der Zusammenarbeit zwischen den postsowjetischen Staaten im Bereich der internationalen Sicherheit massiv. Vom Abschluss des VKS bis zur Gründung der OVKS 2002 gab es eine enge Verbindung zwischen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit und der GUS. Gemäß dem GUS-Beschluss vom 24. Dezember 1993 „Über die vorrangigen Maßnahmen für die Realisierung des Vertrags über kollektive Sicherheit vom 15.05.1992“ sollte die Umsetzung des VKS im Rahmen der GUS durchgeführt werden.<sup>385</sup> Das System des VKS wurde in erster Linie als die militärpolitische Richtung der GUS betrachtet. Dessen ungeachtet ist der Vertrag über kollektive Sicherheit teilweise unabhängig vom GUS-System geblieben.

<sup>381</sup> Vgl. OVKS: die im Rahmen der OVKS unterschriebenen Dokumente.

<sup>382</sup> Vgl. OVKS (12.04.2013).

<sup>383</sup> Vgl. OVKS: die im Rahmen der OVKS unterschriebenen Dokumente.

<sup>384</sup> Vgl. OVKS: Satzungsgebende Organe der OVKS.

<sup>385</sup> GUS-Beschluss vom 24.12.1993 „Über die vorrangigen Maßnahmen für die Realisierung des Vertrags über kollektive Sicherheit vom 15.05.1992“.

Die Unabhängigkeit des VKS als ein System, das den internationalen Frieden und die Sicherheit gewährleistet, wurde schon im Grundvertrag festgelegt. Gemäß Art. 5 des VKS entsteht für die Koordination der gemeinsamen Tätigkeit der Mitgliedsstaaten anstatt des Hauptkommandos der vereinigten Streitkräfte der GUS ein Rat für kollektive Sicherheit.<sup>386</sup> Festgelegt wurde, dass im Falle eines Angriffs auf einen Mitgliedsstaat vonseiten eines dritten Staates oder einer Gruppe von Staaten dies als Aggression gegen alle Mitgliedsstaaten der OVKS verstanden wird. Der Rat der Außenminister ist ein konsultatives Exekutivorgan der OVKS für die Koordination der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern im Bereich der Außenpolitik (s. Abbildung 14: Struktur der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit). Der Rat der Verteidigungsminister ist auch ein konsultatives Exekutivorgan, das die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Militärpolitik gewährleistet sowie die militärtechnische Partnerschaft zwischen den Mitgliedsstaaten unterstützt. Dieses Organ wurde gemäß dem Beschluss des Rates der GUS-Staatschefs „Über den Rat der Verteidigungsminister der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten“ vom 14. Februar 1992 gegründet.<sup>387</sup> Während seiner Tätigkeit hat der Rat der Verteidigungsminister mehr als 476 Dokumente zu Fragen der Verteidigung, der Friedensmissionen, des Aufbaus der Streitkräfte, der Regelung von Problemen der kollektiven Sicherheit, der Verbesserung des vereinigten Systems des Luftschutzes, der Ausbildung der Militärfachkräfte sowie des sozialrechtlichen Schutzes der Armeeingehörigen und ihrer Familien vorbereitet und abgeschlossen.

Das Komitee der Sekretäre der Sicherheitsräte beschäftigt sich mit der Koordination der Zusammenarbeit im Bereich der Gewährleistung der nationalen Sicherheit der Mitgliedsländer. Der Generalsekretär der OVKS ist der Hauptträger der Verwaltung in der Organisation. Er wird zu diesem Amt durch den Rat für kollektive Sicherheit berufen. Das Sekretariat der OVKS ist ein Arbeitsorgan für organisatorische, informative, analytische und konsultative Gewährleistung der Tätigkeit von Organisationsorganen. Der Kombinierte Stab der OVKS ist ein ständiges Arbeitsorgan, das für die Ausarbeitung von Vorschlägen und die Realisierung der Beschlüsse der OVKS zuständig ist.

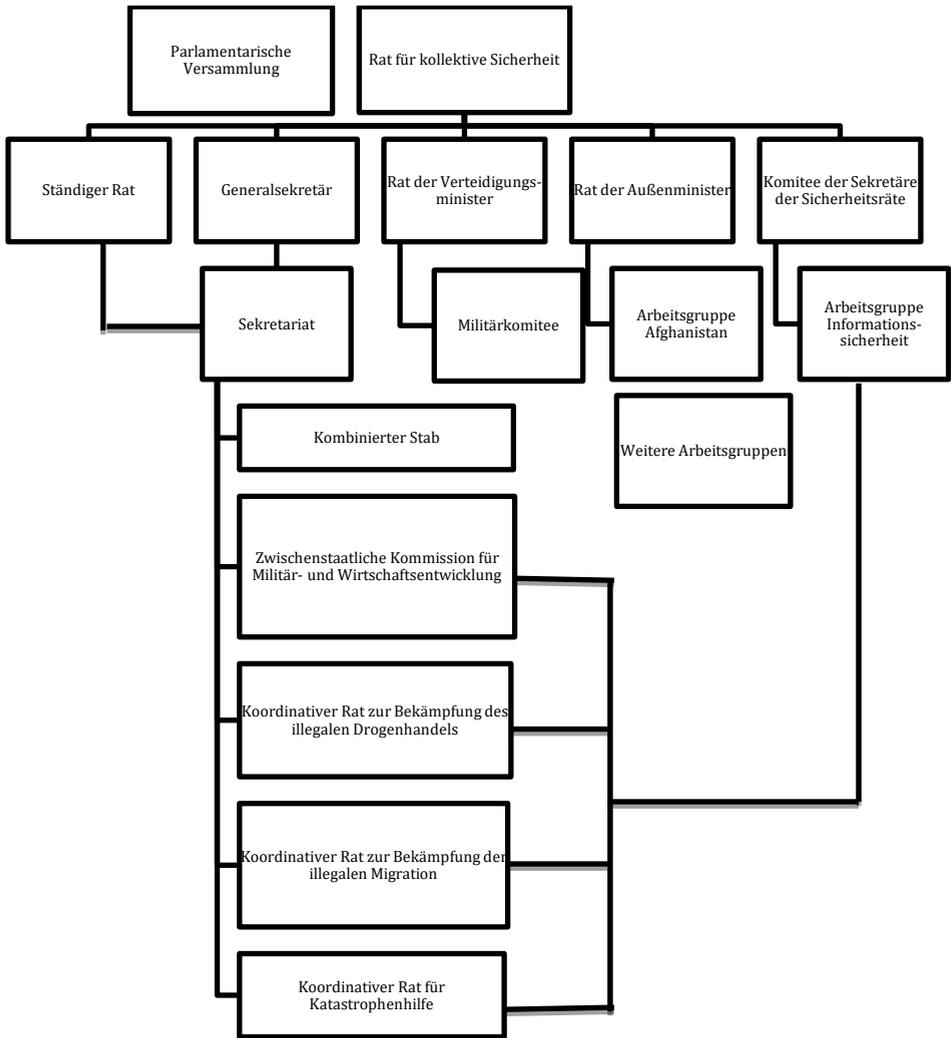
Die wichtigste Rolle bei der Entwicklung und der Strategiebildung der Organisation über kollektive Sicherheit spielen die militärpolitischen Interessen der Mitgliedsstaaten. Diese Interessen sind einander in vielem ähnlich. Infolge der regionalen Besonderheiten konzentrieren sie sich auf die gemeinsamen Probleme: Souveränitätserhalt, Bestand und Stabilität des Staates, Schutz vor den modernen Bedrohungen der internationalen und regionalen Sicherheit (internationaler Terrorismus, islamistischer Extremismus, illegaler Drogen- und Menschenhandel).

---

<sup>386</sup> Vgl. Art. 5 des Vertrags über kollektive Sicherheit vom 15.05.1992.

<sup>387</sup> GUS-Beschluss vom 14.02.1992 „Über den Rat der Verteidigungsminister der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“.

Abbildung 14: Struktur der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit<sup>388</sup>



Wichtig ist auch zu sagen, dass die OVKS als eine regionale Organisation auf den in den Grunddokumenten als vorrangig bezeichneten Gebieten nicht ausreichend aktiv ist. Im Rahmen der OKVS fehlen die Mechanismen der Konfliktprävention (Maßnahmen für Sicherheits- und Vertrauensaufbau), der friedlichen Streitbeilegung sowie des Friedensaufbaues nach einem Konflikt. Die Bekämpfung des internationalen Verbrechens hat formalen Charakter und gelangt im Rahmen der GUS zur Durchführung. Die OKVS-Mitgliedsstaaten haben keine Vertrauensebene erreicht, um sich über eine aktive Teilnahme an den jährlich stattfindenden Manövern zu verständigen. Gleichzeitig ist es nicht nötig, alle Mechanismen der OVKS für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit selbst zu entwickeln. Viele dieser Fragen

<sup>388</sup> Vgl. OVKS: Struktur der OVKS.

können im Rahmen der Zusammenarbeit mit den anderen in der Region tätigen Organisationen (GUS, OSZE, SOZ) sowie mit den Organisationen aus den benachbarten Regionen (EU, NATO) gelöst werden. Ungeachtet der gemeinsamen Probleme führen die Mitgliedsstaaten eine auf nationale Interessen zielende Außenpolitik, die nicht immer mit den Interessen der Partner bei der OVKS übereinstimmt oder sogar diesen Interessen widerspricht. Die sogenannte „multivektorielle“ Außenpolitik<sup>389</sup> ist häufig durch den Wunsch bedingt, maximalen Gewinn aus der Zusammenarbeit mit den regionalen und internationalen Akteuren zu schöpfen. Eine derartige Politik steht im Widerspruch zu den Prinzipien der OVKS und behindert die effektive Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten.

Nichtsdestotrotz stellt die Organisation über kollektive Sicherheit ein aussichtsreiches Projekt im Bereich der regionalen Sicherheit dar. Diese Organisation hat eine große Bedeutung für die militärische Sicherheit im postsowjetischen Raum, insbesondere für die Länder Zentralasiens, als einzige Organisation in dieser Region mit einem „Machtfaktor“. Die Perspektiven der weiteren Entwicklung der OVKS stehen in enger Verbindung mit der Stärkung ihrer Rolle in den internationalen Beziehungen. Eine Voraussetzung dafür sind die UNO-Richtlinien für die Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen, die die UNO als Elemente eines neuen Systems der kollektiven Weltsicherheit sieht.

Die Zusammenarbeit mit der UNO wird einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen mit der NATO leisten, was den grundlegenden Richtlinien der OVKS entspricht sowie aus objektiven Gründen zeitgemäß ist. So gehören zu den aktuellen Aufgaben der OKVS die innere Konsolidierung der Organisation und diplomatische Bemühungen, damit die OKVS als reale und nicht als deklarative militärpolitische Union Anerkennung findet.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die OVKS große Bedeutung für die Gewährleistung der militärpolitischen Interessen der Mitgliedsländer hat. Im Moment gibt es keine bessere Alternative im sicherheitspolitischen Bereich: Nur Russland verfügt über ausreichend finanzielle Ressourcen und kann eine dominierende Rolle bei der OVKS übernehmen sowie zwischen den Mitgliedsländern vermitteln.

#### **2.4.2 Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung - GU(U)AM**

Im Laufe der Verhandlungen beim Ständigen Rat der OSZE ist 1997 eine Vereinigung von Georgien, der Ukraine, Aserbajdschan und Moldau – GUAM – entstanden. GUAM vereinigte jene Staaten, die eine eigene Politik, unabhängig von Russland, führen wollten. 1999 äußerte Usbekistan den Wunsch, GUAM beizutreten. Dem Wunsch wurde bei der NATO-Sitzung in Washington am 24. April 1999 entsprochen. Seit dieser Zeit hieß die Organisation GUUAM. Allerdings trat Tashkent schon 2005 aus und schloss sich wieder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) an.

Die organisatorische Struktur von GUAM ähnelt jener der OSZE. Einige GUAM-Organe werden anders genannt, haben aber ähnliche Funktionen wie in der OSZE. So ist der

---

<sup>389</sup> Vgl. Klevakina E. (2013), S. 16.

Rat der Staatschefs eines der wichtigsten Organe von GUAM<sup>390</sup>. In der OSZE ist es das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs, das zweimal pro Jahr stattfindet. Die Thematik der Treffen des Rats der GUAM-Staatschefs gleicht jener in der OSZE: Es geht um die Hauptrichtungen der politischen, wirtschaftlichen und humanitären Zusammenarbeit im Rahmen von GUAM (s. Abbildung 15: Struktur der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung – GUAM).

Als GUAM-Exekutivorgan bezeichnet man den Außenministerrat<sup>391</sup> (wie der Ministerrat der OSZE). Der Außenministerrat trifft sich zweimal jährlich. Das Arbeitsorgan von GUAM ist das Komitee der Nationalen Koordinatoren, die durch die Außenminister der Mitgliedsstaaten ernannt werden. Zu ihren Funktionen gehören die Koordinierung der GUAM-Tätigkeit sowie die Vorbereitung der Sitzungen der Staatschefs und des Rats der Außenminister<sup>392</sup>.

Obwohl die Hauptorgane, die Ziele, die grundlegenden Dokumente der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung ähnlich der OSZE aufgebaut sind, ist festzustellen, dass die GUAM-Organisationsstruktur und die Funktionen der Organe aufgrund der fehlenden klaren Hierarchie uneindeutig sind.

Entsprechend der GUAM-Satzung aus dem Jahr 2001 definierten die Mitgliedsstaaten die Ziele und die Bereiche der Zusammenarbeit. Nach Meinung einiger Experten steht die Gründung der Organisation mit den USA in enger Verbindung. Die USA hätten GUAM als Instrument gesehen, um den politischen Pluralismus im postsowjetischen Raum zu entwickeln sowie um die Demokratie und Sicherheit in diesen Ländern zu stärken.<sup>393</sup> Eine andere Gruppe von Experten meint, dass die Entstehung von GUAM mit der Unterzeichnung des russisch-belarussischen Unionsvertrags von 1997 sowie mit der Verschärfung des Problems der Schwarzmeerflotte und des Konflikts in Transnistrien zusammenhängt.<sup>394</sup>

Auf jeden Fall stimmten die Interessen der USA oder der EU bei der Bildung der Organisation mit bestimmten Interessen der Mitgliedsstaaten überein. Heute lässt sich nicht mehr eindeutig klären, ob GUAM militärpolitische oder rein wirtschaftliche Interessen verfolgt. Zu den wesentlichen Faktoren der Gründung von GUAM zählt die Ähnlichkeit der Probleme, die mit den ethnischen Konflikten in Verbindung stehen, sowie die multivektorielle Außenpolitik, die auf eine Befreiung vom russischen Einfluss vor allem mittels Bildung von alternativen Energiekorridoren gerichtet ist.

Eine aktive Phase der Organisation begann im Februar–März 2005 nach der „Orangen Revolution“ in der Ukraine. Auf dem Kiewer Gipfel, der vom 22.-23. Mai 2006 stattgefunden hat, wurde GUAM in Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung umbenannt. Dieses Ereignis fiel mit der Verschlechterung der Beziehungen von Georgien, Moldau und der Ukraine mit der Russischen Föderation zusammen. Wenn früher die Ukraine als Lokomotive der Vereinigung galt, ist seit den Jahren 2005–2006 Aserbaidschan als „Treibkraft“ von GUAM zu bezeichnen. Aserbaidschan hat eine innerstaatliche Krise vermie-

---

<sup>390</sup> Vgl. Art. 4(1), Charter of Organization for democracy and economic development – GUAM.

<sup>391</sup> Vgl. Art. 5, ebd.

<sup>392</sup> Vgl. Art. 6, Charter of Organization for democracy and economic development – GUAM.

<sup>393</sup> Vgl. Voronkova, D. (2007).

<sup>394</sup> Vgl. Voronkova, D. (2007).

den und eine ausgewogene Politik zu Russland etabliert. Die Verstärkung der politischen Rolle Aserbajdžans in der Organisation klärte sich damit, dass dieses Land als Hauptexporteur von Energieressourcen betrachtet wurde. Von 7.-8. September 2006 fand ein offizieller Besuch des ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko in Baku statt. Es ging damals um eine Erweiterung der Zusammenarbeit im Energiebereich, genauer gesagt, um die Pipeline Odessa-Brody. Die Pipeline sollte Aserbajdžan (möglicherweise auch Kasachstan) mit den westeuropäischen Märkten verbinden. Die Schlüsselrolle von Aserbajdžan in diesem Projekt verstärkte sein politisches Gewicht in GUAM, so kamen die unregelmäßigen Konflikte immer wieder auf die Tagesordnung.<sup>395</sup>

Es ist wichtig, die Position Russlands in diesem Zusammenhang zu beleuchten. Da die Kischinjower Erklärung 2005 die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Energiebereich und in erster Linie der Realisierung der gemeinsamen Programme und Projekte für den Transport der kaspischen Energieträger auf den europäischen Markt<sup>396</sup> betont, verfolgt die GUAM-Organisation das Ziel, den wirtschaftlichen Druck sowie die Monopolisierung des Energiemarktes durch Russland zu unterbinden. Die Öl- und Gas-Transportschemata und eine Schaffung von neuen Energieträgerwegen nach Westen im Rahmen der GUAM widersprechen den nationalen Interessen Russlands.

Seit der Entstehung der Organisation blieb die Frage der Bildung von eigenen GUAM-Friedenstruppen ungelöst. Es war nicht klar, was ihre Rolle sein sollte: die Pipelines schützen oder bei Friedensmissionen in Konfliktzonen mitwirken. Unterschiedliche Vorschläge der GUAM-Mitglieder schufen keine Klarheit. 2006 schlug Viktor Juschtschenko vor, die Friedenstruppen nach Transnistrien zu schicken, unter Beobachtung der OSZE. Obwohl dieser Plan nicht realisiert werden konnte, begannen im Frühling 2006 Verhandlungen zu den Perspektiven der Bildung eines Friedensbataillons und spezieller Polizeikräfte von GUAM. Trotz der Zustimmung bei der Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister der GUAM-Mitgliedsstaaten wurde die Bildung der Friedenstruppen 2007 sistiert. Der Grund liegt darin, dass die Umsetzung der Vorschläge unmittelbar von der außenpolitischen Situation sowie von den bilateralen Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern abhängig ist.

Ein anderer Bereich der Zusammenarbeit betrifft den Kampf gegen den Terrorismus. Er hat begrenzten Charakter aufgrund der verhältnismäßig geringen terroristischen Aktivitäten auf den Territorien der Mitgliedsländer. Rechtliche Basis dafür ist das Regierungsabkommen vom 20. Juli 2002 über die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens und anderer Arten von Verbrechen.<sup>397</sup> Im September 2006 wurde ein Treffen von Experten in der Terrorismusbekämpfung in Baku organisiert. Später fanden diese Treffen regelmäßig statt. Ihr Ziel war eine Verstärkung des Informationsaustausches zwischen den Mitgliedsstaaten. Am 4. Juli 2003 wurde ein Vertrag über die Bildung des Virtuellen Zentrums von GUAM zur Bekämpfung des Terrorismus, des orga-

---

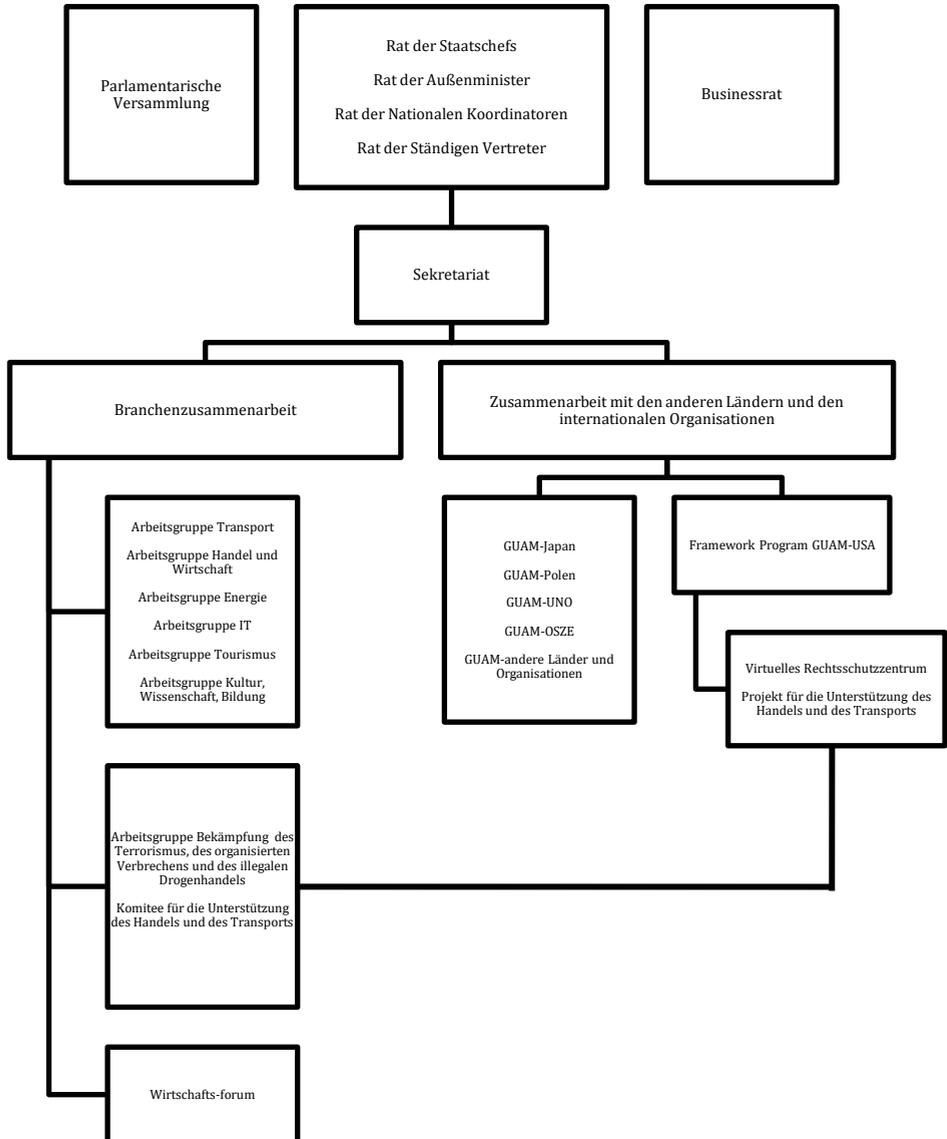
<sup>395</sup> Vgl. Ivanov, V. (2009), S. 173.

<sup>396</sup> Vgl. the Chisinau Declaration of the GUUAM Heads of States "In the name of democracy, stability and development" vom 22.04.2005.

<sup>397</sup> Protocol to the Agreement on Cooperation among the Governments of GUUAM Participating States in the Field of Combat against Terrorism, Organized Crime and Other Dangerous Types of Crimes of the 20 July 2002.

nisierten Verbrechens und des illegalen Drogenhandels unterschrieben<sup>398</sup>, was zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit in diesem Bereich führte.

**Abbildung 15: Struktur der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung – GUAM<sup>399</sup>**



<sup>398</sup> Vertrag über die Bildung des Virtuellen Zentrums von GUAM zur Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens, des illegalen Drogenhandels und anderer Arten von Verbrechen.

<sup>399</sup> Vgl. GUAM: Organisationsstruktur.

Die Effektivität des Kampfes gegen den Terrorismus und die grenzüberschreitende Kriminalität scheiterte im Rahmen von GUAM an zwei Ursachen. Erstens stellen die Mitgliedsstaaten keine territoriale Einheit dar. Nur Georgien und Aserbaidshan grenzen unmittelbar aneinander. Die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Moldau verschlechterte sich durch die Situation in Transnistrien, das zwischen beiden Staaten liegt. Zweitens vermeidet GUAM die Zusammenarbeit in diesem Bereich mit der GUS, die dank des einheitlichen postsowjetischen Raums im Kampf gegen den Terrorismus viel effektiver ist.

Im Gegensatz zur GUS entwickelt GUAM die Beziehungen zu den USA aktiv. Im Dezember 2002 ist ein Framework Program zwischen GUAM und den USA zur Unterstützung des Handels und Transports, die Gewährleistung der Grenz- und Zollsicherheit, die Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens und des illegalen Drogenhandels in Kraft getreten.<sup>400</sup> Das Interesse an dieser Partnerschaft ist hauptsächlich damit zu erklären, dass diesen Beziehungen die Schaffung eines Gegengewichts zu Russland sowie der Kampf gegen den Separatismus in den Mitgliedsstaaten zugrundeliegen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die regionale Integration im GUAM-Rahmen keine handfeste Basis hat. Einige Länder treten gegen den Beitritt neuer Mitglieder zur Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung auf, mit denen sie territoriale Auseinandersetzungen haben. So ist Aserbaidshan vehement dagegen, Armenien in die Organisation aufzunehmen, obwohl die Rolle Jerewans in der kaukasischen Region groß ist. All dies deutet darauf hin, dass es in der Tätigkeit der Organisation mehr disintegrative Faktoren gibt als integrative. Weder die Hilfe der USA, noch die Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen der östlichen Partnerschaft können die Integration der Mitgliedsstaaten gewährleisten.

---

<sup>400</sup> Vgl. GUAM-US Framework Program of Trade and Transport Facilitation, Ensuring Border and Customs Control, Combating Terrorism, Organized Crime and Drug Trafficking.

### 3 INTEGRATION IM POSTSOWJETISCHEN RAUM HEUTE: DIE EURASISCHE WIRTSCHAFTSUNION (EAWU)

#### 3.1 Institutionelle Rahmenbedingungen der EAWU

##### 3.1.1 Ziele, Prinzipien und Rechtsstatus der EAWU

Die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) ist eine internationale Organisation im Bereich der regionalen wirtschaftlichen Integration. Die Mitglieder der EAWU sind Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Russland. Die gesamte Bevölkerung der EAWU umfasst 179,4 Mio. Menschen (2014) auf einem 20.260.444,0 km<sup>2</sup> großen Territorium.

Am 29. Mai 2014 wurde in Astana nach dem Sitzungsbeschluss des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates ein Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion unterschrieben, der am 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist. Den Vertrag wurde von den Präsidenten Russlands, Belarus und Kasachstans unterzeichnet. Am 10. Oktober 2014 trat die Republik Armenien der EAWU bei. Die Kirgisische Republik unterschrieb den Beitrittsvertrag am 23. Dezember 2014 (s. Tabelle 18: Unterzeichnung des Vertrags über die EAWU).

**Tabelle 18: Unterzeichnung des Vertrags über die EAWU**

Mitgliedsstaat	Datum der Vertragsunterzeichnung	Datum des offiziellen Beitritts
Armenien <sup>401</sup>	10.10.2014	02.01.2015
Belarus <sup>402</sup>	29.05.2014	01.01.2015
Kasachstan <sup>403</sup>	29.05.2014	01.01.2015
Kirgisien <sup>404</sup>	23.12.2014	12.08.2015
Russland <sup>405</sup>	29.05.2014	01.01.2015

Um rechtliche Widersprüche auszuschließen und aktuelle Normen zu optimieren, gelangte bei der Erarbeitung des Vertrags eine komplexe Systematisierung der internationalen Übereinkommen zur Durchführung, die im Rahmen der Zollunion der EurasWG sowie des Einheitlichen Wirtschaftsraumes (EWR) geschlossen wurden. In den Vertrag wurden die Normen und Regeln der EurasWG aufgenommen, die den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften innerhalb der Union erlaubten. Außerdem

<sup>401</sup> Vertrag über den Beitritt der Republik Armenien zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014 vom 10.10.2014.

<sup>402</sup> Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>403</sup> Ebd.

<sup>404</sup> Vertrag über den Beitritt der Republik Kirgisien zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014 vom 23.12.2014.

<sup>405</sup> Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

wurde die vertragsrechtliche Basis der Zollunion und des EWR in Übereinstimmung mit den Regeln und Normen der WTO gebracht.

Die Eurasische Wirtschaftsunion agiert nach dem Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten. Aus Sicht des allgemeinen Völkerrechts ist die EAWU eine regionale wirtschaftliche Organisation, die Rechtssubjektivität hat.<sup>406</sup>

Im Vertrag über die EAWU wurden folgende Ziele der Union definiert:

- Schaffung von günstigen Verhältnissen für eine stabile Wirtschaftsentwicklung der Mitgliedsstaaten im Interesse der Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung;
- Streben nach Bildung eines gemeinsamen Marktes von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften im Rahmen der Union;
- Umfassende Modernisierung, Kooperation und Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Wirtschaften unter den Bedingungen der Weltwirtschaft.<sup>407</sup>

Im Prinzip setzt sich die EAWU das Gleiche zum Ziel, was die Europäische Gemeinschaft (später als EU) in den 1950er-Jahren verfolgte: Bildung einer Zollunion (1968), eines Gemeinsamen Marktes (1992) sowie Einführung einer gemeinsamen Währung (2002).

Wenn man jedoch die Startpositionen der EAWU und der Europäischen Union vergleicht, lässt sich feststellen, dass alle Mitglieder der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein ungefähr gleiches Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung aufwiesen. In der EAWU bestehen dagegen bedeutende Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der EAWU-Mitglieder sowie in der Durchführung von Reformen.

Wenn man die Tabelle 19: Statistische Angaben zu den EAWU-Mitgliedsstaaten analysiert, wird klar, dass ein bedeutendes Problem der EAWU die Inhomogenität der Mitgliedsstaaten ist. Während das BIP in Russland, Kasachstan und Belarus 1.861,0, 217,9 bzw. 76,14 Mrd. USD (2014) betrug, erreichte das armenische und kirgisische BIP nur 11,64 bzw. 7,404 Mrd. USD. Ins Auge springt außerdem die stark importorientierte kirgisische Wirtschaft, wo der Import von Waren und Dienstleistungen 88,1% des BIP beträgt.

Ebenso sind die gravierenden Unterschiede im Wohlstandsindikator "Human Development Index" (HDI) zu sehen. Der HDI betrug 2014 in Russland und Belarus 0,798, was der hohen menschlichen Entwicklung entspricht, und 0,655 in Kirgisien, was der mittleren menschlichen Entwicklung entspricht.

In der Fachliteratur nennt man solche Prozesse „asymmetrische Integration“<sup>408</sup> (Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten oder Integration auf verschiedenen Niveaus). Die asymmetrische Integration steht im Gegensatz zum europäischen Prinzip der synchronen Integration, wo die Mitgliedsländer von einer Integrationsebene zur anderen synchron übergehen. Somit wird das wirtschaftliche und soziale Entwicklungsniveau der Integrationspartner ausgeglichen.

---

<sup>406</sup> Vgl. Art. 1 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>407</sup> Art. 4 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>408</sup> Snorrason, S. T. (2012).

Eine Folge der asymmetrischen Integration in Eurasien ist die Notwendigkeit, Partner mit verschiedenen Geschwindigkeiten und auf verschiedenen Niveaus zusammenzubringen. Die Entscheidung über die Erweiterung der EAWU und den Beitritt von Kirgisien und Armenien lässt sich aus wirtschaftlicher Sicht nicht erklären, da diese Staaten offensichtlich für eine tiefergehende wirtschaftliche Integration nicht bereit sind und noch lange nicht bereit sein werden.

**Tabelle 19: Statistische Angaben zu den EAWU-Mitgliedsstaaten**

	Armenien	Belarus	Kasachstan	Kirgisien	Russland
<b>Territorium (in km<sup>2</sup>)</b> <sup>409</sup>	29.743,0	207.600,0	2.724.902,0	199.949,0	17.098.250,0
<b>Bevölkerung (2014, in Mio. Menschen)</b> <sup>410</sup>	3,006	9,470	17,29	5,834	143,8
<b>HDI (2014)</b> <sup>411</sup>	0,733	0,798	0,788	0,655	0,798
<b>CPI (2015)</b> <sup>412</sup>	35	32	28	28	29
<b>BIP (2014, in Mrd. USD)</b> <sup>413</sup>	11,64	76,14	217,9	7,404	1.861,0
<b>Export von Waren und Dienstleistungen (2014, in % zu BIP)</b> <sup>414</sup>	28,5	57,2	39,1	36,9	30,0
<b>Import von Waren und Dienstleistungen (2014, in % zu BIP)</b> <sup>415</sup>	46,9	57,9	25,9	88,1	22,9

Laut EAWU-Vertrag betreiben die Mitgliedsstaaten eine abgestimmte und einheitliche Wirtschaftspolitik. Mit „einheitlicher Politik“ ist eine Politik der Mitgliedsstaaten gemeint, die in den im EAWU-Vertrag bestimmten Bereichen eine unifizierte Anwendung der rechtlichen Normen annimmt. Eine „abgestimmte Politik“ bedeutet ihrerseits eine Politik der Mitgliedsstaaten in verschiedenen Bereichen, die eine Zusammenarbeit nach den gemeinsamen, im Rahmen des EAWU-Vertrags erarbeiteten Prinzipien sowie eine Harmonisierung der rechtlichen Regulierung auf Basis der Beschlüsse der EAWU-Organe vorsieht.

Die abgestimmte Wirtschaftspolitik soll hauptsächlich die Gewährleistung der nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaften, eine Garantie der effektiven Zusammenarbeit sowie die Erarbeitung von gemeinsamen Prinzipien und Orientierungspunkten für die sozialwirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsstaaten zum Inhalt haben.

Ein besonderer Punkt des Vertrags ist die abgestimmte Energiepolitik sowie die Bildung von einheitlichen Energiemärkten (Elektroenergiemarkt, Erdgasmarkt, Erdöl- und Erdölproduktmarkt), die bis 2025 umgesetzt werden sollen (s. Tabelle 20: Ablauf der Bildung von einheitlichen Märkten für Energieträger). Unter einem einheitlichen Erdgasmarkt/einheitlichen Erdöl- und Erdölproduktmarkt versteht man einen Komplex der handelswirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Unternehmen im Bereich der Förderung, des Transports, der Verarbeitung und des Absatzes von Erdgas/Erdöl/Erdölprodukten auf

<sup>409</sup> Weltbank: Countries and Economies.

<sup>410</sup> Ebd.

<sup>411</sup> United Nations Development Programme (UNDP).

<sup>412</sup> Transparency International (2015b).

<sup>413</sup> Weltbank: Countries and Economies.

<sup>414</sup> Ebd.

<sup>415</sup> Ebd.

dem Territorium der Mitgliedsstaaten. Der einheitliche Elektroenergiemarkt bedeutet einen Komplex der Beziehungen zwischen den Subjekten des inneren Großhandelsmarkts der Mitgliedsstaaten im Bereich des Elektroenergiehandels.

Folgende Prinzipien sollen die abgestimmte Energiepolitik der Mitgliedsstaaten bestimmen:

- Gewährleistung der marktgebundenen Preisbildung für Energieträger;
- Gewährleistung der Konkurrenzentwicklung auf den einheitlichen Märkten für Energieträger;
- Abbau von technischen, administrativen und anderen Handelshindernissen im Energiebereich;
- Gewährleistung der Entwicklung der Transportinfrastruktur von einheitlichen Märkten für Energieträger;
- Gewährleistung von nichtdiskriminierenden Bedingungen auf den einheitlichen Märkten für Energieträger;
- Bildung von günstigen Bedingungen zur Investitionsbeschaffung in die Energie-Komplexe der Mitgliedsstaaten;

Harmonisierung von nationalen Normen und Regeln im Bereich der technischen und kommerziellen Infrastruktur der einheitlichen Märkte für Energieträger.<sup>416</sup>

**Tabelle 20: Ablauf der Bildung von einheitlichen Märkten für Energieträger<sup>417</sup>**

	Rechtliche Regulierung	Konzeption	Realisierungsprogramm	Inkrafttreten
<b>Elektroenergie</b>	Art. 81 des EAWU-Vertrags	01.07.2015	01.08.2018	01.07.2019
<b>Erdgas</b>	Art. 83 des EAWU-Vertrags	01.01.2016	01.01.2024	01.01.2025
<b>Erdöl/Erdölprodukte</b>	Art. 84 des EAWU-Vertrags	01.01.2016	01.01.2024	01.01.2025

Am meisten fortgeschritten ist die Erarbeitung des Programmteils zur Bildung eines einheitlichen Elektroenergiemarkts der EAWU-Mitgliedsstaaten. Eine entsprechende Konzeption wurde am 8. Mai 2015 von Obersten Eurasischen Wirtschaftsrat genehmigt. Die Bildung des Marktes soll in drei Etappen stattfinden:

1. Etappe (2015–2016): Erarbeitung und Genehmigung des Programms zur Bildung eines einheitlichen Elektroenergiemarktes.
2. Etappe (2016–2018): Durchführung des Programms zur Bildung eines einheitlichen Elektroenergiemarktes.
3. Etappe (2018–2019): Unterfertigung des internationalen Vertrags zur Bildung eines einheitlichen Elektroenergiemarktes.<sup>418</sup>

Die Bildung eines einheitlichem Erdgas- bzw. Erdöl- und Erdölproduktmarktes befindet sich noch im Entwicklungsstadium.

<sup>416</sup> Vgl. Art. 79(1) des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>417</sup> Vgl. EAWK: Terms of Establishment of Common Markets of Energy Resources, S. 37.

<sup>418</sup> Vgl. Art. 13 der Konzeption der Bildung des einheitlichen Elektroenergiemarkts der EAWU vom 8.05.2015.

Belarus steht auf dem Standpunkt, dass vor der Bildung eines einheitlichen Energiemarktes ein einheitlicher Erdgasmarkt geschaffen werden müsste.<sup>419</sup>

Im erwähnten Vertrag wurden außerdem langfristige Prioritäten in der Transportpolitik auf dem Territorium der EAWU festgelegt. Die Vertragsseiten haben der stufenweisen Transportliberalisierung in den Bereichen des KFZ-, Schienen-, Luft- und Wasserverkehrs zugestimmt. Die EAWU-Mitgliedsstaaten legen besonderen Wert auf die Erhöhung des Transportpotenzials mittels Erweiterung und Modernisierung des Automobil- und Schienenverkehrs, der Flug-, See- und Binnenhäfen, der Entwicklung der inneren Wasserstraßen und der Anschaffung von modernen Transportmitteln. Die EAWU verfügt aktuell über 1,6 Mio. km Kraftfahrzeugstraßen, 108.000 km Eisenbahnstrecken, 107.500 km Binnenwasserstraßen sowie 793.500 km Flugstrecken.

Die abgestimmte Transportpolitik soll auf die Gewährleistung der wirtschaftlichen Integration sowie die Bildung eines einheitlichen Transportraums gerichtet sein. Unter einem einheitlichen Transportraum wird der Komplex der Transportsysteme von EAWU-Mitgliedsstaaten verstanden, in dessen Rahmen ein freier Verkehr von Passagieren, Lasten und Kraftfahrzeugen durch Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten im Transportbereich garantiert wird. Am 8. Mai 2015 wurde das Programm zur stufenweisen Liberalisierung des Kraftwagenverkehrs auf dem Territorium der EAWU für 2016–2025 von den Staatschefs der EAWU-Mitglieder unterschrieben<sup>420</sup>, was den Zugang zum inneren Transportmarkt für Verkehrsunternehmen der EAWU erleichtert und die Transportkosten durch den verstärkten Wettbewerb reduziert.

In diesem Kontext ist es wichtig zu betonen, dass die vom Staat regulierten Bereiche der natürlichen Monopole eine große Rolle im Vertrag über die EAWU spielen. Der Vertrag beinhaltet die rechtliche Basis für die Einführung von einheitlichen Regulierungsnormen im Bereich natürlicher Monopole.<sup>421</sup> Zu den natürlichen Monopolen der EAWU-Mitgliedsstaaten gehört vor allem der Erdöl- und Erdgastransport, die Übertragung und Verteilung von Elektroenergie, der Schienenverkehr, der Postservice und das elektrische Fernmeldewesen, der Flug-, See- und Binnenhafenservice, die Übertragung und Verteilung von Wärmeenergie sowie die Wasserversorgung.

Auf Beschluss des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrats vom 24. Dezember 2013 wurde eine Liste von normativ-rechtlichen Akten der Mitgliedsstaaten im Bereich der Tätigkeitsregulierung von Subjekten der natürlichen Monopole festgelegt, die der Annäherung unterliegen.<sup>422</sup> Der Beschluss sieht folgende normativ-rechtlichen Annäherungsetappen vor:

1. Etappe: Harmonisierung im Bereich der nationalen Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten über natürliche Monopole;

---

<sup>419</sup> Vgl. Besondere Meinung der Republik Belarus zur Konzeption der Bildung des einheitlichen Energiemarktes der EAWU vom 8.05.2015.

<sup>420</sup> Programm der stufenweisen Liberalisierung des Kraftwagenverkehrs auf dem Territorium der EAWU für 2016-2025 vom 8.05.2015.

<sup>421</sup> Vgl. Art. 78 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>422</sup> Vgl. Beschluss des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrats über die Liste der normativ-rechtlichen Akten der Mitgliedsstaaten der Zollunion und des EWR im Bereich der Tätigkeitsregulierung von Subjekten der natürlichen Monopole, die der Annäherung unterliegen, vom 24. Dezember 2013.

2. Etappe: Harmonisierung im Bereich der nationalen Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten über die Tätigkeitsregulierung von Subjekten der natürlichen Monopole im Bereich der Übertragung und Verteilung von Elektroenergie;
3. Etappe: Harmonisierung im Bereich der nationalen Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten über die Tätigkeitsregulierung von Subjekten der natürlichen Monopole im Bereich des Schienenverkehrs;
4. Etappe: Harmonisierung im Bereich der nationalen Gesetzgebung der Mitgliedsstaaten über die Tätigkeitsregulierung von Subjekten der natürlichen Monopole im Bereich des Erdöltransports.<sup>423</sup>

Die normativ-rechtliche Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen sollte bis Ende 2016 abgeschlossen sein, die Arbeit an der Harmonisierung läuft aber bis jetzt. Im Endeffekt sollen die Bedingungen für die Liberalisierung sowie die weitere Entwicklung von Subjekten der natürlichen Monopole geschaffen werden, was einen Beitrag zur Senkung der Produktionskosten, eine Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit von Waren und Dienstleistungen sowie die Bildung des freien Markts leisten soll.

Außerdem wurde im Rahmen des EAWU-Vertrags eine Vereinbarung über die Festlegung und Realisierung einer abgestimmten Agrarpolitik getroffen.<sup>424</sup> Das Ziel dieser Politik ist eine bilanzierte Entwicklung eines Agrarmarkts, die Gewährleistung einer freien Konkurrenz zwischen den EAWU-Mitgliedern, der freie Zugang zum gemeinsamen Agrarmarkt sowie der Interessenschutz von EAWU-Produzenten auf dem Binnen- und Außenmarkt. Die abgestimmte Politik soll durch eine staatliche Unterstützung der Landwirtschaft, die Regelung des gemeinsamen Agrarmarkts, einheitliche Anforderungen im Produktionsbereich, die Entwicklung des Exports von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie die wissenschaftliche und innovative Entwicklung des Agrar-Industrie-Komplexes realisiert werden. Als vorrangig wurden folgende Kooperationsbereiche definiert:

- Aufstellung von gemeinsamen Entwicklungsprognosen im agrarindustriellen Bereich;
- Unterstützung der Landwirtschaft, Erarbeitung von Vorschlägen zur Erhöhung der Effektivität;
- Analyse der Konkurrenzfähigkeit von agrarwirtschaftlichen Produkten der Mitgliedsstaaten;
- Maßnahmenplanung für die Erweiterung des Exportpotenzials im Agrarbereich;
- Entwicklung der Zusammenarbeit von Mitgliedsstaaten in verschiedenen Bereichen (z. B. Erarbeitung eines gemeinsamen Programms zur Entwicklung von Aquakultur in der EAWU).

Eine weitere Entwicklung der Integrationsprozesse im Agrar-Industrie-Komplex wird zur Erweiterung der Produktion von konkurrenzfähigen Gütern, einer Erhöhung des gegenseitigen Handels, dem Zugang zu den Märkten von Drittländern sowie der Gewährleistung der Ernährungssicherheit in der Region führen.

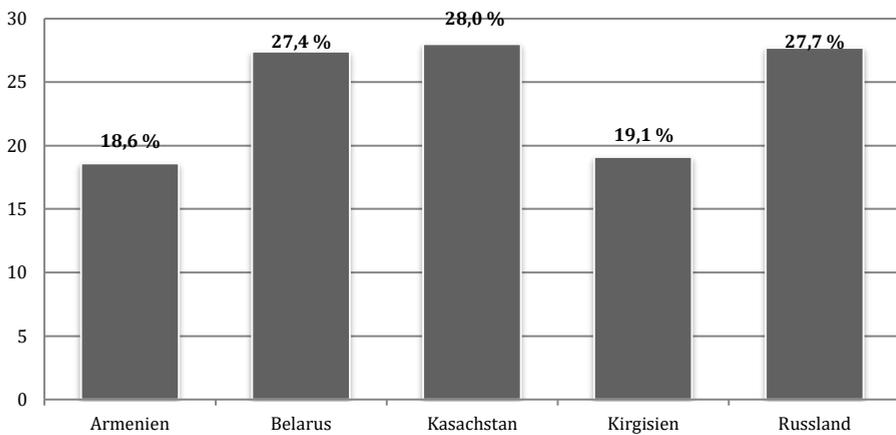
---

<sup>423</sup> Vgl. Beschluss des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrats über die Liste der normativ-rechtlichen Akten der Mitgliedsstaaten der Zollunion und des EWR im Bereich der Tätigkeitsregulierung von Subjekten der natürlichen Monopole, die der Annäherung unterliegen, vom 24. Dezember 2013.

<sup>424</sup> Vgl. Art. 94-95 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

Da die Industrie eine bedeutende Rolle in den EAWU-Staaten spielt (s. Abbildung 16: Industrieanteil am BIP der EAWU-Mitglieder, in %), regelt der EAWU-Vertrag ebenso die Industriepolitik der Mitgliedsstaaten durch Weiterentwicklung von Normen und Regeln der Zollunion und des EWR. Unter „Industriepolitik“ versteht man das Durchführen oder Unterlassen von staatlichen Eingriffen in die marktwirtschaftliche Allokation. Im Sinne der abgestimmten Industriepolitik der EAWU muss man die Summe aller staatlichen Maßnahmen der EAWU-Mitgliedsstaaten verstehen, die eine politisch gewünschte Gestaltung industrieller Strukturen zur Folge haben.<sup>425</sup> Man definiert im EAWU-Vertrag Ziele, Aufgaben und Mechanismen der industriellen Zusammenarbeit innerhalb der EAWU. Vorausgesetzt wird, dass bei der Erarbeitung und Umsetzung der Industriepolitik die industriellen Interessen aller Mitgliedsstaaten Berücksichtigung finden sollen.<sup>426</sup>

**Abbildung 16: Industrieanteil am BIP der EAWU-Mitglieder, in %<sup>427</sup>**



Die Hauptrichtungen der abgestimmten Industriepolitik umfassen folgende vorrangige Bereiche:

- Maßnahmenplanung zum Schutz des Industriemarkts der EAWU-Mitgliedsstaaten;
- Bildung von Mechanismen für den gemeinsamen Zugang zu Industriemärkten von Drittländern zwecks Einführung der gemeinsamen Produktion;
- Maßnahmenplanung zur Unterstützung von vorrangigen Industriebereichen;
- Investitionsbeschaffung für vorrangige industrielle Bereiche der EAWU-Mitglieder;
- Unterstützung von Exporten der EAWU-Mitglieder in Drittländer;
- Bildung von Integrationsstrukturen und transnationalen Unternehmen zur Überleitung der exportorientierten Erzeugnisse in die Produktion;
- Unterstützung der technologischen Entwicklung der EAWU-Mitgliedsstaaten;
- Unterstützung der Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und technischen Bereich.

<sup>425</sup> Vgl. Hasse, R. H./Schneider, H./Weigelt, K. (Hrsg.)(2005), S. 261.

<sup>426</sup> Vgl. Art. 62-98 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>427</sup> Vgl. Sidorsky, S. (Hrsg.)(2015), S. 57.

Im Rahmen der abgestimmten Industriepolitik wurde außerdem eine Liste von sensiblen Gütern für die industrielle Kooperation zwischen den EAWU-Staaten ausgearbeitet. Unter „sensiblen Gütern“ versteht man Güter mit hohem Konkurrenzniveau zwischen den Produzenten aus verschiedenen Mitgliedsländern. Heutzutage werden den sensiblen Gütern Produkte aus dem Bereich der Metallurgie, des Automobilbaus, des Maschinen- und Ausrüstungsbaus für Land- und Forstwirtschaft, der Baumaterialindustrie sowie der Leichtindustrie zugerechnet.

Eine effektive Industriepolitik der EAWU kann eine weitere Vertiefung der Integration im postsowjetischen Raum bewirken, indem Produzenten aus den Mitgliedsstaaten freien Zugang zum EAWU-Binnenmarkt zu gegenseitig vorteilhaften Bedingungen erhalten. Dies kann die kaum in die Globalwirtschaft integrierten Industrien der EAWU-Länder vor außenwirtschaftlichen Faktoren schützen.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Vertrags über die EAWU ist die Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten. Die Mitglieder der EAWU verfolgen eine abgestimmte Finanzpolitik gemäß Art. 64 (1) des Vertrags über die EAWU<sup>428</sup>, die folgende Prinzipien vertritt:

- Stufenweise Harmonisierung von nationalen Ansätzen zur Durchführung der Finanzpolitik;
- Bildung von notwendigen organisatorisch-rechtlichen Bedingungen auf nationaler und internationaler Ebene zur Entwicklung von Integrationsprozessen im intervalutarischen Bereich;
- Nichtanwendung von Maßnahmen, die einen negativen Einfluss auf Integrationsprozesse im intervalutarischen Bereich haben können;
- Durchführung einer Wirtschaftspolitik, die auf eine Erhöhung des Vertrauens in die nationalen Währungen der Mitgliedsstaaten auf dem Binnen- und Außenfinanzmarkt gerichtet ist.

Das Ziel der abgestimmten Finanzpolitik ist die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration, die Entwicklung einer Zusammenarbeit im Finanzbereich, die Gewährleistung eines freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Kapital auf dem Territorium der EAWU-Mitgliedsstaaten und die Gewährleistung einer gegenseitigen Devisen-Konvertibilität.

Ein weiteres Ziel der abgestimmten Finanzpolitik der EAWU-Mitglieder ist die Bildung eines gemeinsamen Finanzmarktes, was einen Beitrag zur Stärkung der Marktstabilität durch Erhöhung des Marktumfangs und der Liquidität leisten soll. Ein gemeinsamer Finanzmarkt bedeutet in erster Linie die Gewährleistung des Zugangs zu den Finanzmärkten der EAWU-Mitgliedsstaaten, den Schutz von Konsumenten von Finanzdienstleistungen sowie die Schaffung von günstigen Voraussetzungen für die gegenseitige Anerkennung von Lizenzen auf dem Banken- und Versicherungssektor sowie auf dem Wertpapiermarkt.

Ein Aspekt einer abgestimmten Finanzpolitik ist eine Währung der EAWU – eine hypothetische Geldeinheit der Union. Die Idee einer Währungsunion wurde von russischer Seite bei der Erarbeitung des EAWU-Vertrags eingebracht. Astana lehnte die Idee ab. In der

---

<sup>428</sup> Art. 64(1) des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

Endversion des Vertrags sind dementsprechend nur eine Vertiefung der Integrationsprozesse im intervalutarischen Bereich sowie eine abgestimmte Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten zu finden.<sup>429</sup> Das bedeutet in erster Linie eine Erweiterung des Einsatzes von nationalen Währungen im gegenseitigen Handel der Mitgliedsstaaten. Ungeachtet der Tatsache, dass das Thema immer wieder bei Pressekonferenzen der russischen EAWU-Vertreter auftaucht, lehnt Kasachstan eine gemeinsame Währung innerhalb der EAWU kategorisch ab und besteht zunächst auf einer Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen im Bereich der Regulierung der Finanzmärkte.

Eine abgestimmte Finanzpolitik der EAWU kann einen Beitrag zur Stabilitätsförderung der nationalen Finanzsysteme der EAWU-Mitglieder, zur Entwicklung der gegenseitigen Abrechnung in nationalen Währungen, zur Zunahme von Transparenz der nationalen Finanzmärkte, zur Reduzierung von Währungsdumping sowie insgesamt zur nachhaltigen Entwicklung der betroffenen Volkswirtschaften leisten. Als institutionelle Basis für den weiteren Fortschritt in der Zusammenarbeit im Finanzbereich ist die Zwischenstaatliche Bank der GUS zu sehen. Diese kann die Funktionen einer „*Integrationsbank*“<sup>430</sup> übernehmen und „*eine systemformende Rolle*“<sup>431</sup> im Prozess der wirtschaftlichen Integration der EAWU spielen.

### 3.1.2 Organisationsstruktur und institutionelle Schwachstellen der EAWU

Zu den Organen der EAWU gehört der Höchste Eurasische Wirtschaftsrat, der Eurasische Wirtschaftsrat der Ministerpräsidenten, die Eurasische Wirtschaftskommission sowie der Gerichtshof der EAWU (s. Abbildung 17: Institutionen der EAWU). Der Höchste Eurasische Wirtschaftsrat ist das oberste Organ der Union und besteht aus fünf Präsidenten der Mitgliedsstaaten. Der Höchste Wirtschaftsrat legt die Strategie der Union fest, bestimmt Richtlinien und Perspektiven der Integrationsentwicklung und trifft strategische Entscheidungen. Die Entscheidungen des Höchsten Wirtschaftsrates werden nach dem Konsensprinzip getroffen.

Der Eurasische Wirtschaftsrat der Ministerpräsidenten ist ein Organ der EAWU auf Regierungsebene. Der Rat der Ministerpräsidenten gewährleistet die Realisierung des EAWU-Vertrags, kontrolliert die Erfüllung der im Rahmen der EAWU geschlossenen internationalen Verträge sowie der Entscheidungen des Höchsten Wirtschaftsrates.

Die Eurasische Wirtschaftskommission (EAWK) ist ein supranationales Organ, das aus dem Rat der Kommission sowie dem Kollegium der Kommission besteht.<sup>432</sup> Die Wirtschaftskommission ist den Funktionen und Aufgaben der Europäischen Kommission ähnlich und erarbeitet Vorschläge im Bereich der wirtschaftlichen Integration innerhalb der EAWU. Ziel der EAWK ist die Erhöhung der wirtschaftlichen Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten durch Bildung einer effektiven Dialogplattform, indem die wirtschaftlichen und

---

<sup>429</sup> Vgl. 64 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>430</sup> Suvorov, I. (2015), S. 5.

<sup>431</sup> Ebd.

<sup>432</sup> Art. 18 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

politischen Interessen, Ziele und Prioritäten aller Mitglieder theoretisch Berücksichtigung finden sollten. Im Rahmen der EAWK gelangt eine systematische Analyse des Integrationsinflusses auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Mitgliedsstaaten sowie eine Auswertung der Effektivität der EAWU zur Durchführung.

**Abbildung 17: Institutionen der EAWU**

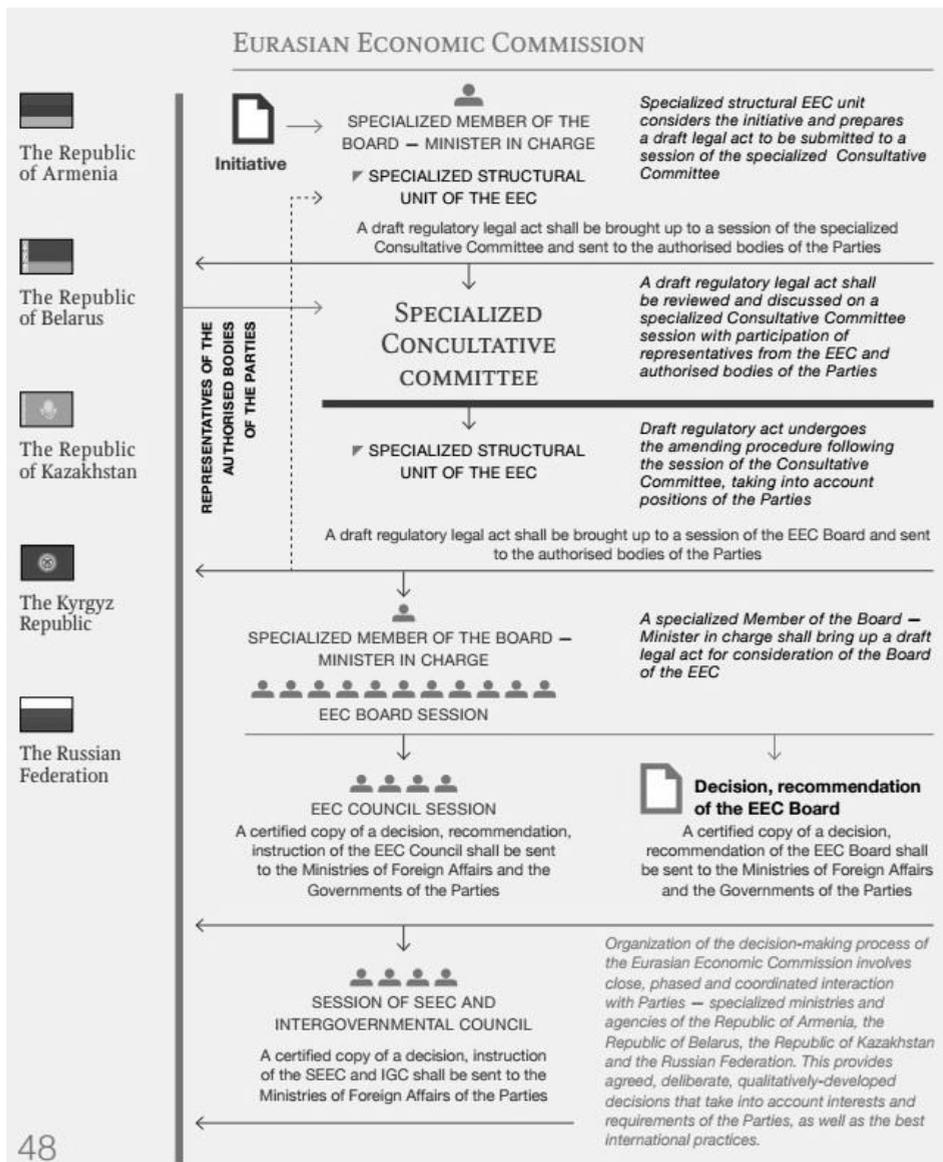


Die Wirtschaftskommission trifft die für die Mitgliedsstaaten verbindlichen normativ-rechtlichen Entscheidungen, sowie organisatorische Verordnungen und unverbindliche Empfehlungen. Entscheidungen, Verordnungen und Empfehlungen der Wirtschaftskommission werden nach dem Prinzip der qualifizierten Mehrheit oder nach dem Konsens-Prinzip (dies entscheidet der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat) getroffen<sup>433</sup> (s. Abbildung 18: Das ordentliche Entscheidungsverfahren in der EAWU). Einerseits ähnelt der Entscheidungsmechanismus jenem der EU, andererseits bleibt die Wahl, wie die Entscheidung getroffen wird, beim Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrat, d. h. letztlich bei den Präsidenten der Mitgliedsstaaten. Es ist jedoch ein positiver Trend in den Entscheidungsprozessen festzustellen. Beim Integrationskomitee sowie der Kommission der ständigen Vertreter der EurasWG erfolgte die Abstimmung durch eine gewichtete Stimmabgabe. So hatte Russland 40 Stimmen, Belarus, Kasachstan und Usbekistan 15, Kirgisien und Tadschikistan 7,5<sup>434</sup>, was bedeutete, dass die Entscheidungen unmittelbar abhängig von Russland waren. Die Abstimmungen im Rahmen der EAWR, wo jedes Land eine Stimme hat, bedeuten eine wesentliche Verbesserung auf dem Weg zur Integrationsvertiefung.

<sup>433</sup> Vgl. Art. 18 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>434</sup> Vgl. Art. 13 des Vertrags zur Gründung der EurasWG vom 10.10.2000 (Anpassung vom 25.01.2006 und 6.10.2007).

Abbildung 18: Das ordentliche Entscheidungsverfahren in der EAWU<sup>435</sup>



Die Analyse des institutionellen Rahmens der EAWU zeigt, dass die Eurasische Wirtschaftskommission keinen supranationalen Status hat. Dies bestätigt sich auch dadurch, dass der Rat der Eurasischen Wirtschaftskommission aus den Vize-Premierministern der Mitgliedsstaaten besteht.<sup>436</sup> Unter Berücksichtigung der innerstaatlichen Hierarchie der

<sup>435</sup> EAWU (2015b).

<sup>436</sup> Art. 23, Verordnung der Eurasischen Wirtschaftskommission, Anhang I zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion.

Mitgliedsstaaten stellt man fest, dass der Rat der Wirtschaftskommission unmittelbar dem Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrat unterstellt ist und nach dem Interesse einzelner Staaten handelt. Das heißt, es wird nicht im Sinne der gesamten Eurasischen Wirtschaftsunion entschieden, wie es z. B. bei der Europäischen Kommission der Fall ist. Einen abhängigen Charakter haben auch die Mitglieder des Kollegiums der EAWK. Das Kollegium ist ein Exekutivorgan und besteht aus den Vertretern der Mitgliedsstaaten, die vom Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrat ernannt werden.<sup>437</sup>

In einer ähnlichen Situation befindet sich der Gerichtshof der EAWU. Der Gerichtshof ist ein Gerichtsorgan der EAWU, das eine einheitliche Anwendung des EAWU-Vertrags sowie der weiteren, im Rahmen der EAWU geschlossenen Verträge von Mitgliedsstaaten garantiert. Das Modell für den EAWU-Gerichtshof war der Gerichtshof der EurasWG, dessen Funktionen das Wirtschaftsgericht der GUS 2004 übernahm (s. 2.3.2 Strukturelle Probleme der EurasWG). Dem Gericht gehören jeweils zwei für neun Jahre bestellte Richter aus jedem EAWU-Mitgliedsstaat an, die vom Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrat ernannt werden. In Art. 6 des Statuts des EAWU-Gerichtshofs wird ausgeführt, dass die Gehälter der Richter, Gerichtsangestellten und Gerichtsmitarbeiter vom Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrat bestimmt werden.<sup>438</sup>

Das Organ der EAWU, das die reale Macht hat, ist der Höchste Eurasische Wirtschaftsrat. Im Rahmen der EAWU fehlen daher effektive supranationale Organe, die die Entscheidungsmacht zu Gunsten der gesamten EAWU und nicht zum Nutzen einzelner Länder besitzen. Obwohl die Union über einige Elemente verfügt, die für supranationale Organisationen charakteristisch sind, bleibt die Union strukturell doch nur eine verbesserte Version der EurasWG und der GUS.

Laut Experten ist eine Wirtschaftsunion dann erreicht, wenn im Integrationsgebiet zwischen den teilnehmenden Staaten binnenmarktähnliche Verhältnisse bestehen, wobei fünf konstitutive Freiheiten hergestellt werden müssen: Freiheit des Handelsverkehrs, Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, Freizügigkeit für Arbeitskräfte, Niederlassungsfreiheit für Unternehmen sowie Freiheit des Zahlungs- und Kapitalverkehrs.<sup>439</sup> Die wirtschaftliche Integration der EAWU befindet sich in einem Aufbauprozess zum einheitlichen Wirtschaftsraum. Dieser erfolgt durch eine Vertiefung der Integration, was die Reformierung der Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten, die Durchführung einer abgestimmten Wettbewerbspolitik, die Durchführung einer einheitlichen Wirtschaftspolitik, die abgestimmte Regulierung von nationalen Kapital- und Devisenmärkten sowie die Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten im handelswirtschaftlichen Bereich betrifft (s. Abbildung 19: Politische und wirtschaftliche Aspekte der EAWU).

Eine vertiefte Integration im postsowjetischen Raum sowie eine dauerhafte Stabilität der Eurasischen Wirtschaftsunion sind ohne politischen Willen zum Aufbau supranationaler Organe nicht möglich. Diese können nur agieren, wenn die Mitgliedsstaaten teilweise ihre

---

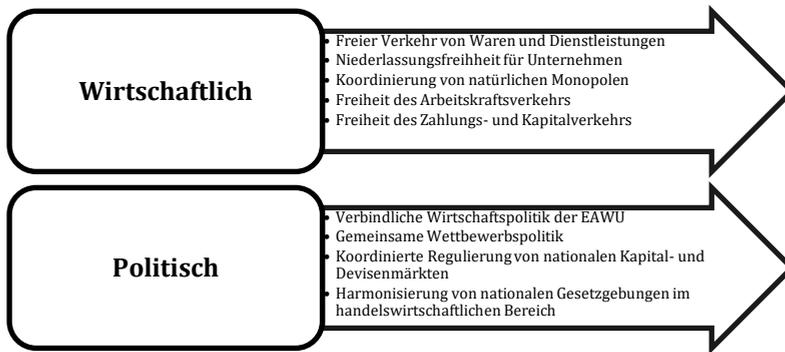
<sup>437</sup> Art. 33, Verordnung der Eurasischen Wirtschaftskommission, Anhang I zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion.

<sup>438</sup> Art. 6, Statut des EAWU-Gerichtshofs, Anhang II zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion.

<sup>439</sup> Hasse, R. H./Schneider, H./Weigelt, K. (Hrsg.)(2005), S. 227-228.

politische Souveränität abgeben, was eine Verfassungsänderung zur Voraussetzung hat. Dies scheint in der gegebenen politischen Situation unmöglich zu sein.

**Abbildung 19: Politische und wirtschaftliche Aspekte der EAWU**



Wichtig ist auch zu sagen, dass das Schicksal der EAWU eng verknüpft mit der Situation rund um die Ukraine ist. Rein wirtschaftlich gesehen hätte die Ukraine nur ein Interesse an einer Freihandelszone. Russland war und ist ein wichtiger wirtschaftlicher Partner für die Ukraine. Im Kontext des russisch-ukrainischen Konfliktes ist es sehr wahrscheinlich, dass Kasachstan eine zurückhaltende Position einnehmen wird. Die Bedrohung, dass Russland das ukrainische (2014) und georgische (2010) Szenario auch in Kasachstan wiederholt, kann die wirtschaftlichen Beziehungen stören. Ungeachtet der starken politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen ist Belarus auch nicht bereit, seine Souveränität (auch nicht teilweise) an Russland abzugeben.

### 3.1.3 Zollunion und Einheitlicher Wirtschaftsraum (EWR)

Der 23. Februar 2003 lässt sich als Beginn einer neuen Etappe von Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum bezeichnen. An diesem Tag gaben die Präsidenten von Russland, Kasachstan, Belarus und der Ukraine eine gemeinsame Erklärung ab über die Gründung einer Gruppe zur Bildung einer Organisation zur regionalen Integration.<sup>440</sup> Das Ziel der Erklärung war die Vorbereitung für die Unterzeichnung des Vertrags über die Bildung eines Einheitlichen Wirtschaftsraums sowie die Gründung einer regulierenden zwischenstaatlichen unabhängigen Kommission im Handels- und Tarifbereich. Das Endziel der Erklärung war die Bildung einer internationalen Organisation für wirtschaftliche Integration. Der Integrationsprozess entwickelte sich schnell: Bald darauf unterzeichneten alle vier Staaten am 19. September 2003 einen Vertrag zur Etablierung des Einheitlichen Wirt-

<sup>440</sup> Vgl. Erklärung von den Präsidenten der Republik Belarus, der Republik Kasachstan, der Russischen Föderation und der Ukraine über die Gründung der gemeinsamen Gruppe zur Bildung einer Organisation zur regionalen Integration vom 23.02.2003.

schaftsraums.<sup>441</sup> Es muss betont werden, dass die Ukraine nach dem politischen Kurswechsel 2004 ihre Teilnahme an der Bildung des EWR verweigert hatte.

Unter dem Einheitlichen Wirtschaftsraum ist gemäß Art. 1 des Vertrags der die Territorien der Republik Belarus, der Republik Kasachstan und der Russischen Föderation umfassende Raum zu verstehen, in dem gleichartige, auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen und der Anwendung harmonisierter Rechtsnormen beruhende Mechanismen der Wirtschaftsregelung wirken, eine einheitliche Infrastruktur besteht und eine abgestimmte Politik in den Bereichen Steuern, Geld und Kredite, Währung und Finanzen, Handel und Zoll verfolgt wird, wodurch ein freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften ermöglicht wird.<sup>442</sup>

Der EWR sollte auf Basis der Zollunion der EurasWG etabliert werden. Die vertragsrechtliche Grundlage sowie die Organe der Zollunion wurden später komplett in die Eurasische Wirtschaftsunion übernommen. Gleichzeitig sind eine Reihe von Erfolgen im Prozess der EWR-Bildung zu nennen, und zwar die Unterzeichnung von mehr als 17 internationalen Verträgen, die heute den EWR regulieren, darunter Abkommen zur abgestimmten makroökonomischen Politik und Harmonisierung der Mechanismen der Wirtschaftsregulierung, Abkommen zur Herstellung eines gemeinsamen Marktes für Waren und Dienstleistungen, Abkommen zur Bildung eines gemeinsamen Energiemarktes, Abkommen zur Schaffung eines gemeinsamen Kapitalmarktes, Abkommen zur Durchführung einer abgestimmten Währungspolitik sowie Abkommen zur Etablierung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes (s. Anhang I Vertragsrechtliche Basis des Einheitlichen Wirtschaftsraums der EAWU).

Folgende Ziele wurden bei der Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraums definiert:

- Entwicklung des Handels und Vergrößerung der Investitionen zwischen den Vertragsparteien, was eine nachhaltige Entwicklung der nationalen Wirtschaften der Vertragsparteien auf Basis der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts sowie der Regelungen und Normen der WTO gewährleisten soll;
- Stärkung der wirtschaftlichen Potenziale der Vertragsparteien;
- Erhöhung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Vertragsparteien auf den Außenmärkten.<sup>443</sup>

Der wirtschaftliche Erfolg der EAWU hängt unmittelbar davon ab, wie effektiv und konsequent die Mechanismen der Zollunion und des EWR funktionieren. Da sich die Zollunion als ein Hauptinstrument der Reintegration im postsowjetischem Raum bezeichnen lässt, schafft der einheitliche Zollraum der EAWU eine Möglichkeit, die industrielle und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten im Bereich der Produktion von Waren mit hohem Mehrwert wiederherzustellen.

Bedeutende Vorteile des wirtschaftlichen Integrationsprozesses sind im Idealfall eine Reduzierung von Transaktionskosten, eine Vergrößerung des Binnenmarktes und der Warenvielfalt, eine Effektivitätssteigerung sowie ein Wachstum des wirtschaftlichen Poten-

---

<sup>441</sup> Vgl. Vertrag zur Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraums vom 19.09.2003.

<sup>442</sup> Art. 1 des Vertrags zur Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraums vom 19.09.2003.

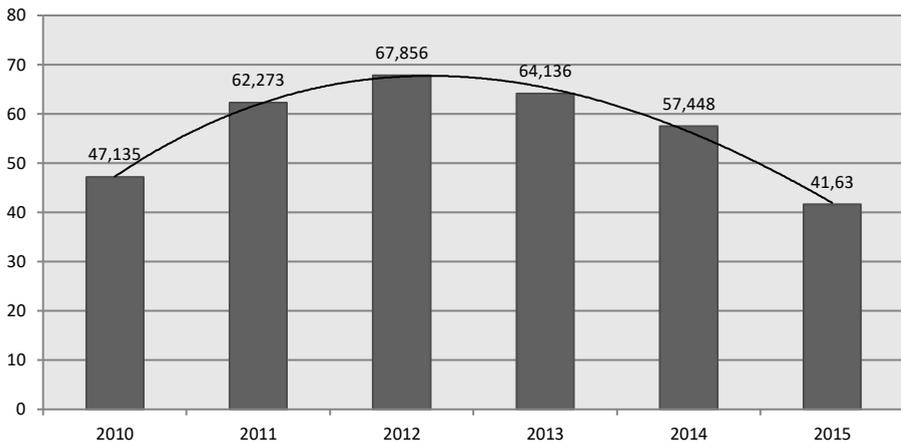
<sup>443</sup> Vgl. Art. 1, ebd.

zials der Mitgliedsstaaten. Die russischen Experten bezweifeln allerdings, dass diese Effekte langfristig im Rahmen der Zollunion der EAWU zu erreichen sind.<sup>444</sup>

Dies bestätigt sich durch eine Analyse des gegenseitigen Handels zwischen den Mitgliedern der Zollunion. Die Bildung einer Zollunion 2010 führte zu einer bedeutenden Verstärkung des Warenaustausches zwischen Kasachstan, Belarus und Russland. So betrug 2010 das Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen den Mitgliedern der Zollunion etwa 47,135 Mrd. USD. Nach der Schaffung eines einheitlichen Zollraums betrug das Handelsvolumen 2011 62,273 Mrd. USD, was einer Steigerung um 32,1% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. 2012 verlangsamte sich das Wachstum: Das Volumen betrug nun 67,856 Mrd. USD, was etwa 8,9% mehr als im Jahr 2011 ist (s. Tabelle 21: Gegenseitiger Warenhandel innerhalb der Zollunion/EAWU 2010–2015, in Mrd. USD).

Der wichtigste Effekt der wirtschaftlichen Integration in den Jahren 2010–2012 zeigte sich durch die Aktivierung der russisch-belarussischen Handelsbeziehungen, indem der gegenseitige Warenhandel zwischen Russland und Belarus auf 55,5% stieg (s. Tabelle 22: Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen den Mitgliedern der Zollunion/EAWU 2010–2015, in Mrd. USD). Gleichzeitig waren die Veränderungen im gegenseitigen Warenhandel zwischen Kasachstan und Belarus sowie Kasachstan und Russland nicht so bedeutend.

**Tabelle 21: Gegenseitiger Warenhandel innerhalb der Zollunion/EAWU 2010–2015, in Mrd. USD<sup>445</sup>**



Wichtig ist zu betonen, dass für die Mitglieder der Zollunion die gegenseitigen Handelsbeziehungen keine entscheidende Rolle spielten. 2011–2012 betrug der gegenseitige Warenhandel aller drei Staaten nicht mehr als 12–13%<sup>446</sup> ihres Außenhandelsvolumens.

<sup>444</sup> Ushkalova, D. (2014), S. 139-147; Shishkin, V. /Pinkin, V. (2015), S. 122-127.

<sup>445</sup> Vgl. EAWK (2012a), S. 16-43; Vgl. EAWK (2014a), S. 19-46; Vgl. EAWK (2015b), S. 19-44; Vgl. EAWK (15.01.2016).

<sup>446</sup> Vgl. Shishkin, V. /Pinkin, V. (2015), S. 124.

Laut der Eurasischen Wirtschaftskommission betrug der gegenseitige Warenhandel zwischen den Staaten der Zollunion etwa 64,136 Mrd. USD im Jahr 2013, das ist um 3,72 Mrd. USD weniger als 2012. Dafür ist eine Reihe von Gründen verantwortlich. Erstens lag der Rückgang des Handels an der wirtschaftlichen Asymmetrie zwischen den Mitgliedsstaaten. Zweitens zeigte sich eine zunehmende Sättigung des Binnenmarkts mit den in den Zollunion-Mitgliedsstaaten erzeugten Gütern. Drittens trug auch der russische Beitritt zur WTO seinen Teil dazu bei. Mit dem WTO-Beitritt fand eine Neuorientierung der russischen Wirtschaft auf Außenmärkte statt, was den Innenhandel der Zollunion bedeutend schwächte.

**Tabelle 22: Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen den Mitgliedern der Zollunion/EAWU 2010–2015, in Mrd. USD**

	2010 <sup>447</sup>	2011 <sup>448</sup>	2012 <sup>449</sup>	2013 <sup>450</sup>	2014 <sup>451</sup>	2015 <sup>452</sup>
<b>Zollunion</b>	47,135	62,273	67,856	64,136	57,448	41,63
<b>davon:</b>						
<b>Belarus-Kasachstan</b>	0,872	0,764	0,926	0,951	1,171	0,546
<b>Belarus-Russland</b>	28,205	39,16	43,861	39,719	37,633	23,864
<b>Kasachstan-Russland</b>	18,04	22,396	23,097	23,492	18,908	13,979
<b>Armenien-Belarus</b>	-	-	-	-	-	0,031
<b>Armenien-Kasachstan</b>	-	-	-	-	-	0,005
<b>Armenien-Russland</b>	-	-	-	-	-	1,142
<b>Armenien-Kirgisien</b>	-	-	-	-	-	0,0004
<b>Kasachstan-Kirgisien</b>	-	-	-	-	-	0,682
<b>Kirgisien-Russland</b>	-	-	-	-	-	1,315
<b>Kirgisien-Belarus</b>	-	-	-	-	-	0,062

Die Angaben der Jahre 2014–2015 zeigen eine deutliche Tendenz zur weiteren Reduzierung des gegenseitigen Warenhandels innerhalb der Zollunion/EAWU. Der Handelsumsatz zwischen Belarus und Kasachstan, Russland und Belarus sowie Kasachstan und Russland ist entsprechend auf 46,6%, 57,7% sowie 35,2% im Jahr 2015 im Vergleich zu 2014 gesunken (s. Tabelle 22: Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen den Mitgliedern der Zollunion/EAWU 2010–2015, in Mrd. USD).

Die Abnahme des gegenseitigen Warenhandels ist ein Indikator für wirtschaftliche Probleme, nämlich den Rückgang des BIP und die Stagnation im Agrar- und Industriebereich in den Zollunion-Mitgliedsländern. Nach Schätzungen der International Monetary Fond (IMF) sank im Jahr 2015 das reale Bruttoinlandsprodukt in Belarus um rund 3,6% und

<sup>447</sup> Vgl. EAWK (2012a), S. 16-43.

<sup>448</sup> Vgl. ebd.

<sup>449</sup> Vgl. EAWK (2014a), S. 19-46.

<sup>450</sup> Vgl. ebd.

<sup>451</sup> Vgl. EAWK (2015b), S. 19-44.

<sup>452</sup> Vgl. EAWK (15.01.2016).

in Russland um rund 3,83% gegenüber dem Vorjahr und betrug 62,02 bzw. 1.235,86 Mrd. USD. 2015 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt in Kasachstan geschätzt um rund 1,5% im Vergleich zu 2014 und betrug 195,01 Mrd. USD (s. Tabelle 23: Russland, Kasachstan, Belarus: nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2010 bis 2015, in Mrd. USD).

**Tabelle 23: Russland, Kasachstan, Belarus: nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2010 bis 2015, in Mrd. USD**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<b>Russland</b> <sup>453</sup>	1.524,92	1.904,79	2.016,11	2.079,02	1.860,6	1.235,86*
<b>Kasachstan</b> <sup>454</sup>	148,05	188,05	203,52	231,88	216,04	195,01*
<b>Belarus</b> <sup>455</sup>	55,22	59,74	63,62	73,1	76,14	62,02*

\*wurde erwartet

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Schaffung der Zollunion 2010 das Wachstum des gegenseitigen Warenhandels innerhalb der Union förderte. Dies erklärt sich dadurch, dass im Laufe der ersten zwei Jahre der Zollunion Zollbarrieren zwischen den Mitgliedsstaaten abgeschafft wurden, was zur Intensivierung der handelsindustriellen Beziehungen zwischen den Mitgliedern führte. Einen positiven Effekt brachte außerdem der intensive Wiederaufbau der nationalen Wirtschaften der Mitgliedsstaaten nach der Weltwirtschaftskrise 2008. Eine wichtige Rolle bei der Bildung der Zollunion, dem Motor der eurasischen Integration, spielte die Wiederherstellung der handelsindustriellen Kooperationen zwischen den ehemaligen Sowjetstaaten. Hierbei ist zu bemerken, dass die heutigen Mitglieder der EAWU die Absicht haben, nicht nur einen einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsraum zu bilden, sondern auch einen einheitlichen Energieraum. Dieser soll auf Basis des infrastrukturellen Erbes der Sowjetunion mithilfe einer technischen Erneuerung und Modernisierung etabliert werden.

Eine negative Tendenz zur Reduzierung des gegenseitigen Warenhandels innerhalb der Zollunion/EAWU zeigt sich seit 2013/2014. Dies liegt an einer Reihe von inneren und äußeren Faktoren. Erstens besteht eine wirtschaftliche Inhomogenität innerhalb der EAWU. So hängt die wirtschaftliche Situation im EAWU-Raum stark von der dominierenden russischen Wirtschaft ab. Ein Rückgang des Wirtschaftswachstums in Russland spiegelt sich direkt im Wirtschaftsraum der EAWU. Zweitens tendiert die EAWU aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland zu Protektionismus und Importersatz. In dieser instabilen politischen Situation unternehmen die Mitgliedsstaaten den Versuch, die eigenen Produzenten zu unterstützen sowie einschränkende Barrieren für bestimmte Erzeugnisse aufrecht zu erhalten.

<sup>453</sup> Vgl. IMF (2015c).

<sup>454</sup> Vgl. IMF (2015b).

<sup>455</sup> Vgl. IMF (2015d).

## 3.2 Zielkohärenz zwischen den Partnern der eurasischen Integration

### 3.2.1 Abgrenzung des Begriffs „nationale Interessen“

Eine der umstrittenen Fragen der Internationalen Beziehungen ist die Frage der nationalen Prioritäten und Interessen (Staatsräson). Der Begriff der Staatsräson kommt zum ersten Mal in den Werken von Niccolò Machiavelli, Thomas Hobbes und Immanuel Kant auf. Der deutsche Experte Klaus Dieter Wolf erklärt Machiavellis Begriff der Staatsräson. Dieser erhebe als Antwort auf den Zerfall der gesellschaftlich-politischen Ordnung des späteren Mittelalters die staatliche Selbsterhaltung zu einer absoluten Norm der Zweckrationalität, die an die Stelle der theologisch begründeten Wertrationalität des Mittelalters tritt.<sup>456</sup> Machiavelli hat insofern nicht die Erfindung des Staates beschrieben, sondern seinen Durchbruch zur machtpolitischen Dominanz gegenüber Kirche, Kaisertum, Stadtstaaten und regionalen Fürsten, kritisiert Hans-Christian Crueger.<sup>457</sup> Ausgehend von Nitschke<sup>458</sup> schreibt Klaus Dieter Wolf: „Als die absolute Verpflichtung des Handels auf das Interesse an der Selbsterhaltung des Staates war die Staatsräson von Anfang an sowohl auf die Bewahrung der Unabhängigkeit nach außen als auch auf die Ausschließlichkeit des Staatsgewalt nach innen ausgerichtet“.<sup>459</sup> Zusammenfassend gesagt heißt Handeln aus Staatsräson nach der Selbstbehauptung des Staates streben.<sup>460</sup>

In der modernen Politikwissenschaft verweisen Autoren auf das Konzept der außenpolitischen Staatsräson von Hans Joachim Morgenthau: „Welches besondere Interesse in einer bestimmten geschichtlichen Periode politisches Handeln bestimmt, hängt [...] von den politischen und kulturellen Zusammenhängen ab, in denen die Außenpolitik entsteht. Die Staaten können mit ihrer Außenpolitik alle Ziele verfolgen, die ein Staat jemals verfolgt hat oder verfolgen könnte“.<sup>461</sup> Hans-Christian Crueger ergänzt, dass im angelsächsischen Sprachraum zumindest im Blick auf das Zwischenstaatliche nicht so sehr von „Staat“, sondern von „Nation“ gesprochen wird. Es handle sich also vor allem um die nationalen Interessen.<sup>462</sup>

Es muss betont werden, dass in der deutschen wissenschaftlichen Literatur neben dem Begriff „nationale Interessen“ oft der Begriff „national-staatliche Interessen“ verwendet wird. Zwischen diesen zwei Begriffen lässt sich ein Gleichheitszeichen setzen. Allerdings werden die Begriffe unterschieden, wenn es um einen multinationalen Staat geht.

Ein Versuch, die nationalen Interessen zu bestimmen, wird scheitern, wenn man nicht klar definiert, um wessen Interessen geht es – um jene der Bevölkerung, der Eliten oder des herrschenden Regimes? Geht es um eine Balance der innenpolitischen Kräfte? Wenn man die Außenpolitik der UdSSR analysiert, lässt sich feststellen, dass damals die sowjetische Außenpolitik im Namen des Volkes durchgesetzt wurde. Der totalitäre Staat hat

---

<sup>456</sup> Wolf, K. D. (2000), S. 35.

<sup>457</sup> Crueger, H.-Ch. (2008), S. 289.

<sup>458</sup> Nitschke, P. (1995)

<sup>459</sup> Wolf, K. D. (2000), S. 35.

<sup>460</sup> Vgl. ebd., S. 36.

<sup>461</sup> Morgenthau, H. J. (1963), S. 54.

<sup>462</sup> Vgl. Crueger, H.-Ch. (2012), S. 83.

die nationalen Interessen durch die stark ideologisierten „gesamtstaatlichen Interessen“ ersetzt. Wenn im Absolutismus unter den nationalen Interessen die Interessen des Herrscherhauses und des hohen Adels verstanden wurden, so bestimmten während der sowjetischen Zeit die sowjetischen Ideologen und die kommunistische Parteilite die staatlichen Interessen. Mit anderen Worten, das Problem der nationalen Interessen deformierte sich im Kontext des autokratischen und totalitären politischen Systems.

Die Prioritäten der Außenpolitik eines Landes bestimmen nationale Interessen, Prinzipien, Ziele und Aufgaben seiner Außenpolitik. Eine Schlüsselrolle bei der Bestimmung der außenpolitischen Positionen spielt die geopolitische Lage eines Landes und der Zustand der Volkswirtschaft. Die Auswahl der außenpolitischen Prioritäten hängt in erster Linie von den Beziehungen zu den Nachbarstaaten ab.

Unter den nationalen Interessen versteht man die offiziell verlautbarten Bedürfnisse eines Landes, die sich auf die Gewährleistung von günstigen Bedingungen für die Entwicklung des Staates richten. Nationale Interessen bilden sich durch historische Ereignisse, politische Bedingungen, innenpolitische und internationale Lage, mögliche und bestehende Bedrohungen heraus. In der Staatspolitik sind die nationalen Interessen ein wichtiger Bestandteil der Konzeption der nationalen Sicherheit. Die nationalen Interessen bieten eine bedeutende sozialpolitische Ressource als Bedingung zur Lösung der außenpolitischen Aufgaben und der Entwicklungsprobleme des Landes.

Nationale Interessen im außenpolitischen Bereich spiegeln sich insbesondere in der militärpolitischen sowie der diplomatischen Sphäre wider. Die nationalen Interessen auf diesem Gebiet bestehen in der Sicherstellung der souveränen Staatsentwicklung, der Vorbeugung eines Zerfalls des Landes und der Spaltung der Streitkräfte, der Erhaltung des Friedens und der Stabilität innerhalb und außerhalb des Landes. Nationale Interessen dienen in der Diplomatie als Instrument für die Erarbeitung der außenpolitischen Strategie und stellen außenpolitische Ziele dar. Da jeder Staat seine eigenen nationalen Interessen hat, stoßen diese häufig auf die nationalen Interessen eines anderen Landes. Die Notwendigkeit, die nationalen Interessen zu regulieren, hat zur Gründung der nationalen und internationalen Systeme für kollektive Sicherheit geführt.

### **3.2.2 Nationale Interessen Russlands im postsowjetischen Raum**

Die nationalen Interessen Russlands stellen, wie auch in jedem anderen Staat, einen ausgeglichenen Komplex der Interessen einzelner Persönlichkeiten, der Gesellschaft und des Staates im wirtschaftlichen, politischen, sozialen, internationalen, informationellen, militärischen und ökologischen Bereich dar (s. Tabelle 44: Struktur der nationalen Interessen Russlands). Diese Interessen sind langfristig und bestimmen die Hauptziele sowie strategische und laufende Aufgaben der russischen Innen- und Außenpolitik. Nationale Interessen werden durch Institute der Staatsgewalt gewährleistet, die nach Normen der Verfassung der Russischen Föderation und im Rahmen der russischen Gesetzgebung agieren.

In den 1990er-Jahren stellte die russische Außenpolitik im postsowjetischen Raum das Instrument für die Durchsetzung der Interessen des herrschenden Regimes dar. Trotz

der zahlreichen Erklärungen, die den postsowjetischen Raum als vorrangige außenpolitische Zielrichtung bezeichneten, konnte die damalige russische Regierung kein klares Konzept für eine Entwicklung der Zusammenarbeit mit den neuen Partnern aufgrund der andauernden innenpolitischen Probleme vorlegen. In den späteren 1990er-Jahren übten innere Faktoren aufgrund der aktiven Konsolidierung der Staatsinstitute immer weniger Einfluss auf die russische Außenpolitik aus. Eine zunehmende Bedeutung erlangten zu dieser Zeit die Ereignisse auf der Weltarena und die internationalen Bedrohungen. Die Außenpolitik Russlands war damals zurückhaltend. Die Erarbeitung der außenpolitischen Strategie Russlands ist als Reaktion auf die Entwicklung der internationalen und nationalen Situation zu werten: Es wurde keine Strategie für die Lösung der Probleme, kein neuer Ansatz vorgelegt, sondern eine Bewertung der zeitgenössischen Situation abgegeben. Seit 2000 ist die russische Außenpolitik aktiv geworden. 2008 tauchen die ersten langfristigen außenpolitischen Initiativen auf. Die russische Regierung stellte neue Ansätze im Sicherheits- und Integrationsbereich sowie neue Projekte für die kollektive Bewältigung der Wirtschaftskrise vor. Eine neue politische Wahrnehmung der ehemaligen sowjetischen Staaten entwickelte sich im Laufe der Entwicklung der konzeptionellen außenpolitischen Ansätze Russlands. Seit 2000 treten in den offiziellen Äußerungen der russischen Politiker eurasische Elemente im Kontext der strukturellen Entwicklung der Zusammenarbeit wie einer Eurasische Union oder eines Einheitlichen Wirtschaftsraums immer häufiger auf.<sup>463</sup> Im Mai 2014 bezeichnete der russische Vize-Premier Igor Shuvalov die Integration im postsowjetischen Raum als strategisches Ziel der russischen Außenpolitik.<sup>464</sup>

**Tabelle 24: Bestätigte Erdöl- und Erdgasreserven in den Ländern der Kaspischen Region Ende 2014<sup>465</sup>**

	Bestätigte Erdölreserven		Bestätigte Erdgasreserven	
	in Mrd. Tonnen	Anteil weltweit	in Billion m <sup>3</sup>	Anteil weltweit
<b>Aserbaidshan</b>	1,0	0,4%	1,2	0,6%
<b>Kasachstan</b>	3,9	1,8%	1,5	0,8%
<b>Usbekistan</b>	0,1	-	1,1	0,6%
<b>Turkmenistan</b>	0,1	-	17,5	9,3%
<b>Gesamt</b>	5,1	2,2%	21,3	11,3%

Gegenwärtig bestimmen sich die nationalen Interessen Russlands in den GUS-Ländern und den baltischen Staaten durch geographische, wirtschaftliche, historische, kulturelle und politische Faktoren. Einige russische Experten meinen, dass Russland keinen Einfluss im postsowjetischen Raum mehr hätte. Im Vergleich zu Sowjetzeiten sei der Bereich der nationalen russischen Interessen kleiner geworden, dies könne man nicht als Einfluss bezeichnen. Die sowjetische Ideologie sei durch übergreifenden Pragmatismus ersetzt worden.<sup>466</sup> Dies bestätigt auch Mukhametov: „Die nationalen Interessen Russlands im nahen Ausland haben keineswegs einen emotionalen oder konjunkturbezogenen Anstrich.“<sup>467</sup> Nach Meinung von deutschen Experten betreibt Russland eine eigene Außenpolitik wie alle anderen Großmächte: pragmatisch, geopolitisch begründet und auf Einfluss-sphären hin orientiert, um die eigene Machtposition – im Fall Russlands gegen den Westen –

<sup>463</sup> Vgl. Kovalchuk, A. T. (2014).

<sup>464</sup> Deutsche Welle (23.05.2014).

<sup>465</sup> Vgl. BP: Statistical Review of World Energy June 2015.

<sup>466</sup> Trenin, D. (2009).

<sup>467</sup> Mukhametov, R. (2009).

zu behaupten.<sup>468</sup> Wenn man in diesem Zusammenhang auf die Ideen von H. J. Mackinder „wer Eurasien kontrolliert, kontrolliert die Geschichte der Welt“ zurückgreift, lässt sich feststellen, dass Russland den postsowjetischen Raum als Fundament für seine Selbstwahrnehmung als Großmacht benutzt.

Zu den pragmatischen Interessen Russlands in den Ländern des „nahen Auslands“ gehört die Gewährleistung des Zugangs zu den Naturschätzen der ehemaligen Sowjetstaaten, insbesondere zu den Öl- und Gasvorkommen der kaspischen Region. Nach den offiziellen Angaben des „Centre for Energy Economics Research and Policy“ betragen die bestätigten Erdölreserven etwa 5,1 Mrd. Tonnen und die bestätigten Erdgasreserven etwa 21,3 Billionen m<sup>3</sup> (s. Tabelle 24: Bestätigte Erdöl- und Erdgasreserven in den Ländern der Kaspischen Region Ende 2014). Die kaspische Region lässt sich heute als ein regionales Zentrum der Erdöl- und Erdgasförderung bezeichnen. Dieses Zentrum spielt hingegen eine geringere Rolle bei der Gewährleistung der weltweiten Energiesicherheit, da der Anteil der kaspischen Erdgas- und Erdölreserven 11,3% bzw. 2,2% der weltweiten Reserven ausmacht.

**Abbildung 20: Kaspische Erdöl- und Erdgasexportroute<sup>469</sup>**



Der Zugang zu den Erdöl- und Erdgasreserven der kaspischen Region ist für Russland besonders wichtig, da der Erdöl- und Erdgastransport von eurasischen Integrationspartnern auf den europäischen Energiemarkt durch das russische Territorium zu den wirtschaftlichen Prioritäten Russlands gehört. Drei Routen des Öltransports – Tengiz-Noworossiysk, Baku-Noworossiysk sowie Atyrau-Samara (s. Abbildung 20: Kaspische Erdöl- und Erdgasexportroute) – sind für Russland eine wichtige Einnahmequelle, weil die Tarife

<sup>468</sup> Pleines, H. (30.09.2014).

<sup>469</sup> U.S. Energy Information Administration (2013).

für den Transit wichtige Einnahmen für den russischen Staatshaushalt darstellen. Aktuell profitieren fünf Subjekte der Russischen Föderation (das Swerdlowsk-Gebiet, das Astrachan-Gebiet, die Republik Kalmykien, die Region Stawropol und Krasnodar) vom Erdöltransport durch ihr Territorium.

Das Schlüsselement dieses Öltransportsystems ist das Kaspische Pipeline-Konsortium (KPK). Das KPK ist eine internationale Aktiengesellschaft, die 1999 von den Regierungen der Russischen Föderation, der Republik Kasachstan, des Sultanats Oman u. a. gegründet wurde (s. Abbildung 21: Aktieninhaber des Kaspischen Pipeline-Konsortiums). Das Rohöl wurde vom Erdölfeld Tengiz und Karachaganak (Kasachstan) zu einem neuen Terminal am Schwarzen Meer in der Nähe von Noworossijsk (Russland) geliefert. Die Transportfähigkeit dieser 1.511 km langen Pipeline lag bei 35 Mio. Tonnen (2010).

Aktuell plant das Kaspische Pipeline-Konsortium eine Kapazitätserweiterung auf bis zu 67 Mio. Tonnen Rohöl pro Jahr. Nach offiziellen Angaben des KPK wird die Realisierung des Erweiterungsprojektes den Jahresgewinn verdoppeln und ca. 2,3 Mrd. USD betragen.<sup>470</sup>

Obwohl Russland ein entwickeltes Pipeline-Netz in der kaspischen Region besitzt, hat die Russische Föderation kein Monopol für den Transport der kaspischen Energieträger auf dem internationalen Markt. Zu den wichtigen Akteuren des kaspischen Brennstoff- und Energiemarktes gehören die USA und die EU-Staaten. Diese unterstützen aktiv eine Entwicklung von alternativen Transitrouten für Erdöl und Erdgas durch das Kaspische Meer, Aserbaidshan, Georgien und die Türkei.

In diesem Kontext sind die politischen Ziele Russlands im kaspischen Energiebereich wie folgt zu definieren:

- Festigung der Kontrolle über die Erdöl- und Erdgasreserven in der Region;
- Eindämmung des Einflusses von konkurrierenden Staaten (in erster Linie die USA und die EU-Staaten) in der Region;
- Gewährleistung der politischen Kontrolle in den Ländern der Region mittels Verstärkung der Kontrolle über die Energieressourcen.

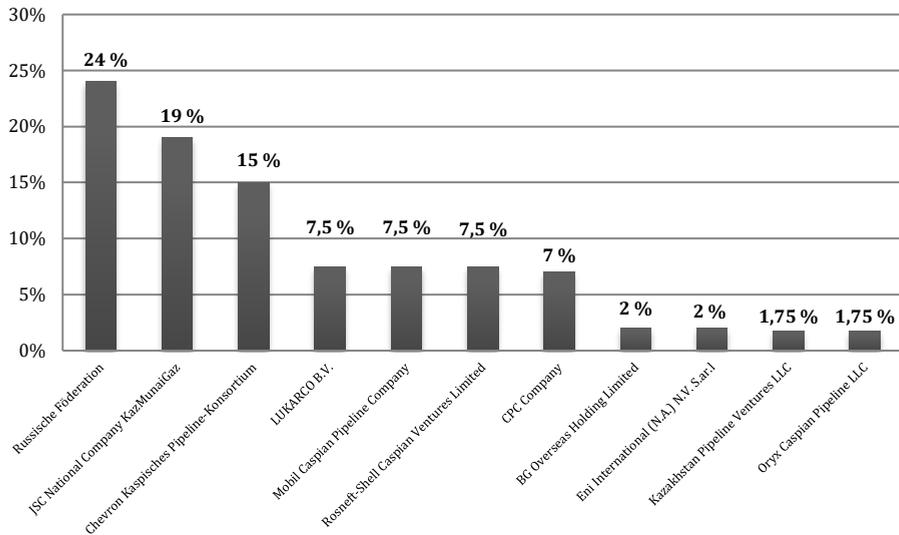
Die wirtschaftspolitische Situation rund um das Kaspische Meer wird erschwert durch die Unbestimmtheit des rechtlichen Status des Meeres und den Kampf um die Aufteilung der Erdöl- und Erdgasvorkommen. Die neugegründeten Staaten unternehmen den Versuch, ihre Eigentumsrechte für kaspische Vorkommen durch Abschluss von Förderungsverträgen mit ausländischen Firmen zu sichern. Russland seinerseits strebt nach einer Verringerung der Bedeutung der kaspischen Ressourcen für den Energieweltmarkt. In diesem Zusammenhang besteht Russland auf seinen konservativen Einschätzungen<sup>471</sup> der Erdöl- und Erdgasreserven in der Region. Russland befürchtet die Erdöl- und Erdgaslieferungen aus den neugegründeten Staaten unter Umgehung Russlands. Damit würde Russland an Bedeutung als Transitland verlieren und für ausländische Investoren weniger attraktiv werden.

---

<sup>470</sup> Vgl. KPK: General Information.

<sup>471</sup> Vgl. Ayvazyan, D. (2013).

**Abbildung 21: Aktieninhaber des Kaspischen Pipeline-Konsortiums<sup>472</sup>**



Zu den russischen Kontrollinstrumenten im Energiebereich ist die Zollunion der EAWU zu zählen. So wurde 2010 der Zollkodex und der Einheitliche Zolltarif der Zollunion<sup>473</sup> angenommen. Als Ergebnis wurden die Exportzölle für Erdölprodukte innerhalb des EWR abgeschafft, was sich zum Teil durch Exportzölle für Erdölprodukte, die außerhalb der Zollunion-Staaten exportiert werden, kompensierte.

Aufgrund der historischen, wirtschaftlichen, sprachlichen und territorialen Nähe sind die EAWU-Länder für die russischen Investoren die attraktivsten Partner. Während der Vertiefung der Integrationsprozesse in Eurasien erweitert sich die Branchenstruktur der ausländischen Direktinvestitionen Russlands gerade in Richtung EAWU-Mitglieder. Vor allem in Kasachstan und Belarus agieren viele russische Unternehmen als Investoren. So betrug der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen Russlands in den zehn größten Projekten in Kasachstan, Belarus, Armenien und Kirgisien etwa 60% im Jahr 2014 (s. Tabelle 25: 15 der größten Investitionsprojekte Russlands in den EAWU-Ländern).

Die meisten Investitionsprojekte wurden im Infrastrukturbereich des Transits von Erdöl und Erdgas („Gazprom“ und „Transneft“ in Belarus) bis zum Mobilfunk („MTS“ in Belarus und „VypelKom“ in Kasachstan) und im Eisenbahnverkehr („Russian Railways“ in Armenien) realisiert. Viele russische Investitionsprojekte konzentrieren sich auf das Gebiet der Förderung und Verarbeitung von Mineralstoffen. Die größten Projekte der russischen TNU kamen während der Periode der Marktreflexionen in Russland zustande. Viele Projekte, die Anfang 2000 gestartet wurden, erhalten bis jetzt immer wieder Investitionen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Investitionen von „Russian Railways“ in die Modernisierung des armenischen Transportsystems. Nach Gewährung der Konzession für 30 Jahre machte es die

<sup>472</sup> KPK: Aktieninhaber.

<sup>473</sup> Vgl. Zollunion: Customs Code of the Customs Union.

„Armenische Eisenbahn“ Russland zur Pflicht, etwa 0,5 Mrd. USD in das Eisenbahnsystem zu investieren. Einer der größten Abschlüsse betrifft den Erwerb des Goldförderungsprojektes „Kysyl“ im Osten Kasachstans durch „Polymetal“ für 619 Mio. USD im Jahr 2014. Ein weiteres großes Investitionsprojekt im Bereich der Metallindustrie wird in Armenien seit 2013 durch das russische Unternehmen „Neva-Rus“ realisiert. Es ist geplant, zwei Bergbaubetriebe im Sjunik-Gebiet zu bauen. Es stehen etwa 100 Mio. USD jährlich für dieses Projekt bereit.<sup>474</sup>

Außer den wirtschaftlichen Interessen verfolgt Russland auch seine militärpolitischen Interessen in der Region. Russland fördert die Stabilität im postsowjetischen Raum und versucht, die Konfliktrisiken an den Staatsgrenzen zu minimieren. Russland zwingt offensichtlich seine Partner der eurasischen Integration, Entscheidungen im politischen und sicherheitspolitischen Bereich unter besonderer Berücksichtigung der russischen nationalen Interessen zu treffen. Laut Bobo Lo, unabhängiger Analyst und assoziierter Forscher am Französischen Institut für Internationale Beziehungen (Ifri), bietet Russland den zentralasiatischen Ländern keine Alternativen: „This means, in the first instance, that the Central Asia republics may not align themselves with foreign powers – the United States and NATO principally, but also the European Union, China, Iran and Turkey. Ideally, Moscow would like them to join various Russian-led integrationist projects, such as the Eurasian Economic Union (EEU) and the Collective Security Treaty Organization (CSTO). But the modalities are less important than the understanding than these countries either side with Russia or with no-one at all.“<sup>475</sup> Somit hat Russland eine klare Botschaft an die eurasischen Integrationspartner: wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Diese Phrase war besonders in der Frühzeit der Sowjetunion beliebt<sup>476</sup> und wird heutzutage mit der aggressiven revolutionären Propaganda assoziiert, indem sie als eine Vorwarnung für diejenigen, die eine neutrale Position in der Politik einnehmen, betrachtet wird.

**Tabelle 25: 15 der größten Investitionsprojekte Russlands in den EAWU-Ländern<sup>477</sup>**

Investor	Zielland	Unternehmen/Projekt	Projektstart	Ausländische Direktinvestitionen, in Mio. USD
<b>Gazprom</b>	Belarus	Gazprom Transgaz Belarus	2007	5000
<b>Lukoil</b>	Kasachstan	Förderungsprojekte im Westen Kasachstans	2004	3000
<b>MTS</b>	Belarus	Mobile TeleSystems (49%)	2002	793
<b>VypelKom</b>	Kasachstan	Kar-Tel (75%)	2004	706
<b>Polymetal</b>	Kasachstan	„Kysyl“	2014	619
<b>Gazprom</b>	Armenien	ArmRosgazprom	2002	600
<b>Transneft</b>	Belarus	Zapad-Transneftprodukt	1990	600
<b>Atomenergoprom</b>	Kasachstan	Akbastau, Uran-Bergwerk (25,7%)	2006	591
<b>Gazprom</b>	Armenien	Hrazdan Thermal Power Plant	2006	436
<b>Russische Föderation/KPK</b>		KPK, Kasachischer Anteil (31%)	1999	350
<b>Gazprom</b>	Kasachstan	KasRosGaz (50%)	2002	342
<b>Atomenergoprom</b>	Kasachstan	Karatau, Uran-Bergwerk (25,7%)	2009	314
<b>Russian Railways</b>	Armenien	South Caucasus Railway	2008	298

Auf dem Territorium des russischen „nahen Auslands“ befindet sich eine Reihe von strategischen Verteidigungsobjekten, deren Beibehaltung zu den nationalen Interessen Russlands gehört. Eine besondere Bedeutung für Russland haben Radaranlagen zur Früher-

<sup>474</sup> Vgl. Vinokurov, E. (Hrsg.)(2015b), S. 42-45.

<sup>475</sup> Lo, B. (2015) S. 11.

<sup>476</sup> Vgl. Stalin, I. (1906).

<sup>477</sup> Vinokurov, E. (Hrsg.)(2015b), S. 42.

kennung von Raketenangriffen. Drei von diesen Anlagen befinden sich außerhalb Russlands: das Raketenabwehrsystem „Gancevichi“ in Belarus; das Raketenabwehrsystem „Gabala“ in Aserbaidshans; die Optoelektronische Station „Okno“ in Tadschikistan.<sup>478</sup> Im Kontext der NATO-Osterweiterung versucht Russland, die in den postsowjetischen Ländern liegenden russischen Militärstützpunkte beizubehalten: die 102. Militärbasis in Gjumri (Armenien), die 201. Militärbasis in Dushanbe (Tadschikistan), den 999. Luftstützpunkt in Kant (Kirgisien), die 7. Militärbasis in Abchasien, die 4. Militärbasis in Südossetien.<sup>479</sup> Außerdem mietet das russische Verteidigungsministerium einige militärische Versuchsgelände in Zentralasien, wie z. B. „Sary-Shagan“ (Tests der Raketenabwehrwaffen) und „Emba“ (wissenschaftliches Forschungszentrum für Luftabwehr).<sup>480</sup> Seit 1994 mietet Russland auch das kasachische Kosmodrom „Baikonur“. All dies zeigt, dass die Einbeziehung der Nachbarländer in die militärische Kooperation auf die Beibehaltung und zum Teil auf die Wiederherstellung eines einheitlichen Verteidigungsraumes zielt. Als Nachfolger der UdSSR führt Russland eine traditionelle sowjetische, hegemoniale expansive Außenpolitik. Deshalb streben die ehemaligen Sowjetstaaten (in erster Linie Georgien und die Ukraine) nach einer baldmöglichen Aufnahme in die NATO.

Von großer Bedeutung ist für Russland der Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in den GUS-Staaten. Nach offiziellen Angaben leben etwa fünfzehn Mio. ethnischer Russen in den ehemaligen Sowjetrepubliken (s. Tabelle 26: Anzahl der russischen Bevölkerung in den GUS-Ländern, Vergleich 1989–2013). Wie die russischen Experten behaupten, führt der große Anteil von Russen in der Bevölkerungszusammensetzung der postsowjetischen Staaten sowie die diskriminierende Staatspolitik gegen die russische Minderheit zu einer Politisierung der ethnokulturellen Unterschiede im Land. In dieser Situation befinden sich aktuell in erster Linie Estland und Lettland, dann Armenien, Georgien, Aserbaidshans, Tadschikistan sowie Turkmenistan. Der niedrige Anteil der russischen Bevölkerung wird in allen diesen Ländern durch Emigration, Assimilation oder Integration gefördert.<sup>481</sup>

Im Zusammenhang mit dem russisch-georgischen Krieg, dem ukrainisch-russischen Konflikt und der Krim-Annexion (s. 2.2.2 Regionale Probleme der Gemeinschaft) lässt sich feststellen, dass Russland die ethnischen Russen als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele nutzt. Unter der Ägide des Schutzes von Rechten der russischsprachigen Bevölkerung schickt Russland eigene Truppen in diese Länder, um seine Interessen zu verteidigen.

Ein weiterer Aspekt der russischen Außenpolitik ist die politische Annäherung an die Regierungen der postsowjetischen Länder sowie die Aufrechterhaltung der dortigen autoritären Regime. Wie Experten behaupten, streben Präsident Putin und weitere Vertreter der russischen politischen Elite schon seit langem nach Konsolidierung der politischen Gesinnungsgleichheit im postsowjetischen Raum.<sup>482</sup> Früher trennte Moskau die russische „souveräne Demokratie“ vom „östlichen Despotismus“. Heutzutage ist ein neuer Akzent der russischen Außenpolitik in der politischen Solidarität gegen westliche liberale Ideen sowie

---

<sup>478</sup> Vgl. Mukhametov, R. (2009).

<sup>479</sup> Vgl. Mukhametov, R. (2013).

<sup>480</sup> Vgl. Mukhametov, R. (2009).

<sup>481</sup> Vgl. Vavilova, V./Kaigorodova, A. et. al. (2014), S. 144-145.

<sup>482</sup> Vgl. Lo, B. (2015), S. 9-14.

gegen einen Einfluss von außen insgesamt zu sehen. Die autoritären Regime sind dabei als eine Ergänzung der russischen politischen Strategie zu bezeichnen. Wie der liberale Konsens als Basis für den internationalen Einfluss von NATO und EU dient, wird die politische und normative Annäherung zwischen Russland und den GUS-Ländern zu einem einheitlichen Herangehen gegen den Westen führen. Die mehrmalige Betonung der gemeinsamen Werte und der Geschichte verstärkt außerdem das Solidaritätsgefühl mit Russland.

**Tabelle 26: Anzahl der russischen Bevölkerung in den GUS-Ländern, Vergleich 1989–2013<sup>483</sup>**

Land	1989		2009/2013	
	in Tsd. Menschen	Anteil an der gesamten Bevölkerung, in %	in Tsd. Menschen	Anteil an der gesamten Bevölkerung, in %
Armenien	51,6	1,56	9****	0,3
Aserbaidschan	392,3	5,9	119,3*	1,34
Georgien	341,2	6,32	67,5****	1,5
Tadschikistan	388,5	7,63	34,8**	0,5
Usbekistan	1.653,5	8,35	565****	2
Litauen	344,5	9,37	177,01***	5,8
Turkmenistan	333,9	9,48	135****	2,6
Moldau (ohne Transnistrien)	408,7	9,8	210,1***	5,9
Belarus	1.342,1	13,22	785,1*	8,26
Kirgisien	916,6	21,53	419,6*	7,88
Ukraine	11.355,6	22,07	7.821****	17,2
Transnistrien	153,4	25,5	-	-
Estland	474,8	30,33	321,2***	24,8
Lettland	905,5	33,96	557,1***	26,9
Kasachstan	6.062,0	37,82	3.793,8*	23,7

\*2009; \*\*2010; \*\*\*2011; \*\*\*\*2013

Die russische Intervention in der Ukraine und in Georgien hat gezeigt, wie weit die russische Regierung gehen kann, um den politischen Status quo im postsowjetischen Raum zu erhalten. Die Wahrscheinlichkeit einer Revolution wie in der Ukraine und in Georgien ist beispielsweise in Zentralasien sehr gering.<sup>484</sup> Durch die Unterstützung von zentralasiatischen Machtinhabern bremst Russland demokratische Reformen in der Region. Aus diesem Grund führt eine langfristige Stagnation von demokratischen Prozessen zu regionalen Unruhen mit brutaler Unterdrückung seitens der jeweiligen Regierung mit hohen Opferanzahlen (wie z. B. in Zhanaozen, Kasachstan, 2011). Eine Umsetzung der Grundideen der Eurasischen Wirtschaftsunion hängt davon ab, ob Vladimir Putin die politische und normative Annäherung mit den Partnern der eurasischen Integration vor allem im bilateralen Format erreicht.

<sup>483</sup> Vgl. Vavilova, V./Kaigorodova, A. et. al. (2014), S. 130-131.

<sup>484</sup> Vgl. Lo, B. (2015), S.14.

### 3.2.3 Außenpolitische und außenwirtschaftliche Prioritäten von Belarus

Die außenpolitischen Prioritäten von Belarus zeigen eine gewisse Dynamik, die sich in Abhängigkeit von vielen Faktoren befindet. Nach dem Zerfall der UdSSR trat Belarus in die internationale Arena als ein neuer souveräner Staat und deklarierte seine eigenen nationalen Interessen. Zu diesen gehören im Bereich der Außenpolitik gegenwärtig politische, ökonomische, militärisch-politische und regionale Zielsetzungen. Dabei berücksichtigt Belarus die wichtigsten Tendenzen der modernen europäischen Entwicklung (in erster Linie die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO), die einen direkten Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik des Landes haben. Die wirtschaftlichen Interessen von Belarus stehen in unmittelbarer Verbindung mit der dringenden Notwendigkeit der Wirtschaft, sich in die ökonomischen Prozesse auf Welt- und Europaebene zu integrieren.

Zu den sicherheitspolitischen Interessen von Belarus gehören die Souveränität und territoriale Integrität des Landes. Die belarussische geographische Lage schließt eine einseitige Ausrichtung der nationalen Interessen aus. Das Land konzentriert sich auf den Aufbau einer multivektoriellen Außenpolitik sowie auf die Unterstützung des Gleichgewichtes zwischen dem europäischen und dem eurasischen politischen und wirtschaftlichen Raum. Gleichzeitig strebt Belarus im Einklang mit Russland nach einem multipolaren System der internationalen Beziehungen.

Die militärpolitischen Interessen der Republik Belarus werden unter der besonderen Berücksichtigung der NATO-Osterweiterung sowie des Wachstums des internationalen Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität sowie des Drogen- und Waffenhandels formuliert. Obwohl keine Gefahr eines bewaffneten Angriffes besteht, beobachtet Minsk wie Moskau eine zunehmende Tendenz zur Einrichtung einer unipolaren Welt aufgrund der wirtschaftlichen Dominanz der USA. Dabei spielt der gemeinsame belarussisch-russische Verteidigungsraum eine wichtige Rolle in der Gewährleistung der regionalen Sicherheit. Zu den militärpolitischen Interessen des belarussischen Staates gehören der wirksame Schutz der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes, die öffentliche Ordnung, Pflege und Erhaltung der Streitkräfte sowie der kernwaffenfreie Status von Belarus.

Die regionalen Interessen von Belarus basieren auf dem Gleichgewicht der multilateralen und bilateralen Zusammenarbeit, indem die nationale Sicherheit des Landes gewährleistet wird. Politische und in erster Linie wirtschaftliche Interesse erfordern eine enge Zusammenarbeit mit anderen Regionen. Aufgrund der Knappheit der eigenen Rohstoffe und der gleichzeitigen wirtschaftlichen Fokussierung auf die Massenproduktion der Endprodukte orientiert sich die belarussische Wirtschaft auf die Außenmärkte. Nach dem Erhalt der Unabhängigkeit bestimmt dies die Prioritäten der außenwirtschaftlichen Tätigkeit.

Strategischer Vektor der belarussischen Außenpolitik, die wichtigste außenpolitische Priorität, ist eine Weiterentwicklung der Beziehungen zur Russischen Föderation. In erster Linie ist Russland nicht nur wichtigster Handelspartner von Belarus, sondern auch die Hauptquelle der politischen Unterstützung in der internationalen Arena. Für Belarus ist die Zusammenarbeit mit Russland von strategischer Bedeutung. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR stärkten sich die bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Belarus im Rahmen der neugegründeten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Gemäß dem Vertrag zur

Gründung der GUS wurde von Belarus und Russland beschlossen, eine politisch und wirtschaftlich integrierte Gemeinschaft zu schaffen, um das materielle und geistige Potenzial der beiden Länder zu vereinen. Der Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft von Belarus und Russland sah den Aufbau eines Vertretungsorgans vor. Am 29. April 1996 unterschrieben in Sankt Petersburg die Parlamentschefs beider Länder ein Abkommen über die parlamentarische Versammlung. Am 2. April 1997 unterzeichneten in Moskau die Präsidenten von Belarus und Russland einen Unionsvertrag zwischen Russland und Belarus. Gemäß der Charta der Union von Belarus und Russland wurden im Jahr 1997 der Oberste Rat und das Exekutivkomitee gebildet.<sup>485</sup>

Als eine Erweiterung der Zusammenarbeit wurde am 25. Dezember 1998 zwischen Belarus und Russland eine Erklärung „Über die weitere Einigung der Republik Belarus und der Russischen Föderation“<sup>486</sup> unter besonderer Berücksichtigung der Souveränitätsfragen verabschiedet. Ein Jahr später, am 9. Dezember 1999, wurde die Union zwischen Belarus und Russland in den Unionsstaat Russland und Belarus umgewandelt<sup>487</sup>. Gleichzeitig wurde das Aktionsprogramm der Republik Belarus und der Russischen Föderation zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags zur Gründung des Unionsstaates angenommen. Am 26. Januar 2000 ist der Vertrag nach Ratifizierung durch die Parlamente beider Länder in Kraft getreten. Später wurde die Parlamentarische Versammlung der Gemeinschaft von Russland und Belarus in eine parlamentarische Versammlung des Unionsstaates Russland und Belarus reorganisiert.<sup>488</sup> Die intensive Institutionalisierung der bilateralen Beziehungen erlaubte den beiden Staaten einen relativ einfachen Übergang zu gemeinsamen Kooperationsstandards auf allen Ebenen.

Derzeit realisiert das Außenministerium von Belarus zusammen mit dem russischen Außenministerium ein Aktionsprogramm zur Umsetzung der außenpolitischen Ziele gemäß dem Vertrag zur Gründung des Unionsstaates, das eine umfangreiche Palette an Themen der außenpolitischen Zusammenarbeit umfasst. Im Rahmen des Programms versucht man, die bilaterale Zusammenarbeit in der GUS zu vertiefen, eine kohärente Position in der UNO und der OSZE zu formulieren, die regionale und europäische Sicherheit zu gewährleisten sowie die zunehmende Bedeutung von Belarus und Russland im Umgang mit neuen Herausforderungen und Bedrohungen zu verstärken. „Auf die zunehmenden externen Herausforderungen und regionale Instabilität müssen wir adäquat reagieren, vor allem um die stabile Entwicklung unserer Staaten zu gewährleisten. In diesem Kontext erhöht sich die Bedeutung der Koordination der belarussischen und russischen Außenministerien deutlich.“, sagte Präsident Lukašënka bei der Sitzung des Obersten Rates des Unionsstaates am 3. März 2015.<sup>489</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen Russland und Belarus erfordert außerdem eine enge Kooperation in Sicherheitsfragen, in erster Linie in Fragen des einheitlichen Systems der Luftverteidigung, der Koordination des Baues von militärischen Einrichtungen, der regiona-

---

<sup>485</sup> Vgl. Unionsstaat Russland und Belarus: Information über den Unionsstaat.

<sup>486</sup> Erklärung über die weitere Einigung der Republik Belarus und der Russischen Föderation vom 25.12.1998.

<sup>487</sup> Vertrag zur Gründung des Unionsstaates Russland und Belarus vom 9.12.2015.

<sup>488</sup> Vgl. Unionsstaat Russland und Belarus: Information über den Unionsstaat.

<sup>489</sup> Administration des Präsidenten der Republik Belarus (3.03.2015).

len Truppenbestandseinteilung u. a. Die beiden Länder koordinieren ihre Maßnahmen auf internationaler Ebene. Seit 1992 wurden über 30 internationale Verträge zwischen Russland und Belarus auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit unterzeichnet. Derzeit realisiert man eine Militärdoktrin des Unionsstaates, die die wichtigsten Richtungen der Zusammenarbeit beider Länder im Verteidigungsbereich bestimmt. Die Militärdoktrin des Unionsstaates sieht einen gemeinsamen Schutz vor Aggression und militärischen Bedrohungen vor. Eine große Rolle spielt allerdings auch der Umstand, dass Belarus nicht nur ein militärischer Verbündeter Russlands ist, sondern dass sich auf dem belarussischen Territorium russische Militär-Objekte befinden. Daher bedeutet ein militärischer Angriff auf Belarus automatisch einen Angriff auf Russland.

Als ein weiterer Schritt in der militärischen Kooperation wurde 1997 ein gemeinsames Kollegium der Verteidigungsministerien von Russland und Belarus errichtet und ein Vertrag über die Logistik der regionalen Truppenbestandseinteilung am 25. Dezember 2002 unterschrieben. Derzeit wird an der Entwicklung eines gemeinsamen Systems der technischen Unterstützung für die Truppen, der Rekonstruktion der militärischen Einrichtungen in Belarus, der Lieferung von Ersatzteilen und Komponenten für die Reparatur von Kraftfahrzeugen, Flugzeugen und Panzerfahrzeugen sowie an Luftabwehrsystemen in Belarus gearbeitet.

**Tabelle 27: Import der Republik Belarus aus der Russischen Föderation, Januar–Juni 2015<sup>490</sup>**

Importe	Prozent des gesamten Imports
Mineralbrennstoffe, Rohöl, Erdöldestillate	56,7%
Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge	12,6%
Metalle	8,8%
Produkte der chemischen Industrie	8,8%
Nahrungsmittel, landwirtschaftliche Primärprodukte	5,3%
Textilwaren und Schuhe	1,7%
Andere	6,1%

Während der Sowjetzeit spezialisierte sich der Großteil der belarussischen Fabriken auf die Produktion von Fertigerzeugnissen und den Verkauf dieser Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt. Im Laufe der wirtschaftlichen Reformen am Ende der 1990er-/Anfang 2000er-Jahre ist es der belarussischen Regierung gelungen, industrielles Potenzial und enge wirtschaftliche Verbindungen zu den GUS-Staaten zu erhalten. Dies hat geholfen, eine wichtige Nische im Rahmen des einheitlichen Zollraums zu besetzen: Belarus verkauft Anlagen, Maschinen, Transportfahrzeuge, landwirtschaftliche und chemische Produkte, die eine starke Nachfrage auf den russischen und kasachischen Märkten haben. Bei genauer Betrachtung sieht man, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen Belarus und Russland seit den 1990er-Jahren kaum verändert haben. Wie früher werden aus Russland Mineralbrennstoffe, Rohöl und Schwarzmetalle importiert (s. Tabelle 27: Import der Republik Belarus aus der Russischen Föderation, Januar–Juni 2015).

<sup>490</sup> Vgl. Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation (2015a).

Nach Russland liefert Belarus Maschinen und Ausrüstungen, Fahrzeuge, Nahrungsmittel, landwirtschaftliche Primärprodukte sowie Produkte der chemischen Industrie (s. Tabelle 28: Export der Republik Belarus in die Russische Föderation, Januar–Juni 2015). Eine wichtige Rolle in den russisch-belarussischen Handelsbeziehungen spielen außerdem staatliche Finanzkredite, die Moskau der belarussischen Regierung bietet, wie zum Beispiel das russisch-belarussische Abkommen für staatliche Finanzkreditvergabe im Wert von 110 Mio. USD im Jahr 2015.<sup>491</sup>

Einige Experten sehen in dem Unionsstaat Russland und Belarus ein „Labor für die Umsetzung der Integration“. So sagte Andrej Rusakovič in einem Interview 2013, dass zu Beginn der 1990er-Jahre die neue russische Regierung die integrativen Ansätze überprüft und neue Akzente beim Aufbau des Unionsstaates gesetzt hat. Russland habe sich für eine pragmatische Vorgehensweise entschieden, indem die Wirtschaft benachteiligt wurde. Dies habe nicht funktioniert, und im Jahr 2008 habe eine neue Etappe der russisch-belarussischen Beziehungen begonnen. Heutzutage positioniere sich Moskau als neues Machtzentrum in der internationalen Arena und verstehe, dass man für die Vereinigung der GUS-Staaten konkrete Integrationsprojekte braucht. So funktioniere derzeit die Zollunion, die Freihandelszone und es entstehe eine neue Idee der Eurasischen Union. Institutionell gesehen spiele der Unionsstaat Russland und Belarus die Rolle eines Labors für die Umsetzung der Integrationsideen.<sup>492</sup>

**Tabelle 28: Export der Republik Belarus in die Russische Föderation, Januar–Juni 2015<sup>493</sup>**

Exporte	Prozent des gesamten Exports
Nahrungsmittel, landwirtschaftliche Primärprodukte	37,2%
Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge	23,1%
Produkte der chemischen Industrie	13,6%
Metalle	6,8%
Textilwaren und Schuhe	5,0%
Mineralbrennstoffe, Rohöl, Erdöldestillate	3,1%
Andere	11,2%

Auf der Basis der Unionsstaates Belarus-Russland wurde somit die Funktionstüchtigkeit des Projektes einer Eurasischen Union geprüft: Mehr als 90% aller im Unionsstaat erlassenen Rechtsvorschriften wurden bei der Bildung der Zollunion zwischen Belarus, Russland und Kasachstan eingesetzt. „Der am 1. Januar 2015 in Kraft getretene Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion reduziert die Aktualität und die Entwicklungsperspektiven des Unionsstaates nicht. Der [A. O.: der Unionsstaat] bleibt die am meisten geförderte Integrationsgemeinschaft, in deren Rahmen viele Fragen gemeinsam erarbeitet und realisiert werden.“<sup>494</sup>, sagte Lukašěnka im März 2015 bei der Sitzung des Obersten Staatsrates des Unionsstaates Belarus-Russland. Und er ergänzte: „In vielem sind wir dank des Unionsstaa-

<sup>491</sup> Vgl. Siwickij, A./Carik, Y. (2016).

<sup>492</sup> Vgl. Kononovič, E./Moskalenko, G. (04.04.2013).

<sup>493</sup> Vgl. Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation (2015a).

<sup>494</sup> Administration des Präsidenten der Republik Belarus (3.03.2015).

tes Russland und Belarus nicht auf dem Hinterhof der regionalen und weltweiten Integrationsprozesse gelandet. Er [A. O.: der Unionsstaat] ist ein Beispiel bei der Schaffung der Zollunion, des Einheitlichen Wirtschaftsraums und danach der Eurasischen Wirtschaftsunion geworden, was uns erlaubt eine Frage der ‚Integration der Integrationen‘ zu stellen [...].“<sup>495</sup> Wenn man den Unionsstaat als Plattform für Integrationsprojekte betrachtet, lässt sich feststellen, dass er eine gute Möglichkeit ist, Projekte im bilateralen Format auszuprobieren.

Eine weitere strategische Richtung der belarussischen Außenpolitik ist Europa. Der europäische Markt zeigt im Vergleich zu Russland eine kaufkräftigere Nachfrage und ist der Hauptverbraucher der belarussischen petrochemischen Industrie. Zugleich ist der Zugang der belarussischen landwirtschaftlichen Produkte zum europäischen Markt aufgrund der niedrigen Konkurrenzfähigkeit dieser Waren faktisch geschlossen. Außerdem wird das Technologie- und Investitionspotenzial des europäischen Marktes ignoriert: Die Chance, eine Brückenfunktion zwischen den westlichen Investitionen und östlichen Ressourcen zu erfüllen, scheitert an der fehlenden Konkurrenzfähigkeit.

Wie die offizielle Statistik des Staatlichen Zollkomitees der Republik Belarus zeigt, ist der Anteil der westlichen Länder am gesamten belarussischen Handelsumsatz sehr gering und beträgt nicht mehr als 5,5% pro Staat (s. Tabelle 29: Export/Import der Republik Belarus mit den westlichen Ländern 2014). Der Handel mit den EU-Ländern reduzierte sich auf 3,3% im Vergleich zum Jahr 2013 und betrug 2014 18,6 Mrd. USD, was den 26,5% des gesamten Handelsumsatzes von Belarus entspricht. Der Export in die europäischen Länder vergrößerte sich auf 3,2% und betrug 9,9 Mrd. USD, der Import aus den EU-Mitgliedstaaten verringerte sich auf 9,7% und betrug 8,7 Mrd. USD.<sup>496</sup> Zur Reduktion des Handelsvolumens tragen auch die belarussischen Gesetze bei, da die gesamte außenwirtschaftliche Tätigkeit stark vom Staat kontrolliert wird. So z. B. erlaubt Art. 25 des Gesetzes „Über die staatliche Regulierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit“ alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, wenn die nationalen Interessen bedroht sind.<sup>497</sup> Da der Artikel aus mehr als zehn Punkten besteht, lässt er eine Lücke für den Staat, selbst zu definieren, was unter „Bedrohung der nationalen Interessen“ zu verstehen ist. Eine potenzielle Wende im belarussischen Außenhandel mit Europa, gleichzeitig mit einer Liberalisierung der Innenpolitik, könnte langfristig eine Reduzierung des Rohstoffexportes sowie eine Exporterweiterung im Bereich der Hochtechnologien bringen, indem Belarus als Transitland angesehen wird.

**Tabelle 29: Export/Import der Republik Belarus mit den westlichen Ländern 2014<sup>498</sup>**

Staat	Prozent des gesamten Handelsumsatzes	Export, in Mio. USD	Import, in Mio. USD
<b>Deutschland</b>	5,4%	1.549,5	2.234,9
<b>Großbritannien</b>	4,1%	2.693,3	195,9
<b>Polen</b>	3,3%	790,8	1.539,4
<b>Holland</b>	2,9%	1.578,2	429,7
<b>Italien</b>	2,7%	969,8	938,2
<b>Litauen</b>	2,0%	965,6	435

<sup>495</sup> Administration des Präsidenten der Republik Belarus (3.03.2015).

<sup>496</sup> Staatliches Zollkomitee der Republik Belarus (2014).

<sup>497</sup> Vgl. Art. 25 des Gesetzes der Republik Belarus „Über die staatliche Regulierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit“ vom 25.11.2014.

<sup>498</sup> Staatliches Zollkomitee der Republik Belarus (2014).

Die brennende Frage der Direktinvestitionen taucht immer wieder auf der belarussischen Tagesordnung auf. Belarus bleibt bei ausländischen Direktinvestitionen im Vergleich zu den Nachbarländern stark zurück (s. Tabelle 30: Ausländische Direktinvestitionen in Belarus und seine Nachbarländer, in Mio. USD). Die ausländischen Direktinvestitionen in Belarus haben sich im Zeitraum von 2009 bis 2013 verdoppelt und betragen ca. 16.668 Mio. USD (2013). Genauso viel wird in Lettland und Litauen investiert, deren wirtschaftliches Potenzial viel kleiner als das belarussische ist. Im Gegensatz dazu wurde in die ukrainische Wirtschaft 2013 vier Mal mehr investiert, dies machte ca. 67.227 Mio. USD aus. Ursache ist das attraktive Investitionsklima der Ukraine sowie die angefangenen Marktreforemen nach dem Zerfall der UdSSR.

Das Hauptziel der belarussischen außenwirtschaftlichen Politik ist die effektive Integration der belarussischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft. Dies ist die Grundvoraussetzung für das Wirtschaftswachstum in der Republik. Der Schutz der nationalen Interessen soll durch Vertiefung der Zusammenarbeit auf dem Weltmarkt, Erweiterung des Exports, Rationalisierung der Import-Struktur und eine effektive Außenhandelspolitik gewährleistet werden. Die Integration der Republik Belarus in die Weltwirtschaft braucht jedoch auch eine Veränderung der staatlichen Regulierung im wirtschaftlichen und politischen Bereich. Aus diesem Grund ist die Durchführung von strukturellen Marktreforemen unbedingt nötig. Dies wird aber von der aktuellen Lukašenka-Regierung vernachlässigt, da der wirtschaftliche und politische Status quo die Macht des Regimes garantiert.

**Tabelle 30: Ausländische Direktinvestitionen in Belarus und seine Nachbarländer, in Mio. USD<sup>499</sup>**

Staat	2009	2013
<b>Belarus</b>	8.537	16.668
<b>Russland</b>	378.837	472.281
<b>Ukraine</b>	38.017	67.227
<b>Lettland</b>	11.602	15.956
<b>Litauen</b>	13.216	17.049

Obwohl die belarussische Teilnahme an den Integrationsprojekten im eurasischen Raum die gleichen Marktreforemen erfordert, werden diese im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion positiv gesehen. Die Mitgliedschaft der Republik Belarus in der EAWU ist somit ein Schritt in Richtung Weltmarkt, denn das Endziel der regionalen Integration ist für Belarus ein Anstieg der Valutaeinnahmen durch Erhöhung des Exportvolumens sowie die Gründung von Joint Ventures im Inland und Ausland. Wenn die belarussische Regierung diesen Modernisierungsweg verfolgt, wird die Eurasische Wirtschaftsunion Belarus eine Modernisierung im Energie-, Transport- und Telekommunikationsbereich ermöglichen. Außerdem wird eine Harmonisierung der wirtschaftlichen Systeme, eine Koordinierung der außenwirtschaftlichen Politik zwischen den Mitgliedsstaaten, die Schaffung eines einheitlichen Wertpapiermarktes sowie die institutionelle Gestaltung der eurasischen Integration auf die Entwicklung der belarussischen Wirtschaft positiv wirken.

Eine weitere Priorität der belarussischen Außenpolitik sind die Beziehungen mit den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Die Erfahrung der letzten Jahre hat sowohl die Komplexität der Integrationsprozesse in den GUS-Staaten als auch das Potenzial

<sup>499</sup> IMF (2015a).

offenbart (s. 2.2.2 Regionale Probleme der Gemeinschaft). Dies bewegt die Republik Belarus, neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der GUS zu suchen. Infolge der belarussischen Wirtschaftsstruktur ist die Integration im postsowjetischen Raum für Belarus enorm wichtig, da der belarussische Export in Länder des eurasischen EWR in Zukunft 35% des belarussischen BIP erreichen kann.<sup>500</sup>

Die Entwicklung der postsowjetischen Integrationsstrukturen wie die OVKS und die vor kurzem aufgelöste EurasWG war für Belarus von großer Bedeutung. Die Mitgliedschaft bei der EurasWG führte zum Erhalt des hohen Niveaus von branchenübergreifenden Wirtschaftskooperationen. Mit der Auflösung der EurasWG hat Belarus jedoch nicht die Kontakte zu den wirtschaftlichen Partnern verloren, da sich die meisten regulierenden Mechanismen und Institutionen in der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Freihandelszone der GUS sowie dem Unionsstaat Russland und Belarus wiederfinden.

Als Mitglied der OVKS leistet Belarus einen wesentlichen Beitrag zur kollektiven Sicherheit in der Region. Auf der Tagesordnung dieser Organisation stehen die Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogen- und Waffelhändels (einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen), der illegalen Migration (s. 2.4.1 Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) u. a. Die belarussische Regierung betrachtet die OVKS als eine Organisation zum Schutz seiner nationalen Interessen. Die instabile Situation in der Ukraine stellt aber Belarus vor die Frage, ob sich die Mitgliedschaft bei der OVKS positiv betrachten lässt. Am 14. Juni 2010 unterzeichneten alle Mitglieder der OVKS eine Vereinbarung zur Gründung der gemeinsamen Schnelleingreiftruppen<sup>501</sup>. Diese Truppen werden zur Abwehr gegen Aggressionen, internationalen Terrorismus, die transnationale organisierte Kriminalität und den Drogenhandel eingesetzt. Gemäß dieser Vereinbarung sowie dem Gesetz „Über den Kriegszustand“ vom 22. Januar 2003<sup>502</sup> und seinem Änderungsantrag vom 10. Januar 2015 (in Kraft getreten am 15. Februar 2015)<sup>503</sup> wurde die Liste von Umständen erweitert, die als Angriff auf die Republik Belarus zu qualifizieren sind und als Grundlage für die Verhängung des Kriegszustandes dienen können. Präsident Lukašenka versuchte sich mit dem Änderungsantrag zum Gesetz „Über den Kriegszustand“ vor dem ukrainischen Szenario zu schützen. So sieht die neue Version des Gesetzes eine Verhängung des Kriegszustandes vor im Falle des Einschleusens von bewaffneten Gruppen (Banden) oder Einheiten von regulären Truppen eines anderen Staates nach Belarus.<sup>504</sup>

Die Änderungen verbinden Belarus und die OVKS noch stärker als vorher: Laut Art. 4 des Änderungsantrages zählt man einen bewaffneten Angriff seitens eines Staates oder einer Gruppe von Staaten gegen einen Mitgliedsstaat des Vertrags über kollektive Sicherheit zu einer militärischen Drohung gegen Belarus.<sup>505</sup> Diese Gesetzesänderungen schaffen eine rechtliche Basis für eine Einbeziehung von Belarus in Konflikte im postsowjetischen Raum, die teilweise auch durch Provokationen von russischer Seite initiiert werden können. So z.

---

<sup>500</sup> Vgl. Vinokurov, E. (Hrsg.)(2012).

<sup>501</sup> Vereinbarung zur Gründung der gemeinsamen Schnelleingreiftruppen der OVKS vom 14.06.2010.

<sup>502</sup> Gesetz „Über den Kriegszustand“ der Republik Belarus vom 22.01.2003, S. 38-48.

<sup>503</sup> Änderungsantrag zum Gesetz „Über den Kriegszustand“ der Republik Belarus vom 20.01.2015.

<sup>504</sup> Vgl. Art. 4 des Änderungsantrages zum Gesetz „Über den Kriegszustand“ der Republik Belarus vom 20.01.2015.

<sup>505</sup> Vgl. Art. 4 des Änderungsantrages zum Gesetz „Über den Kriegszustand“ der Republik Belarus vom 20.01.2015.

B. lässt sich die Neuinterpretation des Gesetzes im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine gegen die Ukraine anwenden, die ihre territoriale Integrität zu bewahren versucht. Außerdem machen es die Änderungen möglich, eine Militärensensur bei den Medien einzuführen, was zur noch schärferen Begrenzung der Meinungsfreiheit in Belarus führen kann. Zusammenfassend ist zu sagen, dass die neue Version des Gesetzes „Über den Kriegszustand“ den nationalen belarussischen Interessen sowie dem Grundgesetz des Landes widerspricht. Der Änderungsantrag dieses Gesetzes macht Belarus von der Politik innerhalb der OVKS abhängig. Das heißt, es besteht die Gefahr, dass das belarussische Militär für die Verteidigung der russischen politischen Interessen verwendet wird.

Eine weitere Herausforderung für die belarussische Außenpolitik ist die Schlichter-Rolle im ukrainisch-russischen Konflikt. Enge wirtschaftliche und politische Verbindungen zwischen Belarus und Russland bestimmten seit dem Anfang des Konfliktes in der Ukraine die neutrale Position von Belarus. Die ersten Erklärungen des Präsidenten Lukašënka und des Außenministeriums zeigten, dass Belarus zur Neutralität neigte. Da Belarus und Russland im Rahmen der OVKS bestimmte militärische Verpflichtungen gegeneinander haben, war es nicht einfach für belarussische Regierung, die neutrale Position beizubehalten. Dies erklärt die offensichtlich prorussischen Aktionen von Minsk, wie z. B. die aktive Unterstützung Russlands bei der Abstimmung der UN-Resolution „Territoriale Integrität der Ukraine“ (68/262) während der Generalversammlung am 27. März 2014, die der Krim-Annexion durch Russland gewidmet war<sup>506</sup>. In dieser Situation nahm Belarus eine Schlichter-Rolle im ukrainisch-russischen Konflikt ein, um eigene Interessen durchzusetzen. Während des russisch-georgischen Krieges 2008 hatte Belarus schon solche Erfahrungen gesammelt, als die Verhandlungen mit Abchasien und Südossetien geführt wurden. Die Schlichter-Rolle bringt im Fall des russisch-ukrainischen Konflikts Folgendes für Belarus:

- als Schlichter rechtfertigt Belarus die eigene Neutralität gegenüber Russland;
- das Image des Friedensstifters wirkt positiv auf die belarussischen Beziehungen zu den USA und Europa.

Belarus hält somit eine strategische Balance zwischen Russland und dem Westen. Man darf jedoch die reale Bedeutung von Belarus als Schlichter nicht überschätzen, da die Minsker Abkommen (Minsk I vom 5. September 2014 und Minsk II vom 12. Februar 2015) bis jetzt keine Lösung und Entspannung im russisch-ukrainischen Konflikt gebracht haben.

### **3.2.4 Multivektorielle Außenpolitik von Nursultan Nazarbaev**

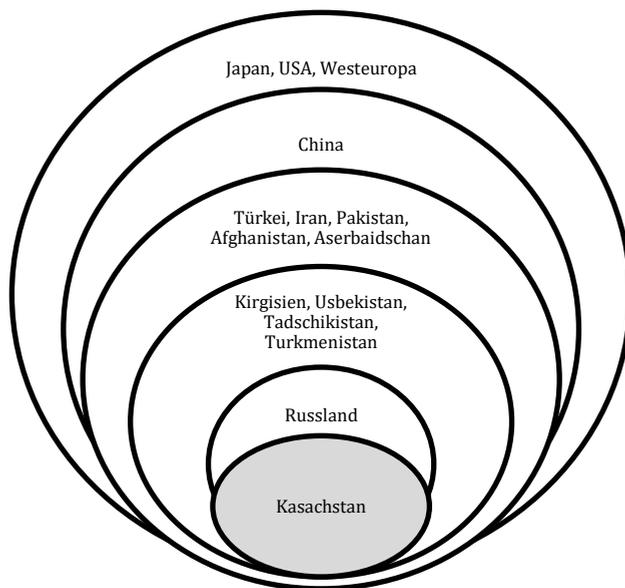
Die Republik Kasachstan ist mit der Notwendigkeit der Erarbeitung und Umsetzung einer eigenen Außenpolitik seit Erhalt der Souveränität im Jahr 1991 konfrontiert. Die außenpolitische Hauptaufgabe des Staates war eine Definition der außenpolitischen Prioritäten und nationalen Interessen sowie die Entwicklung eines Systems der nationalen Sicherheit.

---

<sup>506</sup> Voting Record on Draft Resolution A/68/L.39, Territorial Integrity of Ukraine.

Für die Entwicklung Kasachstans als unabhängiges souveränes Land und den Erhalt der territorialen Integrität war ein geschicktes außenpolitisches Manövrieren notwendig. In erster Linie ging es um eine Balance zwischen den russischen und chinesischen Interessen auf dem kasachischen Territorium. China und Russland waren Kasachstan in der Wirtschafts- und Militärkraft vielfach überlegen, was eine reale Gefahr für das neuentstandene Land aus dem Norden und Osten darstellte. Alternativ dazu hat die kasachische Regierung angefangen, Beziehungen zu den USA aufzubauen. Dies sollte ein Gegengewicht zu den mächtigen Nachbarn schaffen und die Abhängigkeit von ihnen reduzieren. Als strategisches Ziel im politischen Bereich bezeichnete Präsident Nazarbajev 1992 „eine Schließung von multilateralen und variablen militärpolitischen und wirtschaftlichen Bündnissen, die die Sicherheit und Souveränität Kasachstans unter Berücksichtigung der kasachischen politischen Selbstbestimmung gewährleisten werden“<sup>507</sup>. Seitdem ist diese Doktrin als Strategie der multivektoriellen Außenpolitik von Nursultan Nazarbajev bekannt. Wie in den anderen postsowjetischen Staaten ist eine Entpersonifizierung der Politik in Kasachstan nicht gelungen, da die Außenpolitik in diesen Staaten meistens durch die Staatsoberhäupter bestimmt wird. Das bedeutet, dass das Verhalten des Landes in der politischen Arena von Ansichten und Prioritäten des Staatsoberhaupts abhängig ist. Was Kasachstan angeht, ist die kasachische Außenpolitik in vielem die Politik von Nursultan Nazarbajev.

**Abbildung 22: Prinzip der „konzentrischen Kreise“ kasachischer Außenpolitik**



Zur Sicherung der nationalen Souveränität und der territorialen Integrität erarbeitete Kasachstan in den 1990er-Jahren eine Außenpolitik, die nach dem Prinzip der „konzentrischen Kreise“ funktionierte (s. Abbildung 22: Prinzip der „konzentrischen Kreise“ kasachischer Außenpolitik). Die höchste Priorität lag auf den Beziehungen zu Russland. Den zwei-

<sup>507</sup> Nazarbajev, N. (1992), S. 34.

ten Kreis bilden die zentralasiatischen Staaten: Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan und Turkmenistan. Der dritte Kreis besteht aus den Staaten, die pantürkische Ideen teilen, das sind der Iran, die Türkei, Aserbajdschan und Afghanistan. Dem vierten Kreis gehört China an, das einen Meereszugang und somit einen Zugang zum asiatisch-pazifischen Raum für Kasachstan gewährleistet. Der fünfte Kreis stellt die Beziehungen zu den USA, Japan und den Staaten Westeuropas dar.<sup>508</sup>

Bei der Schaffung des Systems der nationalen Sicherheit war Kasachstan gezwungen, die politische und wirtschaftliche Situation in der Region in Betracht zu ziehen und dies als Rahmen für die Erarbeitung der außenpolitischen Strategie, Verteidigungs- und Militärdoktrin aufzunehmen. Folgende Faktoren spielten damals die Hauptrolle:

– Als ein vor kurzem unabhängig gewordener Staat hatte Kasachstan minimale außenpolitische Erfahrung. Es fehlten die notwendigen Strukturen und Institutionen eines Staates wie Verteidigungsministerium, Organe der nationalen Sicherheit (Geheimdienst und Abschirmdienst), Streitkräfte, diplomatisches Corps u. a. Nazarbajev bezeichnete damals die sowjetische Politik in Kasachstan mit folgenden Worten: „Die vor der Perestroika ausgeübte Machtpolitik des Zentrums brachte dem kasachischen Volk Katastrophe und Degeneration; es ging für Jahrzehnte einen zielgerichteten Prozess der ‚Domestikation‘ und Entstaatlichung.“<sup>509</sup> Aus diesem Grund war es für Kasachstan schwierig, neue staatliche Strukturen aufzubauen und eine ordnungsgemäße Arbeit dieser Strukturen und Institutionen zu garantieren.

– Kasachstan liegt zwischen China und Russland. Die Gesamtlänge der Grenzen beträgt etwa 1.782,75 km mit China und etwa 7.591 km mit Russland.<sup>510</sup> Dies machte die militärische Lösung der außenpolitischen Streitigkeiten mit diesen zwei Großmächten unmöglich, besonders in territorialen Fragen. Das Grenzproblem zwischen China und Kasachstan war belastet durch seit langem bestehende Streitgebiete. Diese Streitgebiete sind während der Sowjetzeit entstanden, wo die noch im 19. Jahrhundert geschlossenen Verträge zwischen dem Russischen Imperium und der Qing-Dynastie eine Rolle spielten. Die Gesamtfläche der Streitgebiete betrug 34 Tsd. km<sup>2</sup> und wurde von den sowjetischen Diplomaten nicht akzeptiert. Im Jahr 1992 hat die kasachische Regierung Verhandlungen mit Peking nach einem Erlass des Ministerkabinetts vom 17. Juli 1992 „Über Verhandlungen mit der Volksrepublik China über die Einschränkung der Streitkräfte und Vertrauensbildung im Militärbereich an der kasachisch-chinesischen Grenze sowie über Verhandlungen im Bereich der Streitgebiete“ eingeleitet. Wie sich später herausgestellt hat, lag das Grenzproblem in den unterschiedlichen Interpretationen des Grenzvertrags (Khabar Asu-Protokoll, 1870) auf Russisch und auf Mandschurisch. Im Endeffekt wurden zwischen Kasachstan und der Volksrepublik China fünf Verträge geschlossen, in denen die kasachisch-chinesischen Grenzverlaufslinie genau bestimmt und beschrieben wurde.<sup>511</sup> Der gesamte Verhandlungs- und Demarkationsprozess dauerte fast zehn Jahre, von 1992 bis 2002.<sup>512</sup> Nach dem Vertragsabschluss 1994 sind offene Dissense in den nicht abgestimmten Streitgebieten in Cho-

---

<sup>508</sup> Vgl. Kazenov, U. (1994), S. 441.

<sup>509</sup> Nazarbajev, N. (1992).

<sup>510</sup> Terminologisches Handbuch „Strategie 2050“.

<sup>511</sup> Vgl. Auanasova, A./Suleimenov, A. (2010).

<sup>512</sup> Terminologisches Handbuch „Strategie 2050“.

gan-obo und Sarychilydly geblieben. Als Lösung wurde das Territorium pro rata 53:47 aufgeteilt. Kasachstan hat 537 km<sup>2</sup> bekommen, China dementsprechend 407 km<sup>2</sup>.<sup>513</sup> Grenzfragen zwischen Kasachstan und Russland waren für die kasachische Regierung noch komplizierter zu lösen. Der Grund dafür war eine fehlende Dokumentation, da innere administrativ-territoriale Grenzen der UdSSR keine Begrenzung für Wirtschaftstätigkeit und Lage der Ortschaften darstellten. Die Grenzlinie auf den Karten stimmte mit der Realität nicht immer überein: Die Grenze zwischen der Kasachischen SSR und RSFSR basierte auf widerspruchsvollen provisorischen Karten und Dokumentation der Flur- und Forsteinrichtung, die auf der Ebene der angrenzenden Gebiete abgestimmt wurden, wobei der Faktor der Betriebsnotwendigkeit einen maßgebenden Anteil hatte. Am umstrittensten war die Frage der Aufteilung der „Imashevskoe“-Kondensatlagerstätte. Es wurde bestätigt, dass das Territorium Lagerstätte bis 1947 Russland gehörte, jedoch wurde es im Laufe der Zeit auf den Karten als kasachisch eingezeichnet. 1998 vereinbarten die beiden Regierungen, das Gebiet gleichmäßig aufzuteilen und gemeinsam zu erschließen. Der Verhandlungsprozess endete erst am 7. September 2010 mit der Unterzeichnung des „Vertrags zwischen den Regierungen der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan über die gemeinsame Lagerstättenforschung auf dem Grenzgebiet Imashevskoe“<sup>514</sup>. Der gesamte Verhandlungs- und Demarkationsprozess zwischen Kasachstan und Russland wurde erst am 18. Januar 2005 abgeschlossen.<sup>515</sup>

– Die ethnische Zusammensetzung Kasachstans war in den 1990er-Jahren sehr vielfältig, was die außenpolitische Lage des Landes erschwerte. Im Jahr 1990 betrug der Anteil der slawischen Bevölkerung (Russen, Ukrainer, Belarussen u. a.) 7,32 Mio. Menschen (44,1% der Gesamtbevölkerung)<sup>516</sup>. Aus diesem Grund wurde 1992 ein besonderer Akzent auf die Interessen der Stammbevölkerung (Kasachen) gelegt.<sup>517</sup> Im Zeitraum von 1992 bis 1998 haben 1,2 Mio. ethnische Russen Kasachstan verlassen, etwa 90% davon sind nach Russland gegangen (s. Tabelle 31: Russische Emigration aus Kasachstan in 1992–1998).<sup>518</sup> Die Frage der ethnischen Zusammensetzung Kasachstans musste auf höherer Ebene abgehandelt werden. Im Laufe seines ersten offiziellen Besuchs in Moskau unterschrieb Nazarbajev 1994 eine Reihe von Verträgen, Vereinbarungen und Protokollen, darunter einen am 20. Januar 1995 in Kraft getretenen Vertrag über den Rechtsstatus der kasachischen Bürger, die permanent in Russland leben, und der russischen Bürger, die permanent in Kasachstan leben<sup>519</sup>. Gleichzeitig wurde ein Vertrag über das vereinfachte Einbürgerungsverfahren<sup>520</sup> unterzeichnet, was die Ausreise der Russen aus Kasachstan noch verstärkte. Jüngste Forschungen und Umfragen haben gezeigt, dass fast 100% der Bevölkerung des überwiegend

---

<sup>513</sup> Vgl. Auanasova, A./Suleimenov, A. (2010).

<sup>514</sup> Vgl. Vertrag zwischen den Regierungen der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan über die gemeinsame Lagerstättenforschung auf dem Grenzgebiet Imashevskoe vom 7.09.2010.

<sup>515</sup> Auanasova, A./Suleimenov, A. (2010).

<sup>516</sup> Vgl. Zimovina, E. (2003).

<sup>517</sup> Vgl. Nazarbajev, N. (1992).

<sup>518</sup> Eschment, B. (1992), S. 173.

<sup>519</sup> Vgl. Vertrag zwischen der Republik Kasachstan und der Russischen Föderation über den Rechtstatus der permanent auf dem Territorium der Russischen Föderation lebenden Bürger der Republik Kasachstan und der permanent auf dem Territorium der Republik Kasachstan lebenden Bürger der Russischen Föderation vom 20.01.1995.

<sup>520</sup> Vgl. Vertrag zwischen der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan über das vereinfachte Einbürgerungsverfahren vom 20.01.1995.

von ethnischen Russen bewohnten kasachischen Nordens Russland als freundliches Land bezeichnen. Gleichzeitig stimmen dem nur 75% der Bevölkerung des von ethnischen Kasachen besiedelten kasachischen Südens zu. Im Fall eines militärpolitischen Konflikts mit oder in Russland seien 70% der nördlichen Bevölkerung bereit, notwendige Hilfe zu leisten. Im Süden betrage dieser Anteil 50% der Bevölkerung.<sup>521</sup>

**Tabelle 31: Russische Emigration aus Kasachstan in 1992–1998<sup>522</sup>**

Jahr	Anzahl von Menschen
1992	175.000
1993	170.000
1994	283.154
1995	160.883
1996	120.427
1997	174.616
1998	124.494

Der Verlust einer großen Anzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung und an qualifizierten Arbeitskräften löste wirtschaftliche Schwierigkeiten in Kasachstan aus. Als Instrument der Staatspolitik in ethnischen Fragen funktioniert seit den 1990er-Jahren die Assemblée der Völker Kasachstans<sup>523</sup>, die auf Initiative von Präsident Nazarbajev am 1. März 1995 gegründet wurde. Die Tätigkeit dieser Organisation wird stark von Regierung kontrolliert (laut Art. 7(2) des Gesetzes über die Assemblée des Volkes Kasachstans ist Präsident Nazarbajev Vorsitzender der Versammlung auf Lebenszeit)<sup>524</sup> und dient dazu, ethnische Probleme auszugleichen.

– Die tiefe sozialwirtschaftliche Krise, die den Zerfall der UdSSR begleitete, reduzierte die außenpolitischen Ressourcen Kasachstans. Der fehlende Meerzugang machte die Teilnahme an den internationalen Märkten schwierig. Für den Übergang zur Marktwirtschaft musste Kasachstan nicht nur die Wirtschaftskrise bewältigen, sondern auch eine strukturelle wirtschaftliche Umgestaltung sowie Umwandlung der Verteidigungsindustrie durchführen. Diese Maßnahmen konnten Kasachstan helfen, den technologischen Entwicklungsrückstand zu beseitigen. Zu den Schlüsselaufgaben der kasachischen Regierung gehörte in diesem Kontext die Geldbeschaffung im Ausland. Die kasachische Regierung zählte nicht nur darauf, dass Auslandsinvestitionen das Ende der wirtschaftlichen Krise in Kasachstan beschleunigen werden, sondern auch darauf, dass die Zusammenarbeit mit den führenden ausländischen Unternehmen einen positiven Einfluss auf das Image des neu entstandenen Landes haben wird.

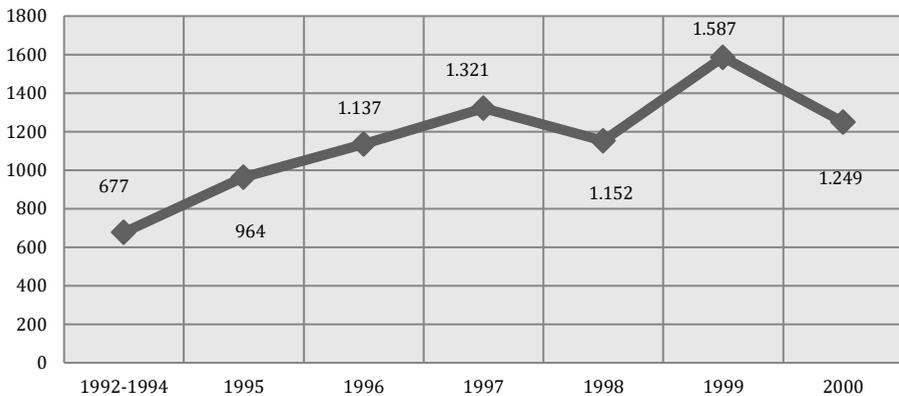
<sup>521</sup> Vinokurov, E. (Hrsg.) (2015a), S. 124.

<sup>522</sup> Auanasova, A./Suleimenov, A. (2010).

<sup>523</sup> Seit 2007 „Assemblée des Volkes Kasachstans“ genannt.

<sup>524</sup> Gesetz der Republik Kasachstan „Über die Assemblée des Volkes Kasachstans“ vom 20.10.2008.

**Abbildung 23: Ausländische Direktinvestitionen in Kasachstan in den 1990er-Jahren, in Mio. USD<sup>525</sup>**



Ein günstiges Investitionsklima wurde durch die Verabschiedung des Gesetzes „Über die ausländischen Investitionen“<sup>526</sup> (InvG) vom 27. Dezember 1994 sowie durch den Erlass des Präsidenten vom 5. April 1997 „Über den Register der Vorgangssektoren der Wirtschaft Kasachstans zur Beschaffung inländischer und ausländischer Direktinvestitionen“<sup>527</sup> gewährleistet. Dies und der hohe Rohölpreis auf dem Weltmarkt haben einen Beitrag zum Zustrom von ausländischen Investitionen in die kasachische Erdöl- und Erdgasindustrie geleistet. Weltunternehmen wie „Chevron“, „Exxon Mobil“ und „British Gas“ partizipieren am kasachischen Markt seit dieser Zeit. Eine große Rolle spielten in diesem Zusammenhang die Beziehungen zu den USA. Im April 1993 hat Präsident Nazarbajev mit Kenneth Derr, Vorsitzender des Chevron-Mineralölunternehmens, einen Vertrag über die Erschließung der Tengiz-Ölvorkommen für vierzig Jahre unterschrieben, was als Meilenstein in den kasachisch-amerikanischen Beziehungen zu betrachten ist. Die ausländischen Direktinvestitionen betragen 1995 etwa 965 Mio. Dollar (s. Abbildung 23: Ausländische Direktinvestitionen in Kasachstan in den 1990er-Jahren, in Mio. USD), 20% davon sind in den Bereich der Erdöl- und Erdgasindustrie geflossen<sup>528</sup>. Rechtswissenschaftler, darunter auch Christian Schaumburg, kritisierten die folgenden Versionen des kasachischen Investitionsgesetzes, wo es im Vergleich zum InvG von 1994 viele Einschränkungen für ausländische Investoren gab: „Ein Hauptmangel des neuen kaz. InvG besteht darin, dass der kaz. Gesetzgeber, danach strebend, einheitliche Regeln für die nationalen und ausländischen Investoren zu schaffen, viele Normen, die nur für ausländische Investoren zuträfen, schlichtweg gestrichen oder zumindest eingeschränkt hat. Dazu gehören wichtige Regelungen aus den Bereichen Rechts-

<sup>525</sup> Vgl. UNCTAD (2001), S. 294.

<sup>526</sup> Gesetz der Republik Kasachstan Nr. 266-XIII „Über die ausländischen Investitionen“ vom 27.12.1994.

<sup>527</sup> Erlass des Präsidenten Kasachstans Nr. 3444 „Über den Register der Vorgangssektoren der Wirtschaft Kasachstans zur Beschaffung inländischer und ausländischer Direktinvestitionen“ vom 5.04.1997.

<sup>528</sup> Vgl. Kazakhstan Business Magazine (2002).

regime für Investoren (z. B. Bestandsschutzklausel) und Garantie der Ausfuhr von Kapital ins Ausland. Dadurch kommen einige inländische Investoren nicht in den Genuss ausländischer Investoren vormals gewählter Investitionsprivilegien“<sup>529</sup>. Das aktive Gewinnen ausländischer Investitionen und die intensive Ausarbeitung entsprechender Gesetzesnormen in den 1990er-Jahren (vor allem in der Erdöl- und Erdgasindustrie) wurde als strategische Aufgabe der kasachischen Außenpolitik betrachtet.

– Panturkismus (Zentralasien, die Türkei, Iran). Die Ausgangsposition Kasachstans zu den zentralasiatischen Nachbarn war widerspruchsvoll. Einerseits strebte die kasachische Regierung danach, eine führende Rolle im politischen und wirtschaftlichen Bereich in der Region einzunehmen, andererseits distanzierte sich Kasachstan von der Lösung von politischen Auseinandersetzungen im Süden der Region. Große Bedeutung für die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten hatte das Bestreben Kasachstans, den Beziehungen zu Russland einen besonderen Status zu verleihen, was nicht alle Staaten Zentralasiens unterstützten. Immerhin entwickelte sich in der kasachischen Außenpolitik eine weitere Richtung, die in enger Verbindung mit der Idee des Panturkismus/Turanismus/Panturanismus steht. Aus diesem Grund begann Kasachstan, seine Beziehungen zur Türkei, dem Iran, Indien und Pakistan aktiv aufzubauen.

Heute spielen diese Faktoren eine genauso große Rolle wie in den 1990er-Jahren: Die multivektorielle Außenpolitik hat bis dato die gleichen Schwerpunkte und Ziele. Die 2015 auf Nazarbajevs Initiative von Russland, Belarus und Kasachstan gegründete Eurasische Wirtschaftsunion ist für Kasachstan von großer Bedeutung (s. 1.2.4 Pragmatischer Eurasismus als Teil der außenpolitischen Konzeption Kasachstans). Wenn man die Idee der Eurasischen Union analysiert, kommt man zum Schluss, dass es in erster Linie um die strategischen Beziehungen der zentralasiatischen und der anderen postsowjetischen Staaten zu Russland sowie um die Prinzipien und den geopolitischen Rahmen der Wechselbeziehungen geht. Ferner stellt man sich auch die Frage nach der Zukunft der Beziehungen zwischen dem asiatischen und dem europäischen Teil der ehemaligen UdSSR.<sup>530</sup>

Auch der politische Aspekt der eurasischen Integration ist zu betonen. In diesem Kontext sorgt Moskau für eine Stärkung seiner Position im postsowjetischen Raum. Die Produktionsketten, die während der Sowjetzeit entstanden sind, werden teilweise wiederhergestellt, was zu dem Wirtschaftswachstum in einer Reihe von Industrien, wie z. B. dem Maschinen-, Flug- und Schiffbau, führen kann. Die Wiederherstellung von Kooperationen ist für die kasachische Industrie enorm wichtig. Dies bestätigt sich auch durch die Zunahme der kasachischen Investitionsprojekte in der EAWU-Region (vor allem in Russland und Kirgisien) – s. Tabelle 32: Die größten kasachischen Investitionsprojekte in der Region der EAWU, Ende 2014. Dabei betrug der Anteil der gegenseitigen Investitionen zwischen Kasachstan und Russland 47,6% (2014).<sup>531</sup>

---

<sup>529</sup> Schaumburg, Ch. (2005), S. 205-206.

<sup>530</sup> Vgl. Gubaidullina, M. (22.01.2007).

<sup>531</sup> Vgl. Vinokurov, E. (Hrsg.)(2015b), S. 37.

**Tabelle 32: Die größten kasachischen Investitionsprojekte in der Region der EAWU, Ende 2014<sup>532</sup>**

Investor	Rezipienten-Land	Unternehmen/Projekt	Projektstart/Jahr des Kaufs	Ausländische Direktinvestitionen, in Mio. USD
<b>Verny Capital</b>	Russland	Hotel Ritz-Carlton in Moskau	2004	700
<b>Ivolga-Holding</b>	Russland	Landwirtschaftliche Unternehmen im Kursk-Gebiet	2003	600
<b>KazMunaiGaz</b>	Russland	Anteil am KTK (auf russischem Territorium)	1999	350
<b>Meridian Capital</b>	Russland	Flughafen Nowosibirsk-Tolmachevo (88%) Novoport	2012	272
<b>Kazakhmys</b>	Kirgisien	Gold-Kupfer-Vorkommen in Bozymchak	2008	250
<b>I. Shkolnik</b>	Russland	Orsknefteorgsintez	2011	241
<b>Ivolga-Holding</b>	Russland	Orenburg-Ivolga	2003	200
<b>Verny Capital</b>	Kirgisien	Anteil an Sky Mobile (28,5%)	2008	109

Seit dem Beitritt Kasachstans zur Zollunion und der Bildung der EAWU ist es innerhalb der kasachischen Gesellschaft zu einer deutlichen Spaltung zwischen Befürwortern und Gegnern der Integration mit Russland gekommen. Es geht um den politischen Bestandteil der eurasischen Integration. Obwohl Präsident Nazarbajev erklärte, dass die Eurasische Union eine reine Wirtschaftsunion sei und keine Auswirkung auf die Unabhängigkeit und die politische Souveränität der Vertragsstaaten habe<sup>533</sup>, vermuten Experten, dass es zu einer starken politischen Abhängigkeit innerhalb der Wirtschaftsunion kommt.<sup>534</sup>

Aktuell sind drei wirtschaftliche Ebenen innerhalb der EAWU zu unterscheiden: An der ersten Stelle befindet sich Kasachstan mit dem zwischen den EAWU-Mitgliedern besten „BIP-Wachstum-Inflation“-Verhältnis (4,4-6,0% im Jahr 2014)<sup>535</sup> und den positiven wirtschaftlichen Aussichten. An der zweiten Stelle stehen Armenien und Kirgisien, die ein positives Wirtschaftswachstum zeigen, aber keine langfristigen Wachstumsperspektiven haben. Danach folgen die Wirtschaften Russlands und Belarus, die sich in einer Stagnationsphase mit hoher Inflationsrate befinden. Kasachstan überbietet Russland in der Entwicklungsdynamik und Reformqualität, die anderen EAWU-Mitglieder im Wirtschaftspotenzial und den Ressourcen. Die EAWU gibt Kasachstan somit eine Chance, die sogenannten „Fenster der Möglichkeiten“, die eigene Wirtschaftslage durch Bildung der Freihandelszonen mit Drittländern und durch Übernahme der führenden Rolle in Fragen der EAWU-Erweiterung zu verbessern.

<sup>532</sup> Vgl. Vinokurov, E. (Hrsg.)(2015b), S. 44.

<sup>533</sup> Vgl. Regnum (24.12.2013).

<sup>534</sup> Vgl. Satpaev, D. (2014).

<sup>535</sup> Weltbank: World Development Indicators.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist außerdem der Versuch Kasachstans, sich als Plattform für die Lösung des ukrainisch-russischen Konfliktes zu positionieren. Am 21. Dezember 2014 erklärte Nazarbaev vor seinem offiziellen Besuch in Kiew seine Bereitschaft, in diesem Konflikt die Vermittler-Rolle zu übernehmen: „Ich denke, dass Kasachstan sich zur Ukraine und Russland gleich verhält. Wir haben keinen Interessenkonflikt. Ich bin der unvoreingenommene Manager, der keine Partei unterstützt, eine neutrale Position hat und seinen konstruktiven Beitrag leisten kann“.<sup>536</sup> Wenn man jedoch die Situation analysiert, wird deutlich, dass es für Kasachstan schwierig ist, als unabhängiger Vermittler im russisch-ukrainischen Konflikt zu agieren. Dies wird in erster Linie aufgrund der zahlreichen bilateralen Verträge zwischen Kasachstan und Russland scheitern. So stehen Kasachstan und Russland gemäß dem Vertrag „Über gute Nachbarschaft und Allianz im 21. Jahrhundert“ vom 28. Juni 2014 in einer engen militärpolitischen Verbindung. Laut Art. 3 dieses Vertrags nehmen weder Kasachstan noch Russland an Militärbündnissen und Militärblocken teil, die gegen einen der Vertragspartner gerichtet sind. Jede Partei soll auf Handlungen und Unterstützung von Handlungen verzichten, die gegen eine der Vertragsparteien gerichtet sind, und soll keine Hilfe für dritte Parteien im Fall eines bewaffneten Konfliktes zwischen der Vertragspartei und der dritten Partei leisten.<sup>537</sup> Außerdem verfügt Art. 4, dass die beiden vertragsschließenden Parteien eine gemeinsame Außenpolitik treiben.<sup>538</sup> Folglich ist Kasachstan gemäß dem Vertrag gezwungen, seine außenpolitischen Entscheidungen mit Russland abzustimmen.

Zusammenfassend lassen sich die 1990er-Jahre als Ausgangspunkt für die kasachische multivektorielle Außenpolitik bezeichnen. Unter besonderer Berücksichtigung oben genannter Faktoren war die Schaffung der Voraussetzungen für die Realisierung der Außenpolitik wichtiger als die Realisierung selbst. Außerdem wurde damals klar, dass das Prinzip der nuklearen Eindämmungspolitik die nationale und internationale Sicherheit nicht mehr garantieren kann. Unter diesen Bedingungen ist das Prinzip des erweiterten Vertrauens der wichtigste Mechanismus der Gewährleistung der internationalen Sicherheit geworden. Dieser Punkt ist seinerseits der multivektoriellen Außenpolitik Nazarbaevs vorausgegangen. Die bedeutende Rolle Russlands in der inneren kasachischen Politik ist nicht zu unterschätzen. Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland stellt die innere Stabilität Kasachstans in Frage, indem das als Großmacht agierende Russland zu einer der Schlüsselfiguren auf dem kasachischen politischen Feld wird. Für Astana ist eine Wiederholung des ukrainischen Szenarios auf kasachischem Territorium unzulässig, da das Problem der politischen Kontinuität und dementsprechend das Problem der Erhaltung des aktuellen politischen Systems zum wichtigsten Punkt auf der innenpolitischen Tagesordnung in Kasachstan werden. Somit versucht Kasachstan ein Gleichgewicht in den Beziehungen zu Russland zu erhalten.

---

<sup>536</sup> KTK (21.12.2014).

<sup>537</sup> Vertrag zwischen der Republik Kasachstan und der Russischen Föderation über gute Nachbarschaft und Allianz im 21. Jahrhundert vom 28.06.2014.

<sup>538</sup> Ebd.

### 3.2.5 Vor- und Nachteile der eurasischen Integration für Armenien

Unter besonderer Berücksichtigung des Konflikts in Berg Karabach und der tiefen Wirtschaftskrise der 1990er-Jahre führt Armenien seine Außenpolitik sehr pragmatisch durch. Armenien hat an fast allen Integrationsprojekten im postsowjetischen Raum teilgenommen, da die Erhaltung der wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den ehemaligen Sowjetländern für Armenien enorm wichtig ist. Die nationalen Interessen Armeniens fordern eine enge Integration sowohl mit dem europäischen als auch mit dem eurasischen Raum. Eine Integration innerhalb des kaukasischen Raums ist aufgrund der zahlreichen politischen Konflikte zwischen den Nachbarstaaten schwer möglich.

Die Teilnahme Armeniens an den eurasischen Integrationsprojekten zeichnete sich durch eine hohe Intensität der armenisch-russischen Beziehungen aus. Als Bausteine der politisch-militärischen Sicherheit Armeniens sind die bilateralen Verträge mit Russland zu nennen. So haben Armenien und Russland am 29. August 1997 einen Vertrag „Über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe“<sup>539</sup> sowie am 26. September 2000 eine Erklärung „Über die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien im 21. Jahrhundert“<sup>540</sup> unterschrieben. Diese Vereinbarungen wurden durch weitere Übereinkommen, wie einem Vertrag über die technisch-militärische Zusammenarbeit vom 17. Januar 2003<sup>541</sup>, vertieft.

Diese strategischen Verträge umfassen die aktive Kooperation in der militärpolitischen Sphäre und im Verteidigungsbereich. Eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der kollektiven und nationalen Sicherheit der beiden Staaten spielt die russische Militärbasis in Gjumri im Norden Armeniens. Am 16. März 1995 unterzeichneten die Präsidenten Russlands und Armeniens einen Vertrag über die russische Militärbasis auf dem Territorium der Republik Armenien.<sup>542</sup> Die Militärbasis ist mit dem Raketensystem S-300 sowie den Kampflugzeugen MiG-29 ausgerüstet. Das Ziel der russischen Militärbasis in Gjumri ist der Schutz der Interessen der Russischen Föderation sowie die Gewährleistung der Sicherheit Armeniens entlang der Außengrenze der ehemaligen UdSSR.<sup>543</sup> Nach dem zusätzlichen Protokoll vom 20. August 2010 wurde die Erhaltung der russischen Militärbasis in Armenien bis 2060 verlängert.<sup>544</sup>

Laut Experten stellt die neue Version des Vertrags einen wichtigen Kompromiss dar. Die armenische Regierung wurde gezwungen, die Vertragsdauer zu verlängern. Russland hat seinerseits den Punkt ausgeschlossen, der eine Hilfe des russischen Militärs in Fragen

---

<sup>539</sup> Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien vom 29.08.1997.

<sup>540</sup> Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien im 21. Jahrhundert“ vom 26.09.2000.

<sup>541</sup> Vertrag zwischen der Regierung der Republik Armenien und der Regierung der Russischen Föderation über die technisch-militärische Zusammenarbeit vom 17. Januar 2003.

<sup>542</sup> Vertrag über die russische Militärbasis auf dem Territorium der Republik Armenien vom 16.03.1995.

<sup>543</sup> Vgl. Art. 3 des Vertrags über die russische Militärbasis auf dem Territorium der Republik Armenien vom 16.03.1995.

<sup>544</sup> Vgl. Art. 2, Protokoll Nr. 5 zwischen der Regierung der Republik Armenien und der Regierung der Russischen Föderation über die vorgenommenen Änderungen in den Vertrag über die russische Militärbasis auf dem Territorium der Republik Armenien vom 16.03.1995, 20.08.2010.

des Grenzschutzes ausschließlich entlang der ehemaligen UdSSR-Grenze vorgesehen hat. Mit der Unterzeichnung des Protokolls hat Russland die Pflicht übernommen, den Grenzschutz nicht nur mit der Türkei und Iran, sondern auch mit Aserbaidschan zu gewährleisten.<sup>545</sup>

**Tabelle 33: Teilnahme Armeniens an europäischen und eurasischen Integrationsprojekten**

Europäischer Raum		Eurasischer Raum	
<b>1992</b>	Nordatlantischer Kooperationsrat (NAKR): <b>1997/</b> Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPR)	<b>1991</b>	Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS)
<b>1992</b>	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE): <b>1995/</b> Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Minsker Gruppe	<b>1992</b>	Vertrag über kollektive Sicherheit
<b>1994</b>	Partnership for Peace (PfP): <b>2002/</b> Planning and Review Process (PARP); Partnership Action Plan against Terrorism (PAP-T); Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre (EADRCC); <b>2005/</b> Individual Partnership Action Plan(IPAP)		
<b>1996 (1999)</b>	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) (EU)	<b>2003</b>	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EurasWG), Beobachterstatus
<b>2004</b>	Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP): <b>2006/</b> ENP Action Plan for Armenia (Association Agendas for Eastern partner countries); <b>2007/</b> Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument <b>2014/</b> Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI)	<b>2009</b>	Eurasian Development Bank
<b>2009</b>	Östliche Partnerschaft (Teilprojekt der ENP)	<b>2010</b>	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)
		<b>2015</b>	Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU)

Seine Bereitschaft, an eurasischen sicherheitspolitischen Integrationsprojekten teilzunehmen, zeigt Armenien durch die Mitgliedschaft bei der OVKS. Am 15. Mai 1992 unterzeichnete die armenische Regierung den Vertrag über kollektive Sicherheit. Dies war durch die Notwendigkeit des Aufbaus eines Systems der nationalen Sicherheit bedingt. Der Vertrag sollte außerdem als Faktor zur Eindämmung der armenisch-aserbaidschanischen Konflikte eine entscheidende Rolle spielen.

Gleichzeitig entwickelte Armenien eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern, sowohl in Form von bilateralen Beziehungen als auch in Form von Kooperationen mit der NATO, der OSZE und der EU (s. Tabelle 33: Teilnahme Armeniens an europäischen und eurasischen Integrationsprojekten). Die Beziehungen zwischen Armenien und der NATO haben 1992 mit dem Beitritt Armeniens zum Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR), der einige Jahre später in Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPR) umbenannt

<sup>545</sup> Vgl. Svoboda (20.08.2010).

wurde, begonnen. Die weitere Zusammenarbeit wurde durch die armenische Teilnahme am gemeinsamen Programm von NATO und europäischen Ländern „Partnerschaft für den Frieden“ vertieft. Seit 2002 nimmt Armenien außerdem im Rahmen der NATO-Zusammenarbeit Teil am „Planning and Review Process“ (PARP), am „Partnership Action Plan against Terrorism“ (PAP-T) sowie dem „Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre“ (EADRCC). Im Jahr 2005 wurde zwischen der NATO und Armenien ein „Individual Partnership Action Plan“ (IPAP) abgestimmt.<sup>546</sup> Noch vor einigen Jahren beabsichtigte Armenien die weitere Entwicklung der militärischen und politischen Kooperation mit der NATO. Aufgrund der aktiven Mitgliedschaft an der OVKS und der Präsenz des russischen Militärs in Armenien strebt Jerewan aktuell jedoch nicht nach einer vollständigen NATO-Mitgliedschaft. Heutzutage versucht die armenische Regierung, ein Gleichgewicht zwischen den beiden Sicherheitssystemen, NATO und OVKS, zu finden und die eigenen Interessen durchzusetzen.

Die armenisch-europäischen Beziehungen basieren auf dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das Armenien 1996 unterschrieben hat (das Abkommen ist drei Jahre später in Kraft getreten). 2004 wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ins Leben gerufen. Die neue europäische Politik hat auch Armenien miteingeschlossen. Im Rahmen der ENP wurde 2006 ein 5-jähriger Aktionsplan für Armenien verabschiedet. Die Realisierung des Aktionsplans gelangte zur Durchführung unter Kontrolle und mit Finanzierung der EU, was politische und wirtschaftliche Reformen in Armenien förderte. Im Rahmen der ENP wurde 2007 ein Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI), seit 2014 Europäisches Nachbarschaftsinstrument (ENI), eingesetzt.

Das Finanzierungsinstrument sollte die regionale Zusammenarbeit sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU unterstützen und eine stärkere Differenzierung entsprechend den jeweiligen Reformleistungen und regionalen Bedürfnissen ermöglichen.<sup>547</sup> Im ENPI-Rahmen hat Armenien insgesamt etwa 281,5 Mio. EUR für die Entwicklung der regionalen Zusammenarbeit für die Jahre 2007–2013 erhalten (s. Tabelle 34: Finanzierung Armeniens im ENPI-Rahmen, 2007–2013, in Mio. EUR). Davon betrug der Anteil der Finanzierung durch das Programm „The Eastern Partnership integration and cooperation“ (EaPIC) 15 Mio. EUR im Jahr 2012 für die Unterstützung der Justizreformen und der professionellen Berufsbildung sowie 25 Mio. EUR für die Unterstützung des Grenz- und Migrationsmanagements und die Unterstützung der Zivildienstreform sowie der Korruptionsbekämpfung im Jahr 2013 (s. Tabelle 34: Finanzierung Armeniens im ENPI-Rahmen, 2007–2013, in Mio. EUR).

Zu den weiteren Mechanismen der europäischen Nachbarschaftspolitik gehört außerdem das Programm der Östlichen Partnerschaft, an dem Armenien seit 2009 teilnimmt. 2010 hat die armenische Regierung aktive Verhandlungen hinsichtlich des EU-Assoziierungsabkommens aufgenommen. Das Assoziierungsabkommen verspricht Armenien eine Integration ins System „Deep and Comprehensive Free Trade Areas“ (DCFTA). Ungeachtet des schwierigen Verhandlungsprozesses mit den europäischen Institutionen lehnte der armenische Präsident, Serzh Sargasyan, das europäische Assoziierungsabkommen ab,

---

<sup>546</sup> Vgl. NATO (26.10.2015).

<sup>547</sup> Vgl. Auswertiger Amt der Republik Deutschland: Europäische Nachbarschaftspolitik.

indem er am 3. September 2013 beim Besuch in Moskau die Bereitschaft ankündigte, der Zollunion und der EAWU beizutreten.<sup>548</sup>

**Tabelle 34: Finanzierung Armeniens im ENPI-Rahmen, 2007–2013, in Mio. EUR<sup>549</sup>**

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
<b>Armenien</b>	21,0	24,0	24,7	27,7	43,1	75,0	66,0	281,5
<b>davon EaPIC:</b>								
<i>Unterstützung der Reform der professionellen Berufsbildung</i>						6,0		
<i>Unterstützung der Justizreform</i>						9,0		
<i>Unterstützung des Grenz- und Migrationsmanagements</i>							13,0	
<i>Unterstützung der Zivildienstreform und der Korruptionsbekämpfung</i>							12,0	
<b>Gesamt</b>						<b>15,0</b>	<b>25,0</b>	

Zu den politischen Gründen für die Ablehnung des Assoziierungsabkommens mit der EU gehören vor allem die starke wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland und die Notwendigkeit zur Verhinderung von Kriegshandlungen infolge des Neuanfangs des Konflikts in Berg Karabach. Dies ist nur mithilfe von Russland möglich. Da der russische Anteil an der armenischen Wirtschaft etwa 82%<sup>550</sup> beträgt, hängt Jerewan nahezu völlig von russischer Finanzierung ab. Aus diesem Grund ist die eurasische Integration mit Russland an der Spitze für Armenien im Moment ohne Alternative. Außerdem spielt die militärische Präsenz Russlands in der Region eine eindämmende und stabilisierende Rolle.

Am 10. Oktober 2014 hat der armenische Präsident den Beitrittsvertrag zur Eurasischen Wirtschaftsunion unterschrieben. Das Parlament ratifizierte am 4. Dezember 2014 den Beitritt Armeniens zur EAWU: 103 armenische Parlamentsabgeordnete von 131 stimmten dafür.<sup>551</sup> Beim Besuch in Georgien am 19. Juni 2014 hob Präsident Sargasyan hervor, dass die Entscheidung über den EAWU-Beitritt von den wirtschaftlichen Bedürfnissen und der militärischen Sicherheit Armeniens ausgehend getroffen wurde.<sup>552</sup>

Ein wichtiger Ausgangspunkt im Integrationsprozess ist das Einkommensniveau der Bevölkerung im Vergleich zu den weiteren Mitgliedern der Integrationsgebilde. Armenien ist ein Land mit einem unterdurchschnittlichen Einkommensniveau der Bevölkerung. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug 2014 etwa 3.950 USD/pro Kopf.<sup>553</sup> Seit 2009 ist eine Wachstumstendenz des realen BIP in Armenien zu beobachten. Der Grund dafür ist intensiver Warenexport und wachsende innere Nachfrage im Bereich des privaten Konsums, der sich durch Geldanweisungen von armenischen Arbeitsmigranten aus dem Ausland verstärkt. Die nichtkommerziellen Geldanweisungen aus dem Ausland nach Armenien betragen 2012 über 1,68 Mrd. USD, darunter etwa 1,44 Mrd. USD (85%) aus Russland, was

<sup>548</sup> Vgl. Melikyan, J. (2015), S. 9.

<sup>549</sup> Vgl. Europäische Kommission (2014).

<sup>550</sup> Statistical yearbook of Armenia 2015.

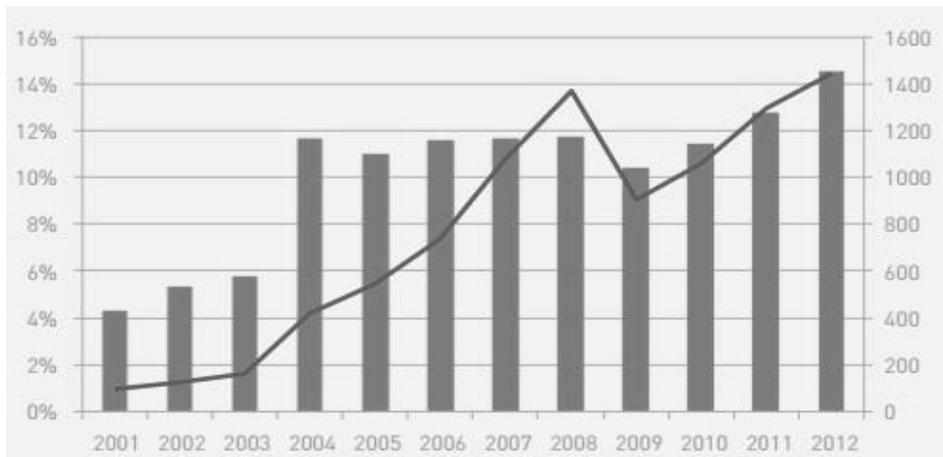
<sup>551</sup> Parlament der Republik Armenien (4.12.2014).

<sup>552</sup> Melikyan, J. (2015), S. 11.

<sup>553</sup> Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation (2015b).

2012 insgesamt 15% des armenischen BIP ausmachte (s. Abbildung 24: Geld-Transfers aus Russland nach Armenien, in % zu BIP).<sup>554</sup> Ein wesentlicher Anteil des privaten Konsums fällt auf Import-Waren. Die Geldanweisungen stimulieren den armenischen Verbrauchermarkt, die Bauindustrie sowie den Dienstleistungsbereich. Die Experten prognostizieren eine weitere Zunahme des Geld-Transfers aus dem Ausland auf 3% nach dem Beitritt zur EAWU.<sup>555</sup>

**Abbildung 24: Geld-Transfers aus Russland nach Armenien, in % zu BIP<sup>556</sup>**



Mithilfe der SWOT-Analyse (s. Tabelle 35: SWOT-Analyse: Mitgliedschaft Armeniens in der EAWU) ist festzustellen, dass der Beitritt Armeniens zur EAWU bestimmte Präferenzen auf dem Energiemarkt für Armenien bringt. Der Zugang zu billigen Energieressourcen (vor allem zu Erdgas) und eine Wiederherstellung der handelsindustriellen Kooperationen mit den ehemaligen Sowjetstaaten (vor allem mit Russland) werden die Realisierung des Wachstumspotenzials der armenischen Wirtschaft sowie bestimmte Wettbewerbsvorteile für armenische Waren gewährleisten.

Die eurasische Integration eröffnet die potenzielle Möglichkeit, Armenien als Transports- und Verkehrsknotenpunkt zu entwickeln. Der Bau einer Eisenbahn von Armenien in den Iran wird eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen dem Iran und Russland ermöglichen. Als Folge wird dies Armenien aus der territorialen „Sackgasse“ herausführen und einen Zugang zu den Märkten des Persischen Golfs sowie Süd- und Süd-Ost-Asiens garantieren.

Der Zugang zum gemeinsamen EAWU-Markt wird einen Beitrag zur Zunahme der gemeinsamen Unternehmerschaft leisten. Es besteht die Möglichkeit für armenische Unternehmen, an Regierungsaufträgen aller EAWU-Mitglieder teilzunehmen.

<sup>554</sup> Vgl. Tavadyan, A./Safaryan, A. et. al. (2013), S. 42, S. 12.

<sup>555</sup> Tavadyan, A./Safaryan, A. et. al. (2013), S. 42.

<sup>556</sup> Ebd., S. 13.

Ein weiterer Vorteil des Beitritts zur EAWU liegt in der potenziellen Verbesserung des Investitionsklimas in Armenien durch die Zunahme von Investitionen aus den EAWU-Ländern (Armenien bleibt einer der größten Netto-Importeure der Investitionen in der Region).

**Tabelle 35: SWOT-Analyse: Mitgliedschaft Armeniens in der EAWU**

	Positiver Einfluss	Negativer Einfluss
Interne Faktoren	<b>Stärken</b>	<b>Schwächen</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Kleine Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung der EAWU-Mitgliedsstaaten</li> <li>– Historische Menschengemeinschaft mit den Mitgliedern der EAWU</li> <li>– Höhere Qualität der armenischen landwirtschaftlichen Waren</li> <li>– Großes Potenzial für Entwicklung des armenischen Tourismus</li> <li>– Russische Militärbasis in Armenien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Geographische Lage Armeniens, keine Grenze mit den EAWU-Mitgliedsstaaten</li> <li>– Schwache Entwicklung der Hochtechnologien in den Mitgliedsstaaten</li> <li>– Niedrige Nachfrage nach armenischen Waren auf den Märkten der EAWU-Mitgliedsstaaten</li> <li>– Hohes Korruptionsniveau</li> <li>– Niedrige Entwicklung der Infrastruktur</li> <li>– Hohe Arbeitslosenquote in Armenien</li> <li>– Beschränkte finanzielle Ressourcen</li> <li>– Starke Abhängigkeit Armeniens von russischen Energieressourcen</li> </ul>
Externe Faktoren	<b>Chancen</b>	<b>Gefahren</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Zollunion als Transitzone zu den asiatischen Märkten</li> <li>– Niedrige Preise für Energieträger</li> <li>– Großer Absatzmarkt für armenische Waren</li> <li>– Entwicklung der Transitkorridore Armenien-Iran-Mitglieder der EAWU</li> <li>– Wiederherstellung der handelsindustriellen Kooperationen</li> <li>– Zunahme der gemeinsamen Unternehmerschaft</li> <li>– Entwicklung der humanitären Zusammenarbeit im wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich</li> <li>– Verbesserung des Investitionsklimas in Armenien durch Zunahme der Investitionen aus den Ländern der EAWU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verstärkung des Abflusses der Arbeitskraft aus Armenien</li> <li>– Hohe Konkurrenz auf Rohstoff- und Agrarmarkt aufgrund der gleichen wirtschaftlichen Spezialisierung der Mitgliedsstaaten</li> <li>– Politische Abhängigkeit von Russland</li> <li>– Ausdehnung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland auf weitere Mitglieder der Zollunion</li> </ul>

Gleichzeitig betrug die Ähnlichkeit der Exportstruktur Armeniens und der anderen Länder der Zollunion nach Angaben von Experten etwa 18% (2011).<sup>557</sup> Das bedeutet, dass aufgrund der bestehenden wirtschaftlichen Spezialisierung und der niedrigen Konkurrenzfähigkeit der armenischen Waren keine Perspektive für eine Erweiterung der Exportwarenstruktur besteht. Die Situation verschlechtert sich durch die fehlende gemeinsame Grenze zwischen Armenien und den weiteren Mitgliedern der EAWU. Dieser Faktor verursacht wesentliche Transportkosten, was die armenischen Waren noch konkurrenzunfähiger macht.

Ein weiteres Problem in Armenien ist das hohe Korruptionsniveau (CPI Wert 2015 – 35)<sup>558</sup>. Ein hoher Anteil der Schattenwirtschaft und eine schwache Entwicklung des KMU-Bereichs wird höchstwahrscheinlich die positiven Effekte des EAWU-Beitritt zunichtemachen.

<sup>557</sup> Voskanyan M./Tumanyan R. (2014), S. 28.

<sup>558</sup> Transparency International (2015a).

Obwohl die armenische Strategie der nationalen Sicherheit eine enge Kooperation mit der NATO, einen europäischen Entwicklungsweg sowie eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit den USA und dem Iran<sup>559</sup> vorsieht, ist die politische Anhängigkeit Armeniens von Russland und der OVKS groß. Das Potenzial der Umsetzung der von der armenischen Regierung gewünschten „Politik der Komplementarität“<sup>560</sup> ist gering. Als eine negative Auswirkung der eurasischen Integration ist in diesem Kontext die Ausdehnung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland auf Armenien zu nennen. Da sich die russische Wirtschaft in einer starken Abhängigkeit von den Erdöl- und Erdgaspreisen befindet, hat der Preisverfall einen großen Einfluss auf die makroökonomische Situation in Russland. All dies richtet auch bestimmte Entwicklungsschranken in Armenien auf, dessen Wirtschaft von der russischen Wirtschaft unmittelbar abhängig ist. Eine von der eurasischen Integration erwartete Intensivierung der armenischen Wirtschaft und Vergrößerung des Handelsvolumens ist aktuell schwer realisierbar.

### 3.2.6 Interessen der Kirgisischen Republik beim Beitritt zur EAWU

Seit mehr als zwanzig Jahren nach dem Zerfall der UdSSR versuchte die kirgisische Regierung, die wirtschaftliche und soziale Situation in Kirgisien zu verbessern. Dafür wurden verschiedene Aktionsprogramme ausgearbeitet, darunter auch in Kooperation mit internationalen Organisationen (s. Tabelle 36: Nationale Programme und Strategien Kirgisien). Aufgrund der Ineffektivität der Staatsstrukturen und eines hohen Korruptionsniveaus (CPI Wert 2015 – 28)<sup>561</sup> konnten diese Programme und Strategien jedoch nicht vollständig realisiert werden. Der Mangel an Nachhaltigkeit und die fehlende Zweckgerichtetheit der Staatspolitik gingen zulasten der Entwicklung der vorrangigen Wirtschaftssektoren. Im Ergebnis konnte die Kirgisische Republik im Vergleich zu den anderen ehemaligen Sowjetstaaten keinen Platz auf dem Weltmarkt finden.

**Tabelle 36: Nationale Programme und Strategien Kirgisien**

Jahr	Programm
2001	Komplexgrundlage für die Entwicklung bis 2010 <sup>562</sup>
2003	Nationale Strategie zur Armutsreduzierung für 2003–2005 <sup>563</sup>
2009	Strategie der Landentwicklung (Neue Wirtschaftspolitik) für 2009–2011 <sup>564</sup>
2013	Nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung für 2013–2017 <sup>565</sup>

Nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags am 23. Dezember 2014 ist Kirgisien seit 12. August 2015 offiziell Mitglied der EAWU.<sup>566</sup> Der Beitritt zur EAWU eröffnete neue Perspektiven für Kirgisien: Zahlreiche Schranken für den freien Verkehr von kirgisischen

<sup>559</sup> Vgl. Strategie der nationalen Sicherheit der Republik Armenien vom 26.01.2007.

<sup>560</sup> Ebd.

<sup>561</sup> Transparency International (2015a).

<sup>562</sup> Komplexgrundlage für die Entwicklung der Kirgisischen Republik bis 2010.

<sup>563</sup> Nationale Strategie der Kirgisischen Republik zur Armutsreduzierung für 2003–2005.

<sup>564</sup> Kirgisische Strategie der Landentwicklung für 2009–2011.

<sup>565</sup> Ebd.

<sup>566</sup> Vertrag über den Beitritt der Republik Kirgisien zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014 vom 23.12.2014.

Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften wurden abgebaut. Potenzielle Investitionsmöglichkeiten und Chancen eröffneten sich für Infrastrukturprojekte vor allem im Energie-, Transport- und Agrarbereich. Die Unterzeichnung des Vertrags bedeutete für Kirgisien außerdem das neue Recht der kirgisischen Staatsbürger auf Arbeit in allen EAWU-Mitgliedsstaaten ohne jeweilige Einschränkungen.

**Tabelle 37: SWOT-Analyse: Mitgliedschaft der Kirgisischen Republik in der EAWU**

		Positiver Einfluss	Negativer Einfluss
		Stärken	Schwächen
Interne Faktoren		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Historische Menschengemeinschaft mit den Mitgliedern der EAWU</li> <li>- Großer Absatzmarkt für kirgisische landwirtschaftliche Waren</li> <li>- Russische Militärbasen in Kirgisien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Niedrige Nachfrage nach kirgisischen Waren auf den Märkten der EAWU-Mitgliedsstaaten</li> <li>- Sozioökonomische Probleme Kirgisiens (z. B. Defizit des Staatshaushalts)</li> <li>- Konkurrenzunfähigkeit der kirgisischen Waren</li> <li>- Reexportorientierte Wirtschaft Kirgisiens</li> <li>- Hohes Korruptionsniveau</li> <li>- Niedrige Entwicklung der Infrastruktur</li> <li>- Beschränkte finanzielle Ressourcen</li> <li>- Starke Abhängigkeit Kirgisiens von russischen Energieressourcen</li> </ul>
		Chancen	Gefahren
Externe Faktoren		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausgleich des Unterschieds in der sozioökonomischen Entwicklung mit den anderen EAWU-Mitgliedsstaaten</li> <li>- Niedrige Preise für Energieträger</li> <li>- Wiederherstellung der handelsindustriellen Kooperationen</li> <li>- Zunahme der gemeinsamen Unternehmenschaft</li> <li>- Modernisierung und Diversifizierung der kirgisischen Wirtschaft</li> <li>- Effektives Wassermanagement</li> <li>- Zunahme des Außenhandelsumsatzes</li> <li>- Verbesserung des Investitionsklimas in Kirgisien durch Zunahme der Investitionen aus den Ländern der EAWU</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verstärkung des Abflusses der Arbeitskraft aus Kirgisien</li> <li>- Politische Abhängigkeit von Russland</li> <li>- Ausdehnung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland auf weitere Mitglieder der Zollunion</li> </ul>

Einer der wichtigsten Effekte des EAWU-Beitritts ist die Öffnung des Zugangs zu den günstigen Energieträgern aus Kasachstan und Russland. Gemäß Kapitel XX „Energiewirtschaft“ des Vertrags über die EAWU unterstützen die EAWU-Mitglieder eine Modernisierung des Energiebereichs Kirgisiens, und zwar durch die Entwicklung der Infrastruktur, Harmonisierung des kirgisischen Energierechts sowie Gewährleistung der günstigen Bedingungen für Investitionen in die Energiewirtschaft.<sup>567</sup>

Aktuell ist die kirgisische Wirtschaft stark reexportorientiert und charakterisiert sich durch eine starke Übersteigerung des Imports auf den Export. 1998 erreichte die Übersteigerung einen Höhepunkt und betrug 21% des BIP. Dies führte zu bedeutenden makrowirtschaftlichen Konsequenzen. Die kirgisische Regierung wurde damals gezwungen, Außenschulden zu machen. Aktuell bildet der Reexport die Basis der wirtschaftlichen Beziehungen zu den kirgisischen Partnern. Die starke Anhängigkeit Kirgisiens von der Außen-

<sup>567</sup> Vgl. Kapitel 20 des Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

wirtschaft ist vor allem durch das geringere Binnenmarktpotenzial sowie den Rohstoff- und Investitionsmangel zu erklären.

Das hohe Niveau der Wirtschaftsfreiheit macht die kirgisische Wirtschaft stark von Änderungen der Preiskonjunktur auf dem Weltmarkt abhängig. Im Jahr 2015 betrug der Import 3.681,8 Mio. USD.<sup>568</sup> Der Export belief sich auf 1.304,4 Mio. USD.<sup>569</sup> China war der stärkste Partner Kirgisiens in Fragen des Reexports. Nach dem Beitritt Kirgisiens zur EAWU regeln sich diese Fragen durch Normen der EAWU. Dabei eröffneten sich viele neue Perspektiven für chinesische Investoren, die somit einen Zugang zu dem neuen Verbrauchermarkt bekommen. Es lässt sich vermuten, dass Kirgisien ein neuer Ort für die Verlegung von Industrien aus China sein könnte. Da eine Reindustrialisierung der kirgisischen Wirtschaft notwendig ist, bietet die EAWU neue Möglichkeiten, die Bergbauindustrie sowie die Landwirtschaft besser zu entwickeln.

Der kirgisische Export besteht aus neun Warengruppen (Obst und Gemüse, Tabak, Baumwolle, Textil, anorganische Grundchemikalien, Elektroenergie, Zement, Schiffe, elektrische Glühlampen). Das Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen Kirgisien und den Ländern der EAWU betrug 2015 2.058,8 Mio. USD. Eine negative Tendenz der gegenseitigen Handelsbeziehungen ist zu verzeichnen. So reduzierte sich das Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen Kirgisien und Russland 2015 auf fast 20% (s. Tabelle 38: Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen Kirgisien und den EAWU-Mitgliedern, Januar–November 2015). Eine Schwächung der wirtschaftlichen Positionen Kirgisiens ist durch den Rückgang der Warenlieferungen auf die für Kirgisien traditionellen Märkte der GUS, die Vergrößerung der rohstofforientierten Ausrichtung des Exports sowie beschränkte Arten der Warenerzeugung zu beobachten. Als Grund für die Krise sind Folgen der westlichen Sanktionen gegen Russland, der Kursrückgang des Rubels sowie die Verschlechterung der sozioökonomischen Lage in allen EAWU-Ländern im Jahr 2015 zu sehen. Mit dem Beitritt zur EAWU ist Kirgisien ein bedeutendes wirtschaftliches Risiko eingegangen. Aufgrund der niedrigen Konkurrenzfähigkeit der kirgisischen Wirtschaft, der Notwendigkeit der Einführung von technischen EAWU-Normen für kirgisische KMU sowie des Preisanstiegs auf dem Binnenmarkt ist die soziale Lage in Kirgisien instabil und kann zu sozialen Unruhen führen.

**Tabelle 38: Volumen des gegenseitigen Warenhandels zwischen Kirgisien und den EAWU-Mitgliedern, Januar–November 2015<sup>570</sup>**

	in Mio. USD	In % zu Januar–November 2014
<b>Kirgisien – Armenien</b>	0,4	104,0
<b>Kirgisien – Belarus</b>	61,9	68,7
<b>Kirgisien – Kasachstan</b>	681,7	68,4
<b>Kirgisien – Russland</b>	1.314,8	81,1
<b>Gesamt</b>	<b>2.058,8</b>	

<sup>568</sup> Nationale Komitee für Statistik Kirgisiens (2015a).

<sup>569</sup> Ebd.

<sup>570</sup> Vgl. EAWU (2015a).

Die größten Vorteile aus dem Beitritt zur EAWU bestehen für kirgisische Arbeitsmigranten. Seit dem Beitritt können diese in Russland ohne Patent arbeiten. Die Grundfaktoren der Auswanderung der Arbeitskräfte aus Kirgisien nach Russland und Kasachstan sind Unterschiede im Einkommensniveau sowie die Arbeitskräftenachfrage. Der Grund für die Abwanderung ist die Arbeitslosigkeit in Kirgisien, die 2014 8% (58.200 Menschen) betrug<sup>571</sup>, sowie die niedrigen Einkommen (174,5 USD/Monat in 2013)<sup>572</sup>. Nach Angaben von Experten ist eine weitere Zunahme der Abwanderung von Arbeitskräften aus der Kirgisischen Republik zu vermuten, was etwa 3,5% ausmachen wird. Dieser Trend wird vor allem von der russischen und kasachischen Migrationspolitik abhängen, die sich ihrerseits in Abhängigkeit von der nationalen wirtschaftlichen Situation befindet. Man erwartet in Russland etwa 8 Mio. Arbeitsmigranten aus Kirgisien im Zeitraum 2010–2030. Das bedeutet, dass der Anteil der kirgisischen Emigranten in der näheren Zukunft ca. 44.000 Menschen pro Jahr betragen wird.<sup>573</sup> Kirgisische Experten raten dazu, eine gemeinsame Migrationspolitik in der EAWU auszuarbeiten.<sup>574</sup> Ein positiver Faktor der Migration sind für Kirgisien die Geld-Transfers von Arbeitsmigranten aus dem Ausland. Nach Angaben der Nationalbank betragen die Transfers 2015 etwa 129,4 Mio. USD, davon 124,0 Mio. USD aus Russland (ohne inoffizielle Transfers).<sup>575</sup>

Bedauerlicherweise ist festzustellen, dass Kirgisien gegenwärtig in einen Kreislauf der Reproduktion von Armut geraten ist. Niedrige Einkommen, schlechter Gesundheitszustand, fehlende Bildung, niedrige Arbeitsproduktivität bestimmen die Aufrechterhaltung des Kreislaufs der Armut, was unmittelbar zur Verstärkung der sozialen Spannungen führt. Unter diesen Bedingungen fallen die Ideen von extremistischen Gruppierungen auf fruchtbaren Boden. Allein nach offiziellen Angaben des kirgisischen Innenministeriums haben sich 2015 etwa 400 kirgisische Staatsbürger (davon 15,6% Minderjährige) dem Islamischen Staat im Irak und in Syrien (ISIS) angeschlossen und kämpfen auf Seiten der ISIS.<sup>576</sup> Die zunehmende Gefahr des Extremismus und des internationalen Terrorismus verschlechtert die Investitionsattraktivität des Landes, was wiederum zu einer weiteren Verschlechterung der sozialwirtschaftlichen Entwicklung und der Sicherheitslage Kirgisiens führt.

Russland spielt eine wichtige Rolle im sicherheitspolitischen Bereich Kirgisiens. Seit 2003 betreibt Russland eine Militärbasis in Kant. Laut einem Vertrag zwischen Kirgisien und Russland schützt die russische Militärbasis zusammen mit den kirgisischen Streitkräften die Souveränität Kirgisiens (auch vor Angriffen internationaler Terrororganisationen), gewährleistet die Sicherheit des Landes und unterstützt Kirgisien im militärtechnischen Bereich.<sup>577</sup> Obwohl die russische Militärbasis eine starke politische Abhängigkeit Kirgisiens von Russland bedeutet, lässt sich diese Basis als Garant von Sicherheit in der Region sehen. Besonders wichtig ist sie im Kontext der Schließung der amerikanischen Luftwaffenbasis

---

<sup>571</sup> Nationale Komitee für Statistik Kirgisiens (2015b).

<sup>572</sup> Nationale Komitee für Statistik Kirgisiens (2015c).

<sup>573</sup> Beyshenaly, N./Levent, H./Ormonbekova, L./Shamshiev, Ch. (2013), S. 16.

<sup>574</sup> Vgl. ebd., S. 106.

<sup>575</sup> Nationale Bank der Kirgisischen Republik (2016).

<sup>576</sup> Innenministerium der Kirgisischen Republik (2015).

<sup>577</sup> Vereinbarung zwischen der Russischen Föderation und der Kirgisischen Republik über den Status und die Bedingungen des Aufenthalts der gemeinsamen russischen Militärbasis auf dem Territorium der Kirgisischen Republik vom 7.05.2013.

Manas 2014 sowie des Abzuges von amerikanischen Truppen aus Afghanistan. Wenn die USA die Region komplett verlassen haben, steigt hypothetisch die Möglichkeit, dass das entstehende Machtvakuum schnell durch Taliban besetzt wird. Dies würde einen Beitrag zur weiteren Radikalisierung der zentralasiatischen Region, der Aktivierung von radikalen islamischen Bewegungen sowie der Verstärkung des Terrorismus leisten.

Durch den Beitritt zur EAWU versucht Kirgisien seine innenpolitische Schwäche mittels der stärkeren Partner (in erster Linie mithilfe von Russland) zu überwinden. Eine wichtige Rolle spielt dabei die russische finanzielle Hilfe, die ihrerseits die politische Loyalität Kirgisiens gegenüber der russischen Innen- und Außenpolitik gewährleistet.



### 3.3 Zweckmäßigkeit der EAWU-Erweiterung

#### 3.3.1 Ukrainisches Dilemma: eurasische vs. europäische Integration

Heute steht die Ukraine vor der schwierigen Wahl ihres Entwicklungsweges. Trotz des ukrainisch-russischen Konfliktes im Osten interessiert sich die Ukraine gleich stark für die Zusammenarbeit mit den postsowjetischen Ländern und der EU. Sowohl die Hauptmitglieder der EAWU als auch die Europäische Union fordern von der Ukraine eine klare Stellungnahme in den Integrationsfragen und den Fragen der politischen Ausrichtung des Landes. Der europäische Integrationsvektor hat für die Ukraine keinen Vorrang im Sinne der langfristigen Entwicklung der gleichberechtigten partnerschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen. De facto braucht die ukrainische Wirtschaft die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, dies scheint aber in der derzeitigen Konfliktsituation schwer realisierbar zu sein.

Experten meinen, dass die Wahl der Integrationsrichtung für die Ukraine viel mehr als eine Wahl der Wirtschaftspartner sei, sondern eine Wahl der weiteren zivilisatorischen Entwicklung. Entweder trete die Ukraine der EU bei, die auf den Prinzipien der Demokratie und der Gesetzeshoheit funktioniert, oder gliedere sich der EAWU ein, wo die politischen Regime der Mitgliedsstaaten tendenziell autoritär sind und Probleme mit Demokratie, Pressefreiheit und Transparenz haben.<sup>578</sup>

Die eurasische Alternative bietet den Vorteil der ukrainischen Erfahrung in den Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum. Die Integration ist hier extrem schwierig, entwickelt sich hingegen konsequent, natürlich und stufenweise: Freihandelszone – Zollunion – Zahlungs- und Währungsunion – gemeinsamer Markt für Waren und Dienstleistungen. Die erste Idee zur Bildung einer Freihandelszone tauchte 1994 auf. Die Realisierung der Idee über die Freihandelszone hat damals zahlreiche negative Seiten aufgezeigt, wie Probleme mit der Aufhebung der Handelsschranken, die doppelte Steuerbelastung, der Transit des Reexportes. Wie schon erwähnt wurde, unterzeichneten Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Russland, Tadschikistan, die Ukraine und Belarus im Oktober 2011 ein weiteres Abkommen zur Bildung einer Freihandelszone. Im Januar 2012 folgten die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes und die Einrichtung der EAWK, die sowohl die Zollunion der EAWU als auch den EWR reguliert. Die Errichtung der Freihandelszone hat für die Ukraine und für weitere Vertragsstaaten eine Lösung einiger wirtschaftlichen Probleme gebracht: Es wurden Zollabgaben und Steuern für bestimmte Waren abgeschafft (s. 2.2.3 Faktoren der wirtschaftlichen Integration in die GUS). Experten nehmen an, dass die Ukraine aus der Teilnahme an der Freihandelszone in erster Linie Vorteile in der Agrarwirtschaft gezogen hat. Außerdem verbesserte Kiew die Lage der ukrainischen Lebensmittel- und Leichtindustrie, des Eisenhüttenbetriebes und steigerte die Leistung in der Energiewirtschaft.<sup>579</sup>

Wenn man die Vorteile der möglichen Teilnahme der Ukraine an der Zollunion betrachtet, stellt man fest, dass eine Reduzierung der Erdölpreise sowie eine Erweiterung des

---

<sup>578</sup> Kropot, V./ Rastvorceva, S. (2014).

<sup>579</sup> Vgl. Burganova, I. (2014).

Exports der ukrainischen Waren nach Russland, Kasachstan und Belarus die Folgen wären. Noch wichtiger ist, dass die Teilnahme der Ukraine an den eurasischen Integrationsprozessen die regionale Integration im Ganzen fördern würde, indem der EAWU eine massive Erweiterung erfährt. Dies würde seinerseits auf die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Waren und Dienstleistungen positiv wirken. Außerdem würden die handelsindustriellen Kooperationen wiederhergestellt, die nach dem Zerfall der UdSSR verloren gegangen sind. Sollte die Ukraine auf die eurasischen Integrationsprozesse verzichten, würde es zur Konservierung der wirtschaftlichen Branchenstruktur und als Folge zur Abschwächung des ukrainischen Wirtschaftswachstums kommen.<sup>580</sup>

Ein weiterer Aspekt, der für die Ukraine zu beachten ist, ist die Frage der politischen Souveränität im Rahmen der EAWU. So soll die nationale Zollpolitik im Rahmen der Zollunion dem supranationalen Organ, der EAWK, übergeben werden. Und es ist nicht klar, ob die Ukraine ihre eigenen Interessen bei der Kommission durchsetzen können wird. Wie Gerhard Simon noch 1994 schrieb, sind die meisten politischen Gruppierungen in Russland bis heute nicht bereit, in der Unabhängigkeit der Ukraine etwas Endgültiges zu sehen. Sie wollen nicht wahrhaben, dass eine eigene Staatsbildung in der Ukraine gerade aufgrund der großen kulturellen und historischen Nähe zu Russland nur in der Distanz zu Russland gelingen kann oder gar nicht.<sup>581</sup> Diese Bereitschaft fehlt bis jetzt.

Trotz der formellen Gleichheit aller Mitglieder der EAWU befindet sich Russland in einer privilegierten Lage. Russland betrachtet die Integration im postsowjetischen Raum und gerade die Schaffung der EAWU nicht als ein rein wirtschaftliches, sondern als ein regionales geopolitisches Projekt.<sup>582</sup> Russland definiert sich als Hauptakteur und bildet einen regionalen Block als Gegengewicht zum Westen. Das bestätigt sich auch dadurch, dass Russland seit der Bildung der Zollunion und des Gemeinsamen Wirtschaftsraums versucht hat, den Prozess der Schaffung einer politischen Allianz zu beschleunigen. So standen in den ersten Versionen des Vertrags zur Gründung der EAWU einige Punkte, die Vorschläge politischen Charakters wie z. B. die Einsetzung eines gemeinsamen Parlaments<sup>583</sup> enthalten.

Die zweite Alternative für die Ukraine ist die Teilnahme an den europäischen Integrationsprozessen. Die EU und die Ukraine arbeiten schon seit langem zusammen: zuerst im Rahmen des „Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“ (PKA), von 1994–2004, dann im Rahmen des Programms „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP), von 2004–2009 und seit 2009 im europäischen Programm „Östliche Partnerschaft“. Im Laufe der Reformen hat die Ukraine die ersten Schritte im Prozess der für den EU-Beitritt notwendigen Umgestaltung durchgeführt:

- Durchführung der Verfassungsreform 2004 und 2010, was später zum Machtwechsel im Land im Jahr 2014 geführt hat<sup>584</sup>;
- Beitritt zur WTO und Einführung der europäischen Normen im wirtschaftlichen Bereich;

---

<sup>580</sup> Vgl. Vinokurov, E. (Hrsg.)(2012).

<sup>581</sup> Simon, G. (1994), S. 12.

<sup>582</sup> Vgl. Satpaev, D. (2014).

<sup>583</sup> Vgl. SOZ (26.11.2014).

<sup>584</sup> Vgl. Lazareva, M. (2014).

- Übergang zu den Marktpreisen im Gassektor nach einer Reihe von Gas-Konflikten mit Russland.

Im März 2014 paraphierte die EU die Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Ukraine. Dieses Abkommen hat den Weg für ukrainische Waren auf die Märkte Europas geöffnet. Im Gegenzug ist die Ukraine aufgefordert, innerhalb der nächsten zehn Jahre die benötigten Reformen durchzuführen, um den freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften zu gewährleisten.

Gemäß den offiziellen Daten des ukrainischen Zollamtes betrug der gesamte ukrainische Export zwischen Januar und April 2015 etwa 12,5 Mrd. USD (34,7% weniger als im Vorjahr). Das bedeutet, dass der ukrainische Export um etwa 6,7 Mrd. USD seit Anfang 2015 zurückgegangen ist. Experten sehen die Situation als kritisch an. Sie behaupten, dass sich in der Periode Januar–April 2015 der Export von ukrainischen Waren in die GUS-Länder auf 53% (2,7 Mrd. USD) im Vergleich zum Vorjahr reduzierte. Dabei bleibt Russland der Hauptkäufer von ukrainischen Waren (11,8% des Gesamtexports). Russland ist auch der Hauptlieferant in die Ukraine: auf Russland entfallen 17,6% des Gesamtimports. Obwohl der Anteil des ukrainischen Exports in die EU zunimmt, betrug er im Zeitraum Januar–April 2015 etwa 34% und in die GUS-Staaten etwa 19% des gesamten Exportvolumens der Ukraine. Es lässt sich sagen, dass eine solche Strukturänderung des Exports zu einem Wechsel vom russischen zum europäischen Markt führt. Allerdings bleibt der europäische Markt schwer zugänglich für ukrainische Waren. Eine komplette Umstellung vom russischen auf den europäischen Markt ist momentan nicht möglich. Trotz der Vergrößerung des ukrainischen Export-Anteils in die EU-Länder reduzierte sich das Export-Volumen der ukrainischen Waren in die EU auf 35% (2,2 Mrd. USD) im Vergleich zum Vorjahr.<sup>585</sup> Dies bestätigt, dass die Assoziierungsabkommen und konkret die Abschaffung von Exportzöllen aktuell keinen positiven Effekt für die ukrainische Wirtschaft gebracht haben.

Als Ursachen für den ukrainischen Misserfolg auf dem europäischen Markt ist Folgendes zu nennen: Erstens, die Konkurrenzunfähigkeit der ukrainischen Waren im Vergleich zu den europäischen Waren, und zweitens, die geringe Bereitschaft der ukrainischen Regierung, die europäischen Standards zu übernehmen. Da diese Prozesse und die Umgestaltung viel Zeit benötigen, könnte die Ukraine immerhin langfristig eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen erwarten. Trotz der politischen Unterstützung Europas und der Bereitstellung finanzieller Mittel<sup>586</sup> zur Abschwächung der Wirtschaftskrise in der Ukraine bleiben weitere Hindernisse für die Integration mit Europa sowohl auf der nationalen als auch auf der europäischen Ebene. Der russisch-ukrainische Konflikt sowie die Probleme mit der politischen und wirtschaftlichen Harmonisierung werden einen großen Einfluss auf die Dauer und die Qualität der Integration zwischen Europa und der Ukraine haben.

Mithilfe der SWOT-Analyse ist festzustellen, dass eine positive wirtschaftliche Entwicklung sowohl im Fall der Integration im postsowjetischen Raum als auch im Fall der europäischen Integration wohl möglich ist (s. Tabelle 39: SWOT-Analyse: Geoökonomische

---

<sup>585</sup> Vgl. Ohrimenko, A. (15.05.2015).

<sup>586</sup> Europäische Kommission (1.07.2015).

Strategie der Ukraine). Experten wie Burganova<sup>587</sup>, Babenko<sup>588</sup>, Golikov, Schuba<sup>589</sup> meinen, dass die Ukraine entweder den eurasischen oder den europäischen Integrationsweg wählen soll.

**Tabelle 39: SWOT-Analyse: Geoökonomische Strategie der Ukraine<sup>590</sup>**

		Interne Faktoren		Externe Faktoren	
		Stärken		Chancen	
Positiver Einfluss			Zollunion der EAWU		
		– Ähnliche Mentalität der Völker		– Zollunion als Transitzone auf die asiatischen Märkte	
		– Kleine Unterschiede in der sozio-ökonomischen Entwicklung der Mitgliedsstaaten		– Wiederherstellung der handelsindustriellen Kooperationen	
		– Sprachgemeinschaft		– Wiederaufrichtung der chemischen Industrie	
		– Historische Menschengemeinschaft		– Höhere Qualität der landwirtschaftlichen Waren	
		– Entwickelte Verkehrsmittel, darunter Eisenbahnverkehr		– Zunahme der gemeinsamen Unternehmerschaft	
		– Großer Absatzmarkt		– Modernisierung des Gas-Transport-Systems	
		– Niedrige Preise für Energieträger		– Schaffung eines einheitlichen Energiesystems	
				– Erweiterung und Zunahme des Exports dank Abschaffung der Importzölle	
				Freihandelszone der EU	
		– Hohes Lebensniveau		– Zugang zu den neuen Technologien	
		– Hohes Niveau der Wissenschaft und Technik		– Vereinfachung der Arbeitskräftebewegung aus der Ukraine in die EU	
		– Hohes Niveau der Kultur		– Zunahme der europäischen Investitionen in die ukrainische Wirtschaft	
		– Umweltbewusstsein		– Hochschulaustausch	
	– Vorhandenes flüssiges Kapital		– Zunahme der gemeinsamen Unternehmerschaft		
	– Großer Absatzmarkt				
	– Entwickelte Verkehrsmittel				
Negativer Einfluss			Zollunion der EAWU		
		– Schwache Entwicklung der Hochtechnologien in den Mitgliedsstaaten		– Verstärkung des Abflusses der Arbeitskraft aus der Ukraine	
		– Ähnliche wirtschaftliche Spezialisierung der Mitgliedsstaaten auf Landwirtschaft und Brennstoffressourcen		– Hohe Konkurrenz auf Rohstoff- und Agrarmarkt aufgrund der gleichen wirtschaftlichen Spezialisierung der Mitgliedsstaaten	
		– Niedrige Entwicklung der Infrastruktur		– Politische Abhängigkeit von Russland	
		– Hohe Arbeitslosenquote		– Ausdehnung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland auf weitere Mitglieder der Zollunion	
		– Beschränkte finanzielle Ressourcen			
				Freihandelszone der EU	
		– Niedrige Konkurrenzfähigkeit der ukrainischen Waren		– Verstärkung des Abflusses der Arbeitskraft aus der Ukraine	
		– Schwache Infrastruktur der Ukraine		– Schlechte Chancen für die Ukraine, sich auf dem europäischen Markt zu etablieren	
		– Unterschied der Verkehrsstandards		– Verschlechterung der Lage der ukrainischen Industrie infolge des zunehmenden Imports aus der EU	
		– Starke Unterschied des Einkommensniveaus der europäischen und ukrainischen Bevölkerung		– Schnelleres Wachstum des Dienstleistungsimports aus der EU	
		– Hohe Arbeitslosenquote		– Abwanderung der hochqualifizierten Arbeitskräfte in die EU	

<sup>587</sup> Burganova, I. (2014).

<sup>588</sup> Babenko, S. (2014), S. 166-170.

<sup>589</sup> Golikov, A./Shuba, M. (2013), S. 42-46.

<sup>590</sup> Vgl. Golikov, A./Shuba, M. (2013), S. 44-45.

Man darf jedoch die parallele Integration nicht ausschließen. Die beiden Integrationszenarios sind kompatibel. So kann die Erarbeitung der technischen Standards im Rahmen der eurasischen Freihandelszone einen Beitrag zur Harmonisierung der technischen Regulierung mit der EU leisten. Die EU als mächtiger Akteur kann die russische Dominanz in den eurasischen Integrationsprozessen dämpfen und Hilfe bei der Vertrauensbildung zwischen den Mitgliedsstaaten leisten.<sup>591</sup>

Außerdem könnte die europäische Erfahrung zum Ausbau der notwendigen Institute und supranationalen Organe der EAWU sowie zur Ausbildung von Fachkräften beitragen. Ein solches Szenario wird jedoch erst mit einer Umgestaltung der europäischen Programme wie „Östliche Partnerschaft“ und ENP möglich. Ferner stellt sich die Frage der Transformation des Beziehungsfeldes „EU – Russland“ zu „EU – EAWU“.

### **3.3.2 Tadschikistan als potenzielles Mitglied der EAWU**

Tadschikistan ist ein isoliertes agrar-industrielles Land, das weitab der Welttransportinfrastruktur liegt. Seine Lage ist bestimmt durch einen fehlenden Meerzugang und nahezu flächendeckendes Hochgebirge (etwa 93% des gesamten Territoriums). Die Grundlage der tadschikischen Volkswirtschaft bildet in erster Linie Baumwollanbau und Tierzucht sowie Aluminiumproduktion, Textilproduktion und Energiewirtschaft. Nach der Gründung der EAWU erklärte Emomalii Rahmon, der Präsident Tadschikistans, die Notwendigkeit, die vertragsrechtliche Basis der EAWU auf einen möglichen Beitritt Tadschikistans hin zu untersuchen.<sup>592</sup> Ein wichtiger Faktor des tadschikischen Beitritts zur EAWU ist die Möglichkeit, die handelsindustriellen Kooperationen mit den ehemaligen Sowjetstaaten wiederherzustellen, indem eine neue Phase der Industrialisierung des Landes vor allem im Bereich der Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Leicht- und Bergbauindustrie sowie Energie stattfinden soll. Eine entscheidende Rolle sollen dabei die Transitzuge Tadschikistans sowie zahlreiche Natur- und Bodenschätze spielen.

Aufgrund der SWOT-Analyse lässt sich vermuten, dass der Beitritt zur EAWU sowohl kurzfristige als auch langfristige positive Effekte auf die tadschikische Wirtschaft haben kann (s. Tabelle 40: SWOT-Analyse: Mögliche Mitgliedschaft Tadschikistans in der EAWU). Der wichtigste Vorteil des EAWU-Beitritts ist vor allem der Zugang zum einheitlichen Arbeitsmarkt der EAWU-Mitgliedsstaaten. Nach dem Beitritt werden tadschikische Migranten die Möglichkeit bekommen, ohne formale Einschränkungen in den EAWU-Mitgliedsländern zu arbeiten. Gegenwärtig versucht Russland die illegale Migration aktiv zu bekämpfen, indem ein neues Migrationsgesetz im Laufe der Jahre 2013–2014 verabschiedet wurde.<sup>593</sup> Das Migrationsgesetz richtet sich vor allem auf eine Verschärfung der Beschränkungsmaßnahmen im Einreisebereich und unter anderem auf eine Erhöhung der Gebühren für in Russland arbeitssuchende Migranten. Einerseits führt dies zur Erhöhung der wirtschaftlichen

---

<sup>591</sup> Vgl. Vinokurov, E./Libman, A. (2013), S. 63-64.

<sup>592</sup> Vgl. Interfax (10.10.2014).

<sup>593</sup> Vgl. Gesetz der Russischen Föderation „Über die Rechtslage der ausländischen Staatsbürger in der Russischen Föderation“ von 25.07.2002/ 30.12.2015.

Effektivität, andererseits zur Erweiterung des Schattenarbeitsmarktes, wie schon während der Krise 2008–2010 geschehen.

**Tabelle 40: SWOT-Analyse: Mögliche Mitgliedschaft Tadschikistans in der EAWU**

		Positiver Einfluss	Negativer Einfluss
<b>Interne Faktoren</b>	<b>Stärken</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Historische Menschengemeinschaft mit den Mitgliedern der EAWU</li> <li>– Großer Absatzmarkt für tadschikische Waren</li> <li>– Strategische Lage Tadschikistans (Gewährleistung des Zugangs zu den Märkten Pakistans, Chinas, Indiens)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Differenzen im Bereich der Tarifsätze mit der Zollunion der EAWU</li> <li>– Konkurrenzunfähigkeit der tadschikischen Waren</li> <li>– Reexportorientierte Wirtschaft Tadschikistans</li> <li>– Hohes Korruptionsniveau</li> <li>– Sozioökonomische Probleme Tadschikistans</li> <li>– Niedrige Entwicklung der Infrastruktur</li> <li>– Beschränkte finanzielle Ressourcen</li> <li>– Starke Abhängigkeit Tadschikistans von russischen Energieressourcen</li> <li>– Hohe Kosten für Grenzsicherung mit Afghanistan</li> </ul>
	<b>Chancen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Einheitlicher Arbeitsmarkt mit den EAWU-Ländern (Legalisierung von illegalen Arbeitnehmern aus Tadschikistan)</li> <li>– Wiederherstellung der handelsindustriellen Kooperationen</li> <li>– Verbesserung des Investitionsklimas in Tadschikistan durch Zunahme der Investitionen aus den Ländern der EAWU</li> <li>– Effektives Wassermanagement</li> <li>– Zunahme des Außenhandelsumsatzes</li> <li>– Ausgleich des Unterschieds in der sozioökonomischen Entwicklung mit den anderen EAWU-Mitgliedsstaaten</li> <li>– Niedrige Preise für Energieträger</li> <li>– Sicherung der tadschikisch-afghanischen Grenze</li> <li>– Reduzierung des Drogenhandels</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Negativer Einfluss auf Warenhandel mit Drittländern, z. B. mit China</li> <li>– Politische Abhängigkeit von Russland</li> <li>– Ausdehnung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland auf weitere Mitglieder der Zollunion</li> </ul>
<b>Externe Faktoren</b>			

Nach statistischen Angaben befanden sich 2011–2014 etwa 740.000<sup>594</sup> tadschikische Arbeitsmigranten in Russland. Aufgrund der wirtschaftlichen Rezession in Russland reduzierte sich die Anzahl der Arbeitsmigranten 2014 auf ca. 670.000<sup>595</sup> Menschen. Aktuell arbeitet ein großer Teil der tadschikischen Migranten in der Schattenwirtschaft.<sup>596</sup> Der EAWU-Beitritt wird zur Legalisierung der tadschikischen Migranten führen, was seinerseits die Geld-Transfers der Arbeitsmigranten nach Tadschikistan vergrößern wird. 2014 betrug das Volumen des Geld-Transfers ca. 42,7%<sup>597</sup> des tadschikischen BIP, was Tadschikistan zu einem vom Geld-Transfer höchstabhängigen Land der Welt macht. Experten vermuten, dass das Wachstum des Geld-Transfers nach dem Beitritt etwa 15–25% (3,4–3,7 Mrd. USD)<sup>598</sup> bei Stabilisierung der russischen Wirtschaft betragen wird. Ein wichtiger Aspekt des Beitritts sind außerdem bedeutende Veränderungen im humanitären Bereich: Anerkennung

<sup>594</sup> Weltbank (2015), S. 16.

<sup>595</sup> Ebd.

<sup>596</sup> Vgl. Tkachenko, A. (2015), S. 19.

<sup>597</sup> Weltbank (2015), S. 3.

<sup>598</sup> Demidenko, M. (2013), S. 103.

von tadschikischen Berufsqualifikationen und akademischen Titeln. Dies wird die Chancen von tadschikischen Arbeitsmigranten auf eine hochqualifizierte Arbeit in Russland oder einem anderen EAWU-Staat vergrößern.

Ein weiterer möglicher positiver Effekt des EAWU-Beitritts ist in der Verbesserung des Investitionsklimas Tadschikistans durch Zunahme von Investitionen aus den Ländern der EAWU zu sehen. Zahlreiche Natur- und Bodenschätze (60% aller Wasserressourcen Zentralasiens) können mithilfe eines Zustroms von Investitionen eine Reindustrialisierung und die Entwicklung der Landwirtschaft (in erster Linie Bewässerungsackerbau) gewährleisten. Das Energiesystem Tadschikistans ist Teil eines einheitlichen Energiesystems Zentralasiens, das während der Sowjetzeit gebaut wurde. Dieses benötigt eine Erneuerung, Modernisierung und Rekonstruktion der Anlagen. Die Investitionen werden Arbeitsplätze schaffen, was langfristige positive Effekte auf den tadschikischen Arbeitsmarkt sowie auf das soziale Niveau der Bevölkerung haben wird.

Das Hauptproblem beim EAWU-Beitritt bleibt die Abstimmung von Tarifsätzen. Der einheitliche Zolltarif Tadschikistans ist weniger homogen als der Zolltarif der EAWU-Zollunion. Der tadschikische Tarif hat sechs verschiedene Stufen im Vergleich zu 23 Stufen der EAWU. Dies kann einen negativen Effekt auf die Organisation und Verwaltung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit Tadschikistans haben. In erster Linie wird eine Kostenerhöhung von Exporten aus China, der Türkei und dem Iran erwartet. Mit dem EAWU-Beitritt verliert Tadschikistan einen großen Teil an Zollgebühren, was direkt zur Reduzierung des tadschikischen Staatshaushalts führt. Tadschikische Experten betonen außerdem, dass die Erweiterung der EAWU-Zollgrenze einen Beitrag zur Reduzierung des Warenschuggels aus China, Pakistan und dem Iran leisten würde. Das Verschwinden von billigen Waren würde einen negativen Einfluss auf den Wohlstand des ärmsten Bevölkerungsteils Tadschikistans haben.<sup>599</sup> Da der tadschikische Fragile State Index schon heute hoch ist (FSI – 83,4)<sup>600</sup>, wird eine Reduzierung des Warenschuggels aus China zu einem deutlichen Armutsanstieg in Tadschikistan führen.

Hohe Korruptionsrate (CPI – 26)<sup>601</sup>, unentwickelte Infrastruktur und als Folge hohe Transportkosten – all dies macht tadschikische landwirtschaftliche Waren konkurrenzunfähig auf den Märkten der EAWU-Mitgliedsstaaten. In diesem Zusammenhang ist eine Revitalisierung der Inlandsproduktion im industriellen Bereich zu den Vorteilen eines Beitritts zu zählen. Die Aluminiumproduktion und der Baumwollanbau sind momentan die am höchsten konkurrenzfähigen Industriezweige Tadschikistans. Der freie Zugang zu den Märkten der EAWU-Mitgliedsstaaten wird Tadschikistan eine Erweiterung der Einnahmen durch Exporte erlauben.

Neben den wirtschaftlichen Fragen beschäftigt sich Tadschikistan aktiv mit Problemen sicherheitspolitischen Charakters. Als Vorteil ist die russische Hilfe bei der Sicherung der tadschikisch-afghanischen Grenze zu bezeichnen, indem Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (vor allem des sogenannten ISIS) und des illegalen Drogenhandels verstärkt werden. Zusammen mit anderen zentralasiatischen Regierungen plant

---

<sup>599</sup> Olimova, S. (2015).

<sup>600</sup> FSI (2015).

<sup>601</sup> Transparency International (2015b).

die tadschikische Regierung eine aktive Teilnahme am Nachkriegsaufbauprozess in Afghanistan. Eine Stabilisation der afghanischen Region kann aufgrund fehlender finanzieller Kapazitäten Tadschikistans erst mit materieller und militärischer Unterstützung von Russland im Rahmen der EAWU gelingen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der EAWU-Beitritt große Möglichkeiten im Investitionsbereich für die EAWU-Mitgliedsländer eröffnet. Tadschikistan bekommt eine Chance, seine geografische Lage effektiv zu nutzen und eine Brückenrolle in den EAWU-Handelsbeziehungen zwischen Fernem und Nahem Osten sowie zwischen Zentral- und Südasien zu spielen. Eine aktive finanzielle Hilfe aus Russland gewährleistet eine stabile Situation im Gebiet der tadschikisch-afghanischen Grenze und reduziert den Drogen-, Waffen-, und Menschenhandel. Wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland, eine Verschlechterung der politischen Situation und die wirtschaftliche Krise in den EAWU-Mitgliedsstaaten bremsen jedoch das Integrationspotenzial der EAWU und den möglichen Beitritt Tadschikistans.

### 3.4 Entwicklungsperspektiven der EAWU: zwischen Politik und Wirtschaft

Viele Variablen wie die innen- und außenpolitische Situation in Russland, die Entwicklung der russisch-belarussischen Beziehungen, die Ergebnisse des Machtübergangs in Kasachstan, die sicherheitspolitische Lage Armeniens, die wirtschaftspolitische Situation in Kirgisien machen es besonders schwer, eine Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion vorherzusagen. Aktuell balanciert die EAWU zwischen zwei Faktoren: politischen und wirtschaftlichen.

#### 3.4.1 Vertiefung der politischen Integration innerhalb der EAWU

Im Laufe der Vorbereitung zur Unterzeichnung des EAWU-Vertrags war zu merken, dass die ursprünglichen Projekte einer Eurasischen Union eine starke politische Komponente beinhalteten. Heutzutage stellt die EAWU ein rein wirtschaftliches Projekt dar. Bemerkenswert ist, dass die Union Eurasische *Wirtschaftsunion* heißt. Dies betont die ausschließlich wirtschaftliche Kooperation zwischen den Mitgliedern. Sogar im Vertrag zur Gründung der EAWU wird ausdrücklich der Begriff „eurasische wirtschaftliche Integration“ statt „eurasische Integration“ benutzt<sup>602</sup>, der keinen Zweifel hinsichtlich der möglichen politischen Integration vermuten lässt.

2011 schrieb der kasachische Präsident Nursultan Nazarbajev über die Bildung einer Eurasischen Union und betonte die bedeutende Rolle eines gemeinsamen Eurasischen Parlaments im Entscheidungsprozess der zukünftigen Union. Zu den Tätigkeiten des Eurasischen Parlaments sollten die Koordination der Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten, die Gewährleistung der Entwicklung des EWR, der Schutz der sozialen Rechte und Interessen der Menschen, die gegenseitige Achtung der Staatssouveränität und der Bürgerrechte der Mitgliedsstaaten der Eurasischen Union gehören.<sup>603</sup> In einem weiteren Artikel vertritt er folgende Position: „Eine Bildung der Eurasischen Union ist erst auf der Basis der breiten gesellschaftlichen Unterstützung möglich. Logisch ist, dass es in unseren Ländern schon jetzt eigene ‚Eurasoptimisten‘ und ‚Eurasskeptiker‘ gibt. Die Polemik zwischen ihnen hilft, die Mängel des Integrationsprozesses zu sehen und konsequent zu beheben. Ich denke, dass in der näheren Zukunft diese Diskussionen vom Rednerpult der Eurasischen Assemblée geführt werden“.<sup>604</sup> Den Aufbau eines Eurasischen Parlaments unterstützte auch Sergej Naryshkin, Vorsitzender der russischen Staatsduma: „Auf der Tagesordnung steht die Frage der Bildung eines Eurasischen Parlaments. [...] Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren spielt die Politik so große Rolle im Integrationsprozess, dass eine Besprechung von weiteren Handlungen zur Lösung der gemeinsamen Aufgaben mit den Vertretern Belarus und Kasachstans notwendig ist“.<sup>605</sup> Die letzten Ereignisse in der Ukraine und die Reaktion des Westens zwangen Russland zur Reduzierung der politischen Komponenten im EAWU-Vertrag. Die Fragen einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, einer gemeinsamen Außenpolitik, eines gemeinsamen Grenzschutzes, eines gemeinsamen Parlaments, der Pass- und Visaangelegenheiten,

---

<sup>602</sup> Vgl. Vertrags über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014.

<sup>603</sup> Vgl. Nazarbajev, N. (1994).

<sup>604</sup> Nazarbajev, N. (2011).

<sup>605</sup> Russische Staatsduma (24.02.2012).

einer gemeinsamen technisch-militärischen Politik sowie der Maßnahmen zum Schutz von russischsprachigen Minderheiten in den Mitgliedsstaaten wurden aus dem Vertrag ausgeschlossen.<sup>606</sup>

Das Misstrauen der EAWU-Mitglieder gegen eine tiefere politische Integration mit Russland hat eine historische Quelle: Zuerst trat das Misstrauen aufgrund imperialer und danach sowjetischer Aggression auf. Die Mitgliedsstaaten befürchteten einen Verlust von politischer Souveränität im Laufe der wirtschaftlichen Integration sowie einen russischen Truppeneinsatz unter dem Vorwand des Schutzes von russischsprachigen Minderheiten, wie es auf der Krim, dem Osten der Ukraine und Georgien der Fall war.

Trotzdem fordert das moderne System der Weltwirtschaft eine weitergehende regionale wirtschaftliche Integration. Die EAWU ist eine Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern im postsowjetischen Raum, die im Bereich der Warenstruktur, der Möglichkeiten für Businessentwicklung und Mobilität von Arbeitsressourcen ähnlich sind. Immerhin ist die EAWU als Union der Ungleichberechtigten nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, sondern auch im Sinne der nationalen Interessen zu bezeichnen. Wie die russischen Experten betonen, sei eine Ursache der misslungenen wirtschaftlichen Integration die starke politische Zentralisierung der EAWU-Mitgliedsstaaten.<sup>607</sup> Wenn in den 1990er-Jahren eine Welle der Dezentralisierung im postsowjetischen Raum stattfand, war in dieser Region Mitte der 2000er-Jahre eine neue Tendenz der Stärkung der Zentralgewalt zu beobachten. Somit ist seit dieser Zeit jede Form der internationalen Zusammenarbeit aufgrund der Schwäche von Ortsverwaltung auf lokalem Niveau enorm schwierig. Meistens werden regionale Initiativen vom Zentrum stark kontrolliert, sodass die supranationale Kooperation sich als „Zweig“ der nationalen Außenpolitik entwickelt, meinen Vinokurov und Libman.<sup>608</sup> Aus Sicht der zentralen Regierungen kann eine Verstärkung der lokalen Gewalt als Separatismusgefahr wahrgenommen werden. Dies ist eine besonders brennende Frage im Kontext des russischen föderalen Staatssystems. Ohne Dezentralisierung wird aber dennoch keine effiziente Integration stattfinden und die EAWU wird für immer nur eine Koalition von einander unterstützenden Autokratien bleiben.

Die Entwicklung der Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum hängt in diesem Kontext vor allem vom politischen Willen ab. Die schon begonnene aktive Arbeit an der Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen im Rahmen der EAWU wird zur weiteren Liberalisierung im wirtschaftlichen Bereich und somit zur immer enger werdenden Verbindung zwischen den Mitgliedern führen.

Der wirtschaftlichen Liberalisierung soll eine politische Liberalisierung folgen. Dies wäre als Grundlage für den Aufbau von supranationalen Organen zu verstehen. Die Schaffung von effektiven supranationalen Organen soll die Hauptaufgabe der eurasischen Integration werden. Die kasachischen Experten meinen, dass bei der aktuellen Machtzentralisierung in den EAWU-Ländern keine parallele Gewaltstruktur vorstellbar sei. Mit anderen Worten, die Etablierung von supranationalen Organen widerspreche der heutigen Konzep-

---

<sup>606</sup> Vgl. Ziyadullaev, N. (2014), S. 28.

<sup>607</sup> Vinokurov, E./Libman, A. (2012), S. 85.

<sup>608</sup> Ebd., S. 86.

tion und den Prinzipien der Staatsstrukturen in Eurasien, da die Machtinhaber nicht bereit sind, ihre eigene Macht mit jemandem zu teilen.<sup>609</sup>

**Abbildung 25: Der Weg zum Aufbau von supranationalen Organen der EAWU**



Als Folge braucht man für den Aufbau der supranationalen Organe eine Reihe von fundamentalen innenstaatlichen Reformen in Eurasien. Diese Reformen sollen eine Demokratisierung, nachhaltige Pressefreiheit, Schutz der Menschenrechte, Übergang zum Parlamentarismus sowie eine Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen gewährleisten. In diesem Kontext versteht man unter dem Übergang zum Parlamentarismus Wählbarkeit, Transparenz, Einhaltung der Regeln und Kollegialität. Für eine erfolgreiche Durchsetzung von eurasischen Integrationsprozessen ist eine Umwandlung der EAWK in ein echtes supranationales Organ notwendig (s. 3.1.2 Organisationsstruktur und institutionelle Schwachstellen der EAWU), jedoch soll der Aufbau eines Eurasischen Parlaments das Hauptziel der politischen Integration bleiben.

Als erster Schritt ist in diesem Kontext eine Institutionalisierung der parlamentarischen Diplomatie zu sehen, d. h. eine Etablierung von neuen interparlamentarischen Gruppen/Organisationen sowie eine Erweiterung des Tätigkeitsspektrums der internationalen Institutionen.<sup>610</sup> Seit fünfundzwanzig Jahren hat die postsowjetische Region bereits große Erfahrungen im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit gemacht. Es funktionieren/funktionierten einige interparlamentarische Einrichtungen wie die Interparlamentarische Versammlung der GUS, die Parlamentarische Versammlung der OVKS, die Parlamentarische Versammlung der GUAM, die Interparlamentarische Versammlung der EurasWG sowie die parlamentarische Versammlung des Unionsstaats von Russland und Belarus. Diese Erfahrung spricht für ein hohes Kooperationsniveau und eine große Kooperationsbereitschaft zwischen den nationalen Parlamenten. Viele der für den weiteren Aufbau von supranationalen Organen benötigten Mechanismen und Organisationsstrukturen wurden im Rahmen dieser Versammlungen komplett durchgearbeitet. Eine weitere Entwicklung der Integrationsprozesse mit hoher politischer Komponente ist somit rein institutionell hoch realisierbar.

<sup>609</sup> Kembayev, Zh. (9.03.2011).

<sup>610</sup> Vgl. Kosov, Y./Toropygin, A. (2012), S. 132-139.

### 3.4.2 Wirtschaftliche Aussichten der EAWU

Die eurasische wirtschaftliche Integration ist eine logische Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern des postsowjetischen Raums. Die Bildung der EAWU eröffnete viele Wachstumsmöglichkeiten für die nationalen Wirtschaften der Mitgliedsstaaten. Allerdings ist bis dato kein Aufschwung des gegenseitigen Handels und keine Umgestaltung der Warenstruktur der Mitglieder festzustellen. Dies steht in einer engen Verbindung vor allem mit den strukturellen Problemen der Volkswirtschaften: niedriges Niveau der Diversifizierung und mangelhafte Modernisierung.

Die strukturellen Probleme spielen eine besonders große Rolle während der aktuellen wirtschaftlichen Krise im postsowjetischen Raum (einen Spitzenwert der 12-monatigen Inflation von 15% erreichte Russland im November 2015)<sup>611</sup>. Verschärfung der Konkurrenz auf den Weltmärkten, niedrige Weltpreise auf Energieträger, westliche Sanktionen gegen Russland – all dies wirkt negativ auf die Perspektiven der Integrationsentwicklung. Die EAWU-Mitgliedsstaaten agieren aus den eigenen nationalen Interessen heraus und vernachlässigen die Interessen der Union.

Aufgrund der dauerhaften Erhöhung der Erdölfördermengen durch die Mitglieder der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) sanken seit September 2015 die Ölpreise stark. Da die Integration für Russland extrem teuer ist (nach Expertenangaben betragen die russischen „Integrationsausgaben“ in den Jahren 2000–2013 etwa 70 Mrd. USD)<sup>612</sup>, befindet sich Russland in einer schwierigen Lage. Wie Experten glauben, ist 2016 und 2017 mit keiner bedeutenden Ölpreissteigerung zu rechnen.<sup>613</sup> Das bedeutet für Russland und Kasachstan enorme Haushaltsdefizite. Zugleich sank im Januar 2016 die industrielle Erzeugung (in Belarus auf 6,8%, in Kasachstan auf 0,7%, in Kirgisien auf 40,7% und in Russland auf 2,7%), die Produktion in der Bauindustrie (in Armenien auf 6,4%, in Belarus auf 22,3%, in Kirgisien auf 59,7% und in Russland auf 4,2%), der Güterumschlag (in Armenien auf 5,7%, in Belarus auf 5,5%, in Kasachstan auf 1,3%, in Kirgisien auf 6,3%), die Personenbeförderungsleistung (in Armenien auf 2,6%, in Belarus auf 4,7% und in Russland auf 7,2%) sowie der Einzelhandelsumsatz (in Armenien auf 5,5%, in Belarus auf 1,8%, in Kasachstan und Russland auf 7,3%).<sup>614</sup>

Die russische Wirtschaft erwartet unter besonderer Berücksichtigung der amerikanischen und europäischen Sanktionen eine weitere Rezession. Abgesehen von den niedrigen Erdölpreisen verschlechtert sich die Situation im Brennstoff- und Energiekomplex der EAWU-Mitgliedsstaaten durch den großen technischen Rückstand, der die EAWU-Produkte auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig macht. Zur Überwindung des Rückstandes und zur Risikominimierung brauchen die EAWU-Wirtschaften eine umfassende innovative Erneuerung des Energiekomplexes.

Ein offensichtlicher Nachteil der EAWU ist das Ausbleiben der Ukraine im Prozess des Unionaufbaus. Die engen historischen wirtschaftlichen Kooperationen der Ukraine mit

---

<sup>611</sup> Vgl. EAWK (17.12.2015).

<sup>612</sup> Ziyadullaev, N. (2014), S. 30.

<sup>613</sup> IMF (2016).

<sup>614</sup> EAWK (9.03.2016).

den EAWU-Ländern und die im Vergleich zu den anderen GUS-Staaten diversifizierte ukrainische Wirtschaft könnten die EAWU in langfristiger Perspektive stärken. Der russisch-ukrainische Konflikt führte dazu, dass die EAWU die Möglichkeit verpasste, die zweitstärkste Wirtschaft der GUS in die Integrationsprozesse in Eurasien einzubeziehen.

Der Handelsumsatz der EAWU-Staaten mit der Ukraine betrug 2015 nur ein Drittel des Umsatzes von 2011 (s. Tabelle 41: Dynamik des Export-/Importumsatzes von Zollunion/EAWU-Staaten und Ukraine, in Tsd. USD und % zum Vorjahr). Mithilfe der Krim-Annexion und den Unruhen im ukrainischen Osten hat Russland vielleicht seine politische Einflusszone erweitert, verlor aber einen wichtigen wirtschaftlichen Partner, mit dem die Kooperation nicht nur für Russland, sondern für die ganze postsowjetische Region von weittragender Bedeutung war. Im Kontext der Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und EU verschlechtern sich die Perspektiven für eine Normalisierung der ukrainisch-russischen wirtschaftlichen Beziehungen. Experten warnen, dass die Beseitigung von Hindernissen in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Ukraine die Nachfrage nach russischen Waren in der EU auf die Ukraine umorientieren wird. So können russische Waren in der EU entweder durch ukrainische Waren ersetzt werden oder beim Zugang zu den europäischen Märkten aufgrund einer Diskrepanz von technischen/technologischen Erfordernissen eingeschränkt werden.<sup>615</sup>

**Tabelle 41: Dynamik des Export-/Importumsatzes von Zollunion/EAWU-Staaten und Ukraine, in Tsd. USD und % zum Vorjahr**

	2011 <sup>616</sup>	2012 <sup>617</sup>	2013 <sup>618</sup>	2014 <sup>619</sup>	2015 <sup>620</sup>
<b>Export</b>	27.481.514 (151,1%)	35.296.187 (94,5%)	30.017.761 (85,4%)	22.876.952 (76,1%)	9.275.483,4 (48,3%)
<b>Import</b>	17.549.467 (146,0%)	23.220.340 (97,3%)	20.081.233 (86,6%)	13.645.489 (67,8%)	5.738.951,8 (51,8%)

Die schwierige außenpolitische Situation in Russland hat massive Auswirkungen auf die Beziehungen der anderen EAWU-Mitgliedsstaaten zu den USA und den Ländern Europas. Das einseitige russische Embargo über Lebensmittel verletzt das EAWU-Prinzip der einheitlichen Wirtschaftspolitik gegenüber Drittländern und widerspricht dem Funktionieren des einheitlichen Zollraums. Die Politik des Importersatzes kann den Bedarf nicht decken. In dieser Situation profitieren Kasachstan und Belarus, indem illegaler Reexport durch das Territorium der EAWU-Mitglieder nach Russland organisiert wird. Dabei verlagern westliche Unternehmen ihre Produktion nach Kasachstan, wo sich aufgrund der steuerlichen Begünstigungen für ausländische Unternehmen und der innenpolitischen Stabilität günstige Bedingungen für Geschäfte entwickeln.

Unter diesen Voraussetzungen ist es wichtig, eine einheitliche Handelspolitik der EAWU nicht nur zu verkünden, sondern auch durchzuführen. In der Tat hat die EAWU gute Aussichten, gemeinsam mit der EU einen einheitlichen Raum der Freiheit, der Sicherheit

<sup>615</sup> Vgl. Knobel, A. (2005), S. 101.

<sup>616</sup> Vgl. EAWK (2012b).

<sup>617</sup> Vgl. EAWK (2013).

<sup>618</sup> Vgl. EAWK (2014b).

<sup>619</sup> Vgl. EAWK (2015c).

<sup>620</sup> Vgl. EAWK (2016).

und des Rechts<sup>621</sup> vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean aufzubauen. Solche auf gegenseitigem Interesse basierende Zusammenarbeit könnte die antagonistischen Verhältnisse zwischen Eurasien und Europa beseitigen und einen Beitrag zum Aufbau einer multipolaren Welt leisten.

Als erster Schritt ist in diesem Kontext die Schaffung einer Einheitlichen Freihandelszone EU – EAWU zu sehen. Dieses Szenario basiert auf dem bedeutenden Handelsumsatz zwischen EAWU und EU (s. Tabelle 42: Handelsdynamik der Zollunion/EAWU-Mitglieder und EU, in Mio. USD). Russland und andere EAWU-Mitglieder streben vor allem nach Erweiterung des Zuganges zum europäischen Energiemarkt. Europa würde seinerseits einen Absatzmarkt mit 182,7 Mio. Menschen bekommen sowie eine Transitzone, die die pazifischen und südasiatischen Regionen verbindet.

**Tabelle 42: Handelsdynamik der Zollunion/EAWU-Mitglieder und EU, in Mio. USD**

	2011 <sup>622</sup>	2012 <sup>623</sup>	2013 <sup>624</sup>	2014 <sup>625</sup>	2015 <sup>626</sup>
<b>Handelsumsatz</b>	340.724,4	491.123,9	492.088,3	450.813,0	217.071,6
<b>Export</b>	238.164,6	341.871,3	337.826,8	314.200,6	155.696,7
<b>Import</b>	102.559,8	149.252,6	154.261,5	136.612,4	61.374,9
<b>Saldo</b>	135.604,8	192.618,7	183.565,3	177.588,2	94.321,8

Laut den Angaben des Komitees für Statistik des kasachischen Ministeriums für nationale Wirtschaft betrug der Handelsumsatz zwischen Kasachstan und der EU 2015 etwa 31,3 Mio. USD, was 41,3% des gesamten Handelsumsatzes Kasachstans ausmachte.<sup>627</sup> Die europäischen Länder sind die wichtigsten Handelspartner für Kasachstan: 53,5% des gesamten Exports ging in die EU, was doppelt so viel ist als bei den anderen EAWU-Mitgliedern, und 22,8% des gesamten Imports Kasachstans.<sup>628</sup>

Für die Transformation des Raums EU – EAWU wird in erster Linie der Aufbau einer stabilen supranationalen Struktur der EAWU sowie eine vertiefte Zusammenarbeit mit der EU nötig sein, indem die EAWU-Mitgliedsstaaten nicht aus nationalem Interesse, sondern aus dem Interesse der gesamten EAWU handeln. Die EAWU bekäme somit die Möglichkeit, die Funktion einer globalen Brücke zwischen den Ländern des Westens (Europa und die USA) und den neuen industriellen Ländern der pazifisch-asiatischen Region (China, Indien, Malaysia, Indonesien) zu übernehmen und ein neues Zentrum der Weltwirtschaft aufzubauen.

Einige negative Faktoren wie die Sanktionen zwischen Russland und der EU verschlechtern die Chancen für eine weitere Beziehungsentwicklung auf der Achse EU-EAWU, scheinen jedoch bei einer Vertiefung der Zusammenarbeit überwindbar zu sein. In diesem Zusammenhang wächst die Rolle von Kasachstan, das eine Brückenfunktion im Dialog mit

<sup>621</sup> Vgl. Europäisches Parlament: Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.

<sup>622</sup> Vgl. EAWK (2012b).

<sup>623</sup> Vgl. EAWK (2013).

<sup>624</sup> Vgl. EAWK (2014b).

<sup>625</sup> Vgl. EAWK (2015c).

<sup>626</sup> Vgl. EAWK (2016).

<sup>627</sup> Komitee für Statistik des kasachischen Ministeriums für nationale Wirtschaft (2015).

<sup>628</sup> Ebd.

der EU übernehmen kann. Am 21. Dezember 2015 unterzeichnete Kasachstan ein Abkommen zur erweiterten Partnerschaft und Kooperation (PKA) mit der EU. „[...] the fact that Kazakhstan is the first of our Central Asian partners having this new generation agreement with the European Union, so is somehow leading the way for possible developments in the future in the region“<sup>629</sup>, bestätigt Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Das neue Abkommen ergänzt das Abkommen von 1995<sup>630</sup> und erweitert die kasachisch-europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, nachhaltiger Entwicklung und Zusammenarbeit, Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse sowie Menschenrechte und grundlegende Freiheiten. Besonders betont wurde die Kooperation im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei wurde die regionale Stabilität, Massenvernichtungswaffen (WMD), die internationale Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus, Konfliktprävention und Krisenmanagement hervorgehoben.<sup>631</sup> Die Kooperation ist als erster Schritt im Prozess der Normalisierung der Ost-West-Beziehungen und des Einbeziehens von zentralasiatischen Ländern in die Weltpolitik zu sehen.

---

<sup>629</sup> EEAS (21.12.2015).

<sup>630</sup> Partnership and Cooperation Agreement between the European Union and the Republic of Kazakhstan.

<sup>631</sup> Vgl. AHK (22.12.2015).



## FAZIT UND AUSBLICK

### Zusammenfassung und Interpretation der Untersuchungsergebnisse

Nach dem Scheitern der kommunistischen Idee, die seit mehr als achtzig Jahren in der Sowjetunion herrschte, entstanden viele neue ideologische Konzeptionen. Eine gewisse Popularität erfuhr das schon in den 1970er-Jahren wiedergefundene Konzept des Eurasismus. Dieses Konzept spielt bis heute eine besondere Rolle hinsichtlich der Integrationsentwicklung im postsowjetischen Raum. Zu Beginn, in den 1920er-Jahren, versuchte man mit dem Konzept die Existenz und die weitere Entwicklungsperspektive der neuentstandenen Sowjetunion zu erklären, was eine Parallele zu der 2015 gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion ziehen lässt. Heutzutage wird das Eurasismus-/Neoeurasismus-Konzept auf verschiedene Weise interpretiert. Der Neoeurasismus teilt sich in drei unabhängige Konzeptzweige: akademischer Neoeurasismus, radikaler Neoeurasismus und pragmatischer (wirtschaftlicher) Neoeurasismus.

Die Untersuchung hat ergeben, dass der radikale Neoeurasismus von Alexander Dugin keinen direkten Einfluss auf die außenpolitischen Einstellungen Russlands hat. Vielmehr wird das Konzept des Neoeurasismus zur Erreichung von innenpolitischen Zielen eingesetzt, obwohl es klare Verweise auf die eurasischen Ideen in den außenpolitischen Dokumenten Russlands gibt. Da der bestehende Antagonismus zwischen dem Westen und Russland einen großen Teil der eurasischen Lehre darstellt, ist die Übernahme von eurasischen Ideen in die außenpolitischen Dokumente für die Wirtschaftsbeziehungen mit Europa und den USA offenkundig schädlich. Das bestätigt, dass die Anwendung von neoeurasischen Ansätzen sich in erster Linie an die russische Bevölkerung richtet und nicht an westliche Handelspartner.

Im Unterschied zu Russland findet das Konzept des pragmatischen (wirtschaftlichen) Eurasismus/Neoeurasismus in Kasachstan eine ganz andere Anwendung. Vor allem wurde das Eurasismus-Konzept von seinen starken antiwestlichen Bestandteilen befreit und auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse von Kasachstan ausgerichtet. Nach dieser Transformation wird das Konzept aktiv in der kasachischen Außenpolitik eingesetzt. Ziel ist die Wiederherstellung von handelsindustriellen Kooperationen, die während des Zerfalls der UdSSR verloren gingen, aber keine Wiederherstellung der Sowjetunion. Angestrebt wird eine wirtschaftliche Integration, die auf den Prinzipien der Freiwilligkeit, Gerechtigkeit und Interessengemeinschaft beruht.

Das Konzept des wirtschaftlichen Eurasismus hat klare Entwicklungsperspektiven: Dank seines pragmatischen Ansatzes und der praktischen Anwendung (Bildung der Eurasischen Wirtschaftsunion) kann das Konzept eine ideologische Basis für die Entwicklung von Integrationsprozessen im postsowjetischen Raum bilden.

Der historische Hintergrund spielt eine wichtige Rolle für die Entwicklung der heutigen Zusammenarbeit in der Region. Die Ursachen des Zerfalls der Sowjetunion, nämlich die gescheiterte Planwirtschaft, die Weltwirtschaftskrise, übereilte Reformen sowie die Schwächung des Machtapparats verstärkten die nationalen Auseinandersetzungen zwischen den Unionsrepubliken. Die 1990er-Jahre zeichneten sich in diesem krisenhaften Rahmen durch einen Zuwachs von nationalistischen Tendenzen faktisch in allen Unionsrepubliken aus, was wiederum zur Entstehung von zahlreichen Grenzkonflikten geführt hat. Diese ungelösten Grenzkonflikte wie z. B. in Berg Karabach, Transnistrien und Südossetien üben bis heute eine negative Wirkung auf die sicherheitspolitische Situation im postsowjetischen Raum aus.

Mit dem Zerfall der UdSSR gingen die handelsindustriellen Kooperationen zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken verloren. Da sich die wirtschaftlichen Prozesse der Sowjetunion auf alle Unionsrepubliken ausgebreitet hatten, gab es nach dem Ende der Sowjetunion eine massive Unterbrechung der Produktionsketten. Diese jahrzehntelang etablierten Kooperationen stellen die Basis der wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb des eurasischen Raums dar. Der Erhalt und die Wiederherstellung dieser Zusammenarbeit sind als eine der wichtigsten Aufgabe der Nationalregierungen, besonders im Kontext der Aktivierung von Integrationsprozessen, zu sehen.

Die eurasische Integration basiert dementsprechend auf einer alternativlosen Notwendigkeit in der Entwicklung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit, in der Bildung eines gemeinsamen Marktes von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften sowie in der Gründung einer wirtschaftlichen Union. Bedingt wird dies durch den Bedarf an einer gemeinsamen Unterstützung der inländischen Warenproduzenten, der notwendigen Modernisierung sowie der Schaffung von günstigen Voraussetzungen für eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Gleichzeitig spielt die historische Gemeinschaft der eurasischen Völker, die seit Jahrhunderten zusammenleben, die gleiche Sprache sprechen, gemeinsame Traditionen und Verwandtschaft haben, eine große Rolle in den modernen Integrationsprozessen. Aufgrund der Ähnlichkeit der gesellschaftlichen und bürokratischen Strukturen erleichtert die gemeinsame Vergangenheit die Kommunikation auf allen Ebenen und beschleunigt damit die Entscheidungsprozesse.

Die Ergebnisse der Analyse der Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum, die Gegenstand der Dissertation sind, zeigten, dass das Haupthindernis für die eurasische Integration das unterschiedliche Verständnis der Integrationspartner über die Ziele und Aufgaben der Integration darstellt. Es gibt also kein Integrationsziel, das alle Partner der eurasischen Integration teilen.

Die führende Rolle Russlands ist in den eurasischen Integrationsprozessen unbestreitbar. Russland nimmt die eurasische Integration nicht nur als Verstärkung der wirtschaftlichen Kooperation, sondern vielmehr als Erweiterung und Festigung seines politischen Einflusses im postsowjetischen Raum wahr: mit Armenien im Kaukasus, mit Belarus

im Westen und mit Kasachstan und Kirgisien in Zentralasien. Zum wichtigsten Aspekt der russischen Interessen im postsowjetischen Raum gehört die Erhaltung des politischen Status quo, weshalb Russland versucht seine Partner zu zwingen, Entscheidungen im sicherheitspolitischen Bereich ausschließlich unter Berücksichtigung der russischen nationalen Interessen zu treffen. Als Instrumente der Druckausübung werden dabei eine Reihe von russischen strategischen Verteidigungsobjekten auf dem Territorium der Integrationspartner sowie rein wirtschaftliche Einschränkungen benutzt. Ein derartiger Druck ist gegenüber jenen Nachbarländern besonders effektiv, deren Volkswirtschaften und politische Sicherheit stark von Russland abhängen (Armenien, Kirgisien, Moldau, Tadschikistan). Dennoch bedeutet der Beitritt neuer Mitgliedsstaaten für Russland großen finanziellen Aufwand, wobei das Geld in erster Linie zur Infrastrukturmodernisierung sowie zur Wiederherstellung des Wirtschaftssystems ausgegeben werden soll. Aus diesem Grund setzt Russland alles auf politische Annäherung, nicht auf wirtschaftliche Gewinne.

Nichtsdestotrotz ist Russland an einer politischen Annäherung mit den Regierungen der postsowjetischen Länder sowie dem Erhalt der dortigen autoritären Regime interessiert, um die Wahrnehmung Russlands als Großmacht in der Weltarena zu stärken. Da Moskau den Einfluss in der Region als Fundament für seine Selbstwahrnehmung als Großmacht betrachtet, stellt Russland seine politischen Ziele über die Ziele der eurasischen Integrationsgemeinschaften. Dies bestätigt sich einerseits in den russischen Kriegshandlungen in der Ukraine und in Syrien, andererseits durch einseitig gegen Europa und die USA verhängte Sanktionen im Agrarbereich. Solche Handlungen widersprechen den Zielen und Prinzipien der Integrationsgemeinschaften wie OVKS, GUS sowie EAWU und fördern eine Verstärkung der Auseinandersetzungen innerhalb dieser Institutionen.

Obwohl die wirtschaftlichen Gewinne der EAWU für Russland minimal sind, kann man nicht sagen, dass Russland die wirtschaftlichen Vorteile der eurasischen Integration komplett vernachlässigt. Vor allem interessiert sich Russland für die Gewährleistung des freien Zugangs zu den Naturschätzen der Integrationspartner, insbesondere zu den Erdöl- und Erdgasvorkommen am Kaspischen Meer. Dies ist außerdem im Kontext des Erdöl- und Erdgasverkehrs eurasischer Integrationspartner nach Europa über das russische Territorium besonders wichtig, weil dieser eine bedeutende Einnahmequelle Russlands darstellt. Daher hat die politische und wirtschaftliche Stabilität im postsowjetischen Raum Vorrang für Russland.

Die anderen Mitgliedsstaaten führen eine pragmatische Politik im Rahmen der EAWU durch und konzentrieren sich vor allem auf die wirtschaftlichen Effekte der Kooperation. So nimmt Belarus die eurasische Integration vor allem als wirtschaftliches Projekt wahr, in dem sein politischer Status quo erhalten bleibt. Dabei verfolgt Belarus im Rahmen der EAWU das Ziel, seine Energiesicherheit und den einwandfreien Warenhandel mit Russland zu gewährleisten. Im Kontext der russisch-ukrainischen Beziehungskrise versucht Minsk die politische Destabilisierung im Land zu vermeiden sowie die Erweiterung der militärischen Präsenz Russlands auf belarussischem Territorium zu stoppen. Ungeachtet der zahlreichen politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Russland, verfolgt Belarus eine multivektorielle Außenpolitik. Aus diesem Grund ist die belarussische Regierung daran interessiert, in den Handelsbeziehungen sowohl mit den europäischen Ländern als auch mit den GUS-Ländern erfolgreich zu bleiben. Die einseitige Handelspolitik Russ-

lands gegen die Ukraine, Europa und die USA führt dazu, dass der Anteil des belarussischen Reexports in die EAWU steigt. Dies ist als belarussische Antwort auf die unkoordinierte Politik Moskaus zu verstehen. Belarus betrachtet die eurasischen Integrationsinitiativen als eine zusätzliche Einkommensquelle, indem Minsk günstige Finanzkredite von Russland gegen politische Loyalität tauscht.

Obwohl Russland und Belarus vielseitig zusammenarbeiten, kann man sagen, dass einige Integrationsinitiativen, wie zum Beispiel der Unionsstaat von Russland und Belarus, keinen bedeutenden Einfluss auf die zwischenstaatlichen Beziehungen haben. So ist der Unionsstaat aus Sicht der eurasischen Integration als eine Art Laboratorium zu betrachten, wo die Integrationsinitiativen erarbeitet und geprüft werden. Nach erfolgreicher Umsetzung in dieser Organisation erweitern sich die Initiativen auf weitere eurasische Integrationsgemeinschaften.

Kasachstan betrachtet die eurasische Integration als eine strategische außenwirtschaftliche Aufgabe. Es ist kein Zufall, dass die meisten Integrationsinitiativen in der Region von Kasachstan ausgehen. Im Rahmen der multivektoriellen Außenpolitik versucht Kasachstan, als neutrales Land im Zentrum Eurasiens eine Balance zwischen den Großmächten zu halten. Obwohl die Unionsprojekte der 1990er-Jahre eine starke politische Komponente beinhalteten, lehnt Astana heute jede Art von politischer Zusammenarbeit ab und vermeidet die offene Unterstützung Russlands im russisch-ukrainischen Konflikt oder Armeniens in Berg Karabach.

Für Kasachstan stellt die Eurasische Wirtschaftsunion eine Möglichkeit dar, eine führende Rolle im postsowjetischen Raum zu übernehmen. Zur Übernahme einer Schlüsselrolle verfügt Kasachstan im Vergleich zu Russland über eine größere Entwicklungsdynamik und bessere Qualität der durchgeführten Reformen sowie im Vergleich zu den anderen EAWU-Mitgliedsstaaten über ein großes wirtschaftliches Potenzial und verfügbare Ressourcen.

Die wirtschaftlichen Gewinne der Kooperation im Rahmen der EAWU haben für Astana keine große Bedeutung, da der Anteil der EAWU nur 20% am Gesamthandel Kasachstans beträgt. Vielmehr betrachtet Kasachstan die EAWU als ein Sprungbrett zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Ländern Europas und Asiens im Handelsbereich durch Standardisierung von Produktionsprozessen, die Erweiterung der Freihandelszone, die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit von kasachischen Waren sowie eine umfassende Modernisierung.

Die neuesten EAWU-Mitglieder, Armenien und Kirgisien, unternehmen mit dem EAWU-Beitritt den Versuch, ihre wirtschaftliche Krise und die politische Instabilität zu überwinden. Ungeachtet des vorherigen Kurses auf Beziehungsvertiefung mit Europa verfolgt die armenische Regierung klare Ziele für eine Integration in die EAWU. Einerseits interessiert sich Armenien für eine tiefere wirtschaftliche Kooperation mit Russland, andererseits setzt Jerewan politische Ambitionen Russlands ein, um seine Ansprüche im ungelösten Konflikt in Berg Karabach geltend zu machen. Dabei rechnet Armenien auf unmittelbare politische und militärische Hilfe von Russland. Da sich die armenische Wirtschaft in einer enormen Abhängigkeit von Russland befindet (der russische Anteil an der armenischen Wirtschaft beträgt etwa 82%), ist die eurasische Integration mit Russland an der Spitze für Armenien aktuell alternativlos. Die Integration bedeutet für Jerewan die Chance, sich als

Transport- und Verkehrsknotenpunkt zu entwickeln, was langfristig durch eine direkte Eisenbahnverbindung zwischen dem Iran und Russland ermöglicht wird. Somit kann Armenien aus der territorialen „Sackgasse“ entkommen und einen Zugang zu den Märkten des Persischen Golfs sowie Süd- und Süd-Ost-Asiens gewährleisten.

Wie Armenien versucht Kirgisien mit dem Beitritt zur EAWU die tiefe wirtschaftliche Krise zu überwinden. Die hohe Abhängigkeit von der russischen Wirtschaft zwingt Bischkek zur politischen Loyalität gegenüber Russland. Mit dem Beitritt zur EAWU bekam Kirgisien jedoch die Chance zur Modernisierung des Energiebereichs, und zwar durch die Entwicklung der Infrastruktur, die Harmonisierung des kirgisischen Energierechts, die Gewährleistung von günstigen Bedingungen für Investitionen in die Energiewirtschaft sowie weitere finanzielle Vorteile. Außerdem bringt der EAWU-Beitritt eine gewisse Liberalisierung im Migrationsbereich, was die Illegalität der kirgisischen Arbeitskräfte in Russland beenden wird. Im Sicherheitsbereich garantiert Russland mit der Erhaltung der Militärbasis in Kant einen Schutz gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus und illegalen Drogenverkehr, was für Kirgisien umso wichtiger ist, nachdem die amerikanische Luftwaffenbasis Manas 2014 geschlossen wurde und die amerikanischen Truppen aus Afghanistan abziehen.

Eine weitere Erweiterung der EAWU ist zwar möglich, wie die Untersuchung zeigt, hängt aber von der wirtschaftlichen und politischen Qualität der neuen Kandidaten ab. Der Beitritt der Ukraine zur EAWU würde auf die Union positiv wirken. Die enge historische Kooperation der Ukraine mit den EAWU-Mitgliedsländern könnte die Wirtschaftsunion in langfristiger Perspektive stärken. Der russisch-ukrainische Konflikt schließt die ukrainische Teilnahme an den eurasischen Integrationsprojekten momentan aus, somit verliert Russland die Möglichkeit, die zweitstärkste Wirtschaft der GUS in die eurasischen Integrationsprozesse einzubeziehen. Die Analyse hat ergeben, dass für die Ukraine sowohl im Fall der Integration im postsowjetischen Raum als auch im Fall der europäischen Integration eine positive wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Es herrscht die Auffassung, die Ukraine müsse zu einer definitiven Entscheidung für das eine oder das andere Projekt kommen. Aber die Ukraine kann auch eine Brückenfunktion zwischen den beiden Projekten übernehmen und finanzielle Vorteile von beiden Seiten erwirtschaften.

Eine EAWU-Erweiterung Richtung Zentralasien ist einerseits als Stärkung der Grenzen mit dem instabilen Afghanistan und Öffnung der Route in den Fernen Osten sowie nach Zentral- und Südasiens, andererseits als enormer Kostenfaktor für die benötigte Modernisierung der nationalen Wirtschaften Zentralasiens zu sehen. Am Beispiel Tadschikistan wird klar, wie es seine geografische Lage effektiver nutzen kann. Wie im Fall Kirgisiens wird Tadschikistan mit dem EAWU-Beitritt die Möglichkeit haben, die illegalen tadschikischen Migranten aus der russischen Schattenwirtschaft herauszuführen.



## **Politische Hindernisse und wirtschaftspolitische Beschränkungen für die Entwicklung der eurasischen Integration**

Die eurasische Integration stellt heute einen komplexen Prozess dar, der sich gemäß den Welttendenzen entwickelt. Die Eurasische Wirtschaftsunion ist momentan ein Format der interterritorialen Kommunikation zwischen den ehemaligen sowjetischen Ländern, die in einer engen historischen Verbindung miteinander stehen. Die EAWU hat in ihrem heutigen Zustand nichts mit der Sowjetunion gemein. Vielmehr geht es bei der Wirtschaftsunion um die Durchführung einer einheitlichen Zoll-, Handels-, Finanz-, Energie-, Transport-, Agrar- und Steuerpolitik, die Bildung einer Freihandelszone und eines gemeinsamen Marktes von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften sowie die Harmonisierung von nationalen Gesetzgebungen. Strenggenommen geht es um eine Wiederherstellung von handelsindustriellen Kooperationen, die während des Zerfalls der UdSSR verloren gingen.

Bei den Integrationsprozessen in Eurasien gibt es zwei Faktoren, die diese Prozesse kompliziert machen. Zum einen der Innenfaktor, der sich durch unterschiedliches Wirtschaftsniveau, starke politische Zentralisierung und Interesseninkohärenz der Integrationspartner sowie durch institutionelle Probleme der Integrationsgemeinschaften auszeichnet. Zum anderen der Außenfaktor, bei dem die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland, die aggressive russische Außenpolitik gegenüber der Ukraine, die Annexion der Krim und die Kriegshandlungen in Syrien von Bedeutung sind.

In erster Linie wird die Integration im postsowjetischen Raum durch die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsniveaus der Integrationspartner erschwert. Die Inhomogenität der Mitgliedsstaaten einer Integrationsgemeinschaft führt zur asymmetrischen Integration. Es besteht somit die Notwendigkeit, die Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten und auf verschiedenen Ebenen durchzuführen, was den Entwicklungsperspektiven der Integrationsgemeinschaften schadet.

Sowohl in der GUS als auch in der EurasWG befanden sich die Mitglieder vor der Gründung der Integrationsgemeinschaft in ungleichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zueinander. Als Folge führten diese Ungleichheiten zu den enormen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten innerhalb der jeweiligen Integrationsgebilde. Aufgrund der Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten wurden Länder wie Russland, Kasachstan und Belarus gezwungen, sich von den anderen Integrationspartnern zu trennen und Kurs auf eine neue Integrationsetappe (Bildung einer Zollunion 2010) zu nehmen. Die Startpositionen der eurasischen Integrationspartner waren bei der Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion auch unterschiedlich, und die Erweiterung der EAWU verstärkte die Inhomogenität und machte die Union noch heterogener. Die Rückständigkeit der kirgisischen und der armenischen Wirtschaft reduziert somit das gesamte Wachstumspotenzial der EAWU.

Der wichtigste Knotenpunkt der EAWU besteht in der Interesseninkohärenz zwischen den Mitgliedern. Vor allem unternehmen die postsowjetischen Staaten mittels Integration miteinander den Versuch, sich gegenüber dem Leader in der Region, Russland, zu stärken. Die Integrationspartner befinden sich in einer schwierigen Lage: Einerseits ist die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland stark, andererseits ist die russische Politik in der

Region als Gefahr für die Souveränität zu betrachten. Der positive Integrationseffekt, der zur Intensivierung des gegenseitigen Handels innerhalb der EAWU führte, war kurzfristig und wird dekursiv ausgeglichen, was eine Erhöhung der Konkurrenz zwischen den Mitgliedsländern auf dem EAWU-Binnenmarkt verursacht. Da der gegenseitige Handel zwischen Russland und den anderen postsowjetischen Staaten in allen eurasischen Integrationsgemeinschaften einen unbedeutenden Anteil am russischen Wirtschaftsvolumen hat, trägt für Russland die Integration im postsowjetischen Raum kaum wirtschaftlichen Charakter. Vielmehr bedeutet die regionale Integration eine Erweiterung der politischen Einflusszone Russlands. Im Kontext der aktuellen Wirtschaftskrise und der niedrigen Erdöl- und Erdgaspreise wird Russland aufgrund der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit der EAWU-Mitgliedsstaaten von der russischen Wirtschaft zum zentralen destabilisierenden Faktor im postsowjetischen Raum. Eine unkoordinierte Politik Russlands gegenüber den Drittländern verletzt die Prinzipien der Wirtschaftsunion im Ganzen.

Die Wirtschaftssanktionen der USA und Europas gegen Russland dehnen sich jedenfalls auf alle Partner der eurasischen Integration aus. Die aggressive Außenpolitik Russlands gegenüber der Ukraine, die Annexion der Krim, die Kriegshandlungen in Syrien – all dies erschwert die Kommunikation zwischen den postsowjetischen Staaten und weckt das seit dem Zerfall der UdSSR bestehende Misstrauen gegenüber Russland.

Als eine weitere Schwachstelle der regionalen Integration in Eurasien ist die institutionelle Struktur der Integrationsgemeinschaften zu bezeichnen. Das Problem besteht darin, dass die Integrationsgemeinschaften keine strukturellen Entwicklungsmöglichkeiten haben. Alte Strukturen, wie zum Beispiel der Gerichtshof der GUS, werden in die neuen Organisationen direkt übernommen. So fungierte der Gerichtshof der GUS gleichzeitig als Gerichtshof der EurasWG und ist jetzt auch der Gerichtshof der EAWU. Es ist zwar nicht nachzuweisen, dass die Strukturen der EurasWG auf diese Weise in die EAWU übernommen wurden, es lässt sich aber vermuten. Somit werden die bestehenden Hierarchien sowie Korruptionsmöglichkeiten immer weiter fortgeführt.

Ein weiterer Aspekt der institutionellen Probleme der eurasischen Integration ist das Fehlen von supranationalen Organen. Obwohl der EAWU-Vertrag die Supranationalität von Organen vorschreibt, kann man de facto feststellen, dass sowohl die Eurasische Wirtschaftskommission als auch der Eurasische Wirtschaftsrat der Ministerpräsidenten infolge der bestehenden Machtvertikale in den Mitgliedsländern in Abhängigkeit gegenüber den Machthabern sind. Die Entscheidungsmacht konzentriert sich dadurch im Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrat, der aus den Staatsoberhäuptern besteht. Solche autoritären Entscheidungsprozesse erschweren enorm die Entwicklung von Integration im postsowjetischen Raum. Dies führt zu einer voreiligen Institutionalisierung: die supranationalen Organe der EAWU existieren, es fehlt jedoch die Supranationalität.

Der wahre Entscheidungsprozess findet dann unter dem Druck von politischen Schattengruppen statt, wobei die starke politische Zentralisierung der EAWU-Mitgliedsländer eine wichtige Rolle spielt. Die meisten regionalen Initiativen werden von zentralen Gewaltorganen stark kontrolliert, was die internationale Kommunikation auf der lokalen Ebene kompliziert macht. In dieser Hinsicht sehen die zentralen Regierungen der ehemaligen Sowjetländer die Verstärkung von lokalen Kooperationen als potenzielle Sepa-

ratismusgefahr, wobei sich die zwischenstaatlichen Beziehungen auf supranationalem Niveau als „Zweig“ der nationalen Außenpolitik entwickelten. Das heißt, eine effiziente Integration ist erst möglich, wenn die globalen Dezentralisierungsprozesse in den postsowjetischen Ländern stattfinden.

Was die Zusammenarbeit im sicherheitspolitischen Bereich angeht, nimmt Russland den postsowjetischen Raum als natürliche Einflusszone wahr und baut enge sicherheitspolitische Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken auf. Im Rahmen der OVKS akzeptieren die Mitgliedsstaaten die dominierende Rolle Russlands, weil Russland das einzige Land in der Region ist, das die für die Lösung von Sicherheitsproblemen benötigten Kosten übernehmen kann. Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, den islamistischen Extremismus, den illegalen Drogen- und Menschenhandel in Zentralasien oder im Kaukasus wäre ohne Russland nicht finanzierbar. In großen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Krim-Annexion, der Intervention in Georgien oder der Unterstützung von Separatisten in der Ostukraine, zeigt sich die OVKS als eine deklarative militärpolitische Union. Die OVKS-Mitgliedsstaaten befinden sich somit in einer Situation, in der finanzielle und militärische Hilfe gegen außenpolitische Loyalität gegenüber Russland getauscht wird.

Als Gegengewicht gegen Russland entwickelt sich die Zusammenarbeit im Rahmen der Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung (GUAM) zwischen Georgien, der Ukraine, Aserbaidshan und Moldau nach dem Vorbild der OSZE. Die GUAM-Mitgliedsländer verbindet die Idee der Befreiung vom politischen Einfluss und wirtschaftlichen Druck Russlands. Das wichtigste Problem von GUAM ist die territoriale Isolierung der Mitgliedsstaaten. Dies erschwert vor allem die Zusammenarbeit im Bereich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus und die grenzüberschreitende Kriminalität.

Diese Organisation leistet einen wesentlichen Beitrag zum politischen Pluralismus im postsowjetischen Raum, wird aber von anderen Organisationen vernachlässigt. Eine mögliche Zusammenarbeit zum Beispiel mit der GUS könnte den Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität viel effektiver gestalten.

Unter Berücksichtigung von obengenannten Schwachstellen der bestehenden Integrationsgemeinschaften ist bei Beseitigung der politischen Hindernisse und der wirtschaftlichen Beschränkungen eine Steigerung der eurasischen Integrationsprozesse zu erwarten. Für einen erfolgreichen Verlauf dieser Integrationsprozesse ist somit vor allem eine weitere Demokratisierung in den Ländern des postsowjetischen Raums nötig. Demokratisierung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Bildung einer effektiven regionalen Integrationsgemeinschaft in Eurasien und die Entwicklung einer effizienten Zusammenarbeit mit den europäischen Ländern. Das ist besonders wichtig im Kontext der Annäherungsperspektive der EAWU mit der EU und der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC). Die Transformation des postsowjetischen Raums in eine Brücke zwischen Europa und Asien wird der Region eine neue Bedeutung in der Weltarena geben. Dabei kann die EAWU eine Schlüsselrolle in der kontinentalen Wirtschaft übernehmen. In diesem Zusammenhang ist die Konzeption des pragmatischen Eurasismus von Nazarbajev als eine Kooperationsbasis für die Entwicklung von interkontinentalen Beziehungen zu sehen.

Die Zusammenarbeit auf der Achse EU – EAWU – APEC eröffnet nicht nur wirtschaftliche, sondern auch zahlreiche Perspektiven im humanitären Bereich. Es besteht somit die

Möglichkeit, einen gemeinsamen kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen Raum mit einer starken Zivilgesellschaft aufzubauen. In diesem Zusammenhang sollte in erster Linie der bestehende Antagonismus zwischen Russland und den Westen beseitigt werden. Unter Berücksichtigung der europäisch-russischen gegenseitigen Sanktionen sowie der russischen Kriegshandlungen im Osten der Ukraine wächst die Rolle von Kasachstan als zuverlässiger Partner für Europa und Asien. Zusammenfassend gesagt, besteht in der Region eine gute Perspektive für die Entwicklung von Integrationsprozessen. Die Kooperation im Rahmen der UdSSR und die neue, seit fünfundzwanzig Jahren bestehende Integrationserfahrung bringen den postsowjetischen Raum auf neues Entwicklungsniveau, das als Sprungbrett für die Erweiterung der Zusammenarbeit auf Ebene der EU und der APEC dienen kann.

## SACH- UND PERSONENREGISTER

### Sachregister

Abchasien	83, 88, 143, 152	Belarus	145, 150
Absolutismus	137	Kasachstan	69, 152
Abwehr	146, 161	Konzeption der Außenpolitik	69
Emba	143	Multivektorielle Außenpolitik	153, 160
Gabala	143	Russland	66, 138, 143
Gancevichi	143	Aktuelle Aufgaben zur	
Okno	143	Entwicklung der Streitkräfte	
Sary-Shagan	143	der Russischen Föderation	
Schwarzmeerflotte	83	2003	62
Afghanistan	71, 154	Außenpolitische Interessen	61
Agrarpolitik	124	Konzeption der Außenpolitik	
Allianz	61	Russlands	
System der strategischen Allianzen		1992	61
Almaty-Protokoll	67	2000	62
Altgläubige ( <i>stroobradcheskie</i> )		2013	61, 64, 65
Traditionen	55	Konzeption der Nationalen	
Antagonismus	67	Sicherheit Russlands 2000	62
<i>Arctogaia</i>	55	Marinedoktrin der Russischen	
Armenien	80, 81, 90, 111, 118, 119, 121, 141, 143, 160, 173, 190	Föderation 2001	62
Armenischen SSR	79	Militärdoktrin der Russischen	
Armut	179	Föderation 2000	62
Aserbaidshan	26, 81, 90, 111, 114, 115, 116, 118, 140, 143, 154, 197	Neue Weltordnung	62
Aserbaidshanische SSR	78, 79	Sowjetunion	136
Asiatentum	47	Autonomie	88
Asiatisch-Pazifische Region	154	der Krim-Tataren	78
Assemblee des Volkes Kasachstans		ethnokulturelle	64
	156	Autoritarismus	52, 63, 137, 173
Assoziierung	96, 101	Autoritäre Regime	143, 144, 191
Assoziierungsabkommen	164, 175, 185	<i>Aziatstvo</i>	47
Atomwaffen	83, 88	Baikonor	143
Augustputsch	80	Balkan-Gebiet	44
Außenhandel	93	Baltische Staaten	138
Außenwirtschaftspolitik	106, 150	Baschkirien	79
Belarus	149	Belarus	61, 64, 81, 87, 88, 90, 92, 93, 96, 97, 100, 104, 106, 107, 109, 111, 119, 120, 131, 141, 143, 145, 148, 149, 150, 151, 173, 174, 190
Außenpolitik		Berg Karabach	78, 83, 160, 164

Bewegung Demokratisches Russland		Doppelte Staatsangehörigkeit	85
	79	Emigration	143
Bewegung <i>Rossia</i>	56	Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft	
China	32, 33, 63, 108, 153, 154, 168, 179, 186		99, 103, 104, 107, 130
Qing-Dynastie	154	Außenwirtschaftspolitik	99
Chogan-obo	155	Gerichtshof	100, 101
Christentum	49	Geschäftsrat	101
Katholizismus	49, 59	Integrationskomitee	100, 101
Orthodoxes Christentum	51, 59	Kommission von ständigen Vertretern	101, 102
Protestantismus	59	Wirtschaftsforum	101
Demokratie	72, 86, 115, 173	Zwischenstaatlicher Rat	100, 102
Demokratische Partei Russlands	79	Eurasische Wirtschaftsunion	57, 64, 70, 109, 119, 141, 144, 149, 150, 151, 159, 164, 167, 173, 174, 178, 179, 181
Deutsche Demokratische Republik	73	Einheitlicher Wirtschaftsraum	173, 174
Dezentralisierung	182, 183	Eurasische Wirtschaftskommission	127, 129, 173, 174
Diversifizierung	69, 94, 184	Eurasischer Wirtschaftsrat der Ministerpräsidenten	127
Einheitlicher Wirtschaftsraum	88, 97, 98, 109, 119, 125, 131, 138, 141, 149	Gerichtshof	127, 130
Energiepolitik	121, 184	Höchster Eurasische Wirtschaftsrat	119, 123, 127
Einheitlicher Energiemarkt	121	Höchster Eurasischer Wirtschaftsrat	128
Energiesicherheit	139	Eurasismus	69
Energieweltmarkt	140	Akademischer Eurasismus	55
Entpersonalisierung	153	Allgemeiner Eurasischer Nationalismus	47
Erdgas	165	Demotia	48, 51
British Gas	157	Definition	52
Export	83	Der letzte Eurasier	46
Gazprom	83, 84, 141	Ethnisches Synthesekonzept	47
Imashevskoe	155	Eurasische Außenpolitik	66
Lieferungen	84, 107	Eurasische Bewegung	27, 28, 30, 36, 39, 40, 41, 46, 50, 55
Naftagaz	84	Eurasische Ideologie	43
Reserven	139, 140	Eurasische Philosophie	63
Transport	83, 84, 139, 141	Eurasische Zivilisation	57
Verhandlungen	84	Evrazijskie tetradi	29, 46
Erdöl	140, 141, 158	Evrazijs tvo	46, 56
Chevron	157	<i>Mestorazvitie</i>	48
Erdöltransport	124	Nomadische Völker	44
Exxon Mobil	157	Radikale Apologie des Eurasismus	56
Karachaganak	140	Raumentwicklung	29, 48, 52
Kaspisches Pipeline-Konsortium	140	Rechts-konservativer Eurasismus	53
Preise	184	Russische Eigenständigkeit	66
Reserven	139, 140, 157	Russische Kultur	65
Tengiz	140, 157		
Transneft	141		
Transport	139, 140, 141		
Weltölpreis	84, 173		
Ernährungssicherheit	124		
Erster Weltkrieg	45		
Estland	79, 80, 143		
Etatismus	36		
Ethnische Russen	143, 155		

Zeitung Eurasien	29, 45	Geopolitik	30, 33, 34, 41, 54, 62, 66, 137, 144, 174
Europäische Union	63, 66, 91, 99, 100, 102, 103, 114, 140, 144, 145, 149, 152, 154, 162, 173, 175, 186	Atlantismus	59, 61
Nachbarschaftspolitik	89, 163, 174	Heartland	32, 33, 40
Östliche Partnerschaft	174	Land-Zivilisation	57
Venedig Kommission des Europarates	86	Meer-Zivilisation	57
Europäisierung	51	Meerzugang	156
Export	76, 91, 106, 107, 148, 149, 150, 174, 175, 179, 186	Pan-Region	33
Exportzoll	141	Rimland	32, 33, 40
Extremismus	112, 197	Russischer Großraum	57
Europäische Neue Rechten	60	Schutzmacht	85
Faschismus	43	Georgien	26, 64, 80, 83, 88, 89, 92, 96, 111, 114, 115, 118, 140, 143, 144, 182, 197
Finanzpolitik	126	Georgisch-abchasischer Konflikt	79
Föderal-konföderale Staatsform	80	Georgische SSR	88
Forum für Friedensregelung der Konflikte in Asien	67	Georgisch-ossetischer Konflikt	79
Fragile States Index	106	Gesellschaftspolitische Bewegung	
Freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften	119, 130, 167	Eurasien	56, 64
Freihandelszone	95, 102, 103, 107, 131, 148, 151, 173, 177	Gjumri	143, 161
Frieden	69, 82, 112, 113, 137	Großmachtsanspruch Russlands	46, 59, 61, 62, 63, 65, 66, 88, 139, 148
Abrüstung	72, 154	Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen	122
Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln	82	Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen	121, 123, 126, 130, 168, 193
Friedensbataillon	68	Hegemonialpolitik	61
Friedenstruppen	88, 116	Heilige Rus	51
Konfliktprävention	113	Human Development Index	120
Nichtverwendung von Gewalt	82	Ideokratie	36, 51
Streitkräfte	154	Ideokratischer Staat	51
Fundamentalismus	79	Ideologie	
Gemeinsamer Markt für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft	98, 103, 173, 174, 175	Alternative Staatsideologie	60
Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten	81, 87, 92, 94, 111, 112, 118, 130, 185, 193	Ideologische Feinde	73
Freihandelszone	90, 91	Ideologische Verbündete	73
GUS-Abkommen	101, 145	Image des Friedensstifters	152, 160
GUS-Länder	38, 55, 57, 61, 63, 64, 66, 85, 89, 90, 91, 92, 93, 95, 96, 101, 138, 143, 144, 175	Import	147, 149, 150, 168, 186
GUS-Satzung	82	Indien	63, 158, 186
Minsk-Abkommen 1991	83	Indonesien	186
Rat der Regierungschefs	98	Industriepolitik	125
Rohstoff-Struktur des Handels	92	Sensitive Güter	126
Vereinigte Streitkräfte der GUS	112	Inhomogenität	121, 134, 135
		Institutionalisierung der Integration	67
		Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten	95, 120, 121, 182, 195
		Integrationsbank	127
		Internationaler Terrorismus	112, 116, 118, 197

Investitionen	72, 77, 122, 132, 140, 157, 166, 179
Ausländische Direktinvestitionen	141, 150
Investitionsgesetz	157
Investitionsklima	157
Iran	63, 108, 154, 158, 166, 179
Isolationismus	27
Isolationistische Tendenzen	63
<i>Izorskij Krug</i>	63
Jakutien	79
Japan	33, 34, 63
Kaisertum	136
Kant	143, 171
Kasachstan	61, 64, 67, 68, 81, 85, 90, 92, 93, 97, 100, 104, 105, 106, 107, 108, 111, 116, 119, 127, 131, 140, 141, 152, 154, 173, 184, 186, 192
Kasachische SSR	155
Kaspisches Meer	140
Kathedrale der Völker	50
Kaukasus	190
Khabar Asu-Protokoll	154
Kiewer Rus	50
Kirgisien	68, 80, 81, 90, 91, 100, 105, 107, 108, 109, 111, 119, 120, 121, 141, 143, 154, 167, 173, 191
Kollektive Sicherheit	61, 83, 87, 111, 114, 137, 161
Aufbau der Streitkräfte	112
Rat der Außenminister der OKVS	112
Rat der Verteidigungsminister der OKVS	112
Rat für kollektive Sicherheit	112
Kommunismus	45, 51, 54, 73, 75
Kommunistische Partei der UdSSR	75, 78, 79
Parteitag der KPdSU	72
Kommunistische Partei Russlands	54, 55
Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien	67
Konföderation	80
Konservatismus	75
Konservativ-traditionelle Werte	57
Konstitutionell-demokratische Partei	79
Konzept der Ethnogenese	46
Superethnie	46
Korruption	77, 163, 167, 179
Krim	83, 85, 86, 87
Krim-Annektierung	143, 152, 182, 185
Kriminalität	
Illegaler Drogen- und Menschenhandel	103, 108, 112, 117, 118, 145, 151, 179
Waffenhandel	145, 151
Lettland	79, 80, 143
Liberal-Demokratische Partei	
Russlands	55, 79
Liberalisierung	182
Litauen	79, 80
Machtpolitik	154
Machtwechsel	39, 84, 85
Maidan	85
Malaysia	186
Manas	171, 193
Marktreformen	88, 150
Marxistische Kritik	60
Migration	
Arbeitsmigranten	108
Illegale Migration	151
Migrationspolitik	103, 170, 177
Militärpolitik	112
Militärbasis	143, 161, 171
Militärinterventionen	74
Militärische Bedrohung	60
Militärwirtschaft	78
Minsk I-Abkommen	152
Minsk II-Abkommen	152
Modernisierung	120, 125, 130
Moldau	26, 79, 80, 81, 90, 111, 114, 115, 118, 173
Monarchistische Organisation	
Zentralrusslands	45
Mongolei	32, 63
Monitoring	
Monitoring Mission	89
Mosoon-Länder	33
Multipolare Welt	63, 145, 186
Nahes Ausland	61, 142
Russische Diaspora im Ausland	61, 64, 182
Nationalbolschewismus	31, 60
Nationalbolschewistische Ideologie	60
Nationale Interessen	136
Belarus	145, 149
Russland	61, 62, 65, 94, 112, 137, 142, 152, 191
USA	63

Nationalismus	28, 39, 43, 47, 49, 65	Projekt der Eurasischen Union	56, 63, 64, 88, 148
Nationalsozialisten	34	Eurasisches Parlament	64
NATO	61, 73, 85, 87, 114, 142, 143, 144, 145, 162	Rechtssubjektivität	120
Osterweiterung	61, 143, 145	Reexport	168, 185
Natürliche Monopole	123, 124	Referendum	80, 85, 86, 88
Neoeurasismus		Regionale Sicherheit	112, 114
Akademischer Neoeurasismus	53	Reintegration	37, 87
Eurasischer Föderalismus	64	Republikanische Partei Russlands	79
Eurasisches Imperium	63	Revanchismus	65
Grundlagen der Geopolitik	30, 55	Römisch-germanische Zivilisation	48, 49
Kastensystem	54	Russian Railways	141
Konservative Revolution	54	Russische Duma	61
Kontinentale Union	57	Russische Revolution	30, 35, 44, 45, 51
Metazivilisation	57	Jubiläums der Oktoberrevolution	74
Super-Staat	63	Weiße Bewegung	45
Nordatlantischer Kooperationsrat	162	Russisches Imperium	51, 154
Offene Aggression	88	Russisch-georgischer Krieg	143
Oman	140	Russland	
Orange Revolution	84, 115	RSFSR	155
Organisation für Demokratie und		Verteidigungsministerium	58
Wirtschaftsentwicklung	115, 118	Russland-Eurasien	36, 49, 52, 58, 59, 60
Außenministerrat der GUAM	115	Sanktionen	135, 169
Polizeikräfte der GUAM	116	Sarychildy	155
Organisation für kollektive Sicherheit	151, 152, 162	Schattenwirtschaft	77, 167
Osteuropa	44, 61, 73	Schwarzmeerflotte	115
Östlicher Despotismus	143	Separatismus	118, 182
OSZE	146, 162	Separatistische Bewegung	88
Pakistan	63, 108, 158, 179	Serbien	63
Panslawismus	37, 43, 45, 49	Sjunik	142
Panturkismus	158	Slawophilen	31, 44, 49
Parlamentarismus	183	Soft Power	64
Partnerschaft für den Frieden	162	Souveränität	57, 62, 63, 69, 79, 80, 82, 85, 89, 94, 98, 112, 131, 145, 153, 159, 171, 174, 182
Partnerschafts- und		Sowjetunion	33, 34, 43, 47, 55, 56, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 79, 80, 81, 86, 89, 90, 143, 145, 155, 158, 161, 167
Kooperationsabkommen	163, 174, 187	Außenhandel	76
Perestroika	28, 72, 74, 77, 154	Oberste Sowjet der UdSSR	75
Abgeordnetenvollversammlung	75	Politbüro	75
Entideologisierung der		Rat für gegenseitige	
Außenpolitik	73	Wirtschaftshilfe	76
Entstaatlichung des Eigentums	75	Sowjetische Außenpolitik	72
Europäisches Haus	73	Sowjetische Ideologie	138
Glasnost	72, 74	Sowjetische Streitkräfte	73
Neues Denken	72, 73	Sowjetischer Bürokratismus	60
Pipeline		Sowjetisches Imperium	63
Jamal-Westeuropa	107	Staatseigentum	79
Odessa-Brody	116	Unionsrepubliken	80
Politische Partei Eurasien	56, 57, 63, 64		
Parteiprogramm	57, 63		
Pragmatismus	68		

Volksdeputiertenkongress	74	Unionsstaat Russland und Belarus	148, 149
Zerfall	37, 39, 54, 60, 68, 71, 78, 80, 88, 145, 150, 156, 174	gemeinsames Kollegium der Verteidigungsministerien	147
Sozialdemokratische Partei Russlands	79	Militärdoktrin	147
Sozialismus	74	Oberster Staatsrat	148
Leninistische Normen	74	Unipolare Welt	145
Stadtstaat	136	UNO	61, 68, 69, 73, 111, 114, 146, 152
Stalinismus	74	Generalversammlung	67
Status quo	91, 150	Generalversammlung	103
Streikbewegung	75	Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen	62, 69, 82, 83, 145, 152
Subventionen	88	USA	33, 34, 57, 61, 63, 66, 73, 85, 115, 118, 140, 152, 153, 154
Südossetien	83, 88, 89, 143, 152	Usbekistan	68, 78, 80, 81, 85, 90, 91, 104, 108, 111, 114, 154
Sumgait	79	Verteidigungsdoktrin	73
Supranationalität	129, 183	Vertrauensbildung	177
Syrien	44	Volksfronten	79
Tadschikistan	68, 81, 83, 90, 93, 98, 100, 105, 107, 108, 109, 111, 143, 154, 173, 177	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten	28
Tatarstan	79	Warschauer Pakt	73
Territoriale Integrität	69, 118, 153	Wertpapiermarkt	150
Terrorismus	170, 179, 187	Wettbewerbspolitik	130
Totalitarismus	43, 136	Wirtschaftliche Harmonisierung	175
Traditionalismus	54, 60	Wirtschaftswachstum	150
Traditionalisten	53, 54	Wolga-Deutschen	78
Transitlage	140, 149, 177, 186	World Trade Organization	99, 103
Transnistrien	83, 115, 116, 118	WTO	120, 134, 174
Transparenz	127, 183	Zahlungs- und Währungsunion	173
Transportinfrastruktur	122, 166, 179, 193	Zentralasiatische Union	68
Transportpolitik	123	Zentralasiatische Wirtschaftsgemeinschaft	68
Transportunion	103, 106	Zentralasien	68, 143, 158, 171, 180, 191
Trest	45	Zentrum für spezielle metastrategische Untersuchungen	54
Tschechoslowakei	73, 74	Zhanaozen	144
Tschetschenien	83	Zollpolitik	174
Turanismus	158	Zollunion	88, 90, 104, 106, 109, 119, 132, 173
Panturanismus	158	der EAWU	141, 173
Türkei	44, 63, 86, 108, 140, 154, 158, 162, 179	Zollkodex	141
Turkmenistan	80, 81, 83, 84, 90, 92, 143, 154	der EurasWG	102, 103, 132, 148, 149, 174
Ukraine	26, 61, 64, 65, 81, 83, 84, 85, 86, 87, 90, 92, 96, 111, 114, 115, 118, 131, 143, 144, 152, 173, 174, 181, 184, 197	der fünf Staaten	97, 98
Ukrainisch-russischer Konflikt	131, 143, 152, 159, 160, 173, 185, 193	Integrationskomitee	98
Ungarn	73, 74	EAWU	141
Union der Zentralasiatischen Staaten	68	Zweiter Weltkrieg	65
Union Souveräner Staaten	80		

## Personenregister

Alexeev, N.	45	Lukašénka, A.	68, 146, 148, 150, 151, 152
Atambayev, A.	91	Machiavelli, N.	136
Berdjaev, N.	30	Mackinder, H.	32, 33, 40, 57, 139
Bizilli, P.	30	Magnickij, M.	44
Brahm, H..	75	Mandelstam, O.	74
Brzezinski, Z.	40	Meissner, B.	71, 79, 85
Bukharin, N.	74	Morgenthau, J.	136
Bulgakov, M.	74	Mukhametov, R.	138
Chkheidze, K.	30	Nabokov, V.	74
Crueger, H.-C.	136	Naryshkin, S.	181
Danilevskij, N.	44	Nazarbajev, N.	55, 67, 68, 97, 103, 153, 154, 155, 156, 159, 181
Derr, K.	157	Nevskij, A.	29, 30
Dschingis Khan	28	Nijazov, S.	84
Dudinzev, W.	74	Nitschke, P.	136
Dugin, A.	42, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 63, 64	Palkin, A.	52
El'cin, B.	53, 75, 81	Panarin, A.	37, 53, 55
Ern, V.	45	Peter der Große	50, 51
Evola, J.	53	Platonov, A.	74
Fischer, J.	61	Primakov, E.	55
Florovskij, G.	27, 28, 29	Prokhanov, A.	63
Gorbačev, M.	53, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 80, 81	Putin, V.	53, 56, 58, 63, 68, 87, 109, 143, 144
Granin, D.	74	Rahmon, E.	177
Grossman, W.	74	Ratzel, F.	40
Großmann, H.	62, 66	Rusakovič, A.	148
Guénon, R.	53	Rybakov, A.	74
Gumiljov, L.	29, 35, 46, 53	Rykov, A.	74
Gustov, V.	100	Ryzhkov, V.	75
Haushofer, K.	33, 34	Saakashvili, M.	88
Hobbes, T.	136	Sargasyan, S.	164
Iljin, I.	30	Savickij, P.	27, 28, 29, 30, 44, 45, 46, 47, 48, 50, 59
Isingarín, N.	97	Schaumburg, Ch.	157
Jacobson, R.	29	Seleznev, G.	55
Kamenev, L.	74	Shushkevich, S.	81
Kant, I.	136	Shuvalov, I.	138
Karsavin, L.	28	Spykman, N.	32, 33, 40
Kasjanov, M.	103	Stankevič, S.	60, 61
Klepin, N.	29	Stepun, F.	30
Kolbin, G.	78	Suvčinskij, P.	27, 28, 29, 30
Kozyrev, A.	60, 61	Timmermann, H.	74
Kravchuk, L.	81	Trubeckoj, N.	27, 28, 29, 30, 44, 45, 46, 47, 50, 51, 58, 59
Krotov, M.	81	Vernadskij, G.	30
Kuchma, L.	83, 84	Vinokurov, E.	182
Kunaev, D.	78	Wiederkehr, S.	43, 46, 53, 56
Lamanskij, V.	44	Wolf, K. D.	136
Leontjev, K.	44	Yushčenko, V.	116
Libman, A.	182	Zinoviev, G.	74
Lo, B.	142	Zjuganov, V.	54



# QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

## Monographien, (Lehr-)Bücher, Aufsätze

- Агаев, Е.** (1992): Россия: между Севером и Югом (Russland: Zwischen dem Norden und dem Süden), in: *Moskovskie novosti*, Moskau, Nr. 10.
- Alexeev, N.** (1927): На путях к будущей России (Auf dem Weg zum zukünftigen Russland), in: [http://www.hrono.ru/libris/lib\\_a/glava03.html](http://www.hrono.ru/libris/lib_a/glava03.html), Zugriff am 24.02.2015.
- Antonov, E.** (2009): Якутское национальное движение (Jakutische Nationalbewegung), in: *Историческая энциклопедия Сибири (Historische Enzyklopädie Sibiriens)*, Novosibirsk: Institut istorii RAN.
- Арапов, А. /Umaskij, Y.** (1992): Евразийство на постсоветском Востоке (Eurasismus im postsowjetischen Osten), in: *Polis*, Nr. 4.
- Auanasova, A./Suleimenov, A.** (2010): Из истории делимитации государственных границ Республики Казахстан (Aus der Geschichte der Delimitation der Staatsgrenzen Kasachstans), in: *Evrasijskij uridicheskiy zhurnal*, Ufa, Nr. 4 (23).
- Ayvazyan, D.** (2013): The Hydrocarbon Potential of the Caspian Region Assessments on Regional and International Levels, in: *Sotrudnichestvo i protivoborstvo v mirovoi politike*, Bd. 11, Nr. 2 (33).
- Babenko, S.** (2014): Украина и Европейский Союз: проблемы и перспективы (Ukraine und die Europäische Union: Probleme und Perspektiven), in: *Перспективы скоординированного социально-экономического развития России и Украины в общеевропейском контексте (Perspektiven der abgestimmten sozial-wirtschaftlichen Entwicklung Russlands und der Ukraine im europäischen Kontext)*, Moskau.
- Bagramov, E.** (1995): Россия и проект ЕАС (Russland und das Projekt der Eurasischen Union), in: *Evrasia. Narody. Kultury. Religija*, Moskau, Nr. 2.
- Barabanov, M.** (2010): Партии и многопартийность в современной России; возникновение, основные тенденции развития (Parteien und das Mehrparteiensystem in Russland; Entstehung, Tendenzen der Entwicklung), Moskau: MGU.
- Bassin, M.** (1991): Russia between Europe and Asia: The Ideological Construction of Geographical Space, in: *Slavic Review*, Bd. 50/2.
- Bassin, M.** (2003): Classical Eurasianism and the Geopolitics of Russian Identity, *Ab Imperio*, Bd. 2.
- Bassin, M.** (2010): Is there Room for Russia in Eurasia?: Neo-Eurasianism and the Problem of Russian Nationalism, in: Nowak, A. (2010): *Imperial Victims: Empires as Victims*, Warsaw: IH/PAN.
- Bassin, M. /Aksenov, K.** (2006): Mackinder and the Heartland Theory in Post-Soviet Geopolitical Discourse, in: *Geopolitics*, Bd. 11/1.
- Bassin, M. /Glebov, S. /Laruelle, M.** (2015): Between Europe and Asia: The Origins, Theories, and Legacies of Russian Eurasianism, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Belchuk, A.** (2008): Есть ли перспективы у СНГ? (Hat die GUS Perspektiven?), in: <http://www.perspektivy.info/print.php?ID=36191>, Zugriff am 29.09.2014.
- Berdjaev, N.** (1992): Евразийцы (Eurasier), in: *Евразия: Исторические взгляды русских эмигрантов (Eurasien: Historische Ansichten der russischen Emigranten)*, Moskau; Berdjaev, N. (1993): Утопический этатизм евразийцев (Utopischer Etatismus der Eurasier), in: *Rossia mezhdru Evropoi i Asieei: evrazijskii soblazn*, Moskau.
- Berdjaev, N.** (1993): Утопический этатизм евразийцев (Utopischer Etatismus der Eurasier), in: *Россия между Европой и Азией: евразийский соблазн (Russland zwischen Europa und Asien: Eurasische Versuchung)*, Moskau.

- Beyme, K. von** (2001): Politische Theorien in Russland: 1789 - 1945, Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Beyshenaly, N. /Levent, H. /Ormonbekova, L. /Shamshiev, Ch.** (2013): Последствия вступления Кыргызстана в Таможенный союз и ЕЭП для рынка труда и человеческого капитала страны (Folgen des Beitritts Kirgisiens zur Zollunion und dem EWR für den Arbeitsmarkt und das Humankapital des Landes), Sankt-Petersburg: EDB.
- Billington, J. H.** (2004): Russia in search of itself, Washington: Woodrow Wilson Center Press with Johns Hopkins University Press.
- Blum, D.** (1994): Russia's Future. Consolidation or Disintegration?, Boulder.
- Böss, O.** (1961): Die Lehre der Eurasier: Ein Beitrag zur russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden: Otto Harrassowitz.
- Brahm, H.** (1990): Glasnost - der Geist aus der Flasche, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 58.
- Breig, B./Gall, C. von** (2015); Der Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion, Jahrbuch für Ostrecht, Bd. 56 (1/2015).
- Brutunec, K.** (2005): Несбывшееся. Неравнодушные заметки о перестройке (Unerfülltes. Notizen über die Perestroika), Moskau: Mezhdunarodnye otnosheniya.
- Brzezinski, Z.** (1989): Planspiel: Das Ringen der Supermächte um die Welt, Erlangen: Straube Verlag.
- Buchholz, A.** (1990): Transformationen von Ideologie und Bewusstsein in der Sowjetunion, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 53.
- Bulychev, Y.** (2001): Россия, русский народ и евразийство (Russland, das russische Volk und Eurasismus), in: *Russkaya kultura i kultura Rossii*, Sankt-Peterburg.
- Burganova, I.** (2014): Ukraine's Participation in the European (EU) and the Eurasian (CIS) Integration Projects: Alternative Choice, in: *Innovacii v nauke*, Novosibirsk: SibAK, Nr. 30-2.
- Bush, G.** (2004): Changing world, Moskau: Mezhdunarodnye otnosheniya.
- Chernyshev, S.** (Hrsg.) (1995): Хрестоматия нового российского самосознания (Lesebuch zum neuen russischen Selbstbewusstsein), Moskau: Argus-Verlag.
- Churakow, Y.** (1994): Обслуживание внешнего долга (Außenschuldendienst), in: *Obozrevatel*, Nr. 3-4.
- Clover, C.** (1999): Dreams of the Eurasian Heartland: The Reemergence of Geopolitics, in: *Foreign Affairs*, Bd. 78/2.
- Crueger, H.-Ch.** (2008): Staatsräson avant la lettre. Staat und Staatsklugheit bei Machiavelli, in: Kronenberg, V. /Puglierin, J. /Keller, P (Hrsg.): *Außenpolitik und Staatsräson*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Crueger, H.-Ch.** (2012): Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Theoretische Grundlagen und politikwissenschaftlicher Diskurs, in: *Beiträge zur Politischen Wissenschaft*, Bd. 171, Berlin: Duncker&Humblot.
- Ćwiek-Karpowicz, J.** (2012): Limits to Russian Soft Power in the Post-Soviet Area, DGAP Analyse, Nr. 8, in: <https://dgap.org/de/article/getFullPDF/21791>, Zugriff am 4.03.2015.
- Cymburskij, V.** (1993): Остров Россия: перспективы российской геополитики (Insel Russland: Perspektiven der russischen Geopolitik), in: *Polis*, Moskau, Nr. 5.
- Cymburskij, V.** (2003): Две Евразии: омонимия как ключ к идеологии раннего евразийства (Zwei Eurasiens: Homonymie als Schlüssel zur Ideologie des früheren Eurasismus), in: *Evrazia. Ludi i mify*, Moskau.
- Danilevskij, N.** (1871/2008): Россия и Европа (Russland und Europa), Moskau: Institut russkoj civilizacii.
- Demidenko, M.** (2013): Таджикистан и ТС: вызовы и возможности (Tadschikistan und die Zollunion: Herausforderungen und Chancen), in: *Evrazijskaya ekonomicheskaya itegraciya*, Sankt-Petersburg: EDB, Nr. 3(20).
- Deuber, G.** (2004): Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten – ante portas oder bereits Realität?, in: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/Integration-mit-verschiedenen-Geschwindigkeiten-ante-portas-oder-bereits-Realitaet/20040812>, Zugriff am 9.01.2015.
- Djakov, V.** (1993): О научном содержании и политических интерпретациях историософии евразийства (Über den wissenschaftlichen Inhalt und die politische Interpretation der eurasischen Geschichtsphilosophie), in: *Slavyanovedenie*, Nr. 5.
- Dugin, A.** (1989a): Конец пролетарской эры (Ende der proletarischen Ära), in: *Sovetskaya literatura*, Moskau.
- Dugin, A.** (1989b): Континент-Россия (Kontinent-Russland), in: *Sovetskaya literatura*, Moskau.
- Dugin, A.** (1989c): Подсознательное Евразии (Unterbewusstsein Eurasiens), in: *Sovetskaya literatura*, Moskau.

- Dugin, A.** (1990): Пути абсолюта (Wege des Absoluten), in: <http://www.arcto.ru/modules.php?name=News&file=article&sid=67>, Zugriff am 16.01.2015.
- Dugin, A.** (1992): Великая война континентов (Krieg der Kontinente), in: Dugin, A. (1992): *Конспирология (Konspirologie)*, Moskau.
- Dugin, A.** (1994a): Консервативная революция (Konservative Revolution), in: <http://www.arcto.ru/article/20>, Zugriff am 20.01.2015.
- Dugin, A.** (1994b): Тамплиеры пролетариата (Proletarische Templer), in: <http://www.arcto.ru/article/109>, Zugriff am 20.01.2015.
- Dugin, A.** (1996): Мистерии Евразии (Mysterien Eurasiens), in: <http://www.arcto.ru/article/68>, Zugriff am 20.01.2015.
- Dugin, A.** (1997): Метафизика национал-большевизма (Metaphysik des Nationalbolschewismus), in: <http://www.arcto.ru/modules.php?name=News&file=article&sid=73>, Zugriff am 2.03.2015.
- Dugin, A.** (1997/2000): Основы геополитики (Grundlagen der Geopolitik), Moskau: Arctogaia.
- Dugin, A.** (2001a): Евразия превыше всего. Манифест Евразийского движения (Eurasien über Alles. Manifest der Eurasischen Bewegung), in: <http://www.evrazia.org/modules.php?name=News&file=article&sid=1838>, Zugriff am 24.02.2015.
- Dugin, A.** (2001b): Русская вещь (Das russische Ding), Moskau: Arctogaia.
- Dugin, A.** (2002): Философия традиционализма (Philosophie des Traditionalismus), in: <http://evrazia.info/FTP/FT.pdf>, Zugriff am 16.01.2015.
- Dugin, A.** (2003): Новый национал-большевистский порядок (Die neue nationalbolschewistische Ordnung), in: <http://arcto.ru/article/1015>, Zugriff am 2.03.2015.
- Dugin, A.** (2004): Философия политики (Die politische Philosophie), in: <http://konservativizm.org/konservativizm/books/130909073958.xhtml>, Zugriff am 24.02.2015.
- Durkot, Y.** (2009): Das Licht am Ende des Tunnels? Der ukrainisch-russische Gaskonflikt, in: *Auslandsinformationen*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., in: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_16134-544-1-30.pdf?090406125109](http://www.kas.de/wf/doc/kas_16134-544-1-30.pdf?090406125109), Zugriff am 9.10.2014.
- Dutkiewicz, P. / Sakwa, R.** (2015): Eurasian Integration – The View from Within, Routledge, New York.
- Erasov, B.** (2001): Социокультурные и геополитические принципы евразийства (Sozio-kulturelle und geopolitische Prinzipien des Eurasismus), in: *Polis*, Nr. 5.
- Erasov, B.** (2002): Антиевразийство и новое евразийство в канун XXI века (Anti-Eurasismus und der neue Eurasismus am Vorabend des 21. Jahrhunderts), in: Jakupov, R. (Hrsg.): *Евразийство: проблемы осмысления (Eurasismus: Verständnisprobleme)*, Ufa.
- Eschment, B.** (1992): Проблемы русских Казахстана – этничность или политика? (Probleme der Russen in Kasachstan – Ethnizität oder Politik?), in: *Diaspory*, Moskau, Nr. 2-3.
- Evzerov, R.** (1993): Евроазиатская идея в независимых государствах: Обзор по материалам печати. (Euroasiatische Idee in den unabhängigen Staaten), in: *Svobodnaya mysl*, Nr. 14.
- Fedorenko, V.** (2015): Eurasian Integration: Effects on Central Asia, Rethink Paper 23, Washington.
- Fenenko, Y.** (2006): Евразийское пространство: управленческо-правовое обеспечение социальной безопасности (Eurasischer Raum: administrativ-rechtliche Gewährleistung der sozialen Sicherheit), Moskau: Uniti-Dana.
- Fischer, J.** (1998): Eurasismus: Eine Option russischer Außenpolitik?, Berlin: Verlag Arno Spitz.
- Florinskaya Y.** (2013): The Scale of Labor Migration to Russia, in: [http://russiancouncil.ru/en/inner/?id\\_4=2343#top](http://russiancouncil.ru/en/inner/?id_4=2343#top), Zugriff am 23.09.2014.
- Golikov, A. / Shuba, M.** (2013): Трансграничное сотрудничество Украины в современных условиях её геэкономической стратегии (Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Ukraine unter der Bedingung ihrer geoökonomischen Strategie), in: *Bisnesinform*, Nr. 6.
- Gorbačev, M.** (1995): Жизнь и реформы (Leben und Reformen), Moskau.
- Gorbačev, M.** (3.07.1990): Rechenschaftsbericht des ZK zum 18. Parteitag, in: *Pravda*, S. 3-4, in: Buchholz, A. (1990): Transformationen von Ideologie und Bewusstsein in der Sowjetunion, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 53.
- Gordeychik, A. / Snapkovski, V.** (1999): О нынешнем состоянии СНГ и перспективах его развития (Zum heutigen Zustand der GUS und den weiteren Entwicklungsperspektiven), in: *Белорусский журнал международного права и международных отношений (Belarussi-*

- sche Zeitschrift des Internationalen Rechts und der Internationalen Beziehungen*), Minsk, Nr. 1.
- Götz, R.** (1994): Die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur der UdSSR als Determinante der Perestrojka, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 9.
- Großmann, H.** (2005): Geopolitik in der Russischen Föderation, in: *Geopolitisches und militärstrategisches Denken in der Russischen Föderation*, Heft 77, Dresden.
- Gubaidullina, M.** (22.01.2007): Интеграционный процесс в Центральной Азии (Integrationsprozess in Zentralasien), in: [http://ia-centr.ru/archive/public\\_detailsf843.html?id=324](http://ia-centr.ru/archive/public_detailsf843.html?id=324), Zugriff am 5.10.2015.
- Gumiljov, L.** (1979/1990): Этногенез и биосфера Земли (Ethnogenese und die Biosphäre der Erde), Leningrad.
- Gumiljov, L.** (2004): Черная легенда. Друзья и недруги Великой Степи (Schwarze Sage. Freunde und Feinde der Steppe), Moskau: Airis-press.
- Gustov, V.** (2008): На пути к созданию таможенного союза Евразийского экономического сообщества (Auf dem Weg zur Gründung der Zollunion der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft), in: *Evrasijskaya integraciya: Ekonomika, Pravo, Politika*, Nr. 3.
- Harm, W.** (2008): Radikaler Traditionalismus und Odalismus, in: <http://logr.org/harmwulf/2008/08/17/erlauterungen-zum-radikalen-traditionalismus-und-die-verbinding-zum-odalismus/>, Zugriff am 20.01.2015.
- Hasse, R. H. /Schneider, H. /Weigelt, K.** (Hrsg.) (2005): Lexikon Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik von A bis Z, Paderborn: Schöningh UTB.
- Haunner, M.** (1990): What is Asia for us? Russia's Asian Heartland Yesterday and Today, Boston: Unwin Hyman.
- Hielscher, K.** (1993): Der Eurasismus: Die neoimperiale Ideologie der russischen Neuen Rechten, in: *Die Neue Gesellschaft: Frankfurter Hefte*, Frankfurt.
- Höllwerth, A.** (2007): Das sakrale eurasische Imperium des Aleksandr Dugin: eine Diskursanalyse zum postsowjetischen russischen Rechtsextremismus, Stuttgart: Ibidem-Verlag.
- Hufen, C.** (2001): Fedor Stepun: ein politischer Intellektueller aus Russland in Europa. Die Jahre 1884-1945, Berlin: Lukas Verlag.
- Humphrey, A.** (2005): SWOT Analysis for Management Consulting, SRI Alumni Newsletter (SRI International).
- Ignatov, A.** (1992): Der „Eurasismus“ und die Suche nach einer neuen russischen Kulturidentität. Die Neubelebung des „Evrasijsko“-Mythos, in: *Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien*, BOIS, Köln.
- Iljin, I.** (1995): Самобытность или оригинальничание? (Eigenart oder Originalität?), in: *Mir Rossii – Evrazia: Antologia*, Moskau.
- Isaev, I.** (1989): Геополитические аспекты тотальности: евразийство (Geopolitische Aspekte der Universalität: Eurasismus), in: Kara-Murza, A. (Hrsg.): *Тоталитаризм как исторический феномен (Totalitarismus als historisches Phänomen)*, Moskau.
- Işeri, E.** (2009): The US Grand Strategy and the Eurasian Heartland in the Twenty-First Century, in: *Geopolitics*, Bd. 14/1.
- Isingarin, N.** (2002): Интеграция как она есть (Integration wie sie ist), in: *Continent*, Nr. 3 (65) 6, in: <http://www.continent.kz/2002/03/20.html>, Zugriff am 17.09.2014.
- Ivanov, V.** (2009): ГУАМ: Старые проблемы и новые вызовы (GUAM: Alte Probleme und neue Herausforderungen), in: *Centralnaya Asia i Kavkaz*, Nr. 4-5 (64-65).
- Jacobsen, H.** (1979): Karl Haushofer. Leben und Werk, Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag.
- Jacobson, R.** (1931): Über die phonologische Sprachbünde, in: *Travaux du Cercle Linguistique de Prague*, Nr. 4.
- Jakobson, R.** (1974): Form und Sinn. Sprachwissenschaftliche Betrachtungen, München: Wilhelm Fink Verlag.
- Kaiser, M.** (2004): Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa, Bielefeld: transcript Verlag, Bd. 1.
- Kara-Murza, A.** (1994a): Либерализм против хаоса (Liberalismus gegen Chaos), in: *Polis*, Nr. 3.
- Kara-Murza, A.** (1994b): Тайная идеология перестройки: О постулатах евроцентризма в России (Geheime Ideologie der Perestrojka: über die Postulate des Europazentrismus in Russland), in: *Nash sovremennik*, Nr.1-2.
- Kara-Murza, A.** (1995): Россия в треугольнике: Этнократия - империя - нация (Russland in dem Dreieck: Ethnokratie-Imperium-Nation), in: *Inoe*, Moskau: Argus, Buch 2.

- Karbalewitsch, W.** (2012): Die belarussisch-russischen Beziehungen: Eine neue Wende, in: *Belarus-Analysen*, Nr. 6, in: <http://www.laender-analysen.de/belarus/pdf/BelarusAnalysen06.pdf>, Zugriff am 7.10.2014.
- Kasimov, S. / Bagautdinov, R.** (2012): Статус Башкирской АССР: взгляд в прошлое (Status der Baschkirischen ASSR: Der Rückblick), in: *Vestnik Bashkirskogo Universiteta*, Bd. 17, 4. Ausgabe.
- Kaveshnikov N.** (2010): Институциональная структура Евразийского экономического сообщества (Institutionelle Struktur der EurasWG), in: [http://www.perspektivy.info/table/institucionalnaja\\_struktura\\_jevrazijskogo\\_ekonomicheskogo\\_sobshchestva\\_2010-06-30.htm](http://www.perspektivy.info/table/institucionalnaja_struktura_jevrazijskogo_ekonomicheskogo_sobshchestva_2010-06-30.htm), Zugriff am 25.09.2014.
- Kazenov, U.** (1994): Das neue regionale Kraftzentrum Kasachstan. Ausführung eines kasachischen Wissenschaftlers, in: *Osteuropa-Archiv*, Jahrgang 44/2.
- Kazukiewicz M.** (2004): Экономические факторы интеграции Беларуси и России (Wirtschaftliche Faktoren der Integration zwischen Belarus und Russland), in: *International Journal of Management and Economics*, 2004/15.
- Kembayev, Zh.** (2009): Legal Aspects of the Regional Integration Processes in the Post-Soviet Area, Berlin und Heidelberg: Springer Verlag.
- Kerr, D.** (1995): The new Eurasianism: The rise of geopolitics in Russia's foreign policy, *Europe-Asia Studies*, Bd. 47/6.
- Khoruzhij, S.** (1991): Россия, Евразия и отец Георгий Флоровский (Russland, Eurasien und der Priester Georgij Florovskij), in: *Nachala*, Moskau, Nr. 3.
- Khoruzhij, S.** (1992): Карсавин, евразийство и ВКП (Karsavin, Eurasismus und die VKP), in: *Voprosy filosofii*, Nr. 2
- Kiesewetter, A.** (1991): Евразийство (Eurasismus), in: *Filosofskie nauki*, Nr. 12.
- Kipp, J. W.** (2007): Aleksandr Dugin and the ideology of national revival: Geopolitics, Eurasianism and the conservative revolution, in: *European Security*, Bd. 11/3.
- Kissinger, H.** (1997): Diplomacy, Moskau: Ladomir.
- Kleineberg, M.** (2004): „Eurasien“ Phantom oder reales Entwicklungsmodell für Russland, in: Kaiser, M. (2004): *Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa*, Bielefeld: transcript Verlag, Bd. 1.
- Klevakina, E.** (2013): Организация Договора о коллективной безопасности в контексте национальных интересов стран-участниц (OVKS im Kontext der nationalen Interessen der Mitgliedstaaten), in: *Vestnik mezhdunarodnykh organizazii*, Nr. 2 (41).
- Kluchnikov, S.** (1991): Русский узел евразийства (Russisches Knäuel des Eurasismus), in: *Novyi mir*, Moskau, Nr. 1.
- Knobel, A.** (2005): Евразийский экономический союз: перспективы развития и возможные препятствия (Eurasische Wirtschaftsunion: Entwicklungsperspektiven und mögliche Hindernisse), in: *Voprosy ekonomiki*, Nr. 3/2005.
- Kochanek, H.** (1999): Die russisch-nationale Rechte von 1968 bis zum Ende der Sowjetunion: eine Diskursanalyse, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Kononovič, E. / Moskalenko, G.** (04.04.2013): Союзное государство Беларуси и России выполняет роль "лаборатории" по продвижению интеграции в более широком масштабе (Unionsstaat Belarus und Russland spielt die Rolle eines „Labors“ für die Umsetzung der Integrationsideen), in: <http://ru.forsecurity.org/soyuznoe-gosudarstvo-vypolnyaet-rol-svoeobraznoy-laboratorii-po-prodvizheniyu-integracii-v-bolee>, Zugriff am 26.03.2015.
- Korchagin, Y.** (2008): Причины распада СССР и проигрыша геополитической борьбы (Ursachen des Zerfalls der UdSSR und des Verlustes im geopolitischen Kampf), LERC: local economics research center, in: <http://www.lerc.ru/?part=articles&art=1&page=12>, Zugriff am 24.09.2014.
- Kosov, Y. / Toropygin, A.** (2012): The Problem of Political Integration in the Former Soviet Union: on the Creation of Eurasian Parliamentary, in: *Urpavlencheskoe konsultirovanie*, Nr. 3(47).
- Kovalchuk, A.** (2014): Эволюция российских концепций многостороннего взаимодействия и интеграционных процессов на постсоветском пространстве (Die Evolution der russischen Konzeptionen für multilaterale Zusammenarbeit und Integrationsprozesse im postsowjetischen Raum), MGIMO, in: [http://www.mgimo.ru/files2/y02\\_2015/258519/a\\_kovalchuk-dissertation.pdf](http://www.mgimo.ru/files2/y02_2015/258519/a_kovalchuk-dissertation.pdf), Zugriff am 14.10.2015.

- Kozhinov, V.** (1990): Судьба России: Вчера, сегодня, завтра (Das Schicksal Russlands: Gestern, heute und morgen), Moskau: Voenizdat.
- Kozlovsky, V.** (2004): Der Eurasismus Ideengeschichte und Entwicklung einer russischen Bewegung, in: Kaiser, M. (2004): *Auf der Suche nach Eurasien: Politik, Religion und Alltagskultur zwischen Russland und Europa*, Bielefeld: transcript Verlag, Bd. 1.
- Krasinec, E.** (2002): Страны Восточной Европы и СНГ на рубеже веков: перемены в динамике, структуре и миграции населения (Länder des Osteuropas und der GUS: Veränderungen in Dynamik, Struktur und Bevölkerungsmigration), Moskau: Narodonaselenie, Nr. 3.
- Kropot, V./ Rastvorceva, S.** (2014): Проблемы и перспективы развития отношений между Россией, Украиной и Европейским Союзом (Probleme und Perspektiven der Beziehungsentwicklung zwischen Russland, der Ukraine und der Europäischen Union), in: Kamyshencenko, E./ Rastorcina, Y. (Hrsg.): *Актуальные проблемы развития национальной и региональной экономики (Aktuelle Entwicklungsprobleme der nationalen und regionalen Wirtschaft)*, Belgorod.
- Kurginjan, S.** (1993): Евразия и Россия (Eurasien und Russland), in: *Rossija*, Moskau.
- Kurginjan, S.** (1995): Русская идея, национализм и фашизм (Die russische Idee, Nationalismus und Faschismus), in: *Симпозиум: Куда идет Россия? (Symposium: Wohin geht Russland?)*, Moskau: Aspekt Press.
- Kwon, Li En** (1999): Внешняя политика России в 1990-е годы: Проблемы и тенденции (Außenpolitik Russlands in den 1990er Jahren: Probleme und Tendenzen), Moskau.
- Lamanskij, V.** (1892/2011): Три мира Азиатско-Европейского материка (Die drei Welten des asiatisch-europäischen Kontinentes), Sankt-Petersburg.
- Laruelle, M.** (2001): Когда присваивается интеллектуальная собственность, или о противоположности Л.Н. Гумилева и П.Н. Савицкого (Wenn das intellektuelle Eigentum angeeignet wird, über die Gegensätzlichkeit von L. N. Gumiljov und P. N. Savickij), in: *Vestnik Evrazii*, Nr. 4.
- Laruelle, M.** (2004): The two faces of contemporary Eurasianism: an imperial version of Russian nationalism, in: *Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity*, Heft 32/1.
- Laruelle, M.** (2007): Die Europäische Ursprünge des Eurasianismus. Russische Emigranten und ihre Kritik am Eurasianismus 1920-1930, in: Aust. M./Schönpflug, D. (Hrsg.): *Von Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt und New York: Campus Verlag.
- Lavrov, S.** (1993): Л. Н. Гумилев и евразийство (L. N. Gumiljov und der Eurasismus), in: *Ritmy Evrazii: epohi zivilizacii*, Moskau.
- Lazareva, M.** (2014): Стабильность и динамизм Конституции Украины (Stabilität und Dynamik der ukrainischen Verfassung), in: *Modern Research of Social Problems*, Nr. 4(36).
- Leatherbarrow, W. H. /Offord, D. C.** (Hrsg.) (1987): A Documentary History of Russian Thoughts: From the Enlightenment to Marxism, USA: Ardis Verlag.
- Leontjev, K.** (1891/2007): Славянофильство теории и славянофильство жизни (Panslawismus der Theorie und Panslawismus des Lebens), in: Leontjev, K.: *Восток, Россия и Славянство (Osten, Russland und Slawismus)*, Moskau: Exmo.
- Light, M.** (2003): In search of an identity: Russian foreign policy and the end of ideology, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Bd. 19/3.
- Lo, B.** (2015): Frontiers New and Old. Russia's Policy in Central Asia, in: *Russie. Nei. Visions*, Bd. 82, Ifri, Paris.
- Luks, L.** (1993a): Евразийство (Eurasismus), in: *Voprosy filosofii*, Nr. 6, Moskau.
- Luks, L.** (1993b): Россия между Западом и Востоком (Russland zwischen dem Westen und dem Osten), Moskau: Mir.
- Luks, L.** (2005): Der russische „Sonderweg“? Aufsätze zur neuesten Geschichte Russlands im europäischen Kontext, Stuttgart: Ibidem-Verlag.
- Mackinder, H. J.** (1904): The geographical pivot of history, in: *The Geographical Journal*, Heft 23/4.
- Mackinder, H. J.** (1919): Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction, in: *Nature*, Heft 103/2596.
- Magnickij, M.** (1833): Судьба России (Das Schicksal Russlands), in: Minakov, A. (2000): *Охранитель народной нравственности: православный консерватор М. Л. Магницкий (Schützer der Volksmoral – orthodoxer Konservative, M. L. Magnickij)*, in: *Istoricheskij vestnik*, Moskau und Voronezh, Nr. 3-7 (7-8).

- Malashenko, A.** (1991): На полпути к Европе: Состоится ли евразийское общество? (Auf halbem Wege zur Europa: Wird die eurasische Gesellschaft etabliert?), in: *Nega*, Moskau.
- Malysheva, D.** (2003): Православие и ислам как факторы формирования российской исторической общности (Das orthodoxe Christentum und der Islam als Faktoren der russischen historischen Konsolidierung), in: Chernous, V. (Hrsg.): *Православие в исторических судьбах Юга России (Der orthodoxe Christentum in den Schicksalen des Südens Russlands)*, Rostov na Donu.
- Maslina, M.** (1992): Русская идея (Russische Idee), Moskau: Respublika.
- McFarlane N.** (1993): Russia, the West and European Security, in: *Survival*, Bd. 35/3.
- Meissner, B.** (1995): Vom Sowjetimperium zum eurasischen Staatensystem. Die russische Außenpolitik im Wandel und in der Wechselbeziehung zur Innenpolitik, Berlin: Duncker&Humboldt.
- Melikyan, J.** (2015): Армения и Евразийский Союз: от сотрудничества до интеграции (Armenien und die Eurasische Union: Von Kooperation zur Integration), in: *Analiticheskie zapiski*, Caucasus Institute, Jerewan.
- Miljukov, P.** (1997): Третий максимализм (Der dritte Maximalismus), in: Vandalkovkaja, M. (Hrgr.): *Историческая наука российской эмиграции: евразийский соблазн (Geschichtswissenschaft der russischen Emigration: Eurasische Versuchung)*, Moskau.
- Miller, E. A.** (2003): The Changing Face of Eurasia: Russian and Ukrainian Foreign Policy in Transition, in: *Comparative Strategy*, Bd. 22.
- Mkhitarjan, A.** (1998): СНГ: проблемы реформирования (размышления о причинах пробуксовки и перспективах интеграции) (GUS: Die Reformprobleme), in: *Проблемы теории и практики управления (Theoretische und praktische Verwaltungsprobleme)*, Moskau, Nr. 6.
- Mjalo, K.** (1993): Россия и Европа: Шифр истории: О месте страны в мировой цивилизации (Russland und Europa: Chiffre der Geschichte: Über den Platz des Landes in der Weltzivilisation), in: *Rossiya XXI*, Nr. 5.
- Mjalo, K.** (1994): Русский вопрос и евразийская перспектива (Russische Frage und eurasische Perspektive), in: *Евразийская перспектива (Eurasische Perspektive)*, Moskau.
- Moore, D. C.** (1997): Review: Colonialism, Eurasianism, Orientalism: N. S. Trubetzkoy's Russian Vision, in: *The Slavic and East European Journal*, Bd. 41, No. 2.
- Morgenthau, H. J.** (1963): Macht und Frieden, Gütersloh: C. Bertelsmann Verlag.
- Morozova, N.** (2009): Geopolitics, Eurasianism and Russian Foreign Policy under Putin, in: *Geopolitics*, Heft 14/4.
- Mukhametov, R.** (2009): Национальные интересы России в постсоветском пространстве (Die nationalen Interessen Russlands im dem postsowjetischen Raum), in: *Zhurnal politicheskoi expertisy*, Nr. 3, in: <http://www.politex.info/content/view/602/30/>, Zugriff am 14.10.2015.
- Mukhametov, R.** (2013): Военное сотрудничество России со странами ближнего зарубежья: основные направления (Die militärische Zusammenarbeit Russlands mit den Ländern des nahen Auslands), in: *Politicheskije nauki. Vostokovedenie*, Bd. 14.
- Mukomel W.** (2005): Экономика нелегальной миграции в России (Wirtschaft der illegalen Migration in Russland), in: *Demoskop Weekly*, Nr. 207-208, in: <http://demoscope.ru/weekly/2005/0207/tema01.php>, Zugriff am 23.09.2014.
- Narochnickaja, N.** (2003): Россия и русские в мировой истории (Russland und die Russen in der Weltgeschichte), Moskau.
- Nazarbajev, N.** (1992): Стратегия становления и развития Казахстана как суверенного государства (Strategie der Entstehung und der Entwicklung Kasachstans als ein souveräner Staat), Alma-Ata: Dauir-Verlag.
- Nazarbajev, N.** (20.09.1994): Евразийское пространство: интеграционный потенциал (Eurasischer Raum: Integrationspotenzial), in: Nazarbajev, N. (1997): *Евразийский Союз: идеи, практика, перспективы 1994-1997 (Eurasische Union: Ideen, Praxis, Perspektiven 1994-1997)*, Moskau: Fond sodeistvija razvitiu sozialnyh i politicheskikh nauk.
- Nazarbajev, N.** (1994): О формировании Евразийского союза государств (Über die Bildung einer Eurasischen Staatenunion), in: Nazarbajev, N. (2003): *Стратегия независимости (Strategie der Unabhängigkeit)*, Almaty: Atamura.
- Nazarbajev, N.** (1997): Евразийский Союз: идеи, практика, перспективы 1994-1997 (Eurasische Union: Ideen, Praxis, Perspektiven 1994-1997), Moskau: Fond sodeistvija razvitiu sozialnyh i politicheskikh nauk.

- Nazarbajev, N.** (2002): Стратегия трансформации общества и возрождения Евразийской цивилизации (Strategie der gesellschaftlichen Transformation und der Wiedergeburt der Eurasischen Zivilisation), Moskau: Ekonomika Verlag.
- Nichol, J.** (2009): Russia-Georgia Conflict in August 2008: Context and Implications for U.S. Interests, in: <http://fas.org/sgp/crs/row/RL34618.pdf>, Zugriff am 7.10.2014.
- Nikitenko, E.** (2013): The Activity of the Organization "Trest" in the History of Eurasionizm, in: *Глобальные процессы в региональном измерении: опыт истории и современность (Globale Prozesse in der regionalen Dimension)*, SGGA, Bd. 2, Novosibirsk.
- Nitschke, P.** (1995): Staatsräson kontra Utopie? Von Thomas Müntzer bis zu Friedrich II. von Preußen, Stuttgart.
- Nohlen, D./ Stöver, P.** (2010): Elections in Europe: A data handbook, S. 1647, in: [https://docs.google.com/document/d/1y3ekCT2Zg\\_ixgBilu8refrNTGB3uNW87Cbp-0EWK\\_ps/edit](https://docs.google.com/document/d/1y3ekCT2Zg_ixgBilu8refrNTGB3uNW87Cbp-0EWK_ps/edit), Zugriff am 4.09.2014.
- Novikova, L./Sizemskaja, I.** (1992a): Два лика евразийства (Zwei Antlitze des Eurasismus), in: *Svobodnaya mysl*, Nr. 7.
- Novikova, L./Sizemskaja, I.** (1992b): Политическая программа евразийцев: реальность или утопия (Politisches Programm der Eurasier: Realität oder Utopie), in: *Obshchestvennye nauki i sovremennost*, Nr. 1.
- Novikova, L./Sizemskaja, I.** (1993a): Евразийский искуc (Eurasische Versuchung), in: *Filosofskie nauki*, Nr. 12.
- Novikova, L./Sizemskaja, I.** (Hrsg.) (1993b): Россия между Европой и Азией: Евразийский соблазн (Russland zwischen Europa und Asien: Eurasische Versuchung), Moskau: Nauka.
- Novikova, L./Sizemskaja, I.** (Hrsg.) (1995): Мир России - Евразия (Welt Russland-Eurasien), Moskau: Vysshaja Shkola.
- Ochirova, T.** (1994): Геополитическая концепция евразийства (Geopolitisches Konzept des Eurasismus), in: *Obshchestvennye nauki i sovremennost*, Moskau, Nr. 1.
- Olimova, S.** (2015): Перспективы присоединения Таджикистана к ЕАЭС (Tadschikische Beitrittsperspektiven zur EAWU), in: <http://ia-centr.ru/expert/21664/>, Zugriff am 14.03.2016.
- Omelchenko, N.** (1992): Споры о евразийстве: Опыт исторической реконструкции (Diskussionen um den Eurasismus: Erfahrung der historischen Rekonstruktion), in: *Polis*, Nr.3.
- Omelchenko, N.** (2002): Исход к Востоку: евразийство и его критики (Der Exodus in den Osten: Eurasismus und seine Kritiker), in: *Evrasijskaja ideja i sovremennost*, Moskau.
- Orlova, I.** (1998): Евразийская цивилизация: Социально-историческая ретроспектива и перспектива (Eurasische Zivilisation: Sozial-historischer Rückblick und Perspektive), Moskau: Norma.
- Osipov, G.** (1994): Россия: надежды и прогнозы (Russland: Hoffnungen und Prognosen), in: *Sozialno-politicheskii zhurnal*, Moskau, Nr. 3-B.
- Palat, M. K.** (1993): Eurasianism as an Ideology for Russia's Future, in: *Economic and Political Weekly*, Bd. 28, Nr. 51.
- Palkin, A.** (2005): Принцип демотии в учении евразийцев (Demotia-Prinzip im Konzept des Eurasismus), in: *Vestnik Chalybinskogo universiteta*, Nr. 1 (10).
- Panarin, A.** (1992): Цивилизационный процесс в России: Опыт поражения и уроки на завтра (Zivilisatorischer Prozess in Russland: Die Niederlageerfahrung und Aufgaben für morgen), in: *Znamya*, Moskau, Nr. 7.
- Panarin, A.** (1993a): Западники и евразийцы (Westler und Eurasier), in: *Obshchestvennye nauki i sovremennost*, Moskau, Nr.6.
- Panarin, A.** (1993b): Между атлантизмом и евразийством: цивилизационный процесс и вызов Запада (Zwischen dem Atlantismus und dem Eurasismus: zivilisatorischer Prozess und Herausforderung des Westens), in: *Svobodnaya mysl*, Moskau, Nr.11.
- Panarin, A.** (1993c): Проекты для России: Фундаментальный либерализм или либеральный фундаментализм (Projekte für Russland: Der fundamentale Liberalismus oder der liberale Fundamentalismus), in: *Znamya*, Moskau, Nr. 9.
- Panarin, A.** (1995): Materialien des runden Tisches: Евразийство: за и против, вчера и сегодня (Eurasismus: Dafür und dagegen, gestern und morgen), in: *Voprosy filosofii*, Moskau, Nr. 6.
- Panarin, A.** (1996): Вторая Европа или Третий Рим? (Zweite Europa oder der Dritte Rom), Moskau.
- Panarin, A.** (2003): Стратегическая нестабильность в XXI веке (Strategische Instabilität im 21. Jahrhundert), Moskau.

- Panarin, A./Rjabov, A.** (1994): Атлантизм и евразийство: Два сценария для России (Atlantismus und Eurasismus: Zwei Szenario für Russland), in: Iljin, V. (Hrsg.): *Россия: Опыт национально - государственной идеологии (Russland: Die Erfahrung der nationalstaatlichen Ideologie)*, Moskau: MGU.
- Pashenko, Y.** (2000): Идеология евразийства (Ideologie des Eurasismus), Moskau; Pashenko, Y. (2001): Евразийству - 80 лет (Der Eurasismus ist 80 Jahre alt), in: *Vestnik MGU, Filosofia*, Serie 7, Nr. 4.
- Pashenko, Y.** (2002): Европа и человечество - Катехизис евразийства (Europa und die Menschlichkeit - Katechetik des Eurasismus), in: *Евразийская идея и современность (Eurasische Idee und die Moderne)*, Moskau.
- Pastukhov, V.** (1994): Посткоммунизм, как логическая фаза развития евразийской цивилизации (Postkommunismus als logische Entwicklungsphase der eurasischen Zivilisation), in: *Симпозиум: Куда идет Россия? (Symposium: Wohin geht Russland?)*, Moskau: Interpress.
- Pastukhov, V.** (1995): Культура и государственность в России: эволюция евроазиатской цивилизации (Kultur und Staatlichkeit in Russland: Die Evolution der euroasiatischen Zivilisation), in: *Inoe*, Moskau: Argus, Bd. 2.
- Petrov, A.** (2012): Страны постсоветского пространства: учебно-методическое пособие (Länder des postsowjetischen Raums: Das Lehrbuch), Irkutsk: IGU.
- Pleines, H.** (30.09.2014): Die internationale Demension des Ukraine-Konflikts: Worum es eigentlich geht, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 137, in: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen137.pdf>, Zugriff am 8.10.2014.
- Pleines, H.** (2009): Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt 2009 im Überblick, in: *Ukraine-Analysen*, Nr. 50, in: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen50.pdf>, Zugriff am 7.10.2014.
- Ponomareva, L.** (1992): Евразийство: его место в русской и западноевропейской историко-философской традиции (Eurasismus: Sein Platz in der russischen und westeuropäischen philosophischen Tradition), in: *Eurasia: Istoricheskie vzglyady russkih immigrantov*, Moskau.
- Ponomareva, L.** (2002): Вокруг евразийства: споры в русской эмиграции (Um den Eurasismus: Diskussionen in der russischen Emigration), in: *Evrasijskya ideya i sovremennost*, Moskau.
- Pravda, A.** (1994): The Politics of Foreign Policy, in: White, S./Pravda, A./Gitelman, Z. (Hrsg.): *Developments in Russia and Post - Soviet Politics*, NC und Durham: Duke University Press.
- Rahr, A.** (1992): "Atlanticists" versus "Eurasians" in Russian foreign policy, in: *RFE/RL Research Report*, Bd. 1, Nr. 22.
- Rangsimaporn, P.** (2006): Interpretations of Eurasianism: Justifying Russia's role in East Asia, in: *Europe-Asia Studies*, Bd. 58/03, Oxford.
- Ratzel, F.** (1894/2014): *Völkerkunde*, Norderstedt: Vero Verlag.
- Samokhin, A.** (2004): Исторический путь евразийства как идейно-политического течения (Historischer Weg des Eurasismus als die ideen-politische Strömung), in: *Jahrbuch „Vostok“*, Nr. 3 (15).
- Satpaev, D.** (2014): Die Eurasische Wirtschaftsunion als geopolitisches Instrument und Wirtschaftsraum. Eine Analyse aus Kasachstan, Friedrich-Ebert-Stiftung, Referat Mittel- und Osteuropa, Berlin.
- Savickij, P.** (1925): Евразийство (Eurasismus), in: <http://gumilevica.kulichki.net/SPN/spn09.ht>, Zugriff am 9.01.2015.
- Savickij, P.** (1931): В борьбе за евразийство: Poleмика вокруг евразийства в 1920-х годах (Im Kampf für Eurasismus: Polemik um Eurasismus in den 1920er-Jahren), in: *Tridcatye gody*, Buch 7, Paris.
- Savkin, I.** (1992): Л. П. Карсавин (L. P. Karsavin), in: *Евразийство. Мысли о России (Eurasismus. Gedanken über Russland)*, Moskau.
- Schaumburg, Ch.** (2005): „Auslandsinvestitionsrecht Uzbekistans und Kazachstans“, in: *Recht in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa/GUS*, Bd. 6, Münster: LIT Verlag.
- Schneider, E.** (1994): Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 15.
- Schneider-Deters, W.** (2008): Die Europäische Union, Russland und Eurasien, Berlin: Berliner Wiss.-Verlag.
- Schumann, H.** (2012): Die SWOT Analyse. Ein Instrument des strategischen Managements, München: GRIN Verlag.

- Senderov, V.** (1995): Materialien der runden Tisch: Евразийство: за и против, вчера и сегодня (Eurasismus: für und dagegen, gestern und morgen), in: *Voprosy filosofii*, Moskau, Nr. 6.
- Senderov, V.** (2001): Евразийство - миф XXI века (Eurasismus. Mythos des 21. Jahrhunderts), in: *Voprosy filosofii*, Moskau, Nr. 4.
- Shakhraj, S.** (1994): Евразийская идея и интеграция (Eurasische Idee und die Integration), in: *Rossiiskoe obozrenie: bulluten ezhenedelnoi informacii RIA*, Nr. 14.
- Shekhovtsov, A.** (2008): The Palingentic Thrust of Russian Neo-Eurasianism: Ideas of Rebirth in Aleksandr Dugin's Worldview, in: *Totalitarian Movements and Political Religions*, Heft 9/4.
- Shekhovtsov, A./Umland, A.** (2009): Is Aleksandr Dugin a Traditionalist? 'Neo-Eurasianism' and Perennial Philosophy, in: *The Russian Review*, Bd. 68, Nr. 4.
- Shenfield, S. D.** (1994): Post-Soviet Russia in Search of Identity, in: Blum, D. W.: *Russia's Future. Consolidation or Disintegration?*, Boulder.
- Sheretov, S.** (2003): Новейшая история Казахстана: 1985-2002 (Neuste Geschichte Kasachstans: 1985-2002), Almaty: Yurist.
- Shishkin, V./Pinkin, V.** (2015): The Eurasian Customs Union: The Main Trends of Trade and Economic Relations in 2011-2014, in: *Vlast*, Nr. 2, Moskau.
- Sidorsky, S.** (Hrsg.)(2015): Промышленная политика ЕАЭС: от создания к первым результатам (Industriepolitik der EAWU: Von Bildung zu den ersten Ergebnissen), Moskau: EAWK.
- Simon, G.** (1994): Russland: Hegemon in Eurasien?, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 6.
- Siwickij, A./Carik, Y.** (2016): Беларусь в ЕАЭС: год спустя (Belarus in der EAWU: Ein Jahr danach), FES, in: [http://csfps.by/files/files/belarus\\_in\\_the\\_eaec.pdf](http://csfps.by/files/files/belarus_in_the_eaec.pdf), Zugriff am 17.05.2016.
- Snorrason, S. T.** (2012): Asymmetric Economic Integration. Size Characteristics of Economies, Trade Costs and Welfare, Berlin Heidelberg: Springer-Verlag.
- Sobolev, A.** (1991a): Князь Трубецкой и евразийство (Fürst Trubeckoj und der Eurasismus), in: *Literaturnaya ucheba*, Moskau, Nr. 6.
- Sobolev, A.** (1991b): Уроки евразийства (Lehre des Eurasismus), in: *Евразийская перспектива (Eurasische Perspektive)*, Moskau.
- Sobolev, A.** (1992): Полюса евразийства: Л. П. Карсавин (1882 - 1952), Г. В. Флоровский (1893 - 1979)(Polen des Eurasismus: L. P. Karsavin, G. V. Florovskij), in: *Novyi mir*, Moskau, Nr. 1.
- Spykman N. J.** (1944): The Geography of Peace, New York: Harcourt & Brace.
- Stepun, F.** (1917/1954): Russland zwischen Europa und Asien, in: *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung*, 9. Jg., Nr. 27.
- Sterligov, A.** (1995): Нам нужно чисто русское решение (Wir brauchen eine echt russische Entscheidung), in: *Russkii sobor*, Nr. 2.
- Suvčinskij, P./Trubeckoj, N./Florovskij, G.** (1959): Vorahnungen und Erfüllungen (Auszug), in: Tschischewski, D./Groh, D. (Hrsg.)(1959): *Europa und Russland*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Suvorov, I.** (2015): О валютно-финансовой интеграции в рамках Евразийского экономического союза (Über die Valuta- und Finanzintegration im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion), in: *Dengi i Kredit*, Moskau, Bd. 6.
- Tavadyan, A./ Safaryan, A./ Tevikyan, A./Tavadyan A./ Arutyunyan, G./ Sarukhanyan, S./ Demidenko, M.** (2013): Армения и Таможенный союз: оценка экономического эффекта интеграции (Armenien und die Zollunion: Bewertung der integratorischen Wirtschaftseffekte), Bericht Nr. 20, Sankt-Petersburg: EDB.
- Timmermann, H.** (1989): Politisch-gesellschaftliche Perestrojka in der Sowjetunion. Ursachen, Konzeptionen, Widerstände, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 54.
- Timmermann, H.** (1992): Die Außenpolitik Russlands. Ausdruck der Suche nach einer neuen Identität, in: *Berichte des BIOst*, Köln, Bd. 20.
- Tkachenko, A.** (2015): Интеграционные начала ЕАЭС: Проблемы миграции (Integrationsbasis der EAWU: Probleme der Migration), in: *Vlast*, Nr. 11 (2015), Moskau.
- Toporov, V.** (1990): Николай Сергеевич Трубецкой - ученый, мыслитель, человек (Nikolaj Sergeevich Trubeckoj - Wissenschaftler, Denker, Mensch), in: *Sovetskoe slavyanovedenie*, Moskau, Nr. 6.
- Trenin, D.** (2009): Россия в СНГ: поле интересов, а не сфера влияния (Russland in der GUS: Das Interessenfeld statt die Einflusszone), in: *Pro et contra*, Bd. 13, Nr. 5-6.
- Troickij, E.** (1993): Что такое Русская соборность? (Was bedeutet „russische sobornost“), Moskau.
- Trubeckoj, N.** (1920/1922): Europa und die Menschheit. Aus d. Russ. übers. v. S. O. Jacobsohn, München: Drei Masken Verlag.

- Trubeckoj, N.** (1921): Об идее-правительнице идеократического государства (Über die herrschende Idee des ideokratischen Staates), in: Trubeckoj, N. (1999): *Наследие Чингизхана (Dschingis Khans Erbe)*, Moskau: Agraf.
- Trubeckoj, N.** (1923): Вавилонская башня и смешение языков (Turmbau zu Babel und babylonische Sprachverwirrung), in: Trubeckoj, N. (2000): *Наследие Чингизхана (Dschingis Khans Erbe)*, Moskau: Agraf.
- Trubeckoj, N.** (1927): Общевразийский национализм (Allgemeiner Eurasischer Nationalismus), in: <http://gumilevica.kulichki.net/TNS/tns14.htm>, Zugriff am 9.01.2015.
- Trubeckoj, N.** (1995): История, язык, культура (Geschichte, Sprache, Kultur), Verlag Progress, Moskau.
- Tulaev, P.** (Hrsg.) (1992): Россия и Европа: опыт соборного анализа (Russland und Europa), Moskau: Nasledie.
- Umland, A.** (2003): Формирование праворадикального „неоевразийского“ интеллектуального движения в России (1989-2001 гг.) (Bildung der rechtsradikalen „neoeurasischen“ intellektuellen Bewegung in Russland (1989-2001)), in: <http://www1.kueichstaett.de/ZIMOS/forum/docs/forumruss11/5UmlandFR11.pdf>, Zugriff am 4.03.2015.
- Umland, A.** (2008): Патологические тенденции в русском „неоевразийстве“ (Pathologische Tendenzen im russischen Eurasismus), in: *Voprosy filosofii*, Heft 3.
- Umland, A.** (2009a): Pathological Tendencies in Russian “Neo-Eurasianism”: The Significance of the Rise of Aleksandr Dugin for the Interpretation of Public Life in Contemporary Russia, in: *Russian Politics and Law*, Bd. 47(1).
- Umland, A.** (2009b): Коричневая стрелка (Braunes Zeichen), in: <http://magazines.russ.ru/continent/2009/141/um13.html>, Zugriff am 24.02.2015.
- Umland, A.** (2010): Aleksandr Dugin's transformation from a lunatic fringe figure into a mainstream political publicist, 1980-1998: A case study in the rise of late and post-Soviet Russian fascism, in: *Journal of Eurasian Studies*, Heft 1(2).
- Ushkalova, D.** (2014): Models of Russia's Participation in Regional Economic Integration, in: *Vestnik MGIMO*, Nr. 4(37), Moskau.
- Vandalkovkaja, M.** (1997): Историческая наука российской эмиграции: евразийский соблазн (Geschichtswissenschaft der russischen Emigration: Eurasische Versuchung), Moskau.
- Vardomsky L. /Kuzmina E. /Shurubovich A.** (2005): Евразийское Экономическое Сообщество: особенности и проблемы развития (EurasWG: Besonderheiten und Probleme der Entwicklung), in: *Problemy prognosirovaniya*, Nr. 6.
- Vavilova, V. /Kaigorodova, A. /Korotaeva, Y. /Myalenko, Y. /Panov, P.** (2014): Политизация русских меньшинств в странах постсоветского пространства (Politisierung der russischen Minderheiten in den Ländern des postsowjetischen Raums), in: *Vestnik Permskogo universiteta. Politologia*, Perm, Bd. 1.
- Vinokurov, E.** (Hrsg.) (2012): Украина и таможенный союз (Ukraine und die Zollunion), Bericht, Nr. 1, Zentrum für die Integrationsforschung, Sankt-Petersburg: EDB.
- Vinokurov, E.** (2013): Pragmatic Eurasianism: prospects for Eurasian integration, in: *Russia in global affairs*, Heft 2/11.
- Vinokurov, E.** (Hrsg.) (2015a): Интеграционный барометр ЕАБР (Integrationsbarometr der Eurasischen Entwicklungsbank), Sankt-Petersburg: EDB.
- Vinokurov, E.** (Hrsg.) (2015b): Мониторинг взаимных инвестиций в странах СНГ, 2015 (Monitoring der gegenseitigen Investitionen in den GUS-Ländern, 2015), Sankt-Petersburg: EDB.
- Vinokurov, E./Libman, A.** (2012): Евразийская континентальная интеграция (Eurasische kontinentale Integration), Sankt-Petersburg: EDB.
- Vinokurov, E./Libman, A.** (2013): Две евразийские интеграции (Zwei eurasische Integrationen), in: *Voprosy ekonomiki*, Nr. 2.
- Voronkova, D.** (2007): Этапы развития ГУУАМ (Etappen der Entwicklung von GUUAM), in: [http://www.ia-centr.ru/archive/public\\_details1fa1.html?id=656](http://www.ia-centr.ru/archive/public_details1fa1.html?id=656), Zugriff am 21.10.2014.
- Voskanyan, M. / Tumanyan, R.** (2014): Перспективы вступления Армении в таможенный союз: за и против (Perspektiven für Armenien beim Beitritt zur Zollunion: Dafür und dagegen), in: *Evrasijskaya ekonomicheskaya integraciya*, Nr. 2 (23), Sankt-Petersburg: EDB.
- Walicki, A.** (1979): A History of Russian Thought: From the Eighteenth to Marxism, Stanford University Press, Stanford.
- Wallerstein, I.** (1991/1997): Geopolitics and Geoculture: Essays on the Changing World-System, Cambridge: Press Syndicate of the University of Cambridge.

- Wehrich, H.** (1982): The TOWS Matrix – a Tool for Situational Analysis, Long Range Planning (LRP), Bd. 82/2.
- Wiederkehr, S.** (2007): Die Eurasische Bewegung, in: *Beiträge zur Geschichte Osteuropas*, Bd. 39, Köln: Böhlau Verlag.
- Wolf, K. D.** (2000): Die Neue Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Zadokhin, A.** (1998): Россия в Евразии и мировой политике (Russland und Eurasien in der Weltpolitik), in: Romanowsky, S. (Hrsg.) (1998): *Дипломатический ежегодник (Das diplomatische Jahrbuch)*, *Mezhdunarodnye otnosheniya*-Verlag, Moskau.
- Zagorskij, A.** (1995): Россия и Европа (Russland und Europa), in: Zagorskij, A. (Hrsg.): *От реформы к стабилизации. Внешняя, военная и экономическая политика России (Анализ и прогноз), 1993-1995 (Von Reform zur Stabilisation. Außen-, Militär- und Wirtschaftspolitik Russlands. Analyse und Prognose, 1993-1995)*, Moskau: MGIMO.
- Zagorskij, A. / Lukas, M.** (1993): Россия перед Европейским вызовом (Russland vor der europäischen Herausforderung), Moskau: Mezhdunarodnye otnosheniya.
- Zdravomyslov, A.** (1993): Фундаментальные проблемы социологии конфликта и динамика массового сознания (Fundamentale Probleme der Konfliktsoziologie), in: *Социологические исследования*, Moskau: Nauka, Nr. 8.
- Zimovina, E.** (2003): Динамика численности и состава населения Казахстана во второй половине XX века (Dynamik der Bevölkerungszahl und ethnischer Zusammensetzung Kasachstans in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts), in: *Demoskop Weekly*, Nr. 103-104.
- Ziyadullaev, N.** (2014): ЕАЭС: между политикой и экономикой (Die EAWU: Zwischen der Politik und der Wirtschaft), in: *Problemy teorii i praktiki upravleniya*, Moskau: URSS, Nr. 8/14.

## Presseartikel und Nachrichtenagenturmeldungen

- Baranov, N.** (2004): Политические отношения и политический процесс в современной России: Курс лекций (Politische Beziehungen und politischer Prozess in gegenwärtigem Russland: Vorlesungskurs), Sankt-Petersburg, in: <http://nicbar.ru/Spetskurs.htm>, Zugriff am 13.10.2015.
- Dugin, A.** (31.05.2006): Испытание национализмом (Die Bewährungsprobe durch den Nationalismus), in: <http://www.pravda.ru/politics/parties/other/31-05-2006/86363-dugin-0/>, Zugriff am 2.03.2015.
- Interfax** (10.10.2014): Таджикистан изучает документацию ЕАЭС с целью возможного вхождения в это объединение (Tadschikistan untersucht die Dokumentation der EAWU zwecks den möglichen Beitritt zu dieser Organisation), in: <http://www.interfax.by/news/world/1168776>, Zugriff 10.03.2016.
- Janzen, C.** (9.05.2014): Putins Eurasien. Die Ideologie hinter Russlands Expansionskurs, in: <http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/themen/176563/index.html>, Zugriff am 19.02.2015.
- Kalishevski, M.** (16.12.2011): Загадки Желтоксана („Zheltoksan“-Rätsel), in: <http://www.fergananews.com/articles/7210>, Zugriff am 5. 09.2014.
- Kazakhstan Business Magazine** (2002): Иностраннные инвестиции в экономике Казахстана: основные итоги (Ausländische Investitionen in die Wirtschaft Kasachstans: Die Grundergebnisse), Nr. 1, in: <http://www.investkz.com/journals/30/350.html>, Zugriff am 24.09.2015.
- Kembayev, Zh.** (9.03.2011): Таможенный союз Белоруссии, Казахстана и России (Die Zollunion von Belarus, Kasachstan und Russland), in: <http://www.zakon.kz/203280-tamozhennyj-sojuz-belorussii.html>, Zugriff am 16.03.2016.
- Khaknazar, U.** (12.04.2014): Присоединение Узбекистана к Договору о зоне свободной торговли СНГ: союз без обязательств? (Beitritt Usbekistans zum Vertrag über die Freihandelszone der GUS: Die Vereinbarung ohne Verpflichtungen?), in: *International Centre for Trade and Sustainable Development*, in: [www.ictsd.org/bridges-news/мосты/news/присоединение-узбекистана-к-договору-о-зоне-свободной-торговли-снг-союз-без](http://www.ictsd.org/bridges-news/мосты/news/присоединение-узбекистана-к-договору-о-зоне-свободной-торговли-снг-союз-без), Zugriff am 14.10.2014.
- Krökel, U.** (16.03.2014): Wählen, was Putin will, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-03/krim-russland-referendum>, Zugriff am 9.10.2014.

- Kurginjan, S.** (26.07.1991): Судьба коммунизма: От догматизма и конформизма — к осмыслению и реформации (Schicksal des Kommunismus: Von Dogmatismus und Konformismus zum Verständnis und Reformierung), in: *Moskovskaya pravda*.
- Lukin, V.** (20.10.1992): Россия и ее интересы: С точки зрения России и с точки зрения США (Russland und seine Interessen: Aus der russischen und amerikanischen Sicht), in: *Nega*.
- Mozhegov, V.** (28.08.2009): Почему Хантингтон ошибся с православной цивилизацией? (Warum Huntington sich über die orthodoxe Zivilisation täuschte?), in: <http://www.religiopolis.org/archive/30-glavniyrazdel/article/26-moghegov-pochemu-xantington-oshibysya-s-pravoslavnoy-civilizaciy-2.html>, Zugriff am 13.01.2015.
- Nazarbajev, N.** (18.02.2005): „Казахстан на пути ускоренной экономической, социальной и политической модернизации“ (Kasachstan auf dem Weg der beschleunigten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Modernisierung), in: *Kazakhstanskaja Pravda*, Nr. 39.
- Ohrimenko, A.** (15.05.2015): Почему экспорт Украины в ЕС упал на 35% (Warum ist der Export aus der Ukraine auf 35% gesunken?), in: <http://obozrevatel.com/blogs/92076-pochemu-eksport-ukrainyi-v-es-upal-na-35.htm>, Zugriff 7.10.2015.
- Open Economy** (19.02.2003): Михаил Касьянов предложил рубль как единую валюту ЕврАзЭС. Рубль станет евразийской валютой? (Kasjanov schlug Rubel als einheitliche Währung der EurasWG vor), in: <http://www.opec.ru/1005713.html>, Zugriff am 23.09.2014.
- Putin V.** (3.10.2011): Новый интеграционный проект для Евразии - будущее, которое рождается сегодня (Neues Integrationsprojekt für Eurasien - eine Zukunft, die heute geboren wird), in: <http://izvestia.ru/news/502761>, Zugriff am 2.03.2015.
- Regnum** (25.05.2004): За пять месяцев правления Саакашвили „искоренил коррупцию и усилил армию“, а Абхазию вернет „к концу президентства“ (In fünf Monaten der Regierungszeit hat Saakashvili „die Korruption bekämpft und die Armee verstärkt“), in: <http://www.regnum.ru/news/polit/266814.html>, Zugriff am 7.10.2014.
- Regnum** (24.12.2013): Назарбаев отметил недопустимость политизации Евразийского экономического союза (Nazarbajev betonte die Unzulässigkeit der Politisierung der Eurasischen Wirtschaftsunion), in: <http://www.regnum.ru/news/1749282.html>, Zugriff am 7.10.2015.
- RIA-Novosti** (29.10.2013): Газовые конфликты между Россией и Украиной (Gasstreite zwischen Russland und der Ukraine), in: <http://ria.ru/spravka/20131029/973397544.html>, Zugriff am 8.10.2014.
- Rix, E.** (2011): Geopolitics of Leviathan, in: <http://euro-synergies.hautefort.com/archive/2011/08/14/geopolitics-of-leviathan.html>, Zugriff am 19.02.2015.
- Saakashvili, M.** (11.08.2008): The War in Georgia Is a War for the West, in: *The Wall Street Journal*, in: <http://online.wsj.com/articles/SB121841306186328421>, Zugriff am 7.10.2014.
- Spiegel** (23.03.1992): Wir werden euch ausrotten. Kampf um Berg Karabach und der Völkermord an den Armeniern (I), in: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13687666.html>, Zugriff am 5.09.2014.
- Stalin, I.** (1906): Современный момент и объединительный съезд рабочей партии (Das Moment und der Vereinigungskongress der Arbeiterpartei), in: *Ahali Droeba* (Neue Zeit), Tiflis, Nr. 1.
- Stankevich, S.** (28.03.1992): Держава в поисках себя. Заметки о российской внешней политике (Eine Macht auf der Suche nach sich selbst. Die Notizen über die russische Außenpolitik), in: *Nega*.
- Umland, A.** (19.06.2012): „Евразийские“ проекты Путина и Дугина - сходства и различия („Eurasische“ Projekte von Putin und Dugin - Ähnlichkeiten und Unterschiede), in: <http://www.geopolitika.lt/?artc=5453>, Zugriff am 5.03.2015.
- Veser, R.** (16.04.2014): Der Informationskrieg, in: *FAZ Politik*, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/russland-und-die-ukraine-der-informationskrieg-12898804.html>, Zugriff am 5.03.2015.
- Zaregorodceva, I.** (3.04.2008): Афганистан вступит в СНГ (Afghanistan wird zur GUS beitreten), in: <http://rbcdaily.ru/politics/562949979040448>, Zugriff am 26.09.2014.

## Internetquellen

- Administration des Präsidenten der Republik Belarus** (3.03.2015): Заседание Высшего госсвета Союзного государства (Sitzung des Obersten Staatsrates des Unionsstaates), in: [http://president.gov.by/ru/news\\_ru/view/zasedanie-vysshego-gossoveta-sojuznogo-gosudarstva-10940/](http://president.gov.by/ru/news_ru/view/zasedanie-vysshego-gossoveta-sojuznogo-gosudarstva-10940/), Zugriff am 1.10.2015.
- AHK** (22.12.2015): EU und Kasachstan unterzeichnen erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, in: <http://zentralasien.ahk.de/news/einzelansicht-nachrichten/artikel/eu-und-kasachstan-unterzeichnen-erweitertes-partnerschafts-und-kooperationsabkommen/?cHash=313381537e86cbbddd52361410f033a8>, Zugriff am 04.04.2016.
- Arctogaia**, in: [www.arctogaia.com](http://www.arctogaia.com), Zugriff am 24.02.2015.
- Außenministerium der Russischen Föderation**: GUS, in: <http://www.mid.ru/ns-rsng.nsf/8c21fbc45f12ec6d432569e700419ef3/c5363bace1a0db03c3257235004505e5?OpenDocument>, Zugriff am 26.09.2014.
- Außenministerium der Ukraine** (19.03.2014): Statement of the Ministry of Foreign Affairs about the format of cooperation between Ukraine and the CIS, in: <http://mfa.gov.ua/en/press-center/news/20106-zajava-ministerstva-zakordonnih-sprav-ukrajini-shhodo-formatu-spivpraci-ukrajini-v-ramkah-snd>, Zugriff am 9.10.2014.
- Auswertiger Amt der Republik Deutschland**: Europäische Nachbarschaftspolitik, in: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung\\_Nachbarschaft/Nachbarschaftspolitik/Nachbarschaftspolitik.html?nn=336308](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Erweiterung_Nachbarschaft/Nachbarschaftspolitik/Nachbarschaftspolitik.html?nn=336308), Zugriff am 1.02.2016.
- Bewegung „Eurasien“**: Personalien, Dugin, in: <http://eurasia.com.ru/leaders/dugin.html>, Zugriff am 3.03.2015.
- Biographie von Alexander Dugin**, in: <http://dugin.ru/biografia.html>, Zugriff am 20.01.2015.
- BP**: Statistical Review of World Energy June 2015, in: <http://www.bp.com/content/dam/bp/pdf/Energy-economics/statistical-review-2015/bp-statistical-review-of-world-energy-2015-full-report.pdf>, Zugriff am 14.10.2015.
- Bundeszollamt der Russischen Föderation** (7.08.2015): Экспорт-импорт важнейших товаров за январь-июнь 2015 года (Export-Import von den wichtigsten Waren für Januar-Juni 2015), in: [http://www.customs.ru/index2.php?option=com\\_content&view=article&id=21492:-----2015-&catid=53:2011-01-24-16-29-43&Itemid=1981](http://www.customs.ru/index2.php?option=com_content&view=article&id=21492:-----2015-&catid=53:2011-01-24-16-29-43&Itemid=1981), Zugriff am 01.11.2015.
- CICA**: About CICA, in: <http://www.s-cica.org/page.php?lang=1>, Zugriff am 6.10.2015.
- Digitale Bibliothek der eurasischen Literatur**, in: <http://www.evraz-info.narod.ru/induk.htm>, Zugriff am 03.02.2015.
- Digitale Bibliothek Gumilevica**, in: <http://gumilevica.kulichki.net/start.html>, Zugriff am 03.02.2015.
- EAWK** (15.01.2016): Об итогах внешней и взаимной торговли товарами Евразийского экономического союза в январе – ноябре 2015 года (Über die Ergebnisse des gegenseitigen Warenhandels innerhalb der EAWU, Januar-November 2015), Express Information, in: [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/tradestat/analytics/Document/s/express/Nov2015.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/analytics/Document/s/express/Nov2015.pdf), Zugriff am 4.03.2016.
- EAWK** (17.12.2015): Об индексе потребительских цен в государствах – членах Евразийского экономического союза (Über den Verbraucherpreisindex in den Ländern der EAWU), in: [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/econstat/Documents/expressinflation201511.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/econstat/Documents/expressinflation201511.pdf), Zugriff am 18.03.2016.
- EAWK** (2012a): Взаимная торговля товарами в государств-членов Таможенного Союза; Статистический бюллетень 2011 (Gegenseitiger Warenhandel der Mitgliedsstaaten der Zollunion; Statistischer Bericht 2011), Moskau: Onebook.
- EAWK** (2012b): Внешняя торговля товарами государств-членов Таможенного за 2011 год; Статистический бюллетень (Warenaußenhandel von Mitgliedern der Zollunion in 2011: Statistikbericht), in: [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/tradestat/publications/Documents/Ext\\_I-III\\_2011.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/publications/Documents/Ext_I-III_2011.pdf), Zugriff am 30.03.2016.
- EAWK** (2013): Внешняя торговля товарами государств-членов Таможенного союза и Единого экономического пространства за 2012 год; Статистический бюллетень (Warenaußen-

- ßenhandel der Mitglieder der Zollunion und des EWR 2012: Statistikbericht), in: [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/tradestat/publications/Documents/Ext\\_2012.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/publications/Documents/Ext_2012.pdf), Zugriff am 30.03.2016.
- EAWK (2014a):** Взаимная торговля товарами в государств-членов Таможенного Союза и Единого Экономического Пространства; Статистический бюллетень 2013 (Gegenseitiger Warenhandel der Mitgliedsstaaten der Zollunion und des EWR, Statistischer Bericht 2013), Verlag: Sam Poligrafist, Moskau.
- EAWK (2014b):** Внешняя торговля товарами государств-членов Таможенного союза и Единого экономического пространства за 2013 год: Статистический бюллетень (Warenaußenhandel von Mitgliedern der Zollunion und des EWR 2013: Statistikbericht), in: [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/tradestat/publications/Documents/Ext\\_2013.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/publications/Documents/Ext_2013.pdf), Zugriff am 04.04.2016.
- EAWK (2015a):** Terms of Establishment of Common Markets of Energy Resources, in: *Energy, Eurasian Economic Commission*, in: [http://eec.eaeunion.org/ru/Documents/\\_eec\\_energy\\_all\\_150623.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/Documents/_eec_energy_all_150623.pdf), Zugriff am 14.04.2016.
- EAWK (2015b):** Взаимная торговля товарами в государств-членов Таможенного Союза и Единого Экономического Пространства; Статистический бюллетень 2014 (Gegenseitiger Warenhandel der Mitgliedsstaaten der Zollunion und des EWR; Statistikbericht 2014), Verlag: Sam Poligrafist, Moskau.
- EAWK (2015c):** Внешняя торговля товарами государств-членов Таможенного союза и Единого экономического пространства за 2014 год: Статистический бюллетень (Warenaußenhandel von Mitgliedern der Zollunion und des EWR 2014: Statistikbericht), [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/tradestat/publications/Documents/Ext\\_2014.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/publications/Documents/Ext_2014.pdf), Zugriff am 30.03.2016.
- EAWK (2016):** Внешняя торговля товарами государств-членов Таможенного союза и Единого экономического пространства за 2015 год: Статистический бюллетень (Warenaußenhandel von Mitgliedern der Zollunion und des EWR 2015: Statistikbericht), [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/tradestat/publications/Documents/Ext\\_III\\_2015.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/publications/Documents/Ext_III_2015.pdf), Zugriff am 30.03.2016.
- EAWK (9.03.2016):** Об основных социально-экономических показателях Евразийского экономического союза (Über die sozialökonomischen Kennziffern der EAWU), in: [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/econstat/Documents/Indicators201601.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/econstat/Documents/Indicators201601.pdf), Zugriff am 18.03.2016.
- EAWU (2015a):** Bilanz des Außenhandels und des gegenseitigen Warenhandels innerhalb der EAWU, Januar-November 2015, in: [http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr\\_i\\_makroec/dep\\_stat/tradestat/analytics/Documents/express/Nov2015.pdf](http://eec.eaeunion.org/ru/act/integr_i_makroec/dep_stat/tradestat/analytics/Documents/express/Nov2015.pdf), Zugriff am 9.02.2016.
- EAWU (2015b):** Eurasian Economic Integration: Facts and Figures, in: [http://eec.eaeunion.org/en/Documents/broshura26\\_ENGL\\_2014.pdf](http://eec.eaeunion.org/en/Documents/broshura26_ENGL_2014.pdf), Zugriff am 16.02.2016.
- EEAS (21.12.2015):** Remarks by High Representative/Vice-President Federica Mogherini following the signature of the EU-Kazakhstan Enhanced Partnership and Cooperation Agreement, in: [http://eeas.europa.eu/statements-eeas/2015/151221\\_04\\_en.htm](http://eeas.europa.eu/statements-eeas/2015/151221_04_en.htm), Zugriff am 04.04.2016.
- EurasWG (2010):** Основные социально-экономические показатели ЕврАзЭС за 2000-2010 (Hauptkennziffer der wirtschaftlichen Entwicklung der EurasWG 2001-2010), in: <http://www.evrazes.com/docs/view/427>, Zugriff am 23.09.2014.
- EurasWG:** Struktur, in: [http://evrazes.com/about/structure#post\\_predst](http://evrazes.com/about/structure#post_predst), Zugriff am 9.01.2015
- Europäische Kommission (1.07.2015):** Pressemitteilung „Ukraine: EU stellt 15 Mio. EUR für humanitäre Hilfe bereit“, in: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-5289\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5289_de.htm), Zugriff am 12.10.2015.
- Europäische Kommission (2014):** European Neighbourhood and Partnership Instrument 2007-2013, Overview of Activities and Results, in: <http://ec.europa.eu/enlargement/neighbourhood/pdf/20141217-enpi-results-2017-2013.pdf>, Zugriff am 1.02.2016.
- Europäisches Parlament:** Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: Allgemeine Aspekte, in: [http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuld=FTU\\_5.12.1.html](http://www.europarl.europa.eu/atyourservice/de/displayFtu.html?ftuld=FTU_5.12.1.html), Zugriff am 31.03.2016.

- European Partnership for Democracy:** Georgia – Democracy Assistance Resource Page, in: [http://www.epd.eu/?page\\_id=5882#](http://www.epd.eu/?page_id=5882#), Zugriff am 7.10.2014.
- FSI** (2005), in: <http://fsi.fundforpeace.org/rankings-2005-sortable>, Zugriff am 01.03.2016.
- FSI** (2015), in: <http://library.fundforpeace.org/library/fragilestatesindex-2015.pdf>, Zugriff am 01.03.2016.
- Gazprom** (17.02.2006): Об итогах визита делегации ОАО «Газпром» в Туркменистан („Gazprom“ Delegationsbesuch nach Turkmenistan), in: <http://www.gazprom.ru/press/news/2006/february/article55605/>, Zugriff am 9.10.2014.
- Gazprom** (22.12.2009): Об итогах рабочей встречи Алексея Миллера и Олега Дубины (Arbeitstreffen von A. Miller und O. Dubina), in: <http://www.gazprom.ru/press/news/2009/december/article73493/>, Zugriff am 9.10.2014.
- Gazprom** (4.01.2006): «Газпром» и «Нафтогаз Украины» полностью урегулировали вопросы сотрудничества в газовой сфере („Gazprom“ und „Naftagaz“ regelten alle Fragen der Zusammenarbeit im Gasbereich), in: <http://www.gazprom.ru/press/news/2006/january/article55587/>, Zugriff am 9.10.2014.
- GUAM:** Organisationsstruktur, in: [http://guam-organization.org/sites/default/files/structure1\\_4.pdf](http://guam-organization.org/sites/default/files/structure1_4.pdf), Zugriff am 21.10.2014.
- GUS:** Aussagen der Staatschefs der GUS-Freihandelszone, in: <http://www.e-cis.info/news.php?id=3975>, Zugriff am 9.01.2015.
- GUS:** Countries, in: <http://www.cisstat.com/rus/ciscountry1.htm>, Zugriff am 26.09.2014.
- GUS:** Freihandelszone der GUS, in: <http://www.e-cis.info/zst.php>, Zugriff am 14.10.2014.
- GUS-Stat** (2015): Exports and Imports, in: <http://www.cisstat.com/>, Zugriff am 08.04.2016.
- GUS-Stat** (2016a): Export-import transactions of Belarus with the Commonwealth countries in 2015, in: <http://www.cisstat.com/>, Zugriff am 08.04.2016.
- GUS-Stat** (2016b): Export-import transactions of Kazakhstan with the Commonwealth countries in 2015, in: <http://www.cisstat.com/>, Zugriff am 08.04.2016.
- GUS-Stat** (2016c): Export-import transactions of Russia with the Commonwealth countries in 2015, in: <http://www.cisstat.com/>, Zugriff am 08.04.2016.
- IMF** (2015a): Coordinated Direct Investment Survey (CDIS), IMF eLibrary Data, in: <http://data.imf.org/?sk=40313609-F037-48C1-84B1-E1F1CE54D6D5&slid=1390030109571>, Zugriff am 30.09.2015.
- IMF** (2015b): Kasachstan, Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 2005 bis 2015 (in Milliarden USD), in: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/323334/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-von-kasachstan/>, Zugriff am 7.03.2016.
- IMF** (2015c): Russland, Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 2005 bis 2015 (in Milliarden USD), in: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/19373/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-russland/>, Zugriff am 7.03.2016.
- IMF** (2015d): Weißrussland, Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 2005 bis 2015 (in Milliarden USD), in: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/326516/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-von-weissrussland/>, Zugriff am 7.03.2016.
- IMF** (2016): World Economic Outlook (WEO) Update, Diminished Prospects January 2016, in: <http://www.imf.org/external/russian/pubs/ft/weo/2016/update/01/pdf/01116r.pdf>, Zugriff am 18.03.2016.
- Innenministerium der Kirgisischen Republik** (2015): Ergebnisse der Ermittlungstätigkeit gegen den Extremismus und Terrorismus 2015, in: [http://old.mvd.kg/index.php?option=com\\_content&view=article&id=5715%3A-----2015-&catid=76%3A-2009&Itemid=46&lang=ru](http://old.mvd.kg/index.php?option=com_content&view=article&id=5715%3A-----2015-&catid=76%3A-2009&Itemid=46&lang=ru), Zugriff am 12.02.2016.
- Komitee für Statistik des kasachischen Ministeriums für nationale Wirtschaft** (2015): Offizielle statistische Information 2015, Außenhandelsumsatz der Republik Kasachstan, in: <http://www.stat.gov.kz/getImage?id=ESTAT105720>, Zugriff am 04.04.2016.
- KPK:** Aktieninhaber, in: <http://www.cpc.ru/EN/about/Pages/shareholders.aspx>, Zugriff am 15.10.2015.

- KPK:** General Information, in: <http://www.cpc.ru/en/about/pages/general.aspx>, Zugriff am 15.10.2015.
- Krim:** Ethnische Zusammensetzung der Krimbevölkerung, in: <http://www.krim.biz.ua/etnos.html>, Zugriff am 10.10.2014.
- Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation** (2015a): Über Außenhandel von Republik Belarus mit der Russischen Föderation, in: [http://www.ved.gov.ru/exportcountries/by/by\\_ru\\_relations/by\\_ru\\_trade/](http://www.ved.gov.ru/exportcountries/by/by_ru_relations/by_ru_trade/), Zugriff am 30.09.2015.
- Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung der Russischen Föderation** (2015b): Wirtschaftliche Übersicht, Armenien, Januar-Mai 2015, in: [http://www.ved.gov.ru/exportcountries/am/about\\_am/eco\\_am/](http://www.ved.gov.ru/exportcountries/am/about_am/eco_am/), Zugriff am 3.02.2016.
- Nationale Bank der Kirgisischen Republik** (2016): Geldtransfers der natürlichen Personen durch die Geldtransfersysteme, in: <http://www.nbkr.kg/DOC/14012016/000000000039859.xls>, Zugriff am 9.02.2016.
- Nationale Komitee für Statistik Kirgisiens** (2015a): Export-Import der Kirgisischen Republik, in: <http://www.stat.kg/media/statisticsoperational/ab4a9634-00a9-4489-a70a-1ee4df9d73f8.pdf>, Zugriff am 9.02.2016.
- Nationale Komitee für Statistik Kirgisiens** (2015b): Export-Import der Kirgisischen Republik, Arbeitslosenrate, in: <http://www.stat.kg/media/statisticsdynamic/1214c8bf-08a7-4bb7-be73-ff4f7c534d82.xlsx>, Zugriff am 9.02.2016.
- Nationale Komitee für Statistik Kirgisiens** (2015c): Export-Import der Kirgisischen Republik, Arbeitslohn nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, in: <http://www.stat.kg/media/statisticsoperational/6ec66ca9-4862-486e-8a53-de6f1d08136e.xls>, Zugriff am 9.02.2016.
- NATO** (26.10.2015): NATO's relations with Armenia, in: [http://www.nato.int/cps/en/natohq/topics\\_48893.htm](http://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_48893.htm), Zugriff am 1.02.2016.
- OVKS** (12.04.2013): Парламентские делегации Республики Сербия и Исламской Республики Афганистан получили статус наблюдателей при Парламентской Ассамблее ОДКБ (Parlamentarische Delegationen Serbiens und Afghanistans bekommen den Beobachterstatus bei der Parlamentarischen Assemblée der OKVS), in: [http://odkb-csto.org/news/detail.php?ELEMENT\\_ID=1776&SECTION\\_ID=91](http://odkb-csto.org/news/detail.php?ELEMENT_ID=1776&SECTION_ID=91), Zugriff am 21.10.2014.
- OVKS:** Die im Rahmen der OVKS unterschriebenen Dokumente, in: [http://www.odkb-csto.org/documents/detail.php?ELEMENT\\_ID=133](http://www.odkb-csto.org/documents/detail.php?ELEMENT_ID=133), Zugriff am 21.10.2014.
- OVKS:** Satzungsgebende Organe der OKVS, in: [http://odkb-csto.org/authorized\\_organs/list.php?SECTION\\_ID=160&sphrase\\_id=8109](http://odkb-csto.org/authorized_organs/list.php?SECTION_ID=160&sphrase_id=8109), Zugriff am 21.10.2014.
- OVKS:** Struktur der OVKS, in: <http://www.odkb-csto.org/structure/>, Zugriff am 22.10.2014.
- Parlament der Republik Armenien** (4.12.2014): Парламент завершил работу последних четырехдневных заседаний осенней сессии (Das Parlament hat die Arbeit der viertägigen Parlamentstagung abgeschlossen), in: [http://www.parliament.am/news.php?cat\\_id=2&NewsID=7094&year=2014&month=12&day=04&lang=rus](http://www.parliament.am/news.php?cat_id=2&NewsID=7094&year=2014&month=12&day=04&lang=rus), Zugriff am 1.02.2016.
- Partei „Eurasien“**, in: <http://irk-evrazia.ru/партия-евразия>, Zugriff am 20.01.2015.
- Russische Staatsduma** (24.02.2012): Председатель Государственной Думы Сергей Нарышкин: „На повестке дня стоит вопрос формирования Евразийского парламента“ (Vorsitzende der Staatsduma Sergej Naryshkin: „Auf der Tagesordnung steht die Frage der Bildung eines Eurasischen Parlaments“), in: <http://www.duma.gov.ru/news/274/138417/>, Zugriff am 16.03.2016.
- SOZ** (26.11.2014): Возможность создания Евразийского парламента обсудили в Астане (Eine Möglichkeit der Bildung des Eurasischen Parlaments wurde in Astana besprochen), in: <http://infoshos.ru/ru/?idn=13476>, Zugriff am 7.10.2015.
- Staatliches Zollkomitee der Republik Belarus** (2014): Ergebnisse des Außenhandels der Republik Belarus Januar-November 2014, in: [http://www.gtk.gov.by/ru/stats/itogi\\_vnesh\\_torgovli2014/nov\\_2014](http://www.gtk.gov.by/ru/stats/itogi_vnesh_torgovli2014/nov_2014), Zugriff am 1.10.2015.
- Terminologisches Handbuch „Strategie 2050“:** Delimitation und Demarkation der Staatsgrenze, in: <http://strategy2050.kz/ru/book/post/id/91/>, Zugriff am 4.09.2015.

- Transparency International** (2015a): Corruption Perceptions Index 2015, in: [http://files.transparency.org/content/download/1956/12836/file/2015\\_CPI\\_data.xlsx](http://files.transparency.org/content/download/1956/12836/file/2015_CPI_data.xlsx), Zugriff am 10.02.2016.
- Transparency International** (2015b): Table of Results: Corruption Perceptions Index 2015, in: <https://www.transparency.org/cpi2015#results-table>, Zugriff am 10.02.2016.
- U.S. Energy Information Administration** (2013): Caspian countries are developing new oil and natural gas export capacity, in: <http://www.eia.gov/todayinenergy/images/2013.09.12/map.png>, Zugriff am 14.10.2015.
- Ukraine Analysen** (22.01.2013a): Repräsentative Umfrage des Rasumkov-Zentrums auf der Krim Oktober/November 2008, Nr. 111, in: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen111.pdf>, Zugriff am 8.10.2014.
- Ukraine-Analysen** (22.01.2013b), Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bevölkerung der Krim Nr. 111, in: Österreichische Osthefte: Ukraine, Sonderband 15, S. 441. Quelle für das Jahr 1944: kalkuliert auf Grundlage der Deportationszahlen. Quelle der Daten zu 2001: <http://www.ukrcensus.gov.ua/eng/results/general/nationality/Crimea/>, in: <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen111.pdf>, Zugriff am 9.10.2014.
- UNCTAD** (2001): World Investment Report 2001: Promoting Linkages, United Nations Conference on Trade and Development, United Nations New York and Geneva, S. 294, in: [http://unctad.org/En/Docs/wir2001\\_en.pdf](http://unctad.org/En/Docs/wir2001_en.pdf), Zugriff am 24.09.2015.
- UNDP**: Human Development Index and its components, in: <http://hdr.undp.org/en/composite/HDI>, Zugriff am 10.02.2016.
- Unionsstaat Russland und Belarus**: Information über den Unionsstaat, in: <http://www.soyuz.by/about/>, Zugriff am 26.03.2015.
- Weltbank**: Countries and Economies, in: <http://data.worldbank.org/country/>, Zugriff am 10.02.2016.
- Weltbank**: World Development Indicators, Kazakhstan, in: <http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&country=KAZ&series=&period=>, Zugriff am 04.04.2016.
- Weltbank** (2015): Таджикистан. Доклад об экономическом развитии: Замедляющийся рост, растущая неопределенность (Tadschikistan, Bericht über wirtschaftliche Entwicklung: Verlangsamtes Wachstum, wachsende Ungewissheit), Nr. 1(2015).
- Zwischenstaatliche Assemblée der EurasWG**: Struktur, in: <http://www.ipaeurasec.org/mpa/?data=mpa>, Zugriff am 25.09.2014.

## Reden, Vorträge, Interviews

- Deutsche Welle** (23.05.2014): Шувалов: Интеграция на постсоветском пространстве - стратегическая цель РФ (Shuvalov: Die Integration im postsowjetischen Raum ist ein strategisches Ziel Russlands), in: <http://dw.com/p/1C5B9>, Zugriff am 14.10.2015.
- Einführungsvortrag von V. Putin** bei der Sitzung des Zwischenstaatlichen Rates der EurasWG, 10.10.2014, in: <http://www.kremlin.ru/news/46766>, Zugriff am 13.10.2014.
- Interview mit L. Gumiljov**, in: Sozium, 1992, Nr. 5, in: [http://www.patriotica.ru/religion/gumilev\\_int.html](http://www.patriotica.ru/religion/gumilev_int.html), Zugriff am 12.01.2015.
- Interview von Dr. N. Isingarín** (2001), in: На передовых рубежах интеграции (Vorderste Linie der Integration), in: <http://newsite.kazpravda.kz/k/1151645457/2001-08-21>, Zugriff am 16.09.2014.
- KTK** (21.12.2014): Interview mit Nazarbaev, in: <http://www.ktk.kz/ru/news/video/2014/12/22/56026>, Zugriff am 6.10.2015.
- Lukašėnka, A.** (17.10.2011): О судьбах нашей интеграции (Über die Schicksale unserer Integration), in: <http://izvestia.ru/news/504081>, Zugriff am 6.10.2015.
- Nazarbaev, N.** (2011): Евразийский Союз: от идеи к истории будущего (Die Eurasische Union: Von der Idee zur Geschichte der Zukunft), in: Sydykov, E. (Hrsg.)(2012): *Н. А. Назарбаев и Евразийство: сборник избранных статей и выступлений Главы государства (N. A. Nazarbaev und Eurasismus: Artikel und Reden Band des Staatschefs)*, Astana: ENU.
- Putin, V.** (3.10.2011): Новый интеграционный проект для Евразии — будущее, которое рождается сегодня (Das neue Integrationsprojekt für Eurasien – Zukunft, die heute entsteht), in: <http://izvestia.ru/news/502761>, Zugriff am 6.10.2015.

- Rede Gorbačevs** bei der UNO Vollversammlung in New York (7.12.1988), in: *Europa Archiv Dokumente* (1989), Seite D23-D38, in:  
[http://www.2plus4.de/chronik.php3?date\\_value=07.12.88&sort=000-004](http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=07.12.88&sort=000-004), Zugriff am 24.09.2014.
- Svoboda** (20.08.2010): Interview mit Sergei Minasyan, Direktor des Kaukasus Instituts, Jerewan, *Российско-армянский договор: кому выгодно?* (Russisch-armenische Vereinbarung: Wem lohnt es sich?), in: <http://www.svoboda.org/content/article/2133258.html>, Zugriff am 29.01.2016.
- Vortrag von M. Gorbačev** bei der Parteiversammlung anlässlich des siebzigjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution: *Октябрь и перестройка: революция продолжается* (Oktober und die Perestroika: Die Revolution geht weiter), in:  
<http://www.alexanderyakovlev.org/fond/issues-doc/66062>, Zugriff am 24.09.2014.

## Abkommen, Verträge, Gesetze

- Alma-Ata-Erklärung** vom 21.12.1991, in: Torkunov, A./Shakleina, T. (Hrsg)(2002): *Внешняя политика и безопасность современной России 1991-2002 (Außenpolitik und Sicherheit der Russischen Föderation 1991-2002)*, Moskau: MGIMO, Bd. 4.
- Änderungsantrag zum Gesetz „Über Kriegszustand“ der Republik Belarus** vom 20.01.2015, in:  
<http://www.pravo.by/main.aspx?guid=12551&p0=H11500244&p1=1&p5=0>, Zugriff am 26.03.2015.
- Beschluss des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrats über die Liste der normativ-rechtlichen Akten der Mitgliedsstaaten der Zollunion und des EWR im Bereich der Tätigkeitsregulierung von Subjekten der natürlichen Monopole, die der Annäherung unterliegen** vom 24. Dezember 2013, in:  
[https://docs.eaeunion.org/sites/storage0/Lists/Documents/1e6ef9f6-b213-494d-9287-4021bd1ff102/8de4b495-30eb-41fe-b6e3-9e481b28a5c8\\_635235786380440408.pdf](https://docs.eaeunion.org/sites/storage0/Lists/Documents/1e6ef9f6-b213-494d-9287-4021bd1ff102/8de4b495-30eb-41fe-b6e3-9e481b28a5c8_635235786380440408.pdf), Zugriff am 22.02.2016.
- Beschluss des Rats der Staatsoberhäupter der GUS über die Übernahme der Funktionen des Gerichtshofs der EurasWG durch das Wirtschaftsgericht der GUS** vom 19.09.2003, in:  
[http://sudsn.org/download\\_files/statdocs/rh\\_imposition.pdf](http://sudsn.org/download_files/statdocs/rh_imposition.pdf), Zugriff am 17.02.2016.
- Beschluss des Zwischenstaatlichen Rats der EurasWG über die Organisation des Gerichtshofs der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft** vom 27.04.2003, in:  
[http://www.sudsn.org/download\\_files/statdocs/rh\\_evr\\_123.pdf](http://www.sudsn.org/download_files/statdocs/rh_evr_123.pdf), Zugriff am 17.02.2016.
- Beschluss zur assoziierten Mitgliedschaft von Turkmenistan in der GUS** vom 26.08.2005, Kazan (Russische Föderation), in:  
[http://www.turkmenistaninfo.ru/?page\\_id=6&type=article&elem\\_id=page\\_6/magazine\\_18/127&lang\\_id=ru](http://www.turkmenistaninfo.ru/?page_id=6&type=article&elem_id=page_6/magazine_18/127&lang_id=ru), Zugriff am 26.09.2014.
- Besondere Meinung der Republik Belarus zur Konzeption der Bildung des einheitlichen Elektroenergiemarkts der EAWU** vom 8.05.2015, in:  
[https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/f8f4e93b-b76a-4cd4-ac52-749be776a5b4/8b5c35f4-2929-48f9-b51c-aa042ea9d3b9\\_12%D0%BA.pdf](https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/f8f4e93b-b76a-4cd4-ac52-749be776a5b4/8b5c35f4-2929-48f9-b51c-aa042ea9d3b9_12%D0%BA.pdf), Zugriff am 22.02.2016.
- Charter of Organization for democracy and economic development – GUAM**, in: <http://guam-organization.org/en/node/450>, Zugriff am 21.10.2014.
- CICA Almaty Act** vom 4.06.2002, in: [http://www.s-cica.org/page.php?page\\_id=439&lang=1&parent\\_id=12](http://www.s-cica.org/page.php?page_id=439&lang=1&parent_id=12), Zugriff am 6.10.2015.
- Customs Code of the Customs Union**, in:  
<http://www.tsouz.ru/Docs/kodeks/Documents/TRANSLATION%20CUC.pdf>, Zugriff am 15.10.2015.
- Erklärung über weitere Einigung der Republik Belarus und der Russischen Föderation** vom 25.12.1998, in: <http://www.soyuz.by/about/docs/declare/>, Zugriff am 30.09.2015.
- Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien im 21. Jahrhundert** vom 26.09.2000, Moskau, in:  
<http://archive.kremlin.ru/text/docs/2000/09/130152.shtml>, Zugriff am 29.01.2016.
- Erklärung von dem Präsidenten der Republik Belarus, A. Lukaschenko, dem Präsidenten der Republik Kasachstan, N. Nazarbaev, dem Präsidenten der Kirgisischen Republik, A.**

- Akaev, und dem Präsidenten der Russischen Föderation, B. El'cin**, am 29.03.1996 in Moskau, in: <http://www.evrazes.com/docs/view/33>, Zugriff am 16.09.2014.
- Erklärung von den Präsidenten der Republik Belarus, der Republik Kasachstan, der Russischen Föderation und der Ukraine über die Gründung der gemeinsamen Gruppe zur Bildung der Organisation zur regionalen Integration** vom 23.02.2003, Moskau, in: <https://www.lawmix.ru/abro/2536>, Zugriff am 1.03.2016.
- Erlass des Präsidenten Kasachstans Nr. 3444 „Über den Register der Vorgangssektoren der Wirtschaft Kasachstans zur Beschaffung der inländischen und ausländischen Direktinvestitionen“** vom 5.04.1997, in: [http://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=1007613](http://online.zakon.kz/Document/?doc_id=1007613), Zugriff am 24.09.2015.
- Gesetz „Über den Kriegszustand“ der Republik Belarus** vom 22.01.2003, in: [file:///C:/Users/Alexandra/Desktop/2003-8\(037-084\).pdf](file:///C:/Users/Alexandra/Desktop/2003-8(037-084).pdf), S. 38-48.
- Gesetz der Republik Belarus „Über die staatliche Regulierung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit“** vom 25.11.2004, in: <http://www.pravo.by/main.aspx?guid=3871&p0=h10400347&p2={NRPA}>, Zugriff am 1.10.2015.
- Gesetz der Republik Kasachstan „Über die Assemblée des Volkes Kasachstans“** vom 20.10.2008, in: <http://assembly.kz/ru/docs/zakon-respubliki-kazahstan-ob-assamblee-naroda-kazahstana>, Zugriff am 23.09.2015.
- Gesetz der Republik Kasachstan Nr. 266-XIII „Über die ausländischen Investitionen“** vom 27.12.1994, in: [http://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=1003364#sub\\_id=40000](http://online.zakon.kz/Document/?doc_id=1003364#sub_id=40000), zugriff am 24.09.2015.
- Gesetz der Russischen Föderation „Über ie Rechtslage der ausländischen Staatsbürger in der Russischen Föderation“** vom 25.07.2002/ 30.12.2015, in: [https://www.consultant.ru/document/cons\\_doc\\_LAW\\_37868/](https://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_37868/), Zugriff am 14.03.2016.
- GUAM-US Framework Program of Trade and Transport Facilitation**, Ensuring Border and Customs Control, Combating Terrorism, Organized Crime and Drug Trafficking, in: <http://guam-organization.org/en/node/461>, Zugriff am 21.10.2014.
- GUS-Beschluss „Über den Rat der Verteidigungsminister der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“** vom 14.02.1992, in: <http://cis.minsk.by/reestr/ru/index.html#reestr/view/text?doc=38>, Zugriff am 27.10.2014.
- GUS-Beschluss „Über die vorrangigen Maßnahmen für die Realisierung des Vertrags über kollektive Sicherheit vom 15.05.1992“** vom 24.12.1993, in: <http://cis.minsk.by/reestr/ru/index.html#reestr/view/text?doc=292>, Zugriff am 27.10.2014.
- Kirgisische Strategie der Landentwicklung für 2009-2011**, in: <http://cbd.minjust.gov.kg/act/view/ru-ru/90220?cl=ru-ru>, Zugriff am 10.02.2016.
- Komplexgrundlage für die Entwicklung der Kirgisischen Republik bis 2010**, in: <http://rus.gateway.kg/strategii-razvitiya/kompleksnaya-osnova-razvitiya-kyrgyzs/?print=pdf>, Zugriff am 10.02.2016.
- Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation 1992**, in: Torkunov, A./Shakleina, T. (Hrsg.) (2002): *Внешняя политика и безопасность современной России 1991-2002 (Außenpolitik und Sicherheit der Russischen Föderation 1991-2002)*, Moskau: MGIMO, Bd. 4.
- Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation 2000**, in: *DSS-Arbeitspapiere*, Heft 51-6, Dresden.
- Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation 2013**, in: <http://www.mid.ru/bdomp/ns-osndoc.nsf/e2f289bea62097f9c325787a0034c255/9f13b4ffd6a9a3e344257b81001c64ad!OpenDocument>, Zugriff am 5.03.2015.
- Konzeption der Außenpolitik Kasachstans für 2014-2020**, in: <http://kazembassy.ca/kazakhstan/koncepciya-vneshney-politiki-na-2014-2020/>, Zugriff am 7.10.2015.
- Konzeption der Bildung des einheitlichen Elektroenergiemarktes der EAWU** vom 8.05.2015, in: [https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/f8f4e93b-b76a-4cd4-ac52-749be776a5b4/8b5c35f4-2929-48f9-b51c-aa042ea9d3b9\\_12%D0%BA.pdf](https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/f8f4e93b-b76a-4cd4-ac52-749be776a5b4/8b5c35f4-2929-48f9-b51c-aa042ea9d3b9_12%D0%BA.pdf), Zugriff am 22.02.2016.
- Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation 2000**, in: *DSS-Arbeitspapiere*, Heft 51-3, Dresden.

- Manifest der Gründer von „Izborskij Krug“**, in: <http://www.dynacon.ru/content/articles/887/>, Zugriff am 4.03.2015.
- Manifest der politischen Partei „Eurasien“**, in: <http://eurasia.com.ru/manifest.html>, Zugriff am 2.03.2015.
- Nationale Strategie der Kirgisischen Republik zur Armutszureduzierung für 2003-2005**, in: <http://cbd.minjust.gov.kg/act/view/ru-ru/56585>, Zugriff am 10.02.2016.
- Nationale Strategie der Kirgisischen Republik für nachhaltige Entwicklung für 2013-2017**, in: <http://cbd.minjust.gov.kg/act/view/ru-ru/61542>, Zugriff am 10.02.2016.
- Opinion no. 762/2014, CDL-AD (2014)002, European Commission for Democracy through Law**, in: <http://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD%282014%29002-e>, Zugriff am 9.10.2014.
- Partnership and Cooperation Agreement between the European Union and the Republic of Kazakhstan 1995**, in: [http://eeas.europa.eu/delegations/kazakhstan/documents/eu\\_kazakhstan/pca\\_kazakhstan\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/delegations/kazakhstan/documents/eu_kazakhstan/pca_kazakhstan_en.pdf), Zugriff am 04.04.2016.
- Programm der Partei „Eurasien“ 2012**, in: [http://irk-evrazia.ru/sites/default/files/Programma\\_Partii\\_Evraziya.pdf](http://irk-evrazia.ru/sites/default/files/Programma_Partii_Evraziya.pdf), Zugriff am 20.01.2015.
- Programm der stufenweisen Liberalisierung des Kraftwagenverkehrs auf dem Territorium der EAWU für 2016-2025** vom 8.05.2015, in: [https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/b5fc8cf2-b9b0-4e49-9c26-d360767dc8d2/3751e66f-6847-4eb3-a65d-2d7be390380a\\_13%D0%BA.pdf](https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/b5fc8cf2-b9b0-4e49-9c26-d360767dc8d2/3751e66f-6847-4eb3-a65d-2d7be390380a_13%D0%BA.pdf), Zugriff am 22.02.2016.
- Protocol to the Agreement on Cooperation among the Governments of GUUAM Participating States in the Field of Combat against Terrorism, Organized Crime and Other Dangerous Types of Crimes of the 20 July 2002**, in: <http://guam-organization.org/node/555>, Zugriff am 21.10.2014.
- Protokoll Nr. 5 zwischen der Regierung der Republik Armenien und der Regierung der Russischen Föderation über die vorgenommenen Änderungen in den Vertrag über die russische Militärbasis auf dem Territorium der Republik Armenien vom 16.03.1995**, 20.08.2010, Jerewan, in: [http://archive.mid.ru/bdcomp/spd\\_md.nsf/0/41CCD6F302C6597843257F4800397D8B](http://archive.mid.ru/bdcomp/spd_md.nsf/0/41CCD6F302C6597843257F4800397D8B), zugriff am 29.01.2016.
- Satzung der GUS**, in: Torkunov, A./Shakleina, T. (Hrsg)(2002): *Внешняя политика и безопасность современной России 1991-2002 (Außenpolitik und Sicherheit der Russischen Föderation 1991-2002)*, Moskau: MGIMO, Bd. 4.
- Statut des EAWU-Gerichtshofs**, Anhang II zum Vertrag über Eurasische Wirtschaftsunion, in: <http://base.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc;base=LAW;n=186332;fld=134;dst=101305,0;rnd=0.735769507009536#2>, Zugriff am 17.02.2016.
- Strategie der nationalen Sicherheit der Republik Armenien** vom 26.01.2007, in: [http://www.mfa.am/u\\_files/file/doctrine/Doctrinerus.pdf](http://www.mfa.am/u_files/file/doctrine/Doctrinerus.pdf), Zugriff am 3.02.2016.
- The Chisinau Declaration of the GUUAM Heads of States “In the name of democracy, stability and development”** vom 22.04.2005, in: <http://guam-organization.org/en/node/438>, Zugriff am 13.10.2015.
- Übereinkommen zwischen der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik und der Republik Usbekistan über die Bildung des kollektiven Friedensbataillons unter der Ägide der Organisation der Vereinten Nationen** vom 15.12.1995, in: [http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact\\_id=1332015](http://www.lex.uz/pages/GetAct.aspx?lact_id=1332015), Zugriff am 6.10.2015.
- Übereinkommen zwischen EurasWG und GUS über die Erfüllung der Funktionen des Gerichtshofs der EurasWG durch das Wirtschaftsgericht der GUS** vom 3. März 2004, in: [http://sudsng.org/download\\_files/statdocs/agreement\\_cis\\_evr.pdf](http://sudsng.org/download_files/statdocs/agreement_cis_evr.pdf), Zugriff am 17.02.2016.
- UN Resolution A/58/523 “Observer status for the Eurasian Economic Community in the General Assembly”** vom 21.10.2003, in: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N03/571/53/PDF/N0357153.pdf?OpenElement>, Zugriff am 19.09.2014.
- Vereinbarung über den Beitritt Kirgisiens zum Vertrag über die Zollunion** 1996, in: <http://www.ipaeurasec.org/docdown/TC-3.pdf>, Zugriff am 16.09.2014.
- Vereinbarung über den Beitritt Tadschikistans zum Vertrag über die Zollunion** 1999, in: <http://www.ipaeurasec.org/docdown/MD-027.pdf>, Zugriff am 16.09.2014.

- Vereinbarung zur Gründung der gemeinsamen Schnelleingreiftruppen der OVKS** vom 14.06.2010, in: <http://www.dkb.gov.ru/ksor/ksor.pdf>, Zugriff am 26.03.2015.
- Vereinbarung zur Gründung der Transportunion** 1998, in: <http://www.ipaeurasec.org/docsdown/MD-004.pdf>, Zugriff am 16.09.2014.
- Vereinbarung zwischen der Russischen Föderation und der Kirgisischen Republik über den Status und die Bedingungen des Aufenthalts der gemeinsamen russischen Militärbasis auf dem Territorium der Kirgisischen Republik** vom 7.05.2013, in: <http://docs.cntd.ru/document/902383846>, Zugriff am 10.02.2016.
- Verordnung der Eurasischen Wirtschaftskommission, Anhang I zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion**, in: <http://base.consultant.ru/cons/cgi/online.cgi?req=doc;base=LAW;n=186332;fld=134;dst=101305,0;rnd=0.735769507009536#2>, Zugriff am 17.02.2016.
- Verordnung vom Präsidenten der Republik Kasachstan vom 30.05.2013, Protokoll zur Anwendung des Vertrages über die Freihandelszone der GUS zwischen den Mitgliedstaaten und der Republik Usbekistan**, in: <http://adilet.zan.kz/rus/docs/U1300000574>, Zugriff am 14.10.2014.
- Vertrag über kollektive Sicherheit** vom 15.05.1992, in: [http://odkb-csto.org/documents/detail.php?ELEMENT\\_ID=126](http://odkb-csto.org/documents/detail.php?ELEMENT_ID=126), Zugriff am 27.10.2014.
- Vertrag über den Beitritt der Republik Armenien zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014** vom 10.10.2014, in: [https://docs.eaeunion.org/sites/storage0/Lists/Documents/3192b5cd-9395-4f2d-9aef-fc624d3db445/5481e66f-3428-4d99-b033-6efc4039cdaf\\_635486381049072687.pdf](https://docs.eaeunion.org/sites/storage0/Lists/Documents/3192b5cd-9395-4f2d-9aef-fc624d3db445/5481e66f-3428-4d99-b033-6efc4039cdaf_635486381049072687.pdf), Zugriff am 15.02.2016.
- Vertrag über den Beitritt der Republik Kirgisien zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014** vom 23.12.2014, Moskau, in: [https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/1ee1568a-2d4c-432b-8709-03cf30bc7b82/84b4c2d6-91b8-4aff-ac42-648d23d966c5\\_%D0%9A%D0%B8%D1%80%D0%B3%D0%B8%D0%B7%D0%B8%D1%8F\\_1.pdf](https://docs.eaeunion.org/sites/storage1/Lists/Documents/1ee1568a-2d4c-432b-8709-03cf30bc7b82/84b4c2d6-91b8-4aff-ac42-648d23d966c5_%D0%9A%D0%B8%D1%80%D0%B3%D0%B8%D0%B7%D0%B8%D1%8F_1.pdf), Zugriff am 15.02.2016.
- Vertrag über den Beitritt der Republik Kirgisien zum Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion vom 29.05.2014** vom 23.12.2014, Moskau, in: <http://docs.cntd.ru/document/420246571>, Zugriff am 10.02.2016.
- Vertrag über die Bildung des Virtuellen Zentrums von GUAM zur Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens, des illegalen Drogenhandels und anderer Arten von Verbrechen, Zwischenstaatliche Informationssystem von GUUAM** vom 8.10.2004, in: <http://guam-organization.org/node/810>, Zugriff am 21.10.2014.
- Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation sowie zur Aufnahme neuer Subjekte in die Russische Föderation**, in: <http://www.kremlin.ru/acts/20605>, Zugriff am 9.10.2014.
- Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion** vom 29.05.2014, in: [https://docs.eaeunion.org/sites/storage0/Lists/Documents/a089f4c6-02da-4461-b033-3f5d122e0020/e57db9f2-9589-4b26-be1e-b1a43862c6ed\\_635375701449140007.pdf](https://docs.eaeunion.org/sites/storage0/Lists/Documents/a089f4c6-02da-4461-b033-3f5d122e0020/e57db9f2-9589-4b26-be1e-b1a43862c6ed_635375701449140007.pdf), Zugriff am 22.02.2016.
- Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Russischen Föderation und der Republik Armenien** vom 29.08.1997, Moskau, in: [http://archive.mid.ru/bdcomp/spd\\_md.nsf/0/3A1D6E234EEFF4E943257F480039B5C6](http://archive.mid.ru/bdcomp/spd_md.nsf/0/3A1D6E234EEFF4E943257F480039B5C6), Zugriff am 29.01.2016.
- Vertrag über die russische Militärbasis auf dem Territorium der Republik Armenien** vom 16.03.1995, Moskau, in: [http://archive.mid.ru/bdcomp/spd\\_md.nsf/0/F5BB37817AE2B07A43257F480039B7AD](http://archive.mid.ru/bdcomp/spd_md.nsf/0/F5BB37817AE2B07A43257F480039B7AD), Zugriff am 29.01.2016.
- Vertrag über die Union zwischen Belarus und Russland** vom 2.04.1997, in: <http://www.soyuz.by/about/docs/dogovor3/>, Zugriff am 30.09.2015.
- Vertrag über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich** 1996, in: <http://www.ipaeurasec.org/docsdown/MD-001.pdf>, Zugriff am 16.09.2014.
- Vertrag über die Zollunion zwischen Belarus und der Russischen Föderation** 1995, in: <http://www.ipaeurasec.org/docsdown/TC-1.pdf>, Zugriff am 16.09.2014.

- Vertrag über die Zollunion zwischen Belarus, Kasachstan und der Russischen Föderation** 1995, in: <http://www.ipaeurasec.org/docsdown/TC-2.pdf>, Zugriff am 16.09.2014.
- Vertrag zur Bildung des Einheitlichen Wirtschaftsraums** vom 19.09.2003, Jalta, in: <http://archive.mid.ru/bdomp/bl.nsf/483b39647d9cb20cc3256def0051fa1f/7298d89a1875c20343256da9002afd26!OpenDocument>, Zugriff am 1.03.2016.
- Vertrag zur Gründung der 5-Staaten-Zollunion und des Einheitlichen Wirtschaftsraums** 1999, in: [http://www.tsouz.ru/DOCS/INTAGRMNTS/Pages/Dogovor\\_26021999.aspx](http://www.tsouz.ru/DOCS/INTAGRMNTS/Pages/Dogovor_26021999.aspx), Zugriff am 16.09.2014.
- Vertrag zur Gründung der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft** 2000, in: Torkunov, A./Shakleina, T. (Hrsg)(2002): *Внешняя политика и безопасность современной России 1991-2002 (Außenpolitik und Sicherheit der Russischen Föderation 1991-2002)*, Moskau: MGIMO, Bd. 4.
- Vertrag zur Gründung der EurasWG** vom 10.10.2000 (Anpassung vom 25.01.2006 und 6.10.2007), in: [http://www.tsouz.ru/docs/intagrmnts/pages/dogovor\\_evrazes.aspx](http://www.tsouz.ru/docs/intagrmnts/pages/dogovor_evrazes.aspx), Zugriff am 17.02.2016.
- Vertrag zur Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten** von 8.12.1991, in: Torkunov, A./Shakleina, T. (Hrsg)(2002): *Внешняя политика и безопасность современной России 1991-2002 (Außenpolitik und Sicherheit der Russischen Föderation 1991-2002)*, Moskau: MGIMO, Bd. 4.
- Vertrag zur Gründung des Unionsstaates Russland-Belarus** vom 9.12.2015, in: <http://www.soyuz.by/about/docs/dogovor5/>, Zugriff am 30.09.2015.
- Vertrag zwischen der Regierung der Republik Armenien und der Regierung der Russischen Föderation über die technisch-militärische Zusammenarbeit** vom 17.01.2003, in: [http://archive.mid.ru/bdomp/spd\\_md.nsf/0/DF94C94788B919B643257F48003982D9](http://archive.mid.ru/bdomp/spd_md.nsf/0/DF94C94788B919B643257F48003982D9), Zugriff am 29.01.2016.
- Vertrag zwischen der Regierungen der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan über die gemeinsame Lagerstättenforschung auf dem Grenzgebiet Imashevskoe** vom 7.09.2010, in: [http://www.conventions.ru/view\\_base.php?id=1228](http://www.conventions.ru/view_base.php?id=1228), Zugriff am 23.09.2015.
- Vertrag zwischen der Republik Kasachstan und der Russischen Föderation über die gute Nachbarschaft und Allianz im 21. Jahrhundert** vom 28.06.2014, in: <http://docs.cntd.ru/document/499073635>, Zugriff am 1.10.2015.
- Vertrag zwischen der Republik Kasachstan und der Russischen Föderation über den Rechtstatus der permanent auf dem Territorium der Russischen Föderation lebenden Bürger der Republik Kasachstan und der permanent auf dem Territorium der Republik Kasachstan lebenden Bürger der Russischen Föderation** vom 20.01.1995, in: [http://tengrinews.kz/zakon/parlament\\_respubliki\\_kazahstan/mejdunapodnyie\\_otnosheniya\\_respubliki\\_kazahstan/id-B950000317/](http://tengrinews.kz/zakon/parlament_respubliki_kazahstan/mejdunapodnyie_otnosheniya_respubliki_kazahstan/id-B950000317/), Zugriff am 23.09.2015.
- Vertrag zwischen der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan über das vereinfachte Einbürgerungsverfahren** vom 20.01.1995, in: <http://migraciya.msk.ru/folder2/folder37/>, Zugriff am 23.09.2015.
- Voting Record on Draft Resolution A/68/L.39, Territorial Integrity of Ukraine**, in: <https://papersmart.unmeetings.org/media2/2498292/voting-record.pdf>, Zugriff am 1.10.2015.



# ANHANG I

## Vertragsrechtliche Basis des Einheitlichen Wirtschaftsraums der EAWU

Tabelle 43: Verträge innerhalb des EWR (eng.)<sup>632</sup>

Vertrag	Kurzer Inhalt des Vertrags
<b>Agreement on Unified Principles and Rules of Competition</b>	Defines a common approach to anti-monopoly regulation, introduces specific measures restricting the government intervention in the economy.
<b>Agreement on Unified Rules for State Support to Agriculture</b>	Sets out the terms and conditions of state support for producers of agricultural products. The maximum level of support is not to exceed 10% of the gross value of agricultural products
<b>Agreement on Unified Rules for Granting Industrial Subsidies</b>	Establishes unified rules for granting subsidies for industrial goods.
<b>Agreement for Regulating Access to Rail Transport Services, including Tariff Policy Framework</b>	Determines the conditions governing access to infrastructure for freight forwarders in CU member states, introduces standard requirements for freight forwarders and a common tariff policy. Exceptional tariff rates for rail services may be used to subsidize a specific producer only if support cannot be rendered in any other form.
<b>Agreement on Trade in Services and Investments in CES member states</b>	Introduces national treatment and most-favoured-national treatment in mutual trade in services, although certain exemption remains.
<b>Agreement on Unified Principles of Regulation for Protecting Intellectual Property Rights</b>	Provides for the introduction of a national system safeguarding IP rights in CES member states, and establishment of an international legal frameworks based on international intellectual property agreements which to Russia is a signatory.

<sup>632</sup> EAWU (2015b).

**Agreement on Unified Principles and Rules of Technical Regulation in the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan and the Russian Federation.**

Envisages a coordinated policy on the circulation of goods conformant with the CU technical regulations. Single policy in this area is to be achieved, inter alia, by introducing a single list of products covered by the technical regulations. However, the national legislations of CES member states should not contain mandatory requirements for products not included on the list. The right to approve technical regulations is vested with the Commission.

**Agreement on State (Municipal) procurement**

Introduces national treatment and most-favoured-nation treatment for suppliers in the CU Member States engaged in state and municipal procurement activities, and establishes transparent procurement procedures.

**Agreement on The Legal Status of Migrant Workers and members of their Families**

Lifts restrictions on access to the labour markets of CES Member States for individuals, abolishes quota systems and mandatory work permits for labour migrants, and liberalizes migrant registration procedures.

**Agreement on Cooperation in Counter Illegal Labour Migration from Third Countries**

The agreement defines main areas to counter the illegal labour migration.

**Agreement on coordinated macroeconomic policy**

Envisages the introduction by CES Member States from January 1, 2013 of quantitative macroeconomic parameters, including ceilings for the annual national budget deficit, national debt, and the rate of inflation.

**Agreement on coordinated Principles of Currency Policy**

Serves as a Roadmap for the further alignment of currency legislation. Envisages the gradual lifting of restrictions on currency operations on opening and maintain accounts with CES banks, unified procedures for the import and export of cash assets to and from the CES, and the synchronization of requirements for repatriating currency earnings.

**Agreement to Create Conditions of Financial Markets that Ensure the Free Movement of Capital**

Provides for Information exchange between authorized agencies in the banking sector, foreign exchange market, securities market and insurance sector. And the alignment of legislation governing the banking sector, foreign exchange market, securities market and insurance sector, in compliance with international rules and standards.

**Agreement on Uniform Regulation Principles and Rules for Activities of Natural Monopoly Entities**

Determines the unified legal approach to natural monopoly entities regulation in order to establish a legal framework on formation of unified principles and rules of natural monopoly regulation.

**Agreement on Access to Services of Natural Monopoly Entities in the Electric Power Sphere, including Fundamental Pricing and Tariff Policy**

Provides for the principle of access to energy systems of the adjacent member states of the CES. Access is granted within the technical conditions allow and while the transmission of power is in the first place targeted to satisfy the internal needs of the countries. The Agreement contains other provisions to set forth the principles of interstate electricity transmission between the CES member states including the basics of pricing and tariff policy

**Agreement on the Rules of Access to Services of Natural Monopoly Entities for Gas Transportations via Gas Transmission Systems, including Fundamental Pricing and Tariff Policy**

Envisages the principle of mutual access to gas transmission systems of CES Member States after fulfilment of the set of measures, including after the transition to equal-netback pricing on gas. Access to gas transmission systems shall be provided within the technical capabilities with account of indicative balance approved by the parties and based on the civil contracts signed by the business entities. Terms of access including tariffs on gas transmission for business entities shall be equal compared to the business entities which are not the owners of the gas transmission systems.

**Agreement on Organisation, Management, Operation and Development of Common Oil Markets and Petroleum Products in the Republic of Belarus, the Republic of Kazakhstan and the Russian Federation**

Prevents CES member states to apply in mutual trade quantitative restrictions and export customs duties pertaining to oil and petroleum products. Whereas the procedure of paying the duty as oil and petroleum products are exported from the customs territory of the Customs Union shall be defined by individual bilateral agreements between the member states. The agreement also defines the terms of access to oil transportation services, sets forth the alignment of norms and standards on oil, information exchange of data on mining, import, export and domestic consumption of oil.

**Agreement on movement of narcotic drugs, psychotropic substances and their precursors in the customs territory of the Customs Union.**

Regulates the transit procedures for drug and psychotropic substances and their precursors in the customs territory of the Customs Union and the Common Economic Space with permissive documents issued by relevant authorities of the Parties and also defines the transit procedure for restricted amounts of said substances and materials by individuals in a form of pharmaceuticals on medical prescription for personal use.

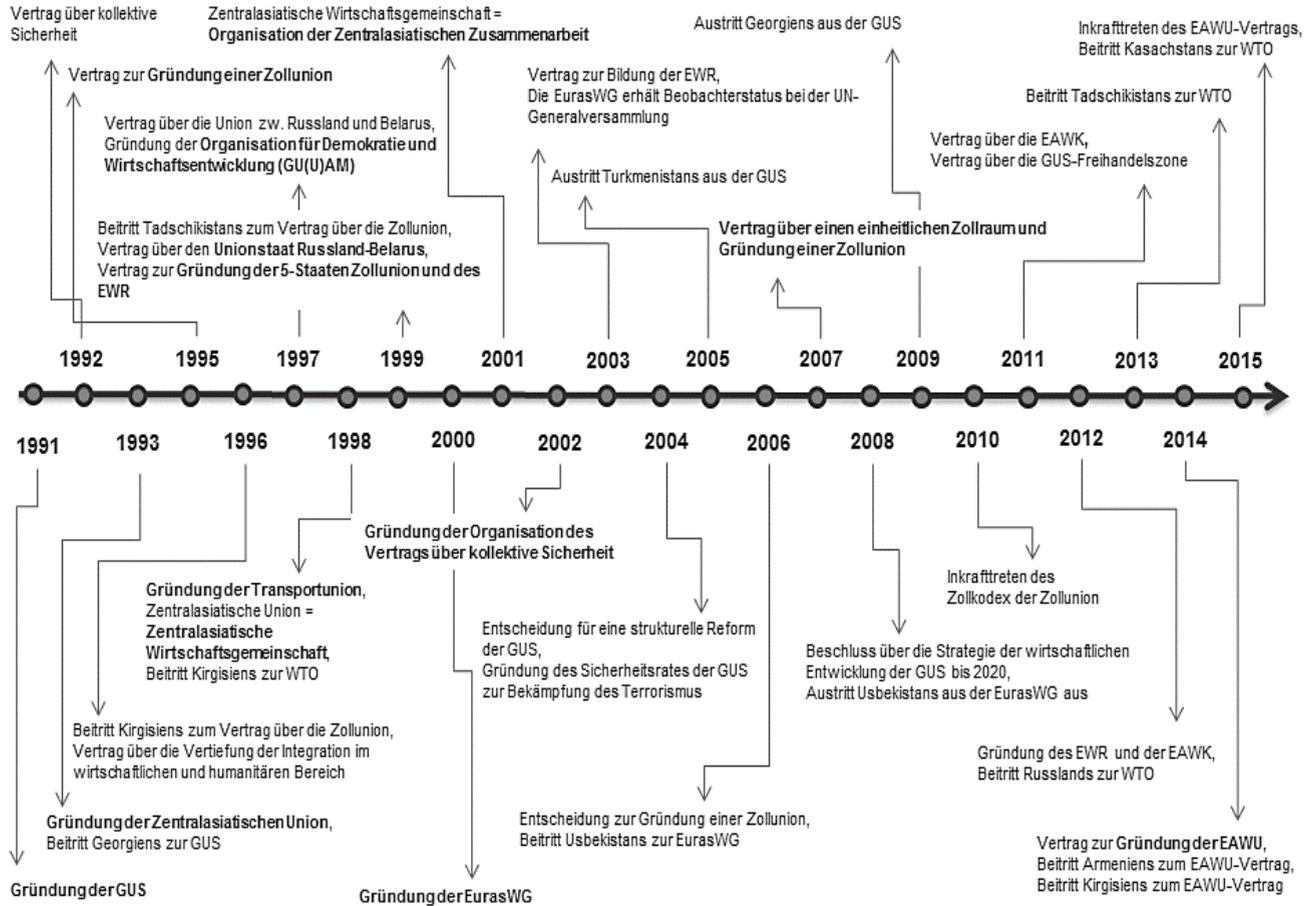
## SWOT-Analyse: Struktur der nationalen Interessen Russlands

**Tabelle 44: Struktur der nationalen Interessen Russlands<sup>633</sup>**

Objekt	Interessen
<b>Persönlichkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Beachtung der Verfassungsrechte und der Freiheiten des Menschen und des Bürgers;</li> <li>– Gewährleistung der persönlichen Sicherheit (auch im Fall von Katastrophen aller Art, des internationalen Terrorismus sowie während eines Krieges/Kriegshandlungen);</li> </ul>

<sup>633</sup> Vgl. Baranov, N. (2004), mit Ergänzungen von A. O.

	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Erhöhung des Lebensstandards;</li> <li>– Physische, geistige und intellektuelle Entwicklung des Menschen und des Bürgers.</li> </ul>
<b>Gesellschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Stärkung der Demokratie;</li> <li>– Bildung eines Rechts- und Sozialstaates;</li> <li>– Förderung der gesellschaftlichen Einigung;</li> <li>– Geistige Erneuerung Russlands;</li> <li>– Erhaltung und Förderung der moralischen Werte der Gesellschaft;</li> <li>– Förderung des Patriotismus und Humanismus;</li> <li>– Förderung der russischen Kultur und Wissenschaft;</li> </ul>
<b>Staat</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Unerschütterlichkeit der Verfassungsordnung;</li> <li>– Souveränität und territoriale Integrität des Landes;</li> <li>– Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität Russlands;</li> <li>– Förderung der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung;</li> <li>– Entwicklung der gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften internationalen Zusammenarbeit.</li> </ul>
<b>Wirtschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Nachhaltige Entwicklung der nationalen Wirtschaft;</li> <li>– Diversifikation der nationalen Wirtschaft;</li> <li>– Erhaltung der traditionellen Absatzmärkte;</li> <li>– Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Waren;</li> <li>– Wirtschaftliche Integration.</li> </ul>
<b>Innenpolitik</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Erhaltung der Verfassungsordnung;</li> <li>– Erhaltung der Staatsmachtinstitute;</li> <li>– Gewährleistung des Burgfriedens und des gesellschaftlichen Einverständnisses;</li> <li>– Erhaltung der territorialen Integrität;</li> <li>– Einheit des Rechtsraums;</li> <li>– Vollendung der Herausbildung der demokratischen Gesellschaft;</li> <li>– Neutralisierung der Ursachen für Entwicklung von politischem und religiösem Extremismus/Ethnoseparatismus;</li> <li>– Bekämpfung der Folgen des Terrorismus und der sozialen, zwischenethnischen und religiösen Konflikte.</li> </ul>
<b>Außenpolitik</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Gewährleistung der Souveränität und der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen;</li> <li>– Festigung der Position Russlands als Großmacht in der internationalen Arena;</li> <li>– Förderung der multipolaren Weltordnung;</li> <li>– Entwicklung der gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften internationalen Zusammenarbeit mit allen Staaten der Welt und den Integrationsvereinigungen;</li> <li>– Entwicklung der Beziehungen in erster Linie mit den GUS-Staaten und den traditionellen Partnern Russlands;</li> <li>– Unzulässigkeit von Doppelstandards;</li> <li>– Erhalt der traditionellen russischen Einflusszonen (Zentralasien, Kaukasus, Osteuropa);</li> <li>– Schutz der russischen Minderheit im Ausland;</li> <li>– Einhaltung der Menschenrechte und Freiheiten.</li> </ul>
<b>Information</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Einhaltung der Verfassungsrechte und der Freiheiten des Menschen und des Bürgers im Informationsbereich;</li> <li>– Entwicklung der modernen Technologien der Telekommunikation;</li> <li>– Schutz der staatlichen Informationsressourcen vor unbefugtem Zugriff.</li> </ul>
<b>Sozialbereich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Gewährleistung eines hohen Lebensstandards des Bürgers.</li> </ul>
<b>Militär</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Schutz der Unabhängigkeit Russlands;</li> <li>– Schutz der Souveränität Russlands;</li> <li>– Schutz der territorialen Integrität Russlands;</li> <li>– Unterbindung des Drogentransits;</li> <li>– Abwendung einer militärischen Aggression gegen Russland oder seine Verbündete;</li> <li>– Gewährleistung der Bedingungen für die friedliche demokratische Entwicklung des Landes.</li> </ul>
<b>Ökologie</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Erhaltung und Gesundung der Umwelt.</li> </ul>



Zeitleiste: Stationen der eurasischen Integration



## **ANHANG II**

### **Eigenständigkeitserklärung**

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Dissertation „Eurasische Integration als Herausforderung und Chance: ‚Rückkehr‘ zur Sowjetzeit oder pragmatische Wirtschaftsunion?“ selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Die Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken (dazu zählen auch Internetquellen) entnommen sind, wurden unter Angabe der Quelle kenntlich gemacht. Dies gilt auch für Tabellen, bildliche Darstellungen und dergleichen.

Ort, Datum

Unterschrift



## **Curriculum Vitae**

Der Lebenslauf ist in der Online-Version aus Gründen des Datenschutzes nicht enthalten.



## Publikationsliste

**Okhrimenko, A.** (2016): Eurasian Integration: Past, Present and Future, in: *International Relations and Diplomacy*, David Publishing: New York, Bd. 4/7, S. 473-479.

**Okhrimenko, A.** (2017, i. E.): Deutsche Zentralasienpolitik, in: *Menzer, J. (Hrsg.): Deutschland und seine östlichen Nachbarn: Eine Studie zur Gestaltung einer „vorausschauenden Außenpolitik“*, Köln/Brühl/Berlin.



## Kurzfassung

Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, politische, wirtschaftliche und rechtliche Aspekte des Integrationsprozesses im postsowjetischen Raum unter besonderer Berücksichtigung der 2015 von Belarus, Russland und Kasachstan gegründeten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) zu analysieren und die Ideen des Eurasismus und ihren Einfluss auf die Entwicklung des Integrationsprozesses im postsowjetischen Raum darzustellen. Die Studie beschäftigt sich mit der Frage, welche Ziele und Interessen Russland bei der eurasischen Integration und speziell bei der Schaffung der EAWU verfolgt und inwieweit die russischen Interessen mit den Interessen der anderen EAWU-Mitgliedsstaaten übereinstimmen, sich voneinander unterscheiden bzw. einander widersprechen. Zu diesem Zweck wurde die Relevanz der seit der UdSSR-Zeit bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verbindungen für die Integrationsentwicklung in der Region und die Effektivität der Arbeit von regionalen Organisationen, die den Rahmen der eurasischen Integration bilden, untersucht.

Das empirische Vorgehen basiert auf der Erörterung theoretischer Ansätze des Eurasismus und des Neoeurasismus. Im Kontext der oben genannten Fragestellung entwickelt sich das (Neo-)Eurasismus-Konzept als eine Analysegrundlage, wobei „Eurasien“ in der Dissertation als postsowjetischer Raum betrachtet wird. Da die eurasische Thematik immer häufiger in den innen- und außenpolitischen Einstellungen der jeweiligen Länder auftritt und somit zu einem wesentlichen Bestandteil des politischen Diskurses wird, zieht sich das Eurasismus-Konzept wie ein roter Faden als Theorie, Ideologie sowie politische Einstellung durch die vorliegende Arbeit. In methodischer Hinsicht liegt der Arbeit die systematische politische Analyse zugrunde.

Im Ergebnis zeigte sich vor allem Folgendes: Der Hauptfaktor, der die eurasische Integration erschwert, ist das unterschiedliche Verständnis der Integrationspartner über Ziele und Aufgaben der Integration. Es gibt also kein Integrationsziel, das alle Partner der eurasischen Integration teilen. Russland nimmt die eurasische Integration nicht nur als Verstärkung der wirtschaftlichen Kooperation, sondern vielmehr als Erweiterung und Festigung seines politischen Einflusses im postsowjetischen Raum wahr: mit Armenien im Kaukasus, mit Belarus im Westen und mit Kasachstan und Kirgisien in Zentralasien. Da Moskau den Einfluss in der Region als Fundament für die Selbstwahrnehmung als Großmacht betrachtet, stellt Russland seine politischen Ziele über die Ziele der eurasischen Integrationsgemeinschaften. Dies bestätigt sich einerseits durch die russischen Kriegshandlungen in der Ukraine und in Syrien, andererseits durch einseitig gegen Europa und die USA verhängte Sanktionen im Agrarbereich. Solche Handlungen widersprechen den Zielen und Prinzipien der Integrationsgemeinschaften wie der OVKS, GUS sowie EAWU und fördern eine Verstärkung der Auseinandersetzungen innerhalb dieser Institutionen. Die anderen Mitgliedsstaaten führen innerhalb der EAWU eine pragmatische Politik durch und konzentrieren sich vor

allem auf die wirtschaftlichen Effekte der Kooperation. Belarus nimmt die eurasische Integration als wirtschaftliches Projekt wahr, indem Minsk günstige Finanzkredite von Russland gegen politische Loyalität tauscht. Dabei verfolgt Belarus das Ziel, seine Energiesicherheit und den einwandfreien Warenhandel mit Russland zu gewährleisten. Kasachstan betrachtet die eurasische Integration als eine strategische außenwirtschaftliche Aufgabe. Für Kasachstan ist die EAWU ein Sprungbrett für die Verstärkung der Kooperation mit den Ländern Europas und Asiens im Handelsbereich durch die Standardisierung von Produktionsprozessen, die Erweiterung der Freihandelszone, die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit von kasachischen Waren sowie eine umfassende Modernisierung. Die neuesten EAWU-Mitglieder, Armenien und Kirgisien, versuchen mit dem EAWU-Beitritt, die wirtschaftliche Krise und die politische Instabilität zu überwinden. Da die armenischen und kirgisischen Wirtschaften sich in einer enormen Abhängigkeit von Russland befinden, ist die eurasische Integration mit Russland an der Spitze für beide Länder aktuell alternativlos.

## Abstract

This work aims at analysing the political, economic, and legal aspects of integration in the post-Soviet area, with particular reference to the Eurasian Economic Union (EAEU), founded in 2015 by Belarus, Russia, and Kazakhstan. The idea of Eurasianism and its influence on the development of the integration process in the post-Soviet space is also explored in this study. The study further deals with the objectives and interests of Russia in promoting Eurasian integration, and especially in the creation of the EAEU. It examines to what extent Russian interests agree with that of other EAEU member states, as well as how these interests differ from one another. In this sense, the relevance of existing economic and political ties since the USSR, the development of regional integration, and the effectiveness of the work done by regional organizations that form the framework for Eurasian integration are examined.

The empirical approach is based on a discussion of the theoretical approaches of Eurasianism and Neo-Eurasianism. In the context of the question mentioned previously, the (Neo-)Eurasian concept develops as a basis for analysis, whereby 'Eurasia' in the dissertation is considered as the post-Soviet space. While the topic of Eurasia is increasingly manifested in the internal and external political attitudes of the various countries, and thus an essential component of political discourse, the concept of Eurasianism in this work is more of a theory, ideology, and political attitude. In methodological terms, the work is based on systematic political analysis.

As a result, the main factor complicating the Eurasian integration is the different understanding of the purposes and tasks of integration among the partners. There is no common aim shared by all partners of the Eurasian integration. Russia interprets the integration not only as an enhancement of economic cooperation but also as an extension and consolidation of its political influence in the post-Soviet space: with Armenia in the Caucasus, Belarus in the West, and Kazakhstan and Kyrgyz Republic in Central Asia. Since Moscow considers its influence in the region as the foundation for being recognized as a great power, Russia puts its own political aims above the purposes of the Eurasian integration. This is confirmed, on the one hand, by the Russian war in the Ukraine and Syria, and on the other, by the sanctions declared against the European Union and the USA. Such actions are contrary to the objectives and principles of the regional integration communities, such as the CSTO, the CIS, and the EAEU, and only divide them further.

The other member states are implementing a pragmatic policy within the EAEU and mainly focusing on the economic effects of the cooperation. Belarus considers the Eurasian integration as an economic project, thereby exchanging favourable financial credits with Russia against political loyalty. Kazakhstan considers the Eurasian integration as a strategic

external economic task. For Kazakhstan, the EAEU is a springboard for strengthening its trade cooperation with European and Asian countries, by standardizing production processes, expanding the free trade zone, increasing the competitiveness of Kazakh goods, and modernization. The latest EAEU members, Armenia and Kyrgyzstan, are trying to overcome their economic crisis and political instability by accession to the EAEU. As the Armenian and Kyrgyz economies are strongly dependent on Russia, Eurasian integration with Russia as a leader is the only practical way forward for both countries.